

Christoph Jünke
Der lange Schatten des Stalinismus

Der Autor

Christoph Jünke lebt als Historiker und politischer Publizist in Bochum. Er ist Herausgeber u. a. von *Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert* (Münster 2001) und Autor von *Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995)*, Hamburg 2007.

Christoph Jünke

Der lange Schatten des Stalinismus

Sozialismus und Demokratie gestern und heute



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-89 900-126-6

ISP

Neuer ISP Verlag GmbH Köln/Karlsruhe
Belfortstraße 7, D-76133 Karlsruhe
e-mail: Neuer.ISP.Verlag@t-online.de
Internet: www.neuerispverlag.de

Der Neue ISP Verlag ist Mitglied der assoziation Linker Verlage (aLiVe).

Originalausgabe, Oktober 2007
© Christoph Jünke und Neuer ISP Verlag GmbH
Satz: Neuer ISP Verlag GmbH
Umschlaggestaltung: Druckcooperative, Karlsruhe
Gesamtherstellung: Difo-Druck GmbH, Bamberg

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Verwertung ohne Zustimmung des Autors und des Verlags ist unzulässig.

Inhalt

Einleitung.....	7
-----------------	---

Teil I: Antistalinistische Lernprozesse

1. Die unvollendete Revolution: Werner Hofmann und Isaac Deutscher.....	15
2. Georg Lukács' Probleme sozialistischer Demokratisierung	41
3. Leo Koflers Stalinismuskritik	66

Teil II: Vergangenheit, die nicht vergeht

4. Abschiede vom Bezugsrahmen »1917«.....	92
5. Weißenseer Irrwege (von Manfred Behrend)	107
6. Domenico Losurdos Neostalinismus.....	123
7. »Kommunismus« und »Linksozialismus« gestern und heute	133
8. Luciano Canforas Demokratieverständnis.....	151

Teil III: Konturen der Erneuerung

9. Vom Willen zum Kampf – Boris Kargalitzkis Plädoyer für eine neue sozialistische Linke	181
10. Von den neuen Kriegen zur sozialistischen Erneuerung.....	197

In Erinnerung an Ernest Mandel (1923-1995), den Lehrer im Geiste, und an Manfred Behrend (1930-2006), den politischen Freund aus dem anderen deutschen Staat, mit dem ich dieses Buch gerne diskutiert hätte.

Einleitung

Nach dem Epochenbruch der Jahre 1989-1991 hat sich das linke Alltagsbewusstsein angewöhnt, von einem welthistorischen Sieg des Kapitalismus zu sprechen. Doch dies ist wie so oft nur die Hälfte der Wahrheit. Verdrängt wird dabei, dass man von einem ebensolchen Triumph des Stalinismus sprechen kann. So jedenfalls hat es der ostdeutsche Linksintellektuelle Thomas Klein 1991 formuliert. Dieser gleichsam posthume Triumph des Stalinismus liege darin begründet, dass er es geschafft hat, den authentischen Kommunismus, die gleichermaßen antikapitalistische wie antistalinistische Linke als eine historische Bewegung wesentlich desorganisiert und mitzerschlagen zu haben. Ein Tatbestand, vor dem große Teile der heutigen Linken gerne ihre Augen verschließen, denn er macht die derzeitige Strukturkrise, in der sich die politische Linke befindet, um einiges tiefer und frustrierender.

Thomas Klein hat damals die aus diesem Sachverhalt erwachsene Krise der Linken als eine dreifache beschrieben. Zum einen habe der siegreiche Stalinismus die emanzipatorische Linke »in einem Zustand zurückgelassen, der in seiner Zersplitterung weit entfernt ist von konzeptioneller Klarheit, politischer Handlungs- und wirklicher Reorganisationsfähigkeit«. Zum zweiten habe »(d)ie Destruierung der Idee des Sozialismus durch den Stalinismus (...) der sozialistischen Perspektive dauerhaft die Massenbasis entzogen«. Und schließlich begünstige »(d)ie Niederlage des osteuropäischen Politbürokratismus (...) einen primitiven Antikommunismus, der die heutige sozialistische Linke in einen Topf mit dem abgewirtschafteten Stalinismus wirft«.¹

Im Vergleich dazu hat sich manches verändert in den letzten anderthalb Jahrzehnten. Um den einstmals vorherrschenden primitiven Antikommunismus ist es still geworden und das eine oder andere, nicht nur linke Feuilleton spricht sogar von einer Renaissance sozialistischer Ideen. Deutschlands Linke, oder zumindest ein Teil derselben, hat sogar begonnen, sich auch organisationspolitisch neu zu formieren. Und allenthalben hört man Diskussionen und liest von neuen Texten über den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«. Noch immer jedoch, da beißt die Maus keinen Faden ab, hat der vorherrschende Neoliberalismus zu siegen nicht aufgehört. Auch weiterhin wird deswegen fleißig dereguliert und privatisiert. Auch weiterhin nimmt das Bör-

1 Thomas Klein: »Geteilte Linke im vereinigten Deutschland?«, in: Thomas Klein u.a. (Hrsg.): *Keine Opposition. Nirgends? Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus*, Berlin 1991, S. 76-95, hier S. 76f.

senbarometer in den deutschen Nachrichten eine wichtigere Rolle ein als die Nachrichten vom Wetter. Auch weiterhin wird ausgebaut, umgebaut und abgebaut, werden Löhne und Sozialbeiträge gekürzt, Arbeitsplätze, Sozialleistungen und anderer kultureller Schnickschnack gestrichen. Mehr denn je wird gesellschaftlich gespalten, fragmentiert, korrumpiert und ausgegrenzt und vorbei sind längst die Zeiten einer »Tabuisierung« des Militärischen – schließlich wird unsere Freiheit sogar am Hindukusch verteidigt. Nach den Kosten dieser Freiheit zu fragen, ist dabei durchaus erlaubt – wenn's denn bei den Fragen bleibt, die bekanntlich nichts kosten.

Was ist jedoch diese anhaltende intellektuelle und politische Hegemonie des Neoliberalismus anderes als die trotz aller neuen Hoffnungszeichen anhaltende Niederlage und Schwäche der einzig denkbaren wirklichen Alternative – der sozialistischen Linken? Womit sich der Kreis wieder schließt. Denn von einer wirklichen konzeptionellen Klarheit und Reorganisations- und Handlungsfähigkeit kann weder auf der Linken als ganzer, noch auf ihren diversen sozialistischen Flügeln gesprochen werden. Ein Blick hinter die Kulissen und unter die Oberfläche dieser deutschen Linken kann und sollte hier vor falscher Euphorie schützen.² Die Last der letzten Jahrzehnte ist nicht allmächtig – nichts ist allmächtig: weder Gott, Politiker, Tribun, noch eine wie auch immer geartete gesellschaftliche Struktur –, aber mächtiger, als dies viele dachten, die sich nach dem Zusammenbruch des einstmaligen real existierenden Sozialismus damit getröstet haben, dass nun wenigstens der Stalinismus verschwunden sei – diese Geißel der Menschheit und Pestbeule der Arbeiterbewegung, wie sie Leo Trotzki einstmal nannte.

Diese Hoffnung hat getrogen – das ist eine der zentralen Thesen dieses Buches. Bereits zu Beginn der 90er Jahre konnte beobachtet werden, wie der Stalinismus fortlebt, mindestens »im Beschönigen und Lobpreisen stalinscher Taten und in der Unterdrückung antistalinistischer Kritik«.³ Manfred Behrend sollte Recht behalten mit seiner Warnung, dass es sich hierbei um mehr als nur Nachhutgefechte handeln könnte (vgl. Kapitel 5). Immer deutlichere Konturen haben seitdem die immer umfangreicheren Versuche angenommen, den Stalinismus nicht nur als historischen Ereigniszusammenhang, sondern auch als politische Theorie und Praxis zu rechtfertigen (vgl. Kapitel 6-8).

Diese Manöver beginnen bereits damit, dass unter dem Beifall des Publikums ernsthaft in Frage gestellt wird, ob man überhaupt von einem solchen Stalinismus sprechen könne. Dieselben Leute, die nicht müde werden, die Plakette eines »Marxisten« positiv oder das Etikett des »Trotzkisten« negativ

2 Vgl. dazu meine beiden Beiträge »Karl Heinz Roth und der Zustand der deutschen Linken« (in Marcel van der Linden/Christoph Lieber, Hrsg.,: *Kontroversen über den Zustand der Welt*, Hamburg 2007, S. 230 -249) und »Neuformierung mit Fallstricken« (in *Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis*, Heft 14, September 2007, S. 10 -15).

3 Manfred Behrend: »Überlegungen zum Stalinismuskomplex«, in: Arbeitskreis kritischer Marxismus (Hrsg.): *Beiträge zur Stalinismus-Diskussion*, Berlin 1997, S. 18.

vor sich herzutragen, weisen den Begriff des Stalinismus weit von sich und können in ihm nur die Umschreibung der Herrschaftszeit einer bestimmten historischen Person erkennen. Doch das von Stalin mit bis dahin unvorstellbarer Gewalt und Tücke durchgesetzte Gesellschaftssystem des selbsternannten Sozialismus hat seinen Schöpfer um viele Jahrzehnte überlebt – vielleicht nicht in ihren Gewaltexzessen (vgl. Kapitel 1), wohl aber in seinen gesellschaftlichen Grundlagen, Strukturen und Ideologien.

Es hat in diesen vielen Jahrzehnten zahllose Versuche gegeben, den Inhalt und die Form dieser historisch neuartigen bürokratischen Herrschaft auf den Begriff zu bringen: Kommunismus, primitiver Kommunismus, Sozialismus, real existierender Sozialismus, Nominalsozialismus, staatsadministrativer oder bürokratischer Sozialismus, bürokratischer Kollektivismus oder asiatischer Despotismus, Arbeiterstaat, bürokratischer oder entarteter Arbeiterstaat usw. usf. Dass sich keiner dieser Begriffe durchgesetzt hat, hat sicherlich auch damit zu tun, dass es hierbei um politisch-ideologische Kämpfe ging (und geht), mehr aber wohl damit, dass sie alle schwerwiegende Nachteile aufweisen. Sämtliche Rückgriffe auf die Begriffe Sozialismus oder gar Kommunismus halten den Kriterien nicht stand, die die sozialistische und marxistische Tradition einstmals und mit gutem Recht aufgestellt hat – und sie alle haben mehr noch dazu beigetragen, die Köpfe der zu Emanzipierenden grundlegend zu verwirren und die Idee des Sozialismus nachhaltig zu desavouieren. Auch die Versuche, mit den wissenschaftlich treffenderen Begriffen von Bürokratie und Arbeiterstaat zu arbeiten, haben ihre Nachteile: Wie soll man sie von anderen bürokratischen Institutionen, Bewegungen und Staaten sauber und nachvollziehbar abgrenzen und wie vermeidet man den positiven Beigeschmack eines »Arbeiter«staates, wo doch die Arbeiter offensichtlich nicht geherrscht haben?

Auch ich bevorzuge deswegen bis auf weiteres jenen allgemein gehaltenen, wenig aussagenden und an sich unverbindlichen Begriff des Stalinismus, den auch ich nicht für optimal oder wissenschaftlich zureichend halte, der aber gerade auch in seiner an sich problematischen Personalisierung einen wirklich treffenden Kern aufweist. Peter von Oertzen hat ihn vor einem halben Jahrhundert, inmitten eines politisch-publizistischen Gefechts auf den Punkt gebracht, als er gegen bestimmte Linke einwandte, dass deren Selbstbezeichnung als Kommunisten jedenfalls nicht akzeptabel sei: »Wer ist ein Kommunist? Ist es wirklich der Anhänger des herrschenden russischen Systems? Aber Anarchisten und Trotzlisten, Brandlerianer und Tito-Anhänger sind ebenfalls Kommunisten und trotzdem Todfeinde des offiziellen ›Kommunismus‹. Um der Genauigkeit unserer Begriffe willen sollten wir deshalb die Anhänger und Rechtfertiger der Sowjetunion Stalinisten nennen, nach dem Mann, der ihre Theorie und Praxis auch heute noch bestimmt, obwohl er seit

drei Jahren tot ist.«⁴ Ein Stalinist ist also der, dessen politische Theorie und Praxis, damals wie heute, vom historischen Stalin bestimmt wird. Nicht in dem Sinne, wie wir alle von diesem historischen Stalin bestimmt wurden und werden, sondern insofern er historisch oder politisch-theoretisch diesem Gesellschaftssystem und seiner Herrschaftsideologie anhängt, auch gedanklich nicht von ihm loskommt und beide, die Theorie wie die Praxis desselben, auch heute noch meint rechtfertigen, verteidigen und reproduzieren zu müssen.

Hier werden viele der Angesprochenen einwenden, dass sie ja nur das positiv Aufzubewahrende in diesen Gesellschaftsformen verteidigen und rechtfertigen wollen. Und für manche wird dies auch stimmen. Doch einmal mehr ist das gut Gemeinte vom Guten und Richtigen zu trennen und wahrzunehmen, dass nicht zuletzt jene, die solcherart Denken zu systematisieren versuchen, offensichtlich nicht dabei stehen bleiben können. Man muss nur lange genug bohren, und es kommt bei diesen Vordenkern nicht selten die mindestens geschichtsphilosophische Rechtfertigung dieser Regime zu Tage – auch dies ist eine Lehre, die man aus den diesbezüglichen Versuchen der letzten Jahre ziehen kann, von denen einige in den Kapiteln 5-8 behandelt werden. Und sie hat ihre Logik, denn auch der historische Stalinismus war immer mehr als nur ein einzelnes Kapitel im Geschichtsbuch der Menschheit. Stalinismus war und ist nicht zuletzt eine Art politisch zu denken und zu handeln, eine politische Theorie und Praxis, die – und dies ist eine weitere zentrale These dieses Buches – weit über dessen historische Verkörperungen hinausweist und sich von diesen auch ganz lösen kann.

Noch immer gilt, was der britische Historiker und Marxist Edward Palmer Thompson Ende der 1970er Jahre schrieb, als er zwischen dem Stalinismus als einem spezifischen historisch-politisch-soziologischen Ereigniszusammenhang und der stalinistischen Ideologie, ihren weiterwirkenden Institutionen und Praktiken unterschieden hat: »Wenn wir den Stalinismus in seinem zweiten Sinne als ein System von institutionellen Formen, Praktiken, abstrakten Theorien und Herrschaftsverhalten verstehen, dann ist die ›nach-stalinistische Generation‹ noch nicht geboren worden.«⁵ Warum also werden wir diesen langen Schatten des Stalinismus einfach nicht los? Ich sehe hier vor allem zwei Gründe, einen historischen und einen politischen.

Noch immer wirkt das Erbe des historischen Stalinismus gerade auch im westlichen gesellschaftspolitischen Denken weiter, insofern wesentliche Teile desselben nur als intellektuelle Reaktion auf diese Geschichte und ihre Ideologie zu verstehen sind – nicht zuletzt jenes postmoderne Denken, das sich in seinen vielfältigen Spielarten so tief in die Eingeweide dieser Gesellschaften

4 Peter von Oertzen: »Weder Bonn noch Pankow. Zum Thema ›Volksfront‹ und ›Stalinisten‹«, in: *Die Andere Zeitung* (Hamburg), 9.2.1956 (vgl. Kapitel 7).

5 Edward P. Thompson: *Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung*, Frankfurt/M.-New York 1980, S. 196.

eingesenkt hat. Auch in dem sich nun auf dem Wege zum Kapitalismus befindlichen Osteuropa ist der Stalinismus mehr als nur gedanklich noch präsent. Der mafiotische Übergangskapitalismus wird nicht zuletzt gerade von Teilen der alten stalinistischen Bürokratie organisiert und verwaltet, und nicht wenige der solcherart Verwalteten halten an den alten sozialpolitischen Werten und Sicherheiten auch weiterhin fest – im Guten wie im Schlechten. In spezifischer Form gilt dies nicht zuletzt für Deutschland, in dessen Osten sich Millionen Menschen einer »Ostalgie« hingeben, die an sich wenig mit einer gewünschten Rückkehr zur SED-Diktatur zu tun hat, sondern mehr mit »dem Wunsch, in eine Periode sozialer Sicherheit und öffentlicher Wohlfahrt zurückzukehren«, wie es der britische Philosoph und Politikwissenschaftler Peter Thompson in seinem ausgesprochen anregenden (aber leider nur auf Englisch vorliegenden) Buch über die tief greifende Krise der deutschen Linken jüngst noch mal betont hat.⁶ Die Übergänge zu sozialem Autoritarismus und weiterwirkenden stalinistischen Gedankenstrukturen sind jedoch, wie auch er aufzeigt, vor allem dort fließend, wo es zu keiner wirklichen Entstalinisierung des Denkens gekommen ist, und wo sich diese mangelnde Entstalinisierung mit den neuen Realitäten einer neoliberal um sich greifenden sozialökonomischen und sozialpolitischen Barbarei mischt. Gerade hier finden stalinistische Diskurse ihren zeitgenössischen Nährboden. Und gerade weil der neue Philo- und Neostalinismus eine politische Reaktion auf den zeitgenössischen Zustand unseres nun gesamtdeutschen Gesellschaftssystems ist, ist es Zeit für eine Stalinismuskonversation, die, wie Thompson schlüssig aufgezeigt hat, über eine reine Geschichtsdiskussion hinausweist. Sie sollte auch nicht weiter verdrängt werden, nur weil sie auch der politische Gegner so gerne führt – dieses Argument war schon immer das Einfallstor all jener, die ausreichend Grund haben zu schweigen.

Der zweite, hieraus sich organisch ergebende, aber durchaus davon zu unterscheidende Grund für den anhaltenden Schatten des Stalinismus ist, dass dessen über die bloße Geschichte hinausweisende politische Logik meines Erachtens auch wirken wird, wenn wir alle Erblasten des historischen Stalinismus überwunden haben sollten. Denn solange über gesellschaftliche Transformationsprozesse über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform hinaus nachgedacht, diskutiert und politisiert wird, solange wird es die Versuchung eines gesellschaftspolitischen Substitutionismus geben, der sich auch und gerade im historischen Stalinismus so klassisch wie verhängnisvoll niedergeschlagen hat.⁷

6 Peter Thompson: *The Crisis of the German Left: The Collapse of Communism, the Global Economy and the second Great Transformation*, Oxford 2005, S. 96.

7 Zur Kritik dieses in der Arbeiterbewegung so verhängnisvoll beheimateten Substitutionismus vgl. vor allem Leo Trotzki noch heute mit Genuss und intellektuellem Gewinn zu lesende Schrift von 1904: *Unsere politischen Aufgaben* (in ders.: *Schriften zur revolutionären Organisation*, Reinbek bei Hamburg 1970), sowie Ernest Mandels *Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie* (Köln 2000).

Es drängt und lohnt also, sich des Stalinismusthemas auch weiterhin anzunehmen. Zum einen gilt es, auch vermeintliche Spinnereien intellektuell zu bekämpfen, denn Edward P. Thompson hatte Recht, darauf hinzuweisen, dass spinnerte intellektuelle Moden nicht, »wenn man nur die Augen schließt, alsbald verschwinden« werden: »Historiker sollten wissen, dass Spinnereien, wenn man sie toleriert – und sogar hofiert und hegt – erstaunliche Wirksamkeit und Langlebigkeit entwickeln können. (Schließlich ist für jeden rationalen Geist der größte Teil der Ideengeschichte eine Geschichte von Spinnereien.)«⁸ Zum anderen sollten wir mittlerweile genügend Abstand haben, um nicht zuletzt die politisch-theoretischen Lehren des katastrophalen Zusammenbruches der osteuropäischen politbürokratischen Regime besser aufarbeiten zu können als bisher.

Dies ist auch der Grund, warum ich es für geboten hielt, die Kritik philo- und neostalinistischer Denker historisch auszuweiten und zu kontrastieren mit einem mindestens exemplarischen Blick auf führende Denker der sozialistischen Linken der Nachkriegszeit. Hierbei geht es nicht nur um die Frage antistalinistischer Lernprozesse, also die Frage, was der Stalinismus sowohl historisch wie politisch-theoretisch eigentlich ist. Es geht auch um die Frage, welches Licht der Zusammenbruch des einstmalig real existierenden Sozialismus – an dem alles real war, nur nicht der Sozialismus (Rudi Dutschke) – auf die Stalinismusanalysen beispielsweise eines Isaac Deutscher, Werner Hofmann, Georg Lukács oder Leo Kofler wirft? Was hat sich davon bewahrheitet und was nicht? Und was wäre im Kontext einer zeitgenössischen Diskussion vielleicht besonders aktuell? Meine Beiträge verstehen sich deswegen auch als Plädoyer für eine kritische Neuaneignung dieser historischen Debatten und möchten andere ermutigen gleiches zu tun.

Nachdenken über Stalinismus und Neostalinismus heißt vor allem Nachdenken über die große alte Frage nach dem Verhältnis von Sozialismus und Demokratie. Beide Begriffe werden in diesem Buch nicht zu definieren versucht. Doch klar sollte im Folgenden werden, dass ich den Sozialismus nur als radikal-demokratischen und rätesozialistischen zu denken vermag, und dass ich die Demokratie sowohl als Konstitutionsform politischer Herrschaft verstehe wie als politische Bewegung, in der die Mehrheit der Bevölkerung in freier, egalitärer und solidarischer Selbsttätigkeit ihre humanistischen Bedürfnisse und Programme artikuliert und umsetzt. Die nicht selten komplizierte Dialektik dieser beiden Schuhe ist meines Erachtens – das scheint mir die zentrale Lehre aus dem Zusammenbruch des ehemals real existierenden Sozialismus – nur im Sinne Rosa Luxemburgs zu leisten, die in der Auseinandersetzung mit der gerade beginnenden sowjetrussischen Revolution bereits vor 90 Jahren ihrer Überzeugung Ausdruck gab, dass sozialistische Demokratie »aber nicht erst im gelobten Lande (beginnt), wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für

8 Thompson, a.a.O., S. 41.

das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.«⁹

Auch in diesem Sinne geht es mir in den Beiträgen dieses Bandes nicht zuletzt darum, durch die Kritik des historischen Stalinismus und seiner zeitgenössischen Verteidiger den Weg zuallererst frei zu machen für die intellektuelle und politische Erneuerung einer sozialistischen Linken, die diesen Namen wirklich verdient. Die in den philo- und neostalinistischen Strömungen zutage tretende »Abscheu vor der Demokratie« ist jedenfalls nicht nur eine falsche, sondern mehr noch eine politisch gefährliche Sackgasse in den Neuformierungsdiskussionen der Linken.

Die folgenden Beiträge sind in den letzten anderthalb Jahrzehnten zumeist als politisch-publizistische Interventionen eines politisch engagierten Historikers entstanden und werden hier (mal weniger, mal stärker) überarbeitet wieder aufgelegt. Kapitel 1 und 2 sind noch unveröffentlicht. Kapitel 2 geht auf einen Vortrag vor der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft Anfang 2007 zurück und soll in deren nächstem Jahrbuch entsprechend dokumentiert werden. Kapitel 3 geht auf einen Vortrag vor der Leo-Kofler-Gesellschaft im Jahre 2000 zurück, der 2001 in dem von mir herausgegebenen (und mittlerweile vergriffenen) Konferenzband *Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert* (Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot) erschienen ist und hier erweitert wurde. Kapitel 4 fasst, in überarbeiteter Form, zwei alte Artikel zusammen, die ich 1993 und 1994 in der *SoZ*, der *Sozialistischen Zeitung* veröffentlicht habe. Kapitel 6 erschien im Jahre 2000 in der Zeitschrift *Utopie kreativ*, Kapitel 7 und 10 in den Jahren 2003 und 2004 in den *Marxistischen Blättern*. Kapitel 7 wurde damals auch in der *jungen Welt* veröffentlicht und löste eine heftige Debatte aus, auf die ich am Ende des Beitrags eingehe. Das achte Kapitel ist die erweiterte Fassung eines Ende 2006 in den *Sozialistischen Heften für Theorie und Praxis*, einer regelmäßigen Sonderbeilage zur *SoZ*, erschienenen Beitrages, das neunte schließlich ist 2001 ebenfalls in der *SoZ* erschienen.

9 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*, Band 4, S. 363.

Das Kapitel 5 stammt dagegen nicht aus meiner Tastatur – es wurde Anfang der 1990er Jahre von dem zu Beginn des letzten Jahres verstorbenen Manfred Behrend¹⁰ verfasst und hier – mit freundlicher Genehmigung seiner Witwe Hanna Behrend – aufgenommen, da der Beitrag auf jene frühen Versuche einer Ehrenrettung des Stalinismus eingeht, die ich selbst damals habe rechts liegen lassen, und weil er dabei Akzente setzt und Argumente liefert, die in meinen eigenen Beiträgen fehlen.

Der Vorteil einer solchen Aufsatzsammlung besteht zweifelsohne darin, dass man die einzelnen Beiträge auch in unterschiedlicher Reihenfolge, je nach konkretem Interesse, lesen kann – obwohl ich mich bemüht habe, sie in eine innere Logik zu bringen und aufeinander abzustimmen. Ihr Nachteil liegt ebenso zweifelsfrei darin, dass sich die dabei fast zwangsläufigen inhaltlichen Wiederholungen zwischen den Texten auch hier nicht ganz vermeiden ließen. Manche Leserin und mancher Leser wird über Text- oder Zitatwiederholungen stolpern und an manchen Stellen auch tiefer gehende, systematischere Ausführungen vermissen – nicht zuletzt zu den konkreten Konturen und Inhalten einer sozialistischen Demokratie, die im Teil 3 nur ausgesprochen grob angerissen werden. Ich habe bei der Überarbeitung nicht selten daran gedacht, das Ganze sein zu lassen, um etwas Neues und Systematischeres sowohl zur Stalinismuskussion wie zu diesen Alternativen zu verfassen. Auf der anderen Seite sind Interventionen eben als solche zu nehmen. Und schließlich wird uns das Thema, wenn ich Recht habe, alles andere als loslassen. Der Stalinismus wird uns – und dies darf gern als meine eigentliche These verstanden werden – in Theorie und Praxis solange verfolgen, solange das kapitalistische Bürgertum nicht weltweit enteignet ist und sich die Kräfte eines emanzipativen Sozialismus unwiderruflich durchgesetzt haben. Das kann, so viel sollte klar geworden sein, noch dauern. Bis dahin wird sich sicherlich die eine oder andere Gelegenheit ergeben, das hier Versäumte an anderem Orte nachzuholen.

Christoph Jünke, Sommer 2007

10 Zum Leben und Werk Manfred Behrends vgl. die von seiner Frau Hanna Behrend herausgegebene Aufsatz- und Artikelsammlung *Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns. In der Sicht eines DDR-Chronisten*, Berlin 2005.

1. Die unvollendete Revolution: Werner Hofmann und Isaac Deutscher

Intellektuelle Verstrickungen

Was ist eigentlich Stalinismus, fragte sich der deutsche Soziologe Werner Hofmann in einer 1967 im renommierten Suhrkamp Verlag erschienenen Abhandlung und beklagte sich über den »immer noch vorwissenschaftlichen Stand der Stalinismus-Konzeption« (S. 11¹). Doch sein eigener Versuch einer wissenschaftlichen Erforschung des Sachverhalts kann die ideologische Verstrickung ins Thema nur mühsam verschleiern und wird kaum überzeugender dadurch, dass er noch 40 Jahre später wohlwollende Rezeption erfährt – vor allem bei Anhängern der sich auf Wolfgang Abendroth berufenden so genannten Marburger Schule (bspw. bei Georg Fülberth und Frank Deppe) und Anhängern von Georg Lukács.

»Unter Stalinismus«, so die einflussreiche Definition des sich der politischen Linken zugehörig fühlenden Hofmann, »soll zunächst verstanden werden eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus« (S. 13). Doch nicht nur bleibt das »zunächst« ohne spätere Korrektur. Auch sonst lässt diese Definition mehr Fragen offen als sie gesellschaftswissenschaftlich aufzuklären vermag. Verklärt sie im zweiten Teil die ideologische Selbstzuschreibung der Führungsvertreter dieser »Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus« zum neutralen wissenschaftlichen Kriterium, unternimmt sie im ersten Teil eine Unterscheidung, die zumindest bemerkenswert schwammig ist. Die gesellschaftliche Ordnung des Nominalsozialismus sei, so Hofmann, eine *Machtordnung*, aber keine *Herrschaftsordnung*. Sei Macht die Ausübung gesellschaftlicher Überlegenheit, definiere sich Herrschaft als die institutionell gesicherte Nutznießung eines Teils der Gesellschaft gegenüber einem anderen: »Herrschaft ist der *Gesellschaftsordnung* eigen, die Ausübung von Macht der *Gesellschaftsverfassung*, dem bewusst gestalteten Teil der Sozialordnung.« (S. 14) Kann man jedoch Macht- und Herrschaftsordnung so säuberlich trennen, wie dies Hofmann im Rekurs auf jenen Soziolo-

1 Werner Hofmann: »Was ist Stalinismus?«, in ders.: *Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts*, Frankfurt/Main 1967, S. 9-127 (Neuaufgabe Heilbronn 1984). Die im Text folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Erstausgabe.

gen Robert Michels tut, der sich mit dieser Unterscheidung an der Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft versuchte? Kann man gesellschaftliche Macht ausüben, ohne dass diese, mindestens über Vermittlungsinstanzen, institutionell organisiert ist? Und ist der Nominalsozialismus als »Machtordnung«, als »sozialistische Grundordnung«, nicht auch institutionell organisiert und abgesichert?

Hofmann betont, dass die gesellschaftliche Macht der sowjetischen Führungsschicht nicht vererbbar sei und leitet daraus in marxistischer Tradition ab, dass sie »niemals ›Klassen-Charakter gehabt (hat)« (S. 15) und ihre Funktionäre auswechselbar seien. Die »vielerörterte Frage der sowjetischen Bürokratie« habe deswegen »(n)ur eine untergeordnete Bedeutung« (S. 44), weil sie in einer Gesellschaft nicht herrschen (bei Hofmann in Führungszeichen) könne, »die ihrer Natur nach auf *Selbstveränderung* gerichtet, also von ›dynamischer‹ Art ist – und das gilt sowohl für eine akkumulierende kapitalistische wie für eine sozialistische Gesellschaft« (S. 45; Hervorhebung: WH). Die sowjetische Bürokratie spiele keine besondere, eigenständige Rolle, sei vielmehr einer initiativen Funktionärshierarchie unterworfen und entsprechend »immer eine *Dienstelite* gewesen« (ebd.; Hervorhebung: WH). Beide Aspekte führen bei ihm zur Einsicht, dass der Stalinismus deswegen ein »System der ins Unmaß gesteigerten Machtanwendung« (S. 19) gewesen sei, »eine besondere *Gesellschaftsverfassung* innerhalb der allgemeinen *sozialistischen Grundordnung*« (S. 11). Die sowjetische Führungsschicht mag in der Tat niemals Klassencharakter gehabt haben, weil ihre Macht keinen Eigentumscharakter hatte. Daraus jedoch abzuleiten, sie habe nicht geherrscht, wird mindestens den meisten, die von dieser angeblichen Nicht-Herrschaft betroffen waren, nur ein müdes Kopfschütteln entlocken. Und auch wenn der einzelne Funktionär auswechselbar gewesen ist, ist damit noch nicht bewiesen, dass die Funktionärsschicht als solche auswechselbar gewesen ist. Fragen über Fragen.

Waren Marx und die Sozialisten angetreten, die in der bürgerlichen Gesellschaft strukturell angelegte Trennung von Politik und Ökonomie zu überwinden – die als Grundlage der von der bürgerlichen Klasse ausgeübten spezifischen Herrschaftsform benutzt und von ihren diversen »Wissenschaftlern«, u. a. Robert Michels, immer wieder gedanklich reproduziert wird –, so lässt sie Hofmann mit seiner solcherart aus der wissenschaftlichen Betrachtung der bürgerlichen Gesellschaft übernommenen Unterscheidung von Politik und Ökonomie, von Macht- und Herrschaftsordnung im vermeintlich real existierenden Sozialismus wieder aufleben. Einmal angenommen, er hätte mit seiner Unterscheidung Recht, dann heißt dies jedoch entweder, dass sich Marx und die Sozialisten in dieser zentralen Frage geirrt hätten, oder eben, dass die von ihm untersuchten Verhältnisse in diesem zentralen Strukturelement die bürgerliche Tradition fortsetzen. Ohne sich dieses Problems überhaupt bewusst zu sein, legt Hofmann die erste Antwort nahe, da für ihn am sozialistischen Charakter der untersuchten Verhältnisse nicht zu rütteln ist

und er auch sonst davon überzeugt ist, dass der Stalinismus eine geschichtliche Erscheinung sei, der »ein fundamentales Spannungsverhältnis zwischen der marxistischen Lehre von der Zukunftsgesellschaft und den Bedingungen ihrer Verwirklichung zugrunde« (S. 19) gelegen hätte. Doch abermals werden so die Parallelen zu der von ihm selbst so heftig gescholtenen bürgerlichen Sowjetologie auffallend, denn wie diese erklärt damit auch Hofmann die historische Praxis des Stalinismus zum direkten Ausfluss jener Marxschen Theorie, zu der sich das neue Regime formell bekannt hat.

Ohne auf die reale Geschichte der russischen Revolution und ihre ideologischen Kämpfe näher einzugehen, erinnert er deswegen zuerst an die Lehre des klassischen Marxismus von der Diktatur des Proletariats (so wie er selbst sie sieht), um dann festzustellen, dass die russische Revolution »den Erwartungen der Stifter [sic] des wissenschaftlichen Sozialismus erstens darin (widerspruch), dass sie nicht in einem ökonomisch reifen, sondern in einem wirtschaftlich rückständigen Lande geschah (...); und zweitens darin, dass die russische Revolution allein blieb« (S. 31). En passant registriert er zwar, dass Lenin und die anderen Sowjetführer gar keine nationale, sondern eine internationale Revolution erwartet hatten – und »Erwartungen solcher Art erklären wohl die eilige Gründung der Dritten, der kommunistischen Internationale im Jahre 1919« (S. 32) –, doch »Trotzkis späteres Beharren auf der ›permanenten Revolution‹ unter den Bedingungen einer gewandelten Weltlage zeigt die orthodoxe Verhärtung eines Gedankens an, dessen Zeit vorbei war. Stalins – von Lenin überkommener – Gedanke vom ›Aufbau des Sozialismus in einem Lande‹ war dagegen die notwendige Konsequenz der vorangegangenen Revolution in einem Lande.« (Ebd.)

Wer mit der Geschichte der russischen Revolution und ihren intensiven Selbstverständigungsdebatten auch nur halbwegs vertraut ist, kann über die Souveränität nur staunen, mit der Hofmann hier über die historischen Sachverhalte und ihren politisch-theoretischen Gehalt, über die revolutionstheoretische Debatte und das sich in der Auseinandersetzung zwischen »permanenten Revolution« und »Sozialismus in einem Lande« ausdrückende Schicksal der Revolution hinweg denkt und schreibt. Unhinterfragt übernimmt er hier das zentrale theoretische Dogma des aufkommenden Stalinismus vom alternativen »Sozialismus in einem Lande«. Und konsequenterweise ist ihm das historische System des Stalinismus als eines »System(s) der ins Unmaß gesteigerten Machtanwendung« (S. 19) vor allem den objektiven äußeren Umständen des jungen Sowjetregimes geschuldet, die den Schutzcharakter der sowjetrussischen Diktatur des Proletariats »ins Riesenhafte« (S. 34) aufblähen ließ: »Die alles beherrschende Sorge vor einem Überfall (die sich alsbald bewahrheiten sollte), das Gebot der Selbsterhaltung, unter das fortan *alle* großen Entscheidungen traten, verlangte, den bestehenden wirtschaftlichen Rückstand so schnell wie möglich zu überwinden – mit *allem*, was dies für die Innenbeziehungen der neuen Gesellschaft bedeutete.« (Ebd.; Hervor-

hebungen: CJ)² Und der von Hofmann solcherart historisch gerechtfertigte Sinn der neuen »Machtordnung« liege »in der Ausübung der Erziehungsdiktatur über eine Produzentenschaft (...), welche die Sowjetmacht selbst erst im großen heranbilden musste« (S. 36f.) – eine Aufgabe, vor deren Hintergrund selbst die »tatarischen Züge« der frühen Sowjetgesellschaft »einiges von ihrer Unbegreiflichkeit« verlieren (S. 37).

Um den bohrenden Fragen des aufmerksamen Lesers, der aufmerksamen Leserin vorausseilend zu begegnen, ob wir es hier nicht mit einer weitgehenden Apologie des historischen Stalinismus zu tun haben, betont Hofmann zugleich, dass er hier keiner fatalen Unausweichlichkeit, keinem Geschichts-determinismus das Wort reden möchte, denn als Stalinismus »soll vielmehr jener Exzess der Macht verstanden werden, der nicht in den Aufgaben einer ›Erziehungsdiktatur‹ gründete, der nicht objektiv ›notwendig‹ war. (...) Stalinismus ist ein spezifischer Opportunismus der Macht, auf der allgemeinen Grundlage einer proletarischen Gesellschaft. Seine soziale Bedingung ist die zeitweilige relative Verselbständigung der Führer von ihrer vorerst noch schwach entwickelten gesellschaftlichen Basis.« (S. 39) Doch erneut stellen sich bohrende Fragen: Was genau ist denn bitte schön eine »zeitweilige« Verselbständigung und was eine »relative«? Und ist die von Hofmann freimütig behauptete »objektiv notwendige Erziehungsdiktatur« vereinbar mit der Marxschen Theorie des Sozialismus als selbsttätiger Befreiung der lohnarbeitenden Massen von Ausbeutung, Entfremdung und Verdinglichung? Hatte Marx selbst in einer seiner berühmten Feuerbach-Thesen nicht darauf hingewiesen, »dass die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muss« und dass, wer dies nicht beherzige, »die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren (muss)« (MEW 3, S. 5f.)?

Interessanter Weise registriert Hofmann selbst in seiner anschließenden und umfangreichen »Phänomenologie des sowjetischen Stalinismus« die spezifische Konfusion von Objektivismus und Subjektivismus im Stalinismus, das Phänomen, dass dieser die marxistische Theorie gleichsam zum Kurzschnitt im Tageskampf degradiert und u. a. die Dialektik von Bewusstsein und Sein auseinander gerissen habe: »Die Lehre vom Zurückbleiben des Bewusstseins hinter dem Sein muss in arge Verlegenheit kommen, wenn es um die Entwicklung einer ganz *neuen* gesellschaftlichen Seinsweise der Menschen, um den Aufbau des Sozialismus (und schließlich des Kommunismus) durch *bewusst handelnde* Menschen geht.« (S. 80; Hervorhebung: WH) Aus der These des zurückbleibenden Bewusstseins folge nämlich gleichsam zwangsläufig, so Hofmann, der Voluntarismus der Führer, die von Stalinisten

2 Dieses »Primat der Außenpolitik« lässt sich mit Fug und Recht bestreiten. Die wesentlichen Weichenstellungen zu Planwirtschaft, Kollektivierung und Industrialisierung waren Ende der 1920er Jahre den vor allem inneren Problemen der Sowjetgesellschaft geschuldet.

apostrophierte Aufgabe, »ein eigentliches sozialistisches Bewusstsein bei den ›Massen‹ erst zu schaffen. Nur die Führer scheinen ausgenommen von dem allgemeinen Gesetz, wonach das Denken hinter dem Sein zurückbleibt. Bei ihnen liegt daher die Initiative. Und ihre kreative Rolle verwandelt in der Wirklichkeit alsbald die Massen in akklamierende und willenlose Erfüllungshelfer der Führergeheißes.« (S. 82f.) Aber ist Hofmanns eigene Stalinismus-»Theorie« mit seiner apogetischen Theorie der Erziehungsdiktatur kein getreues Spiegelbild gerade dieser stalinistischen Denkform? Kommt nicht auch seine eigene Lehre »in arge Verlegenheit«, wenn er die gesellschaftlichen Verhältnisse Sowjetrusslands jenseits des stalinistischen Machtexzesses als sozialistische bezeichnet und gleichzeitig den Sozialismus als eine »ganz neue gesellschaftliche Seinsweise« von »bewusst handelnden Menschen« definiert?

Je tiefer man eindringt und nachfragt, desto offensichtlicher werden die strukturellen Widersprüche, in die sich Werner Hofmann verstrickt. Seine Abhandlung verkommt zur phänomenologischen Anhäufung von Tatbeständen und Theoremen ohne theoretische Konsistenz, die zudem ihre konzeptionellen Widersprüche überspielt, wenn sie sich damit tröstet, dass das von ihr untersuchte Phänomen historisch bereits ad acta gelegt sei. Im Anklang an Hegels geschichtsphilosophisches Bildnis der Eule der Minerva, die ihren Flug der Erkenntnis erst in der Dämmerung ansetzt, behauptet nämlich Hofmann das sich im »fortschreitende(n) praktische(n) Bruch mit dem Stalinismus in den Ländern des sowjetischen Typs« verkörpernde Finale »einer Epoche, die sichtbar an ihren Abschluss gelangt ist« (S. 12). Seit Stalins Tod 1953 und dem 20. Parteitag 1956 sei »das System des Stalinismus in seinem Ausgangsland wie in den Ländern des Übertragungsraums auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in volle Auflösung getreten« (S. 95).

Offenbar nach dem Motto »Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen« hat sich bei ihm der Stalinismus gleichsam von selbst erledigt. Das scheint konsequent, denn wer in der sowjetischen Bürokratie nur eine »Dienstelite« ohne Herren und Herrschaftsinteresse zu sehen vermag, der muss das sozialistische Morgenrot verkünden, wenn der Dienst an der gemeinsamen Sache vollbracht ist. Wenn der Stalinismus ein direktes, notwendiges Produkt der ökonomischen Rückständigkeit war, haben die (wie auch immer vonstatten gegangene) Kollektivierung der Landwirtschaft und Industrialisierung der Ökonomie Abhilfe geschaffen. Wenn der Stalinismus ein direktes und zwangsläufiges Produkt der Isolation des »Sozialismus in einem Lande« war, hat die (wie auch immer vonstatten gegangene) Ausdehnung des real existierenden Sozialismus auf die Länder des »Ostblocks« Abhilfe geschaffen. Der opportunistische Machtexzess mag bedauerlich sein, am Charakter der Gesellschaftsform und ihren sozialistischen Möglichkeiten kann er jedoch nicht rütteln. Stalinismus ist so für Hofmann die im Terror ihre Vollendung findende extreme Steigerung der fortexistierenden Entfremdung von bürgerlicher Waren- und Rechtsform (S. 92ff.), und wird so nicht den Widersprüchen der nachrevolutionären Gesellschaftsform, sondern dem

in dieser anhaltenden Einfluss der vorrevolutionären bürgerlichen Überreste zugeschrieben, gleichsam aus der sozialistischen Grundlage externalisiert. Entsprechend gehören zu den »bleibenden historischen Leistungen jener Zeit« (S. 93), also der Zeit des Stalinismus, erstens die Industrialisierung des ganzen Landes, zweitens der dieser entsprechende Umbau der Gesellschaft auf das Niveau der industriellen Zivilisation, und schließlich drittens »die kulturelle Revolution, die ein halb analphabetisches Volk in kürzester Zeit zum Träger einer neuen historischen Idee von Bildung erzogen hat« (S. 94) und dies »in einem Land, an dem eine ganze Epoche westeuropäischer Aufklärung und ökonomischer Erziehung zum rationalen Handeln fast gänzlich vorbeigegangen ist«.³

Damit verklärt Hofmann den Stalinismus endgültig zu einer gleichsam bürgerlichen Modernisierungsdiktatur, die mit dem, was Marx und die Sozialisten einstmals wollten, nicht mehr viel zu tun hat und nichts desto trotz von ihm als sozialistische Politik ausgegeben wird. Die ganze Absurdität dieser Konstruktion wird deutlich, wenn er in direktem Anschluss behauptet, dass »der Marxismus, selbst in seiner stalinistischen Entstellung (sic), die geschichtliche Rolle von Aufklärung übernommen (hat); und sei es auch nur in jenem beschränkten Sinne, dass er Dutzende von Millionen Menschen zu nächst bloß funktionsfähig für die neue industrielle Wirtschaftsweise gemacht hat« (S. 94). Marxistische Aufklärung wird hier also zur funktionellen Zurichtung auf die der bürgerlich-kapitalistischen Ökonomie eigenen industriellen Arbeitsmethoden; Stalinismus zur bürgerlichen Modernisierungsdiktatur, die sich, weil sie von Sozialisten geleitet wurde, nach getaner Arbeit gleichsam von selbst auf ihre sozialistischen Grundlagen besinne – eben »eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus«.

Nach solcherart getaner Arbeit, nachdem also die an sich bedauerlichen Machtexzesse vorbei seien und sich die sozialistische Dienstelite wieder zurückgenommen habe, erstrahle das sozialistische Morgenrot in ungetrübten Farben. »Die zweite Epoche sowjetischer Aufklärung ist offenbar nun angebrochen; ihre möglichen Wirkungen sind unabsehbar« (S. 94), denn – wir schreiben das Jahr 1967! – »nach dem Willen der Führer« würden nun »(d)ie Vorzugsschichten von einst (...) in die allgemeinen Verhältnisse einer transparenten Leistungsgesellschaft zurückgeführt« (S. 107)! Der industrielle und kulturelle Wandel sei heute »in evolutionäre Bahnen eingelenkt« (S. 99), die Produzenten bekämen wieder mehr Konsummittel und Mitspracherechte,

3 Nur am Rande sei hier die Arroganz des westlichen »Kultur«menschen vermerkt, der von der realen Geschichte der russischen Intelligenz und ihren gesellschaftlichen Kämpfen offensichtlich nur wenig Kenntnis zu haben scheint. Nicht die erste, wohl aber eine der eindrucksvollsten Nachzeichnungen und Analysen dieser Geschichte hat der sowjetrussische Linksoppositionelle Boris Kagarlitzki zu Anfang der 1980er Jahre verfasst: *The Thinking Reed. Intellectuals and the Soviet State from 1917 to the Present* (London 1989).

das öffentliche Leben werde erneuert. Legislative und kontrollierende Funktionen werden gestärkt, Hoheitsbefugnisse dezentralisiert und Leitungsstrukturen kollegialisiert. Auch den nichtsojjetischen Kommunistischen Parteien würden ihre jeweils nationalen Wege zum Sozialismus wieder ermöglicht. Und dank der Politik der friedlichen Koexistenz stehen West und Ost im Begriff, »aus dem Verhältnis des Gegenüber in das der Gegenseitigkeit hinüber zu wachsen« (S. 111). Selbst die Erneuerung des theoretischen Marxismus sei mit der »Wiederentdeckung der Dialektik« (S. 121) scheinbar unaufhaltsam vorangeschritten. Wir hätten es deswegen nicht mehr nur mit einem Abbau des Stalinismus zu tun, sondern vielmehr mit einem »Aufbruch zu neuen Inhalten« (S. 123), der nur vordergründig als Rückschritt erscheine, wenn er auf bürgerliche Methoden wie: mehr Marktwirtschaft und ökonomische Hebel, mehr Betriebsgewinn und Leistungslohn, mehr Parlamentarismus usw. zurückgreife. Hier vollziehe sich vielmehr »die Dialektik eines Fortschreitens durch Rückgriff« (S. 124), die die bürgerliche Sowjetologie nicht verstehen könne, weil sie nur auf die realen Zustände der neuen Gesellschaftsordnung schaue, nicht aber »auf ihre immanenten Möglichkeiten der Fortbildung« (S. 126). Heute dagegen werde »offenbar: Das Wesen der hier untersuchten Gesellschaftsformation liegt in ihrer geschichtlichen Potentialität begründet, und das heißt – in ihrer Realität von morgen. Die Potentialität der Sowjetgesellschaft aber ist immer von sozialistischer, nicht von stalinistischer Natur gewesen.« (Ebd.)

Unabhängig von allen aufgezeigten Widersprüchen und apologetischen Tendenzen der Hofmannschen Stalinismustheorie, und einmal abgesehen von der Frage, ob es ein wissenschaftlich zureichendes Kriterium ist, eine Gesellschaftsform vor allem nach den ihr innewohnenden *Möglichkeiten* zu definieren, stellt sich nicht zuletzt hier die Frage nach der von ihm selbst aufgeworfenen »Realität von morgen«. Bereits ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des Hofmannschen Buches erlebte die Welt den elektrisierenden »Prager Frühling«, in welchem eine von oben eingeleitete Reform des tschechoslowakischen kommunistischen Regimes in eine Selbstermächtigungsbewegung von unten überleitete, deren politische Dynamik die Parteiführung des sowjetrussischen »Vaterlandes der Werktätigen« für so gefährlich einschätzte, dass sie diesen, auf dem Höhepunkt einer weltweiten radikaldemokratischen und sozialistischen Revolte vorgenommenen Versuch eines »Sozialismus mit menschlichen Antlitz« mit vereinter Hilfe der anderen »kommunistischen« Ostblockstaaten im August 1968 militärisch niederschlug und nachhaltig unterdrückte. Das Prager Menetekel scheint Hofmann jedoch unberührt gelassen zu haben, dessen Stalinismusanalyse 1967 in dem Plädoyer geendet hatte, dass die »Wissenschaft, jener Humanismus der *tätigen Aufklärung*, nur eine Partei kennt: sie wendet sich gegen das geschichtlich *vermeidbar* gewordene Unrecht – wo immer es geschieht« (S. 127; Hervorhebungen: WH). In seinem Ende 1968 fertig gestellten und 1969, kurz nach seinem frühen Tod, in der Rowohlt-Reihe *rororo aktuell* erschienenen Werk *Grundelemente der Wirt-*

schaftsgesellschaft – ein Buch, das in den darauf folgenden Jahren eine Gesamtauflage von immerhin mehr als Hunderttausend erreichte – kommt er jedenfalls ohne jede Korrektur auf das Stalinismusthema zurück. Strukturell unfähig, diesen welthistorischen Einschnitt, diesen erneuten stalinistischen Machtexzess mit der von ihm selbst vorgelegten Stalinismustheorie zu verstehen, ignoriert er ihn einfach und tut, als ob nichts gewesen wäre. Immerhin: der Popularität von Hofmanns Theorie hat dieser politisch-theoretische Schiffbruch wenig Abbruch getan.

Etwas anderes wird jedoch spätestens in diesem Werk deutlich. Hofmann definiert hier in Marxscher Tradition den Kommunismus als Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen, als freie Bedürfnisbefriedigung und Überwindung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, als Aufhebung der Teilung zwischen Stadt und Land, zwischen Nationen und Völkerschaften, und als Aufgehen des Staates in der sich selbst verwaltenden Assoziation freier Produzenten. Sozialismus dagegen – auch hier folgt er noch Marx – ist ihm eine Gesellschaftsform, die noch nicht durch kommunistische Beziehungen geprägt wird, die noch mit einigen wesentlichen Muttermalen der alten Gesellschaft geschlagen ist (Fortbestehen von Warenproduktion und Staatsfunktionen vor allem), die also nicht widerspruchsfrei ist, aber dadurch definiert werde, »eine ihrem Wesen nach herrschaftsfreie, also klassenlose Gesellschaft«⁴ zu sein, eine »Produzentengesellschaft« »von nicht mehr ›antagonistischer‹ Natur« und »auf dem Wege bewusster und zielstrebigter Entwicklung zum Kommunismus« (S. 122). Als gleichsam neue erste Stufe – hier nimmt Hofmann die nachmarxchen Diskussionen auf – definiert er die Diktatur des Proletariats als eine »auf Niederhaltung der entmachteten Gesellschaftsteile gerichtet(e)« (ebd.) Übergangsphase zum Sozialismus, in welcher erstens die Mehrheit über die Minderheit und zweitens die arbeitende über die aneignende Klasse herrsche, und die drittens »von geschichtlich notwendigerweise transitorischen Charakter« (S. 121) sei.

Man braucht bloß dieses definitorische Raster auf den historischen Stalinismus und den sich in diesem exzessiv ausdrückenden vermeintlich real existierenden Sozialismus anwenden, und man wird einige Probleme haben, bezüglich der Ostblockstaaten nicht nur von einem real existierenden Sozialismus, sondern sogar von einer real existierenden Diktatur des Proletariats – wo die Mehrheit über die Minderheit und die arbeitende über die aneignende »Klasse« herrsche – sprechen zu können. Hofmann jedoch hält daran unvermindert fest, wenn er den Stalinismus »als eine historische Erscheinung auf der Grundlage der objektiven Existenz einer Produzentenmacht« (S. 123), als Teil »einer objektiv klassenlosen Ordnung« (S. 122) definiert. In dieser einzig aus seiner intellektuellen Verstrickung in die stalinistische Ideologie und si-

4 Werner Hofmann: *Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lebende*, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 127. Die Seitenzahlen der nächsten beiden Absätze beziehen sich auf dieses Werk.

cherlich nicht aus mangelnder Intelligenz zu verstehenden begrifflichen Verwirrung liegt die Crux der Hofmannschen Stalinismustheorie: »Wenn aber die verstaatlichte Industrialisierung als solche, ohne dass gleichzeitig die menschlichen Beziehungen und das Verhältnis des Arbeiters zu seinen Produktionsmitteln grundlegend verändert werden, bereits als Realisierung sozialistischer Ansprüche gilt, so reduziert sich die qualitative Differenz zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die vom ersten Tage der Revolution an als sinnlich erfahrbare Veränderung der Kommunikationsbeziehungen zwischen den Menschen sichtbar bleiben muss, auf ein quantitatives Moment der Produktionssteigerung; die resignativ beschränkte Sicherung des historischen Faktums ›Oktoberrevolution‹ verringert ihre Legitimationsgrundlage als eine genuin *proletarische* Revolution und erzeugt dadurch kompensatorisch einen Legitimationszwang, auf den das Denken, weil es ihm prinzipiell nicht auszuweichen vermag, in vielfältigen Formen der Verdinglichung, in Orthodoxien, in Scholastizismus, Ontologisierung und Naturalisierung reagiert.« (Oskar Negt⁵)

Vom Doppelcharakter der Revolution zur stalinistischen Bürokratie

Zur gleichen Zeit, als Werner Hofmann seine Stalinismusanalyse schrieb und veröffentlichte, hatte auch ein anderer Denker und Wissenschaftler seine lebenslange Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus in die Form einer Zwischenbilanz gebracht. Doch auch Isaac Deutscher, »einer der ganz wenigen und ohne Zweifel der beste marxistische Historiker des Kommunismus«, wie die französische Zeitschrift *Le Temps Modernes* kurz nach seinem frühen Tod am 19. August 1967 treffend schrieb⁶, sollte die Fertigstellung seiner einflussreichen Schrift über *Die unvollendete Revolution* nur um wenige Monate überleben. Nichts desto trotz zeigt Deutscher in seinen Anfang 1967 an der Universität Cambridge gehaltenen Vorlesungen, die »als politisches Testament Deutschers angesehen werden« können (Ludger Syré⁷), einmal mehr sein großes Verständnis für die Verwicklungen und Paradoxien jenes vermeintlichen »Aufbaus des Sozialismus in einem Lande«, an dem sich die Linke des 20. Jahrhunderts so sehr die Zähne ausgebrochen hat. Nicht doktrinär wie Werner Hofmann, sondern historisch-materialistisch entwirrt

5 Oskar Negt: »Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie«, in: Abraham Deborin/Nikolai Bucharin: *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, Frankfurt/Main 1969, S. 21.

6 Zitiert nach Ludger Syré: *Isaac Deutscher. Marxist, Publizist, Historiker. Sein Leben und Werk 1907-1967*, Hamburg 1984, S. 11. Mehr noch war Deutscher »einer der großen sozialistischen Schriftsteller dieses Jahrhunderts« (Perry Anderson: »The Legacy of Isaac Deutscher«, in: ders.: *A Zone of Engagement*, London 1992, S. 56-75, hier S. 56)

7 Ludger Syré, a.a.O., S. 272.

er hier aufs meisterliche die spezifische Mischung aus Fortschritt und Rückständigkeit in der kommunistischen Bewegung, indem er den noch heute weitgehend unbegriffenen Doppelcharakter der russischen Revolution als letzte der großen europäischen, bürgerlichen Revolutionen und als erste proletarische Revolution in der Geschichte entfaltet.

Ihren unmittelbaren historischen Aufgaben nach eine bürgerlich-demokratische Revolution, wurde die russische Revolution von 1917 vom städtischen Proletariat unter politischer Führung der bolschewistischen Arbeiterpartei durchgeführt. Die Kräfte des Fortschritts, so Deutscher in Anlehnung an die Marxsche Metapher von den gefesselten Produktivkräften, waren innerhalb der alten russischen Gesellschaftsordnung in einer Weise blockiert, dass sie diese sprengen mussten. »(B)lockiert durch mächtige Reste des Feudalismus, durch die Rückständigkeit und Schwäche der Bourgeoisie, das autokratische Regime, das anachronistische Verwaltungssystem und nicht zuletzt durch die Abhängigkeit der Wirtschaft Russlands von ausländischem Kapital«⁸ kam es auf der einen Seite der russischen Klassengesellschaft zu jener »Klassensymbiose« von Adel und Bürgertum, die man auch an anderen Ländern studieren kann. Auf der anderen Seite jedoch fanden Teile der sozialistisch radikalisierten russischen Intelligenz einen sozialen Nährboden in jener neuen Klasse der Fabrikarbeiter, die innerhalb des russischen Meeres bäuerlicher Armut in geografisch stark konzentrierten Industriestädten und -werken groß geworden waren, deren industrielle Technik und Arbeitsorganisation zu den fortgeschrittensten ganz Europas gehörte. Der Leninsche Bolschewismus mischte diese erste, von der stürmischen Industrialisierung und ihren spezifischen Erfahrungen erfasste Arbeitergeneration mit der für die radikalbürgerlichen russischen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts so typischen Narodniki-Sensibilität für die Interessen der Bauernschaft. Durch die Tradition des politischen Exils gleichermaßen intellektuell wie persönlich verbunden mit den sozialistischen Strömungen und Debatten der westeuropäischen Sozialdemokratie der II. Internationale, betrachteten sich die russischen Sozialisten sowohl in ihrer radikalsozialistischen (Bolschewismus) wie in ihrer gemäßigt sozialistischen Strömung (Menschewismus) »als die Vorkämpfer wenigstens einer europäischen Revolution, als deren östliche Außenposten« (S. 26).

Obwohl also die sowjetrussische Revolution tiefe Wurzeln gerade im Russland des beginnenden 20. Jahrhunderts aufwies, war sie kaum von jenem internationalen Kontext des europäischen Kapitalismus zu trennen, der es ihr zuallererst erlauben sollte, die in den Kategorien eines lediglich national verstandenen Revolutionsprozesses gleichsam zu früh kommende Arbeiter- und Bauernrevolution zu denken und zu organisieren. Erst dieses Verständnis der internationalen Einbettung des eigenen Revolutionsprozesses erlaubte es Le-

8 Isaac Deutscher: *Die unvollendete Revolution* (1967), Hamburg 1981, S. 17. Die im Text folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.

nin und den Bolschewiki nach der russischen Februarrevolution von 1917 die Aktualität und Notwendigkeit ihres Weitertreibens zur sozialistischen zu proklamieren und sich mit der politischen Zwischenströmung um Leo Trotzki zu vereinigen, der schon 1906, in seiner Theorie der permanenten Revolution, vorausgesagt hatte, dass das siegreiche russische Proletariat nicht bei den bürgerlich-demokratischen Aufgaben der Revolution stehen bleiben, sondern zu unmittelbaren sozialistischen Maßnahmen greifen wird.⁹

Ihren unmittelbaren sozialhistorischen Aufgaben nach eine bürgerlich-demokratische Revolution und ihrer sozialen und politischen Trägerschaft nach eine sozialistische Arbeiter- und Bauernrevolution, bekam die russische Revolution des Jahres 1917 jenen spezifischen Doppelcharakter, mit dem sich Zeitgenossen und Nachgeborene so schwer getan haben. Der russische Oktober 1917 war, in den Worten Isaac Deutschers, »die letzte der großen europäischen, bürgerlichen Revolutionen und die erste proletarische Revolution der Geschichte« (S. 29): »Die bürgerliche Revolution, in der sie [die Bolschewiki] die Führung hatten, schuf Verhältnisse, die das Wachstum bürgerlicher

9 »Es ist möglich, dass das Proletariat in einem ökonomisch rückständigen Lande eher an die Macht kommt als in einem kapitalistisch fortgeschrittenen Land (...) Unserer Ansicht nach wird die russische Revolution die Bedingungen schaffen, unter denen die Macht in die Hände des Proletariats übergehen kann (und im Falle des Sieges der Revolution *muss* sie dies tun), bevor die Politiker der bürgerlichen Liberalismus Gelegenheit erhalten, ihr staatsmännisches Genie voll zu entfalten (...) das Schicksal der elementarsten revolutionären Interessen der Bauernschaft (... ist) verknüpft mit dem Schicksal der ganzen Revolution, d.h. mit dem Schicksal des Proletariats. Das Proletariat, das sich an der Macht befindet, wird vor die Bauernschaft als die sie befreiende Klasse treten (...) Das Proletariat wird in die Regierung als der revolutionäre Vertreter der Nation eintreten, als der anerkannte Volksführer im Kampf gegen den Absolutismus und die Barbarei der Leibeigenschaft (...) Das proletarische Regime muss schon in der allerersten Zeit die Lösung der Agrarfrage in Angriff nehmen, mit der das Schicksal großer Massen der Bevölkerung Russlands zusammenhängt.« Leo Trotzki zitiert diese zentralen Passagen aus seiner Schrift *Ergebnisse und Perspektiven* (1906) in einer Rede zur Verteidigung der Russischen Revolution von 1932 und fasst die hier zum Ausdruck kommende Theorie der permanenten Revolution folgendermaßen zusammen: »Ihrer unmittelbaren Aufgabe nach ist die russische Revolution eine bürgerliche Revolution. Doch dass russische Bürgertum ist antirevolutionär. Der Sieg der Revolution ist daher nur als Sieg des Proletariats möglich. Das siegreiche Proletariat wird aber beim Programm der bürgerlichen Demokratie nicht stehen bleiben, sondern zum Programm des Sozialismus übergehen. Die russische Revolution wird zur ersten Etappe der sozialistischen Weltrevolution werden. (...) Die heutigen Produktionskräfte sind längst über die nationalen Schranken hinausgewachsen. Die sozialistische Gesellschaft ist in nationalen Grenzen undurchführbar. Wie bedeutend die Wirtschaftserfolge eines isolierten Arbeiterstaates auch sein mögen, das Programm des ›Sozialismus in einem Lande‹ ist eine kleinbürgerliche Utopie. Nur eine europäische und sodann eine Weltföderation sozialistischer Republiken kann die wirkliche Arena für eine harmonische sozialistische Gesellschaft abgeben.« Leo Trotzki: *Schriften 1: Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur*, Band 1.1., Hamburg 1988, S. 379f.

Eigentumsformen begünstigten. Die proletarische Revolution, die sie vollbrachten, hatte die Abschaffung des Eigentums zum Ziel.« (S. 31) Die beiden Revolutionen verschmolzen zu einer – was sich gerade im Widerstreit zwischen parlamentarischer Demokratie (Konstituante) und direkter Produzentendemokratie (Rätesystem) spiegelte – und gaben ihr ihre einzigartige Kraft, aber auch ihre besondere Schwäche, denn »Russland war gleichzeitig reif und nicht reif für eine sozialistische Revolution. Es konnte ihre negativen, aber nicht ihre positiven Aufgaben bewältigen. Unter der Führung der Bolschewisten enteigneten die Arbeiter die Kapitalisten und übertrugen die Macht an die Sowjets; aber sie konnten keine sozialistische Wirtschaft und keine sozialistische Lebensform schaffen; und sie waren nicht in der Lage, ihre beherrschende politische Stellung für längere Zeit aufrechtzuerhalten.« (S. 33) Wenn also die sozialistische Machtergreifung »keine Totgeburt« war, so war sie »auch nicht der lebensfähige Körper des Sozialismus« (S. 37), denn »der Sozialismus kann nicht auf Mangel und Armut gegründet werden. Gegen sie ist alle Mühe vergeblich. Der Mangel erzeugt unweigerlich Ungleichheit. Wo es nicht für alle genügend Lebensmittel, Kleidung und Wohnungen gibt, wird eine Minderheit zusammenraffen, was sie kann; während die anderen hungern, in Lumpen gehen und in Slums zusammengepfercht leben.« (S. 38)

Hier, in den scheinbar unauflöselichen inneren Widersprüchen des neuen Regimes, findet die in der Stalinschen Willkürherrschaft sich verkörpernde bürokratische Degeneration des russischen Sozialismus ihren historischen wie soziologischen Ursprung – eine Entartung, die, wie Deutscher deutlich macht, umso tragischer war, als die Bolschewiki ein im Allgemeinen scharf ausgeprägtes Bewusstsein der aus der quantitativen Schwäche ihrer eigenen proletarischen Klassenbasis resultierenden Gefahr besaßen. Nachdem die Revolution vorerst isoliert geblieben und die proletarische Basis des revolutionären Regimes durch einen dreijährigen Bürgerkrieg zerrüttet und tendenziell aufgelöst worden war, vor allem weil Hunderttausende Arbeiter-Bolschewisten als Speerspitze der Roten Armee entweder ermordet oder in den politisch-militärischen Apparat des neuen Regimes gewechselt waren, befanden sich die Bolschewiki »in der Lage einer revolutionären Elite, hinter der keine revolutionäre Klasse steht« (S. 40f.). Nun wurde die Stärke der Revolution zu ihrer Schwäche. Eine neue Bürokratie ergriff die gesellschaftliche Macht und »im Verlauf einer Entwicklung, die der »natürlichen Auslese« nahe kommt, fand die Parteihierarchie nach Lenins Tod ihren Führer in Stalin, der dank seiner außergewöhnlichen Fähigkeiten, verbunden mit einem despotischen Charakter und äußerster Skrupellosigkeit, für die Ausübung des Machtmonopols am besten geeignet war.« (S. 41)

Wer, wie Werner Hofmann oder andere, diesen Doppelcharakter nicht zu verstehen mag, muss das, was in der sowjetrussischen Revolution und im nachrevolutionären Regime widersprüchlich vereinigt wurde, zu einer scheinbar undifferenzierten Einheit vermischen. Die bürgerlichen Aspekte des revolutionären und nachrevolutionären Prozesses werden auf diesem

Wege zum Bestandteil eines als ganzem sozialistischen Charakters verklärt. Wenn Deutscher darauf hinweist, dass Stalin gerade als »Meister der Säuberungen«, also in seinen Machtexzessen, »der Nachfahre Cromwells und Robespierres« gewesen ist (S. 44), ist dies mehr als nur jene historische Analogie, als die sie auch bei ihm erscheint.¹⁰ Gerade in den bürgerlichen Formen der nachholenden Modernisierungsdiktatur war Stalin ein Exekutor des bürgerlichen (Teil-)Charakters des nachrevolutionären Regimes. Dies wurde gerade daran historisch deutlich, dass Stalin und seine Führungselite nach getaner »schmutziger« Arbeit eben nicht im Sinne einer eifrigen Dienstelite abdankten, sondern ihre Macht mit allen Mitteln zu verteidigen wussten. Denn auch wenn sich Stalin selbst als Treuhänder des Proletariats und der Revolution verstand, so hielt er im Angesicht einer seit den 1930ern wieder stark anwachsenden Arbeiterschaft nichts desto trotz an Terror und Betrug fest, »um zu verhindern, dass die Arbeiter und das Volk in seiner Gesamtheit ihre Rechte und ihr revolutionäres Erbe forderten« (S. 42). Die unter Stalin vor sich gehende Metamorphose des Regimes war deswegen nicht nur von einer weitreichenden Verfälschung der Ideen von 1917 begleitet, von einer Perversion von Sozialismus und Marxismus (S. 43f.), sie betraf auch die sozialen Grundlagen der Gesellschaft, wie Deutscher an der Bauernschaft und an der Arbeiterklasse aufzeigt.

Mittels gewaltsamer Vertreibung und Umsiedlung großer Teile der Bauernschaft in die neuen Industriestädte, »mit Hilfe strenger Arbeitsgesetze, Deportationsdrohungen und tatsächlichen Deportationen in Arbeitszwangslager« (S. 55), sowie durch Zwangskollektivierung und eine durch den Zweiten Weltkrieg bedingte Militarisierung von Arbeit und Leben setzte die herrschende kommunistische Partei die für eine forcierte Industrialisierung scheinbar notwendige und zwangsläufige Disziplin durch und begründete eine umfassende Urbanisierung Russlands, die in der Geschichte kaum ihresgleichen findet. Russland erlebte in den 30er, 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Phase massivster Verstädterung, eine Phase der Schrumpfung und Neuzusammensetzung der Bauernschaft sowie die Herausbildung eines neuen industriellen Massenproletariats. Die industrielle Arbeiterklasse wurde auf diesem Wege zwar zur größten Gesellschaftsklasse, blieb jedoch, von der offiziellen Politik nachhaltig gefördert, ökonomisch, sozial und kulturell »in sich stark differenziert« (S. 56). »Auf diese Weise wurde an der Werkbank Arbeiter gegen Arbeiter gestellt; und die Vorwände des »sozialistischen Wettbewerbs« dienten dazu, die Bildung und Äußerung jeglicher Klas-

10 Auch bei Deutscher ist die Versuchung übermächtig, die russische Revolution vor allem in Analogie zu den historischen Erfahrungen der bürgerlichen Revolutionen früherer Jahrhunderte zu betrachten (vgl. dazu Christopher Hill: »The Theory of Revolutions«, in David Horowitz (Hrsg.): *Isaac Deutscher. The Man and his Work*, London 1971, S. 115-131). Und so tendiert auch er gelegentlich dazu, die qualitative Differenz von bürgerlichen und sozialistischen Emanzipationsprozessen zu verwischen.

sensolidarität zu verhindern. Der Terror der 30er Jahre hinterließ in diesen Menschen einen unauslöschlichen Eindruck.« (S. 59) Moderne Formen der Klassensolidarität wurden systematisch verhindert, der vorherrschende Zustand von Klassenzersplitterung und Ohnmacht zementiert, und »(d)ie Bürokratie tat, was sie konnte, um diesen Zustand zu erhalten« (S. 61).

Gerade hier, in der Darstellung, wie die stalinistische Bürokratie die soziale Revolution mit einer Vertiefung der sozialen Ungleichheit und einer Blockierung von Klassenbewusstseinsprozessen verband¹¹, durchbricht Isaac Deutscher das geschichtsphilosophische Prokrustesbett eines Werner Hofmann und zeigt auf, dass und wie die sowjetische Führungselite und ihre willigen bürokratischen Vollstrecker über die Aufgaben und Taten einer Dienstelite hinausgingen. Die Idee blamierte sich stets, wo sie vom Interesse geschieden, wusste schon der alte Marx. Die Verselbständigung der neuen, nachrevolutionären Macht kann deswegen ihre soziologische Erklärung nur in jener spezifisch sowjetrussischen Bürokratie finden, die für den Soziologen Hofmann »(n)ur eine untergeordnete Bedeutung hat« (s.o.). Es war diese neue sowjetische Bürokratie, die zum Nutznießer der weitreichenden und einmaligen Gesellschaftstransformation wurde und in der Verstaatlichung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, in der revolutionären Abschaffung von Privateigentum und privatem Unternehmertum ihre soziale Grundlage und Identität finden konnte und sich entsprechend enorm ausweitete.

Doch auch wenn diese neue soziale Schicht oder Klasse mittlerweile einen der kollektivierten Bauernschaft vergleichbaren quantitativen Umfang erreicht habe, könne man sie doch in ihrer Gesamtheit nicht über einen Kamm scheren, so Deutscher. Nur die obere Schicht der Parteihierarchie von Managern und Militärs sei den Reichen des Westens vergleichbar. Wesentlicher sei jedoch, dass dieser neuen sozialen Kaste gerade das fehle, was die herrschende Klasse im Westen auszeichne: das Privateigentum an Boden und Produktionsmitteln. Die Angehörigen dieser neuen Bürokratie sind deswegen »ein widerspruchsvolles Element; sie sind eine Klasse und sie sind es nicht«, denn »(i)hre materiellen Privilegien sind auf die Sphäre des Verbrauchs beschränkt« (S. 66f.). »Eigentum ist immer die Basis einer jeden Klassenherrschaft gewesen. Davon hängt der innere Zusammenhang und die Einheit einer bestehenden Klasse ab. Eigentum ist für die Klasse ein charakterbildender Faktor. Es ist auch das positive Element, zu dessen Verteidigung sich die Klasse zusammenschließt.« (S. 69) Doch »(d)ie privilegierten Gruppen der Sowjetgesellschaft sind nicht durch vergleichbare Bande vereinigt« (ebd.), woraus »eine gewisse Unstabilität und Vergänglichkeit ihrer sozialen Dominanz« (S. 68) resultiere. So komme es, dass die gesellschaftliche Stellung der

11 Eine eindrucksvolle Darstellung des gleichen Zerstörungs- und Entfremdungswerkes, das der Stalinismus an der Klasse der Arbeiter und Bauern vollbrachte, an der gesellschaftlichen Schicht/Klasse der Intelligenz, findet sich bei Boris Kagarlitzki, a.a.O., der für sein Werk den britischen *Deutscher Memorial Prize* bekommen hat.

sowjetischen Bürokratie angreifbarer und schwächer ist als die aller anderen modernen besitzenden Klassen, obwohl sie nichts desto trotz eine größere Macht ausgeübt habe als alle diese. Ihre Stärke – dass ihre Macht »zur gleichen Zeit ökonomisch, politisch und kulturell ist« (S. 70) – ist auch gleichzeitig ihre Schwäche, denn: »In einer postkapitalistischen Gesellschaft werden die Massen nicht durch einen automatischen ökonomischen Mechanismus in Abhängigkeit gehalten; das geschieht allein durch die politische Macht ... Das ist auf die Dauer gesehen eine viel gebrechlichere Grundlage für eine gesellschaftliche Herrschaft als jede beliebige fest gegründete Struktur von Eigentumsverhältnissen, die durch Gesetz, Religion und Tradition geheiligt sind ... Mit anderen Worten, der Kapitalismus konnte gegen seine Klassenfeinde von vielen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verteidigungsstellungen aus kämpfen und besaß große Möglichkeiten einer Rückzugsstrategie und Manövrierfähigkeit. Eine nachkapitalistische bürokratische Diktatur hat weit weniger Spielraum: ihre erste politische Verteidigungsstellung ist ihre letzte.« (S. 128, S. 69, S. 128)

Das spezifisch Neuartige der sowjetbürokratischen Herrschaft war also, obwohl ihrer Erscheinung nach gleichermaßen ökonomisch, politisch und kulturell sich gestaltend, dass sie (anders als die bürgerlich-kapitalistische) ihrem Wesen nach eine wesentlich politische Herrschaft war, die die nachrevolutionäre Gesellschaft in einem instabilen Gleichgewicht hielt, das durch den stalinistischen Terror erfolgreich verschleiert wurde. In dieser historisch neuartigen Form einer sozialistischen Bürokratie findet sich auch die spezifische Dynamik der sowjetischen Geschichte, ihre besondere Mischung aus Kontinuität und Bruch. Hatten die in der Sowjetunion Herrschenden fast sämtliche Oktoberrevolutionäre hingerichtet, beriefen sie sich andererseits auch weiterhin auf das Erbe dieser Revolution und schienen »alle Kräfte einer möglichen Restauration überlebt zu haben« (S. 9). Und wenn auch, so Deutscher, manche sagen, dass die Kontinuität bloßer Schein sei, müssten wir uns »noch immer fragen, was die Sowjetunion veranlasste, so hartnäckig an ihr festzuhalten« (ebd.). Weil die neue herrschende Kaste weder Produktionsmittel noch Boden besaß, war sie von jenem Erbe der Revolution abhängig, dass sich seiner Meinung nach in der Gesellschaftsstruktur und der Meinung des Volkes behauptete. Hierin sah Deutscher »die wirkliche Kontinuität eines Systems, das auf der Abschaffung des Privateigentums und der völligen Verstaatlichung der Industrie und des Bankwesens beruht. Keine Veränderung in der Regierung, der Parteiführung und der politischen Maßnahmen hat diese fundamentale und unverletzliche »Errungenschaft des Oktobers« berührt! Das ist der Felsen, auf dem die ideologische Kontinuität ruht. Eigentumsverhältnisse oder Formen des Besitzes sind kein passiver oder indifferenter Faktor in der Entwicklung einer Gesellschaft.« (S. 46f.)

Die spezifischen Herrschaftsinteressen dieser sozialistischen Bürokratie prägten aber nicht nur die innenpolitische Entwicklung des neuen Sowjetregimes, sondern auch seine außenpolitische. Nachdem er seine Zuhörer- und

Leserinnenschaft daran erinnerte, dass das internationalistische Selbstverständnis der Bolschewiki nicht nur ideologisch-moralischer Natur, sondern mehr noch politisch-strategisch angelegt war und in der marxistischen Analyse eines zum imperialen Weltssystem vernetzten Kapitalismus begründet lag, betont er, dass die innere Entwicklung der UdSSR »selbstverständlich (...) nicht vom Zusammenhang mit der Welt, dem internationalen Kräftefeld, dem Gleichgewicht der Kräfte und der Großmachtdiplomatie ebenso wenig wie dem Stand der Arbeiterbewegung im Westen und den Kolonialrevolutionen im Osten isoliert werden« (S. 75) könne. Die bolschewistische Erwartung einer internationalen Revolution sei dabei prinzipiell richtig gewesen und habe sich nach 1917 auch als historisches Faktum erwiesen (S. 79). Erst Stalin habe »aus der Not eine Tugend« (S. 81) gemacht, als er sich 1924/25 von diesem strukturellen Internationalismus verabschiedete und seine Theorie des »Sozialismus in einem Lande« zu propagieren begann. Doch hinter diesem »Hauptdogma des Stalinismus, an das Partei und Staat mit religiösem Eifer glauben mussten«, hinter dieser »Vorstellung eines selbstgenügsamen russischen Sozialismus stand«, so Deutscher treffend, »unausdrücklich die Annahme, dass die Revolutionsaussichten im Westen für lange geschwunden waren.« (S. 82) Was in der Tat eine weit verbreitete Stimmung widerspiegelt habe, sei jedoch nicht mehr als eine politisch-philosophische Lehre des Trotzes gewesen, wie es der sowjetische Politökonom Eugen Varga später ausgedrückt hat. Deutscher nennt sie mehr noch eine politische Philosophie der »Erpressung«, die westliche Sozialisten und Kommunisten »in reine Zuschauer« (S. 92f.) eines von der Sowjetbürokratie vermeintlich treuhänderisch verwalteten weltrevolutionären Prozesses verwandelt habe.

Auf der einen Seite habe sich auch die sowjetische Bürokratie wegen ihrer Bürde des revolutionären Erbes nicht aus den auswärtigen Klassenkämpfen heraushalten können. Auf der anderen Seite tat sie dies so, dass sie die auswärtigen Kommunisten zu diplomatischen Hilfstruppen des eigenen nationalen Aufbaus, zu pazifistischen Grenzschutzern der Sowjetunion (Trotzki) degradierte, denn, so Deutscher, die Bürokraten »begehrten Sicherheit für sich selbst und *ihre* Russland. Sie waren bestrebt, den nationalen und vor allem den internationalen *Status Quo* zu bewahren und mit den großen kapitalistischen Mächten zu einem *Modus vivendi* zu gelangen. Sie waren davon überzeugt, dass sie ihr Ziel mit Hilfe ideologischer Isolierung erreichen konnten und bemühten sich eifrig, die Sowjetunion aus den Klassenkämpfen und den sozialen Konflikten draußen in der Welt herauszuhalten. Indem Stalin den Sozialismus in einem Land proklamierte, deutete er dem bürgerlichen Westen an, dass er am Sozialismus in anderen Ländern kein lebenswichtiges Interesse hatte. Und der bürgerliche Westen verstand das gut, selbst wenn er sich fragte, ob er Stalin trauen könne. Während der großen Auseinandersetzung zwischen Stalin und Trotzki waren die meisten unserer Staatsmänner und Meinungsmacher der Ansicht, dass der Westen noch am besten mit Stalin bedient

sei. Er garantierte Mäßigung und friedliche Koexistenz.« (S. 83; Hervorhebungen: ID)

Auch hier verdeutlicht sich die tiefgreifende Differenz von Deuschers Analyse zu der von Werner Hofmann. Behauptet Hofmann, dass man nicht sagen könne, »dass die Außenpolitik der Sowjetunion unter Stalin im ganzen ›stalinistisch‹ gewesen sei«, weil sich »(d)ie Gesetze der nationalen Selbstbehauptung der Außenpolitik jeder Regierung auf(drängen); und Außenpolitik ist unvermeidlich Machtpolitik«¹², dann wird diese Behauptung nur schlüssig, wenn man den Stalinismus zur gleichsam irrationalen Herrschaft einer Person verklärt. Zudem verdeutlicht sich hier einmal mehr der bürgerliche Maßstab seiner Beurteilung, die Tatsache, dass Hofmann die emanzipative Logik des Sozialismus auf die Logik bürgerlicher (Macht-)Politik reduziert. Nur wer den Stalinismus zum irrationalen Machtexzess verklärt, kann in der Tatsache, dass die russische Außenpolitik »auch unter Stalin nicht (prinzipienlos) gewesen ist« (S. 59), ein Argument für ihren nichtstalinistischen Charakter erkennen – doch wieso sollte sie prinzipienlos sein, wenn sie die Herrschaftsinteressen einer bürokratisch herrschenden Kaste bedient und entsprechend strukturelle Ähnlichkeiten zur bürgerlichen Machtpolitik aufweist? Nur wer den Stalinismus zum irrationalen Machtexzess verklärt, kann in der Volksfrontpolitik eines Palmiro Togliatti oder Georgi Dimitroff einen Beweis für die unvollständige Durchsetzung des Stalinismus in der kommunistischen Weltbewegung sehen und sie für einen »Durchbruch durch den Stalinismus« (S. 52) halten. Wer jedoch im Stalinismus den politischen Ausdruck einer gesellschaftlichen Herrschaftsclique zu erkennen weiß, versteht auch, dass und wie die Volksfrontpolitik die logische Konsequenz eines Herrschafts- und keines Emanzipationsinteresses war; dass und wie die nicht *gegen*, sondern *von* der stalinistischen Bürokratie propagierte Volksfrontpolitik mehr der Klassenkollaboration mit bürgerlichen Mächten und den Staatsinteressen der UdSSR diene als der Beflügelung des sozialistischen Emanzipationskampfes.

Man musste in den 1960er Jahren kein Trotzkiist oder Ex-Trotzkiist sein, um dies zu verstehen. Der der so genannten Marburger Schule um Wolfgang Abendroth zugerechnete Hofmann¹³ hätte bloß einen Blick in Abendroths zwei Jahre zuvor erschienene *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* werfen brauchen, um in deren sechstem Kapitel eine treffende Kritik dieser stalinistischen Volksfrontpolitik zu finden, die – wie bei Isaac Deutscher – deren Widersprüche mit einem versierten Blick auf die hinter ihnen

12 Werner Hofmann, a.a.O., S. 59. Die Seitenzahlen in diesem Absatz beziehen sich auf dieses Werk.

13 Vgl. Gerhard Schäfer: »Das Marburger Dreigestirn: Wolfgang Abendroth – Heinz Maus – Werner Hofmann. Zur Vorgeschichte kritischer Gesellschaftswissenschaft in Marburg«, in: S. Möbius/G. Schäfer (Hrsg.): *Soziologie als Gesellschaftskritik. Wider den Verlust einer aktuellen Tradition*, Hamburg 2006, S. 44–70.

stehenden Eigeninteressen der in der UdSSR herrschenden Schicht aufzuklären vermag.¹⁴ Auch für Deutscher war die Politik der friedlichen Koexistenz weniger ein Meisterstück diplomatischer Realpolitik, als vielmehr ein antisozialistischer Eingriff in den internationalen Klassenkampf, denn »(n)ichts konnte prekärer sein als das Gleichgewicht in der Gesellschaft und im internationalen Kräfteverhältnis der Zwischenkriegsjahrzehnte« (S. 84), und »(n)iemand kann sagen, wie der Westen oder die Welt insgesamt heute aussehen würden, wenn die Arbeiterbewegung außerhalb der Sowjetunion ihren eigenen Interessen und Traditionen gefolgt wäre und es keinem von außen kommenden Einfluss, stalinistischer oder sonstiger Art, erlaubt hätte, den Rhythmus und die Richtung ihrer Entwicklung zu verfälschen. Vielleicht hätten die fortgeschrittenen Völker des Westens inzwischen ihre sozialistische Revolution verwirklicht oder wären ihr doch viel näher gekommen, als sie es heute sind.« (S. 85)

Isaac Deutscher verlor sich also nicht in den Aporien einer bloß anschauenden Geschichtsbetrachtung, sondern wusste um die Subjekt-Objekt-Dialektik der Geschichte und das Problem, dass sich dem geschichtswissenschaftlichen Zugriff daraus stellt. »Der Tagespolitiker«, hatte er Anfang der 60er Jahre, im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Stalin-Biografie geschrieben, »hat es mit sich ständig verändernden Umständen zu tun: Nach allen Seiten hin setzen Menschen ihren Willen durch, was zum Konflikt führt, sie entfesseln Kräfte und erreichen Entscheidungen oder machen solche rückgängig. Der Historiker dagegen hat es mit ganz bestimmten, unabänderlichen Tatsachen zu tun: Alles Pulver ist bereits verschossen, jeder Wille hat sich bereits abregiert, alle Entscheidungen sind getroffen worden; und was nicht mehr abzuändern ist, erscheint unvermeidbar.«¹⁵ Und weil er um diese Dialektik wusste, konnte er auch die von den stalinistischen Ideologen gepflegte These der objektiven Unvermeidlichkeit revolutionärer Niederlagen nicht akzeptieren: »Zumindest einige der schlimmsten Niederlagen des Sozialismus sind eine Folge subjektiver Faktoren gewesen, das heißt der Fehlerhaftigkeit politischer Entscheidungen und Handlungen von Menschen und Parteien, denen die Führung im sozialistischen Kampf anvertraut worden war.« (S. 85)¹⁶ Er spricht in diesem Zusammenhang von einem »falsche(n) Zirkel« (S. 88) und erinnert an die extreme Passivität und Unentschiedenheit, mit der

14 Wolfgang Abendroth: *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965), Frankfurt/M. 1972, S. 126ff.

15 Isaac Deutscher: *Stalin. Eine politische Biografie*, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 11f.

16 1928, in seiner Schrift *Die Dritte Internationale nach Lenin* (Dortmund 1977, S. 27), formulierte Leo Trotzki polemisch treffend: »Es fehlte nicht an revolutionären Situationen, aber jedes Mal wusste man sie in chronischer Weise nicht zu nutzen. Dieses Versagen ist weder zufällig, noch hat es eine außergewöhnliche Ursache: es ist die unvermeidliche Konsequenz des zentristischen Kurses, der in normalen Zeiten seine Unzulänglichkeit verstecken kann, der jedoch in einer revolutionären Situation, wenn brüske Änderungen eintreten, Katastrophen provoziert.«

Moskau zu Beginn der 30er Jahre dem Aufstieg des deutschen Faschismus zugesehen hatte (S. 86), an die Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien Mitte der 30er Jahre sowie an den deutsch-sowjetischen Pakt am Ende derselben (S. 88): »Auf der Jagd nach der Fata Morgana ›Sicherheit‹ im Rahmen des internationalen Status quo, nach dem ›Sozialismus in einem Land‹, führte der Stalinismus die Niederlage des Sozialismus in vielen anderen Ländern herbei und setzte die Sowjetunion einer tödlichen Gefahr aus.« (S. 87) Selbst die osteuropäischen Revolutionen nach dem Zweiten Weltkrieg waren nicht als gemeinsame Bemühung des internationalen Proletariats konzipiert, sondern als von oben installierter »Verteidigungsgürtel des Sozialismus in einem Land« (S. 90). So führte der Stalinismus den Klassenkampf »in eine Sackgasse, was der Diplomatie ermöglichen sollte, die ›friedliche Koexistenz der einander entgegengesetzten Gesellschaftssysteme‹ zu gewährleisten« (ebd.).

Mit dem eines halbes Jahrhundert nach dem roten Oktober zu ziehenden Befund, dass das Beispiel der Sowjetunion deswegen »weit davon entfernt (war), die Arbeiterbewegungen des Westens zu beleben, (...) sie vielmehr davon ab(schreckte), ihre sozialistischen Ziele zu verfolgen« (S. 92), stellt sich Deutscher aber auch eine andere klassische Frage, und zwar die, ob es zu diesem Prozess eine Alternative gegeben hat. Nicht dass er die forcierte Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft für falsch oder unmöglich gehalten hätte. Doch die Aufgaben von Wiederaufbau und Entwicklung hätten auch »ohne die Maßlosigkeit an Gewalt, Opfern und Tränen weit rationeller und mit viel gesünderen sozialen, politischen und moralischen Nachwirkungen (...) vollbracht werden können« (S. 55), denn »(s)ich ihrer Verantwortung bewusste Sowjetführer hätten, wie Lenin das getan hat, die Lage gewissenhaft erklärt; und sie hätten klagemacht, dass selbst die großen Errungenschaften der Sowjetunion nur Vorbereitungen für den Sozialismus waren und sein konnten, nicht die Verwirklichung des Sozialismus selbst. Sie hätten dadurch Illusionen vorgebeugt und spätere Enttäuschungen verhütet; und sie hätten dadurch der Arbeiterbewegung des Westens ihre Mitverantwortung für die Isolierung und die missliche Lage der Sowjetunion einschränken können. Aber Stalin und seine Mitarbeiter dachten viel zu sehr an ihren Nationalstolz und an ihr bürokratisches Prestige.« (S. 92)

Wir haben es hier aber eben nicht mit persönlichen Charakterfehlern zu tun – auch wenn diese ihre Rolle spielen –, sondern mit sozialen und politischen Interessen, mit einer Form »materiellen« Eigennutzes¹⁷, die – mindestens aus dem Blickwinkel des menschlichen Emanzipationsprozesses – in ei-

17 »Stalins Verbrechen waren keine ›Fehler‹ und ›Abweichungen‹ von der ›korrekten Linie‹; sie waren als solche ›die korrekte Linie‹ der Etatkratie auf einer bestimmten Stufe ihres Kampfes gegen die arbeitenden Klassen und den Sozialismus.« (Kagarlitzki, a.a.O., S. 180) Mit Etatkratie bezeichnet Kagarlitzki »eine besondere Staatsklasse bzw. Apparatschicht, die andere ausbeutet, obwohl sie kein Eigentum besitzt, und der es an innerer Stabilität mangelt (Kagarlitzki: *Der gespaltene Monolith*, Berlin 1991, S. 20).

ner weltgeschichtlichen Katastrophe enden sollte: »Im Laufe von rund dreißig Jahren sprach die stalinistische Propaganda von den Wundern, die der Sozialismus in der UdSSR gewirkt hatte. Die Begeisterten und die Naiven glaubten es. Die große Mehrheit der westlichen Arbeiter zweifelte, enthielt sich des Urteils oder bildete sich eine negative Meinung. Der Zweifel wurde durch Berichte über die Armut, die Hungersnöte und den Terror in der Sowjetunion genährt. Die großen Säuberungen und der stalinistische Kult, die von allen kommunistischen Parteien fanatisch verteidigt wurden, riefen Widerwillen hervor. Dann trafen Massen von amerikanischen, britischen und französischen Soldaten mit ihren sowjetischen Verbündeten im besetzten Deutschland und Österreich zusammen; und sie bildeten sich ihr Urteil. Schließlich kam 1956 der durch die Enthüllungen Chruschtschows ausgelöste Schock. Viele Millionen westlicher Arbeiter haben im Laufe der Jahre über diese Erlebnisse nachgedacht und den Schluss gezogen, dass ›der Sozialismus nicht funktioniert‹ und dass einen die Revolution ›nicht ans Ziel‹ führt. Viele versanken in politischer Apathie; und viele haben sich mit dem Status quo im Westen ausgesöhnt, der durch die Nachkriegskonjunktur und den Wohlfahrtsstaat etwas erträglicher geworden war. Intellektuelle, die an den sowjetischen Sozialismus glaubten, endeten mit der Schmähung des ›falschen Gottes‹. Der Mythos vom Sozialismus in einem Land hat auf diese Weise einen noch trügerischeren Mythos erzeugt – einen kolossalen Mythos –, den vom Fiasko des Sozialismus. Diese doppelte Mystifikation beherrscht zum großen Teil das westliche politische Denken und hat erheblich zu der ideologischen Sackgasse geführt, in der sich die Welt ein halbes Jahrhundert nach 1917 noch immer befindet.« (S. 93)

Dieser bereits 1967 vernichtende Befund gilt mehr noch 40 Jahre später. Und all dies nicht zuletzt, möchte man hinzufügen, weil Stalinisten und linke »Freunde der Sowjetunion«, konservative und liberale Bürgerliche die gesellschaftlichen Verhältnisse im Osten als »sozialistisch« klassifizierten und große Teile der Bevölkerungen dies entweder glaubten oder keine Alternative dazu sahen.

Die Grenzen der Entstalinisierung

Wo einem Werner Hofmann die Einsicht in diese Dialektik der Geschichte, die Einsicht, dass und wie subjektives Handeln neue Objektivitäten schafft, abging, war Isaac Deutscher realistischer und nahm gerade jene strukturalen Blockierungen wahr, die die Geschichte und Politik des Stalinismus den aktuellen Perspektiven menschlicher Emanzipation vererbte. Und diese Blockaden waren eben nicht nur jene des revolutionären Prozesses in den kapitalistischen Zentren, sie betrafen auch die UdSSR selbst, die sich durchaus nicht auf einem harmonischen Weg ins sozialistische Morgenrot befand.

Die entscheidende innerrussische Sackgasse bestand für Deutscher gerade darin, dass »(d)ie Formen des Sozialismus geschaffen worden (waren), bevor sein Inhalt, die wirtschaftliche und kulturelle Substanz, vorhanden war; und

als der Inhalt geschaffen wurde, hatten Verfall und Entstellung der Formen eingesetzt. (...) Diese Umkehrung sozialer Prioritäten, diese Vermengung von Zwecken und Mitteln und die Disharmonie zwischen den Formen und dem Inhalt des öffentlichen Lebens sind die tiefsten Quellen der Krisen, der Gärungen und Störungen der Ära nach Stalin. Die bürokratische Kontrolle, jener Ersatz für die gesellschaftliche Kontrolle, ist für einen weiteren Fortschritt zum Hemmschuh geworden; und das Volk verlangt danach, seinen Reichtum selbst zu verwalten und Herr seines eigenen Schicksals zu sein. Es weiß nicht recht, wie es sein Verlangen zu Gehör bringen und verwirklichen soll. Jahrzehnte einer totalitären Herrschaft und monolithischen Disziplin haben das Volk seiner Fähigkeit zum Selbstaussdruck, zur spontanen Handlung und zur Selbstorganisation beraubt. Die herrschenden Gruppen stümpfern an wirtschaftlichen Reformen herum, lockern die geistigen Fesseln des Landes und tun doch, was sie können, um das Volk in einem Zustand der Unmündigkeit und Passivität zu halten. Das sind die Grenzen der offiziellen Entstalinisierung«, und sie erklären für Deutscher die »peinliche Pause zwischen der Stalinära und einem Neubeginn im schöpferischen Denken und geschichtlichen Handeln der Sowjetunion« (S. 48f.).

Deutscher in *Der unvollendeten Revolution* gezogene Bilanz ist also ausgesprochen ernüchternd. Er spricht vom »Fiasko der offiziellen Entstalinisierung« (S. 121) und von ihrer »Heuchelei« (S. 123) und prangert dies als Kern des vorherrschenden Unbehagens in der UdSSR an. Da mit dem historischen Stalinismus jede reale oder potentielle antistalinistische Opposition gewaltsam ausgemerzt worden war, waren die Stalinisten gezwungen, die notwendig gewordene Entstalinisierung selbst vorzunehmen. Da jedoch ein konsequenter Abschied von der stalinistischen Vergangenheit ihren eigenen Interessen, Neigungen und Gewohnheiten – und, wie er später zunehmend betonte, aus Angst vor jenen Geistern der Vergangenheit, die immer wieder gerade von der neu aufkommenden linken Opposition aktualisiert wurden¹⁸ – zuwider lief, konnten die stalinistischen Reformer die Entstalinisierung »nur mit halbem Herzen und oberflächlich ausführen. Sie lüfteten eine Ecke des Vorhangs über die Stalinära, konnten aber nicht den ganzen Vorhang lüften.« (S. 122) Das wiederum führte zu einer schweren moralischen Krise der Sowjetgesellschaft, zu einer kollektiven politischen und historischen Amnesie ihrer Bevölkerung, die jeden weiteren Fortschritt blockierte: »Ihre Herrscher haben ihnen gesagt, dass praktisch die ganze Revolutionsgeschichte gefälscht wurde; aber sie haben sie nicht mit den wahren Tatsachen bekannt gemacht. (...) Das ideologische Gebäude des Stalinismus ist gesprengt worden; aber nachdem seine Fundamente erschüttert wurden, sein Dach hinweggefegt wurde und seine verkohlten Mauern einzustürzen drohten, steht das Gebäude noch immer; und die Menschen sollen weiterhin in ihm leben.« (S. 125f.)

18 Vgl. hierzu Louis Menashe: »The Dilemma of De-Stalinization«, in: D. Horowitz (Hrsg.), a.a.O., S. 132-175.

So komme es, dass, »durch die Kontinuität geschützt« (S. 126), die irrationalen Aspekte der sowjetrussischen Revolution zusammen mit den rationalen überleben. Und die entscheidende Frage sei nun, ob und wie diese wieder voneinander getrennt werden können.

Während Leo Trotzki seit Mitte der 30er Jahre den Schlüssel zur Entstalinisierung in einer neuen, wesentlich durch einen revolutionären Aufschwung im Westen verursachten Revolution gegen die Bürokratie gesehen hatte, hatte Deutscher bis in die 60er Jahre hinein auf eine eher reformerische Entstalinisierung als Angelpunkt einer linken Renaissance gehofft. Anklänge an diese Einschätzung finden sich auch noch in *Der unvollendeten Revolution*, bspw. wenn er sich überzeugt zeigt, dass sich die Revolution »aus eigener Kraft rehabilitieren« (S. 127) müsse. Doch nirgendwo im ganzen Buch – und das scheint mir bisher übersehen worden zu sein – findet sich Deutschers alte These, dass diese revolutionäre Reform als allmähliche Evolution in demokratischer Richtung von oben zu bewerkstelligen sei.¹⁹ Auch im Jahre 1967 sah er noch einen objektiven Prozess der Konsolidierung und Integration der sowjetrussischen Arbeiterklasse sowie ein wachsendes soziales Bewusstsein derselben: »Wo die soziale Schichtung allein auf dem verdienten Einkommen und der Funktion und nicht auf dem Eigentum beruht, dort bildet der Fortschritt der Massenerziehung ein mächtiges und letzten Endes unwiderstehliches Mittel zur Verwirklichung der Gleichheit.« (S. 71) In diesen neuen Arbeiterintellektuellen sah er auch weiterhin »ein schöpferisches, aber auch potentiell ein explosives Element in der Politik«. Doch die einstmals von ihm selbst vertretene Behauptung, »dass die Bürokratie auf diese Weise ihre eigenen Totengräber hervorbringt (...) dürfte die Sache freilich allzu sehr dramatisieren« (S. 72f.)!

Hier verdeutlicht sich Deutschers eigener, durch die historischen Erfahrungen mit der Entstalinisierungspolitik geschärfter Lernprozess. Deutschers Biograf Ludger Syr  hat betont, dass dessen Haltung auch in den 1950er Jahren nicht zur Apologie der herrschenden sozialistischen Bürokratie uminterpretiert werden könne: »Alle Kritiker, die Deutscher unterstellten, er sähe die Demokratisierung automatisch oder notwendig aus der Industrialisierung resultieren, gingen an seinen Worten vorbei; Deutscher äußerte sich vorsichtiger und benutzte Verben wie ›tendieren‹ oder ›favorisieren‹, um den Zusammenhang zwischen beiden Prozessen auszudrücken«, schreibt er und zitiert Deutscher, der bereits Mitte der 50er Jahre diesen Kritikern antwortete: »Ich sollte vielleicht bemerken, dass ich nirgendwo gesagt oder angedeutet habe, dass Industrialisierung und Bildungsfortschritt automatisch eine demokratische Entwicklung garantieren. Ich habe lediglich behauptet, dass Industriali-

19 Dass Deutscher an seiner Theorie einer Demokratisierung von oben »bis zu seinem Tode« festhielt, wie Marcel van der Linden behauptet (*Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 1992, S. 118), ist m.E. nicht haltbar – das zeigt auch Syr s Studie (a.a.O.).

sierung dazu tendiert, demokratische Aspirationen in den Massen zu wecken.«²⁰ Von Beginn an betrachtete Deutscher den Entstalinisierungsprozess als eine Kombination von Druck von unten und Zugeständnissen und Reformen von oben. Und nicht weil er an die Bürokratie gleichsam »glaubte«, betonte er die Perspektiven einer Reform von oben, sondern weil er verstand, dass die Selbstorganisation von unten nicht naturwüchsig sich entfaltet, sondern gerade aufgrund der genannten Kombination. Je mehr er den gesellschaftlichen Reformprozess nach Stalins Tod beobachtet und analysiert hatte, desto mehr betonte er die Grenzen einer grundlegenden Reform von oben.²¹ Und gerade die Erfahrungen mit Chruschtschows widersprüchlicher Politik führten bei Deutscher zu einer Verschiebung der Reformachse »nach unten« und ließen ihn Anfang 1966 verkünden: »Ich glaube, dass die Reform von oben ausgeschöpft ist.«²² Mit Chruschtschows Politik zeige sich, dass die Bürokratie »zu einer herrschenden Schicht geworden (ist), die sich ihrer Vorrechte und ihrer Rolle bewusst ist, die bereit ist, die Macht an ihre Führer zu delegieren, die aber nicht gewillt ist, sie ihnen abzutreten.«²³

Die politischen Konsequenzen dieses Lernprozesses lagen nun auf der Hand. Wollen die Sowjetbürger wieder Subjekt der Geschichte werden, so Deutscher, müssen sie »als erstes die Meinungs- und Vereinsfreiheit wiederherstellen« (S. 127). Nur so lasse sich die ihnen einstmals geraubte Fähigkeit zum Selbstausdruck, zur spontanen Handlung und zur Selbstorganisation wieder zurückerobern. Nur so werde jedoch auch der Charakter des bürokratischen Herrschaftssystems wirklich in Frage gestellt, das sich gerade darin wesentlich vom Kapitalismus unterscheide, dass ihre Herrschaftsgrundlagen primär politischer und nicht ökonomischer Natur seien. Weil im bürokratischen System die Massen durch politische Macht gebunden werden und entsprechend die erste politische Verteidigungsstellung der Herrschenden ihre letzte ist (siehe oben), ist der Kampf um diese »bürgerlichen« Freiheiten ein Kampf um die Kontrolle nicht nur des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft: »Indem das Sowjetvolk danach strebt, wiederholt es nicht eine der alten Schlachten, die der bürgerliche Liberalismus gegen den Absolutismus

20 Syr , a.a.O., S. 203f.

21 Ein großer Teil dieser politisch-journalistischen Arbeiten findet sich auf deutsch in dem von Fred Halliday herausgegebenen Isaac Deutscher-Band *Zwischen den Blöcken. Der Westen und die UdSSR nach Stalin*, Hamburg 1982.

22 Zitiert nach Syr , a.a.O., S. 297.

23 Zitiert nach ebenda, S. 298. Ist also für Werner Hofmann die Bürokratie die Dienststelle der politischen Führung, ist bei Deutscher die politische Führung die Dienststelle der Bürokratie...

gefochten hatte; es setzt vielmehr seinen eigenen großen Kampf von 1917 fort.« (S. 129)²⁴

Wenn Deutscher unmittelbar an dieses Zitat fortfährt, dass der Ausgang dieses revolutionären Kampfes »natürlich in starkem Maß von Ereignissen in der Außenwelt abhängen (wird)« (S. 129), deutet sich hier eine weitere Korrektur seiner früheren Auffassungen mindestens an. Auf die chinesische Revolution und vor allem den Westen verweisend – denn die »Ereignisse im Westen werden zum Guten oder Schlechten sogar noch entscheidender zur weiteren inneren Entwicklung der Sowjetunion beitragen« (S. 130) –, bindet er das Schicksal des revolutionären Kampfes in der Sowjetunion wieder stärker als zuvor an das Schicksal der weltrevolutionären Prozesse.

Wie Hofmann geht also auch Deutscher von einer gleichsam unvollendeten Revolution aus. Doch für ihn bedeutet diese unvollendete Revolution nicht die Perspektive einer gesicherten oder harmonischen Transformationsperspektive zum möglichen Sozialismus. Noch immer sei die Sowjetunion »stalinistisch« blockiert und ihre Zwischenbilanz »ist alles andere als einfach« (S. 117). Sich von einer verzagten und pessimistischen Perspektive distanzierend, lehnt Deutscher gleichermaßen jede triumphale Geste ab (ebd.) und hält die Perspektiven einer möglichen Vollendung der sowjetrussischen Revolution für noch unbestimmt, für historisch offen, denn »diese Revolution ist noch nicht zu Ende. Sie ist noch immer in Bewegung. Sie kann uns noch immer durch ihre scharfen und plötzlichen Wendungen überraschen. Sie vermag noch immer neue Perspektiven zu entwerfen.« (S. 7) Doch 1967, 50 Jahre nach der letzten bürgerlichen und ersten proletarischen Revolution, war ihm klar, dass eine neue Wendung nur *gegen* das unzureichend entstalinisierte System und dessen Nutznießer und *von unten* erkämpft werden müsse, und

24 Hier scheint mir auch der rationelle Kern der trotzkistischen These von der in den erstarten Übergangsgesellschaften notwendigen »politischen Revolution« zu liegen, die Ernest Mandel (*Revolutionärer Marxismus heute*, Frankfurt/Main 1982, S. 166) folgendermaßen bestimmte: »die Übernahme der Leitung des Staates, der Wirtschaft und aller Bereiche gesellschaftlicher Tätigkeit durch die Masse der Produzenten und der Bevölkerung in Gestalt demokratisch gewählter Arbeiterräte, der Sowjets, bei denen dann die Macht liegt«. Innerhalb und außerhalb der trotzkistischen Strömung hat sich an der Formel der politischen Revolution heftiger Streit entfaltet (vgl. dazu Marcel van der Linden (Hrsg.): *Was war die Sowjetunion? Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus*, Wien 2007). Und in der Tat verschleierte die Chiffre das Ausmaß der in einer solchen Revolution notwendig werdenden ökonomischen Veränderungen. Andererseits verwischt die linksradikale Kritik dieser Formel gerade den (auch von Deutscher herausgearbeiteten) strukturellen Unterschied der gesellschaftlichen Natur zwischen Kapitalismus und Übergangsgesellschaft, die Tatsache, dass die Herrschaft der sozialistischen Bürokratie wesentlich politisch und nicht ökonomisch ist. Auch Mandel hat im Übrigen dieses Problem gesehen, als er betonte, dass »selbst eine ›rein politische‹ Revolution (die ohnehin eine absurde Vorstellung ist) unendlich viel größere gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen haben wird als eine bürgerliche politische Revolution« (ebd.).

dass dieser Kampf entscheidend von dem abhängen wird, was außerhalb der Sowjetunion passieren wird.

Trotz vieler formaler Ähnlichkeiten zur Analyse Hofmanns eröffnet Deutscher hier zum Ausdruck kommender emanzipativer und internationalistischer Maßstab einen gänzlich anderen Blick auf Größe und Grenzen jener russischen Revolution, die »viel tiefere Probleme aufgeworfen, weit heftigere Konflikte heraufbeschworen und ungemein stärkere Kräfte entfesselt (hat) als irgendeine der sozialen Umwälzungen der Vergangenheit« (S. 7). »Verglichen mit dem Reich der Furcht und des Schreckens, das die Sowjetunion noch vor fünfzehn Jahren war«, sei sie zwar heute – 1967 – »fast ein Land der Freiheit« (S. 120), doch gerade die herrschende Halbfreiheit wecke das Bedürfnis nach mehr. »In den Begriffen einer rein nationalen Macht – und viele Menschen auf der ganzen Welt denken noch immer in diesen Begriffen [u. a. Werner Hofmann; CJ] – ist die Bilanz für die Sowjetunion absolut zufrieden stellend.« (S. 118) Doch für Deutscher ist solch nationale Bornierung unvereinbar mit sozialistischer Emanzipation.

Und wo sich der sozialistisch gewendete Ex-Kommunist Deutscher wieder nach links bewegt, verharrt der kommunistisch gewendete Großbürger²⁵ Hofmann in seiner (im wahrsten Sinne des Wortes) konservativen Ecke, weil er in den Aporien jenes »rechten« Kommunismus befangen bleibt, die bspw. Boris Kagarlitzki an dessen Ahnherr Nikolai Bucharin aufgezeigt hat: »Während er die Notwendigkeit nicht in Frage stellte, die Arbeiterklasse dem Regierungsapparat und der Partei »avantgarde« vollkommen zu unterwerfen, ruhte Bucharins Hoffnung vollständig auf der Kultur, die es den Arbeitern später, viele Jahre nach dem Sieg der Revolution, ermöglichen sollte, zur unabhängigen Aktivität zu reifen. Kulturelle Entwicklung ist in der Tat (...) eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine demokratische Organisation der Gesellschaft, aber es ist nur eine Voraussetzung. Niemand kann schwimmen lernen, ohne ins Wasser zu springen. Weder kann ein Volk anders »reif« genug zur Demokratie werden, als durch demokratische Organisation, noch können Arbeiter zur Teilhabe am Management befähigt werden, wenn sie nicht an demselben beginnen teilzuhaben. Kultur ist keine Form von Bedingung, die man erreichen muss, sondern ein historischer Prozess: »Entwickelte« Kultur der Massen ist nur *gleichermaßen* möglich als Voraussetzung *wie* als Konsequenz von Demokratie.«²⁶ Der Ausweg aus dem Dilemma könne nur in der Rückkehr der Marxschen These bestehen, dass die neue Gesellschaft die freie Entwicklung des Einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller machen müsse. Freiheit bleibt, so Kagarlitzki, »das Kriterium des Fortschritts, das Mittel der Entwicklung zur humanen Gesellschaft. (...)

25 Vgl. hierzu Gerhard Schäfer, a.a.O., S. 54.

26 Kagarlitzki: *The Thinking Reed*, a.a.O., S. 68 (Hervorhebungen: BK).

Ohne Kultur kann es keine dauerhafte Demokratie geben. Ohne Demokratie kann Kultur nicht triumphieren.«²⁷

Isaac Deutschers Akzentverschiebung in der Dialektik von Reform und Revolution ist gleichermaßen Antizipation einer solchen Haltung, wie sie das Echo von Rosa Luxemburgs berühmten Worten bildet, dass die sozialistische Demokratie »nicht erst im gelobten Lande (beginnt), wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei.« (LGW 4, S. 363) Es ist deswegen eine reizvolle Spekulation, zu überlegen, wie Deutscher wohl die ein Jahr nach seinem allzu frühen Tod erfolgte Niederschlagung des Prager Frühlings und die auf diese folgende lange Stagnationsperiode der Breschnew-Zeit verarbeitet und auf den Epochenbruch der Jahre 1989-1991 reagiert hätte.

27 Ebenda, S. 304.

2. Georg Lukács' Probleme sozialistischer Demokratisierung

Im Frühling 1966 besuchte eine kleine Gruppe westdeutscher Studierender, allen voran der radikale Aktivist des Berliner Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und spätere »Rädelsführer« der APO-Revolte, Rudi Dutschke, die ungarische Hauptstadt Budapest, um sich mit dem in die Jahre gekommenen marxistischen Philosophen Georg Lukács politisch-intellektuell auszutauschen. Besonders interessiert zeigten sich Dutschke und seine Genossinnen und Genossen an jenem »jungen Lukács«, der zu Beginn der 1920er Jahre, in den Zeiten der Aktualität der Weltrevolution, die so genannte Offensivtheorie der kommunistischen Linken theoretisch zu verallgemeinern suchte. Der alte Lukács jedoch wollte davon nicht mehr viel wissen und zeigte sich vom revolutionären Elan der jungen SDS'ler reichlich unbeeindruckt.¹

Die Gründe dafür kann man in jenen *Gesprächen mit Georg Lukács* nachlesen, die Lukács ein halbes Jahr nach dem Besuch der SDS-Aktivisten mit Wolfgang Abendroth, Hans Heinz Holz und Leo Kofler führte und die via Radioubertragung und Buchpublikation internationale Beachtung fanden. Mit Bestimmtheit wendet sich Lukács hier, im Zeitalter von chinesischer Kulturrevolution und lateinamerikanischem Guerillakampf, gegen die »chinesischen Verführungen« und jene jungen Radikalen, die als Partisanen nach Südamerika gehen und hält dies ebenso wie die gerade anrollende Sexwelle vor allem für eine Art der Maschinenstürmerei. Er wolle dem zwar eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, weil bspw. in den Kämpfen um die Befreiung der Sexualität die Erkämpfung der Unabhängigkeit der Frau erkennbar werde, halte es jedoch letztlich für problematisch, denn man müsse sich darüber im Klaren sein, »dass wir heute in der Erweckung des subjektiven Faktors nicht die zwanziger Jahre erneuern und fortsetzen können, sondern dass wir auf der Grundlage eines neuen Anfangs mit allen Erfahrungen zu beginnen haben, die wir aus der bisherigen Arbeiterbewegung und aus dem Marxismus haben. Wir müssen uns klar darüber sein, dass wir es mit einem Neuanfang

1 Rudi Dutschke: »Auf der Suche nach einem linken Weg aus der Krise – Brief an den Genossen und Professor Lukács« (hrsg. von Frieder Otto Wolf), in: *Das Argument*, Heft 238, 2000, S. 829-858; Gretchen Dutschke: *Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke – Eine Biographie*, Köln 1996, S. 90ff.

zu tun haben, oder – wenn ich eine Analogie gebrauchen würde – dass wir jetzt nicht in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts stehen, sondern in einem bestimmten Sinn am Anfang des 19. Jahrhunderts«.²

Was damals die Entfremdung der Generationen fast zwangsläufig vertiefen musste, liest sich vierzig Jahre später anders. Die Aktualität der Revolution, von der Rudi Dutschke und der SDS damals ausgingen, hat sich als »überschießendes Bewusstsein« einer ganzen Generation erwiesen, als heroische Illusion eines weltgeschichtlichen Aufbruchs, die sich bereits zehn Jahre später ernüchert wusste. Heute besticht dagegen die Weisheit des alten Georg Lukács, deren strategische Konsequenzen er selbst zu jener Zeit aber erst zu ziehen begann. Denn im Widerspruch zu seiner in der zitierten Passage zu Tage tretenden Erkenntnis, dass die großen Wege der organisierten Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert in eine weitreichende Sackgasse geführt hatten, hielt er selbst an einer dieser Strömungen realiter auch weiterhin fest. Trotz der ihn selbst betreffenden politischen und intellektuellen Ausgrenzung und Repression sowohl innerhalb Ungarns als auch innerhalb der weltkommunistischen Bewegung war nämlich, mindestens nach außen, an Lukács' prinzipieller Loyalität zu den Grundlagen jenes real existierenden Sozialismus nicht zu rütteln, von dem Dutschke zu sagen pflegte, dass dort alles real sei, nur nicht der Sozialismus. Dem »Sozialismus in einem Lande«, das wurde er niemals müde zu betonen, blieb Lukács bis zum Schluss treu, denn für ihn war noch der schlechteste Sozialismus besser als der beste Kapitalismus.³ Und nicht zuletzt hierbei konnten und wollten die jungen Radikalen ihm nicht folgen.

Lukács und der Stalinismus

In dieser kleinen Episode spiegelt sich nicht nur der komplizierte, heute weniger denn je schwarz-weiß zu malende Generationenkampf der 60er Jahre. Hier spiegeln sich auch die spezifischen Widersprüche eines der am schwierigsten zu fassenden Denker des 20. Jahrhunderts. Kaum ein anderer dürfte in seiner biografischen und politisch-intellektuellen Entwicklung eine solche Reihe von Wandlungen und Widersprüchen durchgemacht haben wie Georg Lukács: vom jugendlichen Ästhetiker und Avantgardisten zum rätekommunistischen Volkskommissar, vom linksradikalen Verfasser von *Geschichte und Klassenbewusstsein* zum Vertreter der »rechten« Blum-Thesen, vom illegalen Kämpfer gegen den aufziehenden Faschisten zum Apologeten des aufziehenden Stalinismus, vom zurückgezogen lebenden Literaturwissenschaftler und Philosophen zum Propagandisten der sowjetischen Außenpolitik, vom in der

2 *Gespräche mit Georg Lukács*, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 48. Nachdruck in Georg Lukács: *Werke Band 18: Autobiographische Texte und Gespräche*, Bielefeld 2005, S. 273.

3 Bspw. Georg Lukács: »Lukács on his Life and Work«, in: *New Left Review* I/68, July-August 1971.

UdSSR inhaftierten »Volksfeind« zum gefeierten Repräsentanten des ungarischen Weges zum Sozialismus, vom antistalinistischen Erneuerer von 1956 zum Philosophen einer *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* in den 1960ern.

Es mag, wie Lukács selbst in seinen autobiografischen Gesprächen von 1970/71 interessanterweise zu Protokoll gegeben hat, in seiner alles andere als geradlinigen Entwicklung »keine anorganischen Elemente«⁴ gegeben haben, doch es ist gar nicht so einfach, jenen Zusammenhang seines Denkens historisch-kritisch zu entfalten, den er hier im Sinn gehabt haben mag. Nicht zuletzt die politischen Leidenschaften eines unbedingten Pro oder Contra gegenüber Stalinismus und real existierendem Sozialismus dürften hierbei eine zentrale Rolle spielen. Haben dabei Lukács' linke Kritiker allzu oft dessen persönliche Integrität und das Ausmaß seines persönlichen Widerstandes gegen jene Stalinisten, mit denen er es zu tun hatte, entweder ignoriert oder unterschätzt⁵, so ignorierten oder unterschätzten wiederum selbst seine stalinismuskritischen Verteidiger Lukács' reale und konzeptionelle Verstrickung in den Stalinismus – Stalinismus hier verstanden sowohl als historisches Phänomen wie als politisch-theoretisches Problem.

Auch wenn die Widersprüchlichkeit des Lukács'schen Verhältnis zum Stalinismus immer wieder registriert worden ist – »Lukács war Opfer und Büttel des Stalinismus und des Poststalinismus in einem«, so bspw. Norbert Kapferer⁶; Lukács gar, so Leo Kofler bereits ein halbes Jahrhundert zuvor, der »größte stalinistische Theoretiker und gleichzeitig größte Kritiker des stalinistischen Bürokratismus«⁷ –, so hat sie doch bisher bemerkenswert wenig systematische Behandlung gefunden. Einer dieser wenigen war Michael Löwy, der Mitte der 1970er Jahre die Widersprüchlichkeit der Lukács'schen inneren Opposition zum Stalinismus treffend aufgezeigt hat: »Der reine Stalinismus beinhaltet ein unkritisches und unbedingtes Einverständnis mit jeder Drehung und Wendung der Führung und ihrer internationalen Agenturen. Aber Lukács folgte dieser von Moskau diktierten »Generallinie« nicht automatisch. *Er hatte seine eigene Linie*, die manchmal mit der des »Zentrums« übereinstimmte und manchmal zusammenstieß. Während er die fundamentalen Voraussetzungen der stalinistischen Politik akzeptierte (den Sozialismus in einem Lande und die Preisgabe des revolutionären Internationalismus), war Lukács kein blinder Gefolgsmann: er weigerte sich stets, welches auch

4 Georg Lukács: *Gelebtes Denken. Eine Autobiographie im Dialog*, Frankfurt/Main 1981, S. 132. Nachdruck in *Werke Band 18*, a.a.O., S. 117.

5 Vgl. bspw. die beeindruckenden »Parteidokumente bezüglich Lukács« in: Frank Benseler/Werner Jung (Hgg.): *Lukács 2004. Jahrbuch der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft*, Bielefeld 2004, S. 35-64.

6 Norbert Kapferer: *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945-1988*, Darmstadt 1990, S. 320.

7 Leo Kofler: *Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie*, Köln 1952, S. 41.

immer die Umstände, seine eigene, besondere Volksfront-Ideologie aufzugeben.«⁸

Lukács, so Löwy, habe sich in den Jahren 1926-1928, nach der tief greifenden Enttäuschung seiner linksradikalen Hoffnungen in die vermeintlich unmittelbar bevorstehende Weltrevolution und nach den persönlichen-politischen Erfahrungen mit den Vertretern des linken Kommunismus in Ungarn und anderswo mit dem Stalinschen »Sozialismus in einem Lande« als einem Produkt der weltrevolutionären Ebbe geschichtsphilosophisch »versöhnt«. »Konfrontiert mit der Frustration seiner großen Hoffnungen in eine neue sozialistische Welt, in die dialektische Transzendenz des bürgerlichen Humanismus, fiel Lukács auf ein weniger ambitioniertes und »realistischeres« Projekt zurück: die Versöhnung von bürgerlich-demokratischer Kultur und kommunistischer Bewegung. Weil seine Ideen [zu Beginn der 1920er Jahre; CJ] zu eng verwoben waren mit der Aussicht einer unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution, war er im Angesicht der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ideologisch gleichsam entwaffnet. Desorientiert vom Schwinden des revolutionären Aufstandes, klammerte sich Lukács an die beiden einzigen »soliden« Anhaltspunkte, die ihm geblieben schienen: die UdSSR und die traditionelle Kultur. Im Angesicht des Scheiterns der neuen Synthese versuchte er eine letzte Vermittlung, einen Kompromiss und eine Allianz dieser beiden verschiedenen Welten.«⁹ Entsprechend war Lukács immer dann und solange im handfesten Konflikt mit dem Stalinismus, wenn dieser auf direkten Konfrontationskurs zur bürgerlich-demokratischen Kultur ging, also vor allem in den (von Lukács als linksradikal interpretierten) Stalinisierungs- und Restalinisierungsperioden von 1928/29-1934/35 und 1948/49-1953/54. Wechselten die realsozialistischen Machthaber dagegen auf einen eher »rechten«, sich an der Volksfront-Ideologie und -Praxis orientierenden Kurs »friedlicher Koexistenz« und ökonomisch-kulturellem Wettbewerbs, fanden sie in Lukács immer einen bereitwilligen Ideologen.

Hier findet sich auch der Grund dafür, dass Lukács in den 1960er Jahren so wenig Verständnis dafür aufzubringen vermochte, dass gerade revolutionäre Länder und Bewegungen wie die in Kuba, Vietnam und China eine so starke Anziehungskraft auf die jungen Radikalen weltweit ausübten, die zwar sozialökonomisch noch rückständiger waren als der realsozialistische Ostblock, die jedoch den internationalen Kapitalismus nicht mittels ökonomischem Wettbewerb und friedlicher Koexistenz zu bekämpfen trachteten, sondern mittels politisch und kulturell unterschiedlichen Gesellschaftsmodellen. Nichts desto trotz: So ganz unbeeindruckt scheint Lukács von seinem jungen Besuch und dem sich in diesem spiegelnden gesellschaftlichen Aufbruch der End-60er Jahre doch nicht gewesen zu sein. Denn auch wenn er die Grundla-

8 Michael Löwy: *Georg Lukács – From Romanticism to Bolshevism*, London 1979, S. 202 (Hervorhebung: ML; Übersetzung: CJ).

9 Ebenda, S. 205 (Übersetzung: CJ).

gen seines Verhältnisses zum real existierenden Stalinismus niemals wirklich in Frage gestellt hat, so hat sich Lukács' Haltung gerade in der zweiten Hälfte der 60er Jahre auch nach außen hin langsam verändert, wie Löwy aufzeigt. Zunehmend kritischer und skeptischer äußerte er sich nach 1968 über die unzureichende Entstalinisierung. Und zunehmend offener erinnerte er in den letzten ihm verbleibenden Jahren an das demokratisch-sozialistische Erbe der Arbeiterräte als eines aktuell zu vergegenwärtigenden Gegengewichts gegen die vorherrschenden bürokratischen Tendenzen.¹⁰

Eine nachhaltige Bestätigung gefunden hat Löwys Analyse des Lukács'schen Verhältnisses zum Stalinismus mit einer posthum veröffentlichten und auf das Jahr 1968 zu datierenden Lukács-Schrift, die Frank Benseler und Rüdiger Dannemann 1987 unter dem Titel *Sozialismus und Demokratisierung* herausgegeben haben.¹¹ In dieser Schrift nimmt Lukács im unmittelbaren Anschluss an die blutige Niederschlagung jenes Prager Frühlings, der angetreten war, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu schaffen, den Faden einer demokratischen Erneuerung des Sozialismus auf und versucht sich erstmals systematisch Rechenschaft abzulegen über deren Voraussetzungen und Verlaufsformen. Rüdiger Dannemann hat in seinem instruktiven Nachwort zur besagten Schrift zu Recht auf die strategische Bedeutung dieses »politischen Testaments«¹² hingewiesen. Zu kurz kommt jedoch bei seinem Lob die Tatsache, dass und in welchem Ausmaß sich auch in dieser Schrift die ganze Widersprüchlichkeit von Lukács' Verhältnis zum historischen und politisch-theoretischen Stalinismus findet. Ein vertiefter Blick auf diese Widersprüche kann sich als ausgesprochen erhellend erweisen über die Antinomien jenes Volksfront-Kommunismus, der nicht nur Lukács' Werk zutiefst geprägt hat.

Lukács' politisches Testament

Sozialismus und Demokratisierung beginnt mit der »methodologischen Vorbemerkung«, dass es die Demokratie als solche gar nicht gebe. Wer von der Demokratie als einem fertigen, seinsmäßigem, gleichsam ewigen Zustand spreche, vergesse, »die wirklichen Entwicklungsrichtungen in der Charakteristik dieses jeweiligen ›Zustands‹ zu berücksichtigen, obwohl nur so ein angemessenes Bild entstehen kann« (S. 9). Und weil es sich für ihn bei der Demokratie »seinsmäßig primär um einen *Prozess* und nicht um einen *Zustand*

10 Leider fehlen im 2005 erschienenen Band 18 der Lukács-Werke-Ausgabe die meisten gerade der späten Interviews, weil sie »nicht autorisiert« seien (a.a.O., S. IX).

11 Georg Lukács: *Sozialismus und Demokratisierung*, Frankfurt/Main 1967. Die Seitenzahlen im folgenden Text beziehen sich auf diese Ausgabe.

12 Rüdiger Dannemann: »Rätebewegung und Basisdemokratie. Das politische Testament Georg Lukács«, in ebenda, S. 137-147. Vgl. auch die Diskussionsbeiträge in Werner Jung und Antonia Opitz (Hrsg.): *Sozialismus und Demokratie. Georg Lukács Überlegungen zu einem ungelösten Problem*, Leipzig 2002.

(handelt)« (S. 9; Hervorhebung: CJ), spreche er lieber von *Demokratisierung*, gerade um deren Fetischisierung zu verhindern.

Je nachdem, so Lukács im ersten Teil des kleinen Büchleins, mit welchem ökonomischen System sie verbunden sei, sei die historische Demokratie eine andere. Beruhe die antike Polisdemokratie ökonomisch auf den so genannten kleinen Warenproduzenten, auf der Gleichheit der Parzellenbesitzer (und der damit verbundenen extensiven Rolle der Sklaverei), habe die bürgerliche Form der Demokratie ganz andere ökonomisch-soziale Grundlagen. Bürgerliche Demokratie beruhe auf einer entfalteten kapitalistischen Warenproduktion, die mit der einfachen Warenproduktion der griechischen Antike nur wenig gemein habe. Die kapitalistisch entfaltete Warenproduktion habe einen gleichsam universellen dynamischen Charakter und bediene sich gleichzeitig einer politischen Hülle, eines demokratisch-reinen Überbaus, der sich von der ökonomisch-sozialen Basis verselbstständigt habe. Und je mehr sich in dieser bürgerlichen Demokratie der politisch-demokratische Überbau verselbständige und entfalte, desto reibungsloser könne sich der der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ökonomisch zugrunde liegende materielle Egoismus in derselben durchsetzen und entfalten. Bilde also der antike Polisbürger eine ökonomische und politische Einheit, sei der moderne, bürgerlich-kapitalistische Bürger dagegen ein Produkt der formellen Trennung von ökonomischer und politischer Form. »Die ökonomische Materialität des als Parzellenbesitzers lebenden und handelnden Polisdemokraten« könne deswegen auch »nie wieder erneuert werden. Sein gesellschaftliches Sein hat mit dem Subjekt des Warenaustausches, mit der Freiheit und Gleichheit, die diesen in seiner Praxis, materiell im Warenverkehr selbst, ideell in dessen staatlichen Überbau gesellschaftlich charakterisieren, nichts gemein.« (S. 18)

Demokratisierung in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist für Georg Lukács beschränkt auf die möglichst reine Vorherrschaft einer repräsentativ-parlamentarischen Demokratie, die es ermögliche, »die egoistischen Interessen von Kapitalistengruppen zur Geltung zu bringen, und zwar gerade unter dem Schein einer unbeschränkten Freiheit und Gleichheit« (S. 21). Nicht die bürgerlichen Kapitalisten sind so für Lukács Garanten »bürgerlicher« Demokratisierung, sondern die Kämpfe der radikalen Plebejer. Was jedoch dieser von ihm festgestellte »Gegensatz des im Volk fundierten Demokratismus zum parlamentarischen Liberalismus« (S. 22) demokratietheoretisch eigentlich bedeutet, fragt er interessanterweise nicht. Von der zutreffenden Feststellung, dass sich die bürgerlich-kapitalistische Ausbeutung nur der Form nach, nicht dem Wesen nach verändert habe – heute werde statt dem absoluten vor allem der relative Mehrwert aus den Lohnarbeitenden ausgepresst – leitet er unmittelbar über zu der im realsozialistischen Propagandaton vorgetragenen Aussage, dass die zeitgenössische bürgerliche Demokratie lediglich die Demokratie »eines manipulierten, mit Hilfe von Manipulationen herrschenden Imperialismus« (S. 24) und nur »à la Nixon und Strauß«, also

mittels des Durchführungsorgans der CIA, des US-amerikanischen Geheimdienstes, realisierbar sei.

Dass er dies ausgerechnet in einer Zeit in Worte fasst, in der sich innerhalb dieser bürgerlichen Demokratie eine weltweite Welle des Aufbegehrens formiert hatte, die sich gerade an der Aktualisierung und Radikalisierung des klassischen, d.h. frühbürgerlich-radikaldemokratischen Denkens entzündete, verrät viel von jener mangelnden dialektischen Sensibilität, die dem realsozialistischen Herangehen an die Probleme der Demokratisierung eigen ist und dessen methodischer Wurzelgrund sich in einem vulgärmaterialistischen Kurzschluss von Ökonomie und Politik findet. Die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsform vorherrschende Trennung von Ökonomie und Politik wird auch bei Lukács ökonomistisch kurzgeschlossen, indem er Politik in vulgärmaterialistischer Manier zur gleichsam ehernen Magd bürgerlicher Ökonomie verkürzt. Deutlich wird dies in seinem politisch-theoretischem Kurzschluss von Citoyen und Bourgeois. Wenn er darauf insistiert, dass der radikalbürgerliche Citoyen nichts anderes sei als der bürgerlich-kapitalistische Bourgeois, verkennt er die immanente Spannung in der Brust eines jeden Bürgers.¹³ So wird dem realsozialistisch Befangenen die bürgerliche Demokratie als ganze, mit all ihrer Widersprüchlichkeit und allen ihren mal mehr, mal weniger organischen Erscheinungsformen und Werten ein undifferenziertes reaktionäres Ganzes ohne jede emanzipative Errungenschaft. Doch die Demokratie mag ihrem Wesen nach noch so sehr *prozesshaften* Charakter tragen, sie ist immer auch (!) ein *Zustand*, und das heißt in demokratietheoretischer Hinsicht, ein Komplex von Institutionen und Prozesswerten. Bei Lukács bleibt dieser Aspekt schlicht ausgeklammert.

Bürgerliche Demokratie, da hat Lukács vollkommen Recht, ist eine historische Sozialform, die aufs engste verwoben ist mit dem Ausbeutungs- und Herrschaftsinteresse des kapitalistischen Bürgertums. Und doch geht sie darin nicht wirklich auf, sondern besitzt ein gleichsam überschießendes Moment, das sich nicht zuletzt gerade in jenen demokratischen Formen und Werten manifestiert, die diese Gesellschaftsform historisch gezeitigt hat und – mindestens partiell – immer wieder zu erneuern ermöglicht. Als marxistische *Wesensschau* durchaus treffend, fehlt es den Lukácsschen Äußerungen aber gerade an jener dialektischen Vermittlung von Wesen und Erscheinung, von Form und Inhalt, die er selbst sonst immer wieder so gerne eingeklagt hat. Seine apodiktische Behauptung, dass bürgerliche Demokratisierung nur noch »à la Nixon und Strauß« möglich sei, führt sich selbst ad absurdum in einer

13 »In Wahrheit leben Citoyen und Bourgeois wie feindliche Nachbarn vereint in der Brust eines jeden Bürgers, nicht ohne in jedem Augenblick in Widerstreit miteinander zu geraten. Ob aber der Citoyen über den Bourgeois oder umgekehrt dieser über jenen siegt, darüber entscheidet die jeweilige historische und gesellschaftliche Situation.« Leo Kofler: *Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus*, Ulm/Donau 1960, S. 153. Dort findet sich eine ausführliche Diskussion dieser Problematik.

Zeit, in der sich der radikaldemokratische Aufbruch der internationalen Protestbewegung Ende der 1960er Jahre nicht nur für eine Demokratisierung à la Brandt und Genscher, sondern mehr noch und gerade in den Strömungen einer Neuen Linken für einen emanzipativen antikapitalistischen Sozialismus mehr als offen gezeigt hat.

Wenn sich also bereits in Lukács' einführender Skizze zur bürgerlichen Demokratiegeschichte seine realsozialistische Befangenheit auch in Fragen politischer Theoriebildung aufzeigen lässt, wird diese intellektuelle Verstrickung im eigentlichen zweiten Teil der Schrift unmittelbar manifest. Sein hier entfalteter historischer Abriss des damals noch real existierenden Sozialismus unter der Fragestellung seiner möglichen Demokratisierung ist allerdings nicht mehr nur einseitig und undialektisch. Er ist mehr noch und in einer erschreckenden Weise von historischer Unkenntnis geschlagen, von Verkürzungen und Verdrehungen durchsetzt und in politisch-theoretischer Hinsicht zutiefst problematisch. Und abermals lässt sich die Lukács'sche Verstrickung in die stalinistische Ideologie und Praxis bereits am methodologischen Handwerkszeug verdeutlichen.

Da ist zum ersten jenes typisch stalinistische Wahrnehmungs- und Forschungsverbot, dem auch Lukács bereitwillig Tribut zollt. Obwohl er in dieser Schrift immer wieder wissenschaftliche und materialistische Analysen der realen Geschichte als Voraussetzung jeder ernsthaften Diskussion einfordert, ignoriert er vollkommen die bereits damals beachtliche Literatur sowohl bürgerlicher wie alternativ-linker Forschungs- und Analysearbeit. Immer wieder gibt er sich betont wissenschaftlich, lässt aber selbst jeden wissenschaftlichen Standard vermissen und bietet uns eben keine Analyse am historischen Material, sondern eine rein politisch-normative Sicht auf die Vergangenheit, pure Behauptungen.

Gerade methodisch bleibt er zudem, dies zum zweiten, vollkommen im Stalinischen Personenkult befangen. In Anlehnung an den italienischen KP-Führer Togliatti betont zwar auch er gleich zu Beginn, dass die Kritik des Stalinismus als eines Personenkultes vollkommen unzureichend sei und weiter getrieben werden müsse. Doch er selbst bietet exakt dieselbe personalisierende Geschichtsbetrachtung, in der die Geschichte die Geschichte weniger handelnder Personen ist. Lukács registriert in diesem weltgeschichtlichen Drama ersten Ranges einzig Joseph Stalin und dessen konkrete Widersacher.¹⁴

Das stalinistische Wahrnehmungs- und Forschungsverbot kombiniert sich mit der Befangenheit im stalinistischen Personenkult zu einer, dies zum dritten, von jeder historischen Empirie und jedem wissenschaftlichen Standard

14 Welch groteske Ausmaße der Lukács'sche Personenkult annimmt, wird deutlich, wenn er bspw. Marx zum unbestrittenen Führer der internationalen Arbeiterbewegung der 1860er Jahre und Lenin zum Entdecker des Monopolkapitalismus verklärt (S. 58 & 44).

gereinigten Polemik gegen alle rechten wie linken Alternativen zu Stalin und zum aufkommenden Stalinismus, die man nur als eine grobe stalinistische Karikatur bezeichnen kann.

Viertens, und vor allem, ist die Abhandlung geradezu unmarxistisch zu nennen, insofern sich in ihr keinerlei Thematisierung oder Diskussion der materialistisch entscheidenden Frage nach den klassen- und herrschaftsförmigen Grundlagen der nachkapitalistischen Gesellschaftsform findet. Die gesellschaftswissenschaftliche Schlüsselfrage nach der realsozialistischen Bürokratie und ihrer Interpretation wird nicht einmal aufgeworfen. Eine materialistisch-soziologische Bürokratiediskussion findet, so oder so, schlicht nicht statt.

Schließlich und endlich wird das gesamte Werk von einer Diskurstaktik durchzogen, die Ingrid und Gerhard Zwerenz in Anlehnung an Ernst Bloch die Sklavensprache genannt haben und die Lukács selbst 1957 die äsopische Sprache nannte.¹⁵ Lukács verklausuliert auch hier noch das, was er sagen will. Er spricht nicht offen, nimmt viele Aussagen und Thesen formal gleich wieder zurück, um sie dann erneut zu vertiefen und zu verklausulieren. Er gibt dem Kaiser, was des Kaisers ist und lässt ihn gleichzeitig nackt dastehen.

Dass Lukács mit solch schwachem methodologischen Handwerkszeug bei der anvisierten Interpretation der Geschichte geradezu zwangsläufig scheitern muss, lässt sich am weiteren aufzeigen.

Wie jede ernsthafte Diskussion des Schicksals der sowjetrussischen Revolution beginnt auch Lukács mit der Feststellung des objektiven Dilemmas, dass die sozialistische Revolution nicht in einem hochentwickelten, kapitalistisch entfalteten Industrieland ausgebrochen ist, sondern in einem sozial und kulturell zurückgebliebenen Agrarland wie Russland, einem nun »sozialistischen« Agrarland zudem, das, anders als von ihren Protagonisten erwartet, international isoliert geblieben ist. Doch er nimmt sogleich die erste folgenreichere Verkürzung vor, wenn er verkündet, dass er zur Analyse der Stalinzeit den zweiten Aspekt, den internationalen Charakter »vorübergehend« (S. 38) überschlägt. Aber gerade dieses »vorübergehend« ist bei ihm ein für immer, denn er kommt im Folgenden gar nicht mehr auf den internationalen Charakter zurück – Lukács selbst spricht von einem »internationalen Geschehnis« (S. 38). Damit verkürzt sich aber seine eigene Problemstellung wesentlich – und zwar auf die Frage, wie sich die russische Revolution in der vermeintlich faktischen Lage von Isolation und Rückständigkeit »erhalten und allein sich zur sozialistischen Vollendung durcharbeiten könne« (S. 61). Mithilfe des für ihn nicht untypischen Kunstgriffs, zur genaueren Untersuchung eines Sachverhaltes einen anderen »vorübergehend« zu vernachlässigen, ohne auf denselben später zurückzukommen, verkürzt Lukács die ganze

15 Ingrid und Gerhard Zwerenz: *Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West*, Hamburg/Berlin 2004; Georg Lukács: *Wider den missverständlichen Realismus*, Hamburg 1958.

zu untersuchende Problematik und landet auf diesem Wege unversehens – wie weiland Werner Hofmann (vgl. erstes Kapitel) – gerade auf jener ideologischen Argumentationslinie des Stalin'schen »Sozialismus in einem Lande«, die doch gerade im historischen Zentrum des hitzigen Meinungsstreites stand. Ohne sich diesem historischen Meinungsstreit zu stellen, setzt Lukács das, was zu beweisen wäre, auch in diesem seinem letzten Werk schlicht voraus, jene urstalinistische These vom »Sozialismus in einem Lande«, die auch Lukács, wie gesagt, zeitlebens zum prinzipiellen Parteigänger des real existierenden Sowjetkommunismus gemacht hat.

Das heißt nicht, dass er damit zum unkritischen Apologeten Stalins geworden sei. Ganz im Gegenteil, und dies scheint viele seiner Parteigänger schwer beeindruckt zu haben, spart er in dieser Schrift nicht mit einer geradezu vernichtenden Kritik Stalins. Stalin, so Lukács mit Verve (S. 65ff.), habe den Marxismus vulgarisiert und das Marx'sche Wertgesetz verballhornt. Er habe sämtliche Demokratisierungstendenzen der sowjetrussischen Frühzeit auf bürokratische Weise radikal abgebaut und alle Politik zur reinen Herrschaftstaktik degradiert. Stalin sei ein reiner Taktiker gewesen, der das sozialistische Ziel aus den Augen verloren habe. So radikal sie auch sein mag, originell ist an dieser Kritik allenfalls, dass sie von Georg Lukács stammt. Die Kritik am Stalinschen Zick-Zack-Kurs – bei Lukács mit Vorherrschaft der Taktik im Denken und Handeln Stalins umschrieben – findet man durchgängig auch bei fast allen früheren Stalinismuskritikern der unterschiedlichsten Provenienz. Und was den unmarxistischen Marxismus eines Stalin und anderer angeht, so findet sich eine sehr viel systematischere Kritik bei dem Lukács-»Jünger« Leo Kofler bereits Anfang der 1950er Jahre (vgl. nächstes Kapitel). Die eigentliche Diskussion beginnt aber erst mit der Frage, zu welcher Strategie diese scheinbare Verselbstständigung der Taktik gehört. Jede Taktik ist ihrer Natur nach an eine Strategie, an ein Ziel gebunden. Doch welches Ziel war denn dies im Falle Stalins? Kann der Hinweis auf Stalins persönlichen Charakter oder die nahe liegende These von der Selbstherrschaft eines absolutistischen Autokraten als marxistische Antwort genügen? Muss nicht auch nach den sozialen, also den »klassen«gesellschaftlichen Grundlagen dieser neuen verselbstständigten Macht gefragt werden? In welchem quantitativen und qualitativen Ausmaß hatte sich diese neue Macht- oder Herrschaftsform verselbstständigt? Und war es nicht, so betrachtet, gerade die Strategie der Machteroberung und Herrschaftssicherung einer sozialen Schicht oder Klasse, der dieser Selbstherrscher mit seinem taktischen Geschick zur Herrschaft verhalf? Diese (und andere) marxistischen Fragen standen jedenfalls bereits vier Jahrzehnte im Mittelpunkt der international geführten sozialistischen Diskussion über den Charakter der sich stalinisierenden Sowjetunion, als er seine kleine Broschüre im Jahre 1968 verfasste. Doch Georg Lukács stellt oder diskutiert sie nicht. Bei ihm gibt es die Bürokratie weder als agierende Schicht oder Kaste oder Klasse mit eigenen Interessen

noch als Bezugspunkt der Selbstherrschaft Stalins. Für ihn gibt es nur Stalin und dessen diverse Opponenten.

Und genauso wie Stalin seien sämtliche Mitstreiter und möglichen Nachfolger Lenins Vertreter eines Fetischismus der Taktik gewesen. Sie alle, ob Bucharin oder Trotzki, ob die Arbeiteropposition der beginnenden 20er Jahre oder die Vereinigte Opposition Ende der 20er Jahre, seien so oder so in reiner Taktik und in purem Ökonomismus befangen gewesen. Wenn schon nicht in den Originalschriften der 1920er Jahre¹⁶, so doch wenigstens bei jenem Isaac Deutscher, dessen Schriften er als einzige immerhin erwähnt – wenn sie auch »nicht frei von einer solchen tendenziell einseitigen Verzerrung der Tatsachen« seien (S. 55) –, hätte er sich belehren lassen können, dass und inwiefern seine Darstellung der linken wie rechten Opposition gegen Stalin und den aufkommenden Stalinismus eine groteske Karikatur der historischen Realität ist. »(A)uf allen Seiten gleicherweise«, hätte sich »eine, bei allen konkret sachlichen Gegensätzen, insofern tief verwurzelte Ähnlichkeit in der Einstellung der beteiligten zu den fundamentalen theoretischen Problemen [gezeigt], als nirgends das heiße Bestreben Lenins nach realen Garantien einer sozialistischen Entwicklung durch Ausbau und Stärkung der noch vorhandenen Ansätze zu einer sozialistischen Demokratie wirklich lebendig blieb. An seine Stelle traten konkrete Differenzen über rein ökonomische Fragen.« (S. 56) So habe sich »Stalins Sieg über Trotzki« als »der eines schlaunen, berechnenden, überlegenen Taktikers« (S. 58f.) erwiesen. In ihrer politischen Theorie und Praxis ökonomistisch und taktisch verkürzt, ohne strategischen »Primat der historischen Perspektiven« und »einen echt marxistischen, theoretisch-historischen Unterbau« (S. 57) war Stalins Machtergreifung – er spricht verharmlosend von »Sieg« – »unter solchen Umständen kein zufälliger«, sprich: historisch zwangsläufig. Wenn es aber auch für Lukács keine historische Alternative zum sich durchsetzenden Stalinismus gab, verliert damit seine konkrete Stalin-Kritik ihren Stachel, denn unabhängig von der Tatsache, dass Stalin ein dummer, machtbesessener Taktiker gewesen sei, war das von ihm begründete und repräsentierte Gesellschaftssystem für den Geschichtsphilosophen Lukács historisch gerechtfertigt – als Ausdruck des schwierigen »Sozialismus in einem Lande«...

16 Vgl. die fünfbändige Zusammenstellung der meisten Dokumente dieser Debatte in Ulf Wolter (Hrsg.): *Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928*, Westberlin 1976f.

Sozialismus in einem Lande?

Damit sind wir wieder beim Mythos vom Sozialismus in einem Lande, jenem »Hauptdogma des Stalinismus, an das Partei und Staat mit religiösem Eifer glauben mussten« (Isaac Deutscher¹⁷) und das seit Stalins Verkündung die letzte argumentative Rückzugslinie auch aller »Freunde der Sowjetunion«¹⁸ bildet. Auch ein Denker, der solchen Wert auf einen »echt marxistischen, theoretisch-historischen Unterbau« legt wie Georg Lukács, behauptet dieses Dogma schlicht und unhinterfragt und verklärt es zum historischen Faktum.

»Um sich in ihrem Netz nicht zu verwirren«, schrieb einmal Leo Trotzki, müsse man »an die russische Revolution nicht vom russischen, sondern vom Weltstandpunkt aus herangehen«.¹⁹ Hieß es im klassischen Marxismus, dass die bürgerlich-kapitalistisch fortgeschrittenen Länder den zurückgebliebenen ihre künftige Entwicklung zeigten, und dass eine dortige Revolution deswegen einen bürgerlich-demokratischen Charakter aufweisen würde, veränderte gerade die Herausbildung des monopolkapitalistischen Imperialismus um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert diese Einschätzung. Gerade die spezifische Einbindung in das ökonomische Weltsystem des Kapitals blockierte die Entwicklung der nachholenden Länder auf besondere Weise. Die nationale Bourgeoisie konnte sich aufgrund der Stärke des traditionellen Adels und ihrer besonderen Abhängigkeit vom Auslandskapital weder quantitativ noch selbstbewusst entfalten, während das quantitativ ebenfalls schwache Industrieproletariat aufgrund der Tatsache, dass es in einigen wenigen Regionen stark konzentriert und in technologischen Arbeitsprozessen auf modernstem Niveau arbeitete und lebte (und mit einer ausgesprochen aufgeklärt-rebellischen, d. h. überwiegend sozialistisch gesinnten Intellektuellenschicht verbunden war), eine besondere Stärke ihres Klassenbewusstseins zu entfalten vermochte. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt und die »Klassensymbiose« von Adel und Bourgeoisie verhinderten sowohl eine stärkere Industrialisierung wie auch eine klassisch demokratische Agrarrevolution auf dem bäuerlichen Lande. So wurde die russische Sozialrevolte gleichsam »westernisiert«, d. h. sozialistisch aufgeladen. Die russische Sozialdemokratie trachtete deswegen, die eigentlichen Aufgaben einer demokratischen Revolution mittels einer »demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern« zu erledigen und sich auf diesem Weg in die bevorstehende europäische Revolution einzuordnen. Leo Trotzki 1905/06 entwickelte Theorie der permanenten Revolution ging sogar einen Schritt weiter und antizipierte die spätere Dynamik der

17 Isaac Deutscher: *Die unvollendete Revolution* (1967), Frankfurt/Main 1981, S. 82.

18 Anlässlich der Feiern zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution wurde 1927 die Organisation der »Freunde der Sowjetunion« geschaffen, die dazu diente, Nicht-Kommunisten in Vorfeldorganisationen zu sammeln – eine Politik, die nach dem Zweiten Weltkrieg ausgedehnt wurde mit der Schaffung einer »Bewegung für den Frieden«.

19 Leo Trotzki: *Mein Leben. Versuch einer Autobiographie* (1929), Frankfurt/Main 1974, S. 253.

wirklichen russischen Revolution, als er die These aufstellte, dass sich diese vor allem von den Arbeitern geführte Revolution nicht mit den bürgerlich-demokratischen Zielen zufrieden geben werde, sondern direkt zu sozialistischen Maßnahmen greifen würde. So werde sie sich auch direkt in die zu erwartende sozialistische Weltrevolution einordnen, denn auf der einen Seite werde sie dieser einen mächtigen Anstoß geben, und, andererseits, werde es die dann faktische internationale Hilfe ihr erlauben, die an sich für den Sozialismus nicht reifen gesellschaftlichen russischen Bedingungen zu stabilisieren und weiter zu entwickeln. »Trotzkis Vorstellung von der Weltrevolution als eines konkreten Prozesses (...) ist der Knotenpunkt einer theoretischen Analyse, welche den tatsächlichen Umwandlungen entspricht, die der Weltkapitalismus seit der Revolution von 1905 oder mindestens seit dem Ersten Weltkrieg erfahren hatte. Als Ausgangspunkt dieses Begriffes der Weltrevolution dient unverkennbar die Vorstellung von der Weltwirtschaft und dem Klassenkampf als einem strukturierten Ganzen, einer Totalität, die dem Gesetz der ungleichen und kombinierten Entwicklung unterworfen ist.« (Ernest Mandel²⁰)

Hatten Lenin und die Bolschewiki bis 1917 gegen Trotzki's These einer über ihren bürgerlichen Charakter hinaustreibenden russischen Revolution polemisiert, weil sie Russland nicht reif für eine solche *sozialistische* Revolution erachteten, wandelte sich Lenins Haltung erst im Ersten Weltkrieg, mit seiner Analyse des Imperialismus als jüngstem Stadium des weltweiten Kapitalismus. Erst das Verständnis der realen Verfasstheit des Weltkapitalismus in seiner imperialistischen Phase ermöglichte es auch ihm, die unauflösliche Einbettung des russischen revolutionären Prozesses in den weltrevolutionären sowie die Rolle zu erkennen, die eine an sich historisch zu früh kommende sozialistische Revolution in Russland für diesen weltrevolutionären Prozess bedeutet. Und erst dieses Verständnis ermöglichte ihm die Formulierung jener Aprilthesen, mit denen er die bolschewistische Partei nach seiner Rückkehr aus dem Exil zum Kurs auf die Oktoberrevolution einstimmt – und die politisch-organisatorische Vereinigung mit der von Trotzki geführten Strömung der so genannten Zwischenbezirksorganisation möglich machte.

Man muss kein Trotzkist oder Ex-Trotzkist sein, um dies nachvollziehen und den stalinistischen Mythos vom Sozialismus in einem Lande durchschauen zu können. 1968/69, also zur gleichen Zeit, als Lukács seine hier behandelte Schrift schrieb, verfasste bspw. der vom Maoismus beeinflusste italienische Marxist Lucio Colletti eine längere Einleitung zu einer Sammlung von Stalin-Schriften, in der er diesen Mythos mit Verve zerpflückte. »Als die bolschewistische Partei«, beginnt Colletti seinen Essay, »im November 1917 den Aufstand entfesselte und die Macht übernahm, waren Lenin und seine Genossen überzeugt, dass dies der erste Akt der Weltrevolution sei. Dieser Akt fand in Russland eher als anderswo statt; nicht weil Russland innerlich

20 Ernest Mandel: *Leo Trotzki. Eine Einführung in sein Denken*, Berlin 1981, S. 36.

für eine sozialistische Revolution reif erachtet wurde, sondern weil der Erste Weltkrieg, die ungeheuren Blutbäder auf seinen Schlachtfeldern, die militärischen Niederlagen, der Hunger und das tiefe Elend der Massen hier eher als anderswo eine soziale und politische Krise herbeigeführt hatten, die im Februar 1917, mit dem Zusammenbruch des Zarismus, zur Entstehung einer instabilen und schwankenden bürgerlich-demokratischen Republik führte, die unfähig war, die Schwierigkeiten der russischen Gesellschaft zu beheben und die existentiellen Grundbedürfnisse der Volksmassen sicherzustellen. Mit anderen Worten, die Bolschewiki glaubten, dass ihre Partei die politische Macht übernehmen und die sozialistische Revolution sogar in Russland trotz seiner jahrhundertealten Rückständigkeit initiieren könnte, weil der Weltkrieg wiederum das bestätigt hatte, was bereits 1905 deutlich geworden war: Nicht nur trotz, sondern gerade wegen der Rückständigkeit und der Summe der ineinander verwobenen alten und neuen Widersprüche repräsentierte Russland sowohl den explosivsten Punkt innerhalb der weltimperialistischen Kette als auch ihr »schwächstes Glied«: jenes Glied sollte, einmal gebrochen, die gesamte Kette in den Prozess hineinziehen und so den revolutionären Prozess in den entwickelteren und industrialisierteren Ländern Europas beschleunigen, d. h. ihn besonders in Deutschland in Gang setzen. Das Ziel war deshalb nicht die Revolution in einem bestimmten Land, selbst wenn es sich dabei um ein Land von solch gigantischen Ausmaßen wie das zaristische Reich, das sich über zwei Kontinente erstreckte, handelte. Das Ziel war die Weltrevolution. Die Revolution, welche die Bolschewiki in Russland machten, wurde ihrem Wesen nach nicht als russische Revolution konzipiert, sondern als die erste Etappe einer europäischen und Weltrevolution; als ausschließlich russische Erscheinung hatte sie für sie keine Bedeutung, keinen Wert und keine Überlebenschance.«²¹

Man mag diese Konzeption einer proletarischen Weltrevolution für falsch, abenteuerlich oder was auch sonst halten. Wahr bleibt jedoch, dass sie, in den Worten Collettis, »mit dem Grundgehalt des Marxschen Denkens identisch« war, denn »die gesamte Theorie von Marx ist in einem luftleeren Raum angesiedelt, wenn diese beiden Voraussetzungen nicht gegeben sind: einerseits ein die ganze Welt umfassender revolutionärer Prozess, in dem sich die Vereinigung der menschlichen Gattung oder des Weltkommunismus verwirklicht, und andererseits ein revolutionäres Subjekt, das an die wissenschaftlichen und rationalen Arbeitsprozesse gebunden ist, wie es gerade der Arbeiter und der moderne Techniker sind.«²²

21 Lucio Colletti: *Zur Stalin-Frage*, Berlin 1970, S. 3f.

22 Ebenda, S. 5f.

Georg Lukács wusste um den weltrevolutionären Kontext der sowjetrussischen Revolution.²³ Was ihm jedoch offensichtlich fehlte, war ein tieferes Verständnis gerade für den *Prozesscharakter* der Weltrevolution, da er aus dem Scheitern ihres ersten Anlaufes ein Scheitern auf längere Dauer ableitete. Hier scheint einer der schillerndsten Widersprüche seiner Schrift über *Sozialismus und Demokratisierung* auf: Wollte er von der bürgerlichen Demokratie einzig als *Prozess* reden, um der realbürgerlichen Ideologie von ihrem ewig währenden *Zustand* entgegenzutreten, ordnete er sich der realsozialistischen Ideologie unter, die den sozialistischen Revolutionsprozess zu einem scheinbar vorübergehenden *Zustand*, zu einem bloßen (gescheiterten) *Ereignis* reduzierte, um auf deren vermeintlichen Trümmern ihre bürokratische Herrschaft legitimieren zu können. Der dialektischen Einheit, d. h. der dialektischen Totalität von Zustand und Prozess, von Sosein und Werden, konnte Lukács in beiden Fällen nicht gerecht werden.

Ideengeschichtlich verantwortlich für dieses Missverständnis dürfte gewesen sein, dass Lukács den sozialistischen Revolutionsprozess allzu bruchlos am Vorbild vergangener bürgerlicher Revolutionen maß. So konnte oder wollte er auch nicht verstehen, wie Michael Löwy treffend dargelegt hat, »dass der stalinistische Thermidor [Stalins politische Konterrevolution; CJ] viel schädlicher für die proletarische Revolution war als der französische Thermidor für die bürgerliche Revolution. Die wesentliche Ursache dafür war, wie Lukács in *Geschichte und Klassenbewusstsein* selbst betont hatte, dass anders als bei der bürgerlichen die sozialistische Revolution kein blinder, automatischer Prozess ist, sondern die bewusste Umwälzung der Gesellschaft durch die Arbeiter selbst.«²⁴ Und weil er die offensichtlich kompliziertere Dialektik des weltrevolutionären Prozesses verfehlte, konnte Lukács auch nicht die aktive Rolle des stalinistischen Mythos vom Sozialismus in einem Lande verstehen, der in einer Art sich selbst erfüllender Prophezeiung zum weiteren Scheitern des anhaltenden weltrevolutionären Prozesses nachhaltig beigetragen hat. Denn so wie der weltrevolutionäre Prozess im Zeitalter des Imperialismus, in der Epoche der »Aktualität der Revolution« (Lukács 1924), eben kein bloßes Ereignis, sondern ein komplizierter Wellenprozess war, war auch sein Scheitern kein einmaliges Ereignis, sondern ein langwieriger Prozess, der Mitte der 1920er Jahre alles andere als abgeschlossen gewesen ist.

Der Kapitalismus hatte damals, wie auch Lucio Colletti betont, »temporär eine Niederlage erlitten«²⁵ und es war diese *temporäre* Niederlage, die in Sowjetrussland die bürokratische Stagnation und Stalins Aufstieg zur bürokra-

23 Vgl. seine Schrift *Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken* (1924), in: Detlev Claussen (Hrsg.): *Blick zurück auf Lenin. Georg Lukács, die Oktoberrevolution und Perestrojka*, Frankfurt/Main 1990, S. 43-154.

24 Löwy, a.a.O., S. 197f. (Übersetzung: CJ).

25 Colletti, a.a.O., S. 19. Die Seitenzahlen im folgenden Absatz beziehen sich auf dieses Werk.

tischen Macht ermöglicht hatte. »Die rasche Niederlage der Linksoption«, so Colletti treffend, war deswegen »nicht die Niederlage der revolutionären Romantik und des Traums; sie ist die unmittelbare Rückwirkung der gescheiterten europäischen Revolution auf die UdSSR. Es ist tatsächlich unmöglich, den Kampf zwischen Stalin und der Opposition auf eine Reihe von Machtkämpfen zu reduzieren, in deren Verlauf der plumpe und langsame Stalin mit List einen überlegenen Gegner übervorteilt, der im Oktober 1917 oder während des Bürgerkriegs große Manövrierfähigkeiten bewiesen hat, aber unversehens zu selbstsicher, zu stolz, zu blind und zu ungeschickt geworden ist. Die Voraussetzungen dieser Niederlagen müssen woanders gesucht werden.« (S. 23) Daraus folgt aber auch für Colletti, dass das neu errichtete Banner des »Sozialismus in einem Lande« »(nicht) bedeutet (wie es die Legende will), dass Stalin inmitten einer bestürzten und verwirrten Führungsgruppe der einzige gewesen ist, der unter den Bedingungen der Isolierung, in der sich die UdSSR nach dem Scheitern der Revolution im Westen befand, in der Lage war, einen Ausweg zu zeigen.« (S. 25) Im Übrigen schon allein deswegen nicht, weil dieser »Ausweg« gar keiner war, sondern vielmehr ein anti-emanzipativer nationalistischer Irrweg: Die Lehre vom Sozialismus in einem Land »war vor allem eine Unabhängigkeitserklärung vom Westen, ein Aufruf, in dem etwas von der alten russischen slawophilen Tradition widerhallte«, es war »eine Erklärung des Glaubens an die Fähigkeiten und die Bestimmung des russischen Volkes« (S. 27), die »die Versklavung und Denaturierung der Kommunistischen Internationale« (S. 29) zur Folge hatte.

All dies war also auch für Marxisten bereits Ende der 1960er, als Lukács meinte »leider feststellen« zu müssen, »dass eine Analyse, die diesen Ansprüchen genügen würde, bis heute noch nicht durchgeführt wurde« (S. 38), durchaus nachvollziehbar und verstehbar. Und all dies war nicht nur a posteriori, sondern sogar a priori antizipierbar. Leo Trotzki's Leben und Werk stehen für diese Erkenntnis, aber auch die von Georg Lukács insgeheim so verehrte Rosa Luxemburg lässt sich hier anführen. Ihre im vierten Band der *Gesammelten Werke* dokumentierten Beiträge zur russischen Revolution von 1917 sprechen eine klare Sprache, wenn sie Russlands Revolution zur »Frucht der internationalen Entwicklung«²⁶ erklärt und formuliert: »Dass die Bolschewiki ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten, ist gerade das glänzendste Zeugnis ihres politischen Weitblicks und ihrer grundsätzlichen Treue, des kühnen Wurfs ihrer Politik.« (S. 334) Das Gefährliche beginne dort, »wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen [Proletariat] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen« (S. 364),

26 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*, Band 4, S. 333. Die folgenden Seitenzahlen im Text sind diesem Band entnommen.

doch: »Wir alle stehen unter dem Gesetz der Geschichte, und die sozialistische Politik lässt sich eben nur international durchführen.« (S. 365)

Die reale Geschichte jener Jahre hat jedenfalls die Theorie der Weltrevolution empirisch bestätigt. Kam es in Deutschland und Österreich, in Ungarn, Polen und Italien – nicht zuletzt aufgrund des Vorbildes des siegreichen Sowjetrussland – zu revolutionären und vorrevolutionären Prozessen, so breitete sich der Geist der Revolte nicht nur in anderen europäischen Ländern wie Frankreich und Großbritannien, sondern auch in Asien und auf dem amerikanischen Kontinent (nicht zuletzt den USA) aus. Auch wenn die blutige Niederschlagung der bayrischen und ungarischen Räterepublik, die Niederlage der italienischen Rätebewegung und der Aufstieg des italienischen Faschismus sowie das Scheitern der Kommunistischen Partei im »deutschen Oktober« 1923 einen bedeutenden Einschnitt in diesem weltrevolutionären Prozess markieren, gibt es keinen logischen oder marxistisch-dialektischen Grund für die Annahme, dass dieser weltrevolutionäre Prozess damit an ein mindestens vorläufiges Ende gekommen war. Die historischen Tatsachen sprechen jedenfalls eine andere Sprache, denn auch in den 1920er und 1930er Jahren kam es zu vorrevolutionären und revolutionären Prozessen in einer ganzen Reihe von Ländern – vor allem in Deutschland und Österreich, China, Frankreich und Spanien.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die entscheidende Frage, wie die subjektiven Möglichkeiten beschaffen waren, in diesen Prozess aktiv einzugreifen, die Frage, mit welchem praktischen und theoretischen Bezugsrahmen, mit welcher politischen Strategie und Taktik Revolutionäre einzugreifen haben. Die der Stalinschen Theorie eines vermeintlich möglichen »Sozialismus in einem Lande« zugrunde liegende Annahme, dass es mit der Weltrevolution auf unabsehbare Dauer erst einmal vorbei sei, und es nun darauf ankomme, vor allem die UdSSR als »Vaterland aller Werktätigen« aufzubauen und zu verteidigen, musste dabei westliche Sozialisten und Kommunisten fast zwangsläufig »in reine Zuschauer« (Deutscher²⁷) eines von der Sowjetbürokratie vermeintlich treuhänderisch verwalteten weltrevolutionären Prozesses verwandeln, die russische von der internationalen Revolution trennen und die nichtrussischen Revolutionäre aller Länder zu pazifistischen Grenzwachern einer mit dem Weltkapitalismus ökonomisch und politisch konkurrierenden nachholenden Modernisierungsdiktatur degradieren.

Leo Trotzki hatte dies bereits in den 1920er Jahren formuliert und immer wieder mit Verve gegen Stalins »Sozialismus in einem Lande« argumentiert und polemisiert²⁸ – nicht, weil er an eine abstrakte Weltrevolution geglaubt hätte, sondern weil er ein tiefes, aus dem Marxismus gespeistes theoretisch-historisches Verständnis für die ökonomische und politische Dynamik eines

27 Deutscher, a.a.O., S. 92f.

28 Vgl. vor allem seine Schriften *Die Dritte Internationale nach Lenin* (1929) und *Die permanente Revolution* (1930).

imperialistisch vernetzten Weltkapitalismus entwickelt hatte. »Nimmt man England und Indien als die Gegenpole kapitalistischer Typen, so muss man feststellen, dass der Internationalismus des britischen und des indischen Proletariats sich keineswegs auf die *Gleichartigkeit* der Bedingungen, Aufgaben und Methoden stützt, sondern auf ihre untrennbare *gegenseitige Abhängigkeit*. Erfolge der Freiheitsbewegung in Indien setzen die revolutionäre Bewegung in England voraus und umgekehrt. Weder in Indien noch in England ist die Errichtung einer *selbständigen* sozialistischen Gesellschaft möglich. Beide werden als Teile in eine höhere Gesamtheit eingehen müssen. Darin und nur darin besteht das unerschütterliche Fundament des marxistischen Internationalismus.«²⁹

Lukács' Wende

Sechs von insgesamt sieben Kapiteln lang ist Lukács' Sicht auf die Geschichte des Stalinschen Sozialismus in einem Lande zutiefst unmaterialistisch und undialektisch sowie, schlimmer noch, wissenschaftlich falsch und haltlos. In sechs von sieben Kapiteln verbleibt er so voll und ganz im herrschenden Diskurs des Stalinismus, dass man geradezu von einem schlechten Buch sprechen müsste, das sowohl intellektuell wie politisch keinen wirklich originellen oder im emanzipativen Sinne aufhebenswerten Gedanken beinhaltet, sprich: keine ernsthafte Auseinandersetzung wert wäre – wenn es denn hier enden würde. Doch gerade in demselben Moment, sprich: auf derselben Seite, auf der Lukács den letzten Schluck aus dem Kelch intellektueller Selbsterniedrigung nimmt und sogar vor einer geschichtsphilosophischen Rechtfertigung der stalinistischen Terrorherrschaft als Mittel einer sozialistischen ursprünglichen Akkumulation nicht zurückschreckt (S. 91), nachdem er also 83 Seiten lang dem Kaiser gegeben hat, was dem Kaiser ist, ändert sich plötzlich der gesamte Gedanken- und Argumentationsgang. Denn, so Lukács, was als ursprüngliche Akkumulation historisch gerechtfertigt war, müsse nun, mit deren Abschluss grundlegend verändert werden, und zwar nicht erst irgendwann in der Zukunft, sondern bereits heute und jetzt – wir schreiben das Jahr 1968! Habe der Stalin'schen ursprünglichen Akkumulation eine spontane Dialektik innegewohnt, das notwendige Produktionsniveau mittels Verstaatlichung der Produktionsmittel auch gleichsam gegen die Person Stalin zu akkumulieren, so könne dies fortan nicht mehr der Fall sein.

Die Wende, die Lukács hier, auf der Seite 91 und zu Beginn des letzten Kapitels (»Der XX. Parteitag und seine Folgen«) vollzieht, ist beeindruckend und geradezu erfrischend. Auf den nun folgenden letzten 35 Seiten entfaltet er einen Gedanken, der einen grundlegenden Bruch mit seiner Verstrickung in den Stalinismus, mit der Verstrickung in jenen »Objektivismus, der auf die Befreiung der Produktivkräfte setzt und darüber deren wichtigste vergisst«

29 Leo Trotzki: *Die permanente Revolution* (1930), Frankfurt/Main 1969, S. 12f. (Hervorhebungen: LT).

(Helmut Dahmer³⁰), bedeutet. Nach der Vollendung der ursprünglichen Akkumulation trete nämlich, so Lukács, »die fundamentale Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit beider Übergänge [der vom Feudalismus zum Kapitalismus und der vom Kapitalismus zum Sozialismus] klar ans Licht« (S. 90). Nun gehe es darum »etwas dem Wesen nach qualitativ Anderes« (ebd.) zu schaffen, eine grundlegend neue gesellschaftliche »Seinsart« (S. 109). Nun, nach der Vollendung des Reichs der Notwendigkeit, also der ursprünglichen Akkumulation, beginne gleichsam das Reich der Freiheit, also der wahre Sozialismus. Und damit müssen auch jene Momente des Sozialismus hervortreten und ihre gesellschaftlichen Rechte antreten, »die nicht mehr rein ökonomischen Charakters sind« (S. 91). Von einem inneren Automatismus der verstaatlichten Ökonomie könne nun nicht mehr die Rede sein, denn das historisch Neue könne »unmöglich aus der immanent-spontanen Dialektik der ökonomischen Entwicklung entstehen« (S. 93).

Was ist jedoch dieses Neue, das da seine gesellschaftlichen Rechte einzulagen beginnt? Es ist die menschliche Emanzipation, die Lukács wie so oft auf die Frage der menschlichen Arbeit reduziert. Die Arbeit dürfe nun nicht mehr nur, wie er in Anlehnung an Marx sagt, ein Mittel zum Leben sein, die Arbeit selbst müsse zum ersten Lebensbedürfnis werden. Und dies gehe nur, wenn der Lebensalltag der Menschen grundlegend umgewälzt werde. Hierzu müsse der Subjektcharakter der werktätigen Massen zurückerobert und im materiellen wie gesellschaftlichen Alltagsleben strukturell verankert werden. Es gehe deswegen fortan um »die Selbsttätigkeit der Massen nicht bloß in den Fragen der so genannten großen Politik, sondern auch – und sogar vor allem – in der Regelung ihres eigenen Alltagslebens« (S. 99).

Damit definiert Lukács den Übergang zum Sozialismus grundlegend neu, denn die entscheidende Frage bei dieser Übergangsgesellschaft sei nicht mehr die Frage nach der ökonomischen Reife, sondern »stets die: wie jene Menschen sozial [und politisch; CJ] entstehen, die in der Lage sind, die neuen Aufgaben, die durch diese Umwandlung gesellschaftlich gestellt sind, in ihrer spontanen Praxis zu produzieren« (S. 109). Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zeige so »in jeder Hinsicht eine radikal verschiedene, paradox scheinende Seinsart« (S. 109), in welcher die »immanente Automatik der Ökonomie (...) ein solches Werk nicht aus ihrer eigenen spontanen Dialektik zustande bringen (kann)« (S. 110). Eine solche Lage habe es bisher in der Menschengeschichte noch nicht gegeben (ebd.), denn gehe es im Kapitalismus um die Anpassung des Menschen an die bestehende Arbeitsweise, so »handelt es sich (hier) dagegen um eine Anpassung der Arbeitsweise an das adäquate Wesen des Menschen, an seine menschliche Würde, menschliche Entfaltungsfähigkeit« (S. 111). Der Mensch dürfe nicht weiter Objekt sein, sondern müsse Subjekt werden, und zwar hier und heute (S. 118f.).

30 Helmut Dahmer: »Bertolt Brecht und der Stalinismus«, in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Band 1, FF/M. 1973, S. 349-356, hier S. 352.

Dieser neue Übergang ist also für Lukács ganz ausdrücklich keine utopische Zukunftsmusik, sondern eine Forderung des Tages. Und er wendet sich, noch deutlicher – und die konzeptionelle Differenz zu seinem »Jünger« Werner Hofmann (vgl. erstes Kapitel) wird hier offensichtlich –, gegen alle Versuche der realsozialistischen Bürokratie, mithilfe eines kapitalistischen Technokratismus die anstehende gesellschaftliche Modernisierung in Angriff zu nehmen: »Auf der einen Seite will die zentral planende Bürokratie auf ihre absolut führende Rolle nicht verzichten, obwohl es sich bei jeder näheren Untersuchung zeigt, wie wenig die von ihr gestellten Kriterien, Aufgaben, Kontrollmittel etc. mit einer echten, die wirklichen Bedürfnisse der Menschen befriedigenden Produktion zu tun haben. Man schreckt dabei sogar vor formellen »Modernisierungen« nicht zurück, wenn sie bloß das alte Wesen unberührt lassen. Es gab z. B. Vorschläge, dass der bisherige oder kaum verbesserte Apparat mit kybernetischen Maschinen versehen werden sollte, um die Berechnungen exakter zu vollziehen; als ob ein von Grund aus falscher Mechanismus dadurch richtig verbessert werden könnte.« (S. 102) Für ihn geht es stattdessen um die Einsicht, »dass die notwendig gewordenen ökonomischen Reformen für die sozialistischen Gesellschaften das Problem der ihr eigenen Demokratie als reale Entwicklungsperspektive aufwerfen« (S. 103). Lukács plädiert auf diesen Seiten eindeutig und konzeptionell für eine Rückkehr und Erneuerung sozialistischer Demokratie in Form einer direkten Basisdemokratie, die wesentlich auf die Tradition der Räte­demokratie Bezug nimmt. Damit vollzieht er eine weitreichende konzeptionelle Wende (um nicht zu sagen: Rückkehr) zu einem radikaldemokratischen Sozialismus- und marxistischen Revolutionsverständnis, beklagt die unzureichende Ent­stalinisierung und kritisiert die realsozialistische Bürokratie eindeutig von links – die konzeptionellen Parallelen zu einem Isaac Deutscher (vgl. erstes Kapitel) werden hier offensichtlich.

Der erste Schritt einer solchen sozialistischen Demokratisierung liege in der Mobilisierung der »vorwiegend »stummen«, »unterirdischen« öffentlichen Meinung zu einer systematisch-öffentlichen Praxis« (S. 104), und zwar durch einen direkten »wirksamen Appell an diese jetzt noch in die Anonymität zurückgedrängten Kräfte« (S. 105). Und Lukács fordert explizit die praktische Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie, die Zulassung von Fraktionsbildungen in der kommunistischen Partei und die weitgehende Zulassung einer gesamtgesellschaftlichen Meinungs- und Redefreiheit. Schließlich fordert er sogar »eine neu durchdachte realistische Arbeitsteilung zwischen Staat und Partei« (S. 117) – was nichts anderes heißen kann als eine Absage an die führende Rolle der Partei im real existierenden Sozialismus.

Was er uns hier bietet, ist ein beeindruckendes Plädoyer für die Erneuerung sozialistischer Räte­demokratie, für eine gleichsam zweite Revolution, die die Notwendigkeit des grundlegenden Bruchs und den historisch neuartigen Charakter des sozialistischen Transformationsprozesses betont, sowie ein Zurück zu Marx fordert, der in seiner Schrift *Der achtzehnte Brumaire des*

Louis Bonaparte (1852) proklamiert hatte, dass sich proletarische Revolutionen im Gegensatz zu bürgerlichen beständig selbst kritisieren und in ihrem eigenen Lauf selbst unterbrechen würden; dass sie auf das scheinbar Vollbrachte zurückkommen, nur um ihre Halbheiten grausam-gründlich zu verhöhnern und das Werk von neuem zu beginnen; dass sie »stets von neuem zurück(schrecken) vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta!« (MEW 8, S. 118). Das ist in der Tat ein etwas anderes Revolutionsverständnis als jenes, das realsozialistisch meinte betonen zu müssen, dass »den Sozialismus in seinem Lauf weder Ochs noch Esel aufhalten«.³¹

Lukács' Plädoyer bleibt jedoch ein Plädoyer mit Fallstricken, denn es bleibt gekoppelt an seine geschichtsphilosophische Apologie der stalinistischen Erziehungsdictatur in den ersten drei Vierteln des Werkes. Entscheidend ist also hier, ob und wie sich diese beiden Gedankenstränge vermitteln lassen, wie sich der von Lukács propagierte Neubeginn in die Geschichte des Stalinismus einfügen lässt. Lukács' Vermittlungsversuch ist ehrenwert, aber wenig überzeugend. Es komme, schreibt er – und damit schließt auch seine Schrift –, »auf die Einsicht und den Mut der Kommunisten an, ob sie ihn [den von Marx vorgezeichneten Weg] und mit wieviel Erfolg zu beschreiten imstande sein werden« (S. 125). Doch kann man gerade dies von denen erwarten, die sich vierzig Jahre lang an die Stelle der zu emanzipierenden Subjekte gesetzt und diesen Posten mit aller Schläue und nötigen Gewalt verteidigt haben? Kann man den Subjektcharakter der werktätigen Massen, ihre ökonomische, politische und kulturelle Selbsttätigkeit reanimieren, indem man an diejenigen appelliert, die sie diesen werktätigen Massen jahrzehntelang systematisch vorenthalten haben – nicht nur aus mangelnder Einsicht, sondern auch aus Herrschaftsinteresse? Können Jahrzehnte einer systematischen und terroristischen Enteignung und Entmündigung der zu Emanzipierenden spurlos an diesen vorübergehen? Auf welchem Wege kann und soll der emanzipative Mensch aus der stalinistischen Entfremdung erwachsen? Und wie sollen selbsttätige Menschen entstehen, die imstande sind, die welt-historisch neuen Aufgaben dieses historisch einmaligen Transformationsprozesses in ihrer spontanen Praxis zu produzieren? Die Idee blamierte sich stets, wo sie vom Interesse geschieden. Doch welches Interesse hatten die

31 Wenn Autoren wie Udo Tietz (»Demokratiethoretische Defizite in der Demokratietheorie von Georg Lukács«, in Werner Jung/Antonia Opitz, a.a.O., S. 49-56) oder Detlev Claussen (»Blick zurück auf Lenin«, in ders., a.a.O., S. 7-38) behaupten, dass Lukács' vermeintlicher Glaube an die Rolle des Bewusstseins in der Geschichte historisch überholt (Claussen) und als Ausdruck eines »praxisphilosophischen Erzeugungsidealismus« (Tietz) gleichsam vormodern sei, so mag dies ihre Meinung sein, mehr aber auch nicht. Meinung steht hier gegen Meinung, denn Marxismus und Sozialismus sind ohne einen solchen »praxisphilosophischen Erzeugungsidealismus« schlechterdings undenkbar und unmöglich.

Kommunisten des real existierenden Sozialismus und ihre sozialistische Bürokratie, sich selbst abzuschaffen? Lukács überspielt diese bohrenden Fragen mit dem reformkommunistischen Prinzip Hoffnung: Er appelliert an die herrschenden »Kommunisten« und hofft, dass sich die drei Jahrzehnte einer blutigen »ursprünglichen Akkumulation« schlicht zu den Archivakten legen lassen. Doch was richten drei Jahrzehnte der Erziehungsdiktatur in den von ihr betroffenen Subjekten aus? Erlauben sie die Reifung zu einer in der Menschengeschichte noch nie da gewesenen sozialistischen Demokratie? Gerade Prag hatte gezeigt, dass dies keine rückwärtsgewandten geschichtlichen Fragen waren, sondern unmittelbare Realität.

Wenn Lukács' Vermittlungsversuch alles andere als überzeugend ist, haben wir es hier mit einem wirklichen Bruch in der Logik des Lukács'schen Werkes zu tun. Die Logik des siebten Kapitels ist meines Erachtens unvereinbar mit der Logik der ersten sechs Kapitel. Hat Lukács selbst diese antagonistische Spannung der zwei Logiken wahrgenommen und die kleine Schrift vielleicht deswegen in seiner Schublade verschwinden lassen (gleichsam als *work in progress*)? Hat er mit den ersten 83 Seiten vielleicht nur dem Kaiser geben wollen, was dem Kaiser gebührt?³² Beides ist denkbar, aber unwahrscheinlich, denn die Logik des ersten Teils ist die Logik, die er seit Ende der 1920er Jahre immer wieder offen vertreten hat.³³ Sehr viel wahrscheinlicher ist deswegen, dass die beiden Logiken realiter sich in seiner Brust vereinten, und dass er mit zunehmender Einsicht in die strukturellen Grenzen der Entstalinisierung zur zweiten Logik neigte, ohne von der ersten lassen zu können.

Wie auch immer: Am Ende seines marxistischen Schaffens kam Georg Lukács unausgesprochen wieder auf dessen Anfänge zurück – auf Rosa Luxemburg. »Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen«, hatte Luxemburg 1918 geschrieben, »das heißt nur: Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. *Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat.* Sozialistische Demokratie beginnt

32 Das jedenfalls war der Einwand mehrerer »Lukácsianer« auf einer Tagung Anfang 2007, auf der ich meine in diesem Aufsatz entfalteten Thesen vorgestellt habe.

33 Vgl. seine diesbezüglich gesammelten Beiträge in Georg Lukács: *Marxismus und Stalinismus. Politische Aufsätze*, Reinbek bei Hamburg 1970.

zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.«³⁴

Luxemburgs frühe Prophetie – die an sich nichts Prophetisches hat, da sie nur die Konsequenzen zog aus dem marxistisch geschulten Verständnis proletarisch-sozialistischer Lern- und Emanzipationsprozesse – wurde geschichtlich bestätigt. Und wenn schon nicht Ende der 60er Jahre, so sollte man spätestens heute, nach dem endgültigen Zusammenbruch des einstmals real existierenden Sozialismus abschließend feststellen, dass Lukács' Kommunisten den von ihm geforderten Mut und die von ihm geforderte Einsicht schlicht nicht hatten. Was aber lehrt uns die historische Erfahrung, dass sich die sozialistische Bürokratie lieber zum Bündnispartner eines kapitalistischen Technokratismus als zum Bündnispartner einer erneuerten radikalen sozialistischen Räte Demokratie wandeln ließ? Was lehrt uns das, dass diese sozialistische Bürokratie, »in letzter Instanz«, dem kapitalistischen Unternehmertum offensichtlich näher stand als der radikaldemokratisch und sozialistisch aufbegehrenden Bevölkerung? Und welche Konsequenzen ziehen wir daraus für eine zeitgenössische Perspektive sozialistischer Demokratisierung? Will man nicht in haltlose und lächerliche Verschwörungstheorien flüchten, bleibt nur, jene alte These der antistalinistischen Linken bestätigt zu finden, »dass jeder echte Sozialismus grundsätzlich demokratisch sein muss und wird, oder er wird überhaupt nicht sein« (Leo Kofler³⁵).

Vorletzter Gedanke: Wenn Lukács auf die Einsicht und den Mut der Kommunisten setzt, um dem Dilemma der isoliert gebliebenen sowjetrussischen Revolution zu begegnen, so scheint mir dies aber auch, in einem gewissen anderen Sinne, gar nicht so verkehrt. Lässt man seine geschichtsphilosophisch apologetische Konstruktion einer in ihren realen Formen unvermeidlichen und alternativlosen ökonomischen Erziehungsdiktatur einmal beiseite, befreit ihren rationalen Kern von der irrationalen Schale und lässt den an sich hypothetischen Gedanken zu, dass die Aufgaben von Wiederaufbau und Entwicklung auch »ohne die Maßlosigkeit an Gewalt, Opfern und Tränen weit rationeller und mit viel gesünderen sozialen, politischen und moralischen Nachwirkungen« (Isaac Deutscher³⁶) hätten vollbracht werden können, dann stellt sich die Frage, auf welchem Wege dies hätte geschehen können. Deutschers Antwort (vgl. erstes Kapitel) – aus der intimen Kenntnis jenes Wladimir Lenins geboren, auf den auch Lukács in tiefster Verehrung gesetzt hat –

34 LGW 4, S. 363, Hervorhebung: CJ. »Eine sozialistische Gesellschaft aufbauen«, schreibt auch Lucio Colletti (a.a.O. S. 35; Hervorhebungen: LC), »bedeutet *sozialistische Verhältnisse* der Produktion errichten. Wie immer man das verstehen will, dieser Aufbau ist untrennbar von der Entwicklung der *sozialistischen Demokratie*, von der Macht der Sowjets der Selbstverwaltung der Produzenten im wirklichen und nicht metaphorischen Sinne des Wortes.«

35 Leo Kofler: *Stalinismus und Bürokratie*, Neuwied 1970, S. 106.

36 Deutscher, a.a.O., S. 55.

scheint mir bedenkenswert: »Sich ihrer Verantwortung bewusste Sowjetführer hätten, wie Lenin das getan hat, die Lage gewissenhaft erklärt; und sie hätten klargemacht, dass selbst die großen Errungenschaften der Sowjetunion nur Vorbereitungen für den Sozialismus waren und sein konnten, nicht die Verwirklichung des Sozialismus selbst. Sie hätten dadurch Illusionen vorgebeugt und spätere Enttäuschungen verhütet; und sie hätten dadurch der Arbeiterbewegung des Westens ihre Mitverantwortung für die Isolierung und die missliche Lage der Sowjetunion einschärfen können.«³⁷

Lässt man also die Frage nach den Eigeninteressen der sowjetischen bürokratischen Kaste einmal außen vor und bleibt bei der personalisierenden Geschichtsbetrachtung eines Georg Lukács, stellt sich die interessante Frage, wie sich die Sowjetunion unter der Führung von Trotzki und Rakowski, von Smirnow, Preobraschenski und Radek, von Bucharin, Sinowjew und Kamenew, von Pjatakow und Sokolnikow, von Muralow und Tuchatschewski und all den anderen Hunderten und Tausenden und Hunderttausenden hätte entwickeln können, die Stalin und seine Clique aufs schändlichste ausgerottet hat. Wäre der Übergang zur sozialistischen Demokratie denkbarer gewesen, wenn sich alle diese linken und rechten Oppositionellen gegen die hinter Stalin stehende Bürokratie hätten durchsetzen, den Faschismus effektiver bekämpfen, die eine oder andere Revolution nicht erwürgen und das Ende der ursprünglichen Akkumulation in den 50er Jahren hätten erleben können? Das ist in der Tat ein spekulativer Gedanke, aber ist er denn soviel spekulativer als jener, dass es keine historische Alternative zum Stalinschen Terror-System gegeben habe? Lukács Hoffnung auf die Kommunisten – bedenkt man die politischen und persönlichen Charaktere der an dieser Geschichte beteiligten Personen – wäre, wenn überhaupt, allenfalls denkbar gewesen, wenn sich nicht Stalin und die Bürokratie, sondern Trotzki und die vereinte Opposition durchgesetzt hätten. Denn der von Lukács eingeforderte Weg war, historisch und politisch betrachtet, gerade der Weg Trotzkis nach 1923!³⁸

37 Ebenda, S. 92. Auch hierbei handelt es sich um ein eindeutiges Echo von Argumenten der späten Rosa Luxemburg, durch deren prägende Schule auch Isaac Deutscher gegangen war. Man müsse, so schließlich auch Lucio Colletti (a.a.O), den Widerspruch zwischen internationaler Reife und nationaler Unreife ernst nehmen, ihn weder ignorieren noch verschleiern, sondern »mit vollem Bewusstsein« (S. 14) aushalten, thematisieren und offen aussprechen, sowie »die sich aus ihm ergebenden Folgen offen in [die] eigene Strategie auf(nehmen)« (S. 12).

38 »Wenn die Gesamtheit der Führer und der bolschewistischen Kader die Notwendigkeit eines solchen Programms und die Möglichkeit seiner Durchführung begriffen hätte, wäre eine Wiederbelebung der Sowjets und die Machtausübung durch das Proletariat ab Mitte der 20er Jahre möglich gewesen. Aber der größte Teil der Kader der Partei war selbst in den Prozess der Bürokratisierung einbezogen. Die meisten Führer begriffen zu spät, dass die Bürokratisierung eine tödliche Gefahr bedeutete. Dieses Versagen (der revolutionären Partei) kam zu den objektiven Bedingungen hinzu, die den Sieg der stalinistischen Bürokratie in der UdSSR erklären.« Ernest Mandel: »Der Stalinismus«, in ders.: *Einführung in den Marxismus*, Frankfurt/Main 1979, S. 128f.

Wie auch immer: Der sozialistische Sprung ins Reich der Freiheit ist ein gewaltiger, historisch neuartiger Sprung, der einer komplizierten Dialektik von Kontinuität und Bruch folgt.³⁹ Und der späte Georg Lukács, der Lukács des letzten Viertels von *Sozialismus und Demokratisierung*, hat sich, trotz aller Widersprüche und Fallstricke, zu einem seiner Propheten gemacht. Doch auch für Lukács und die Linke, die sich auf ihn beruft, gilt, worauf Marx in dem von Lukács angeführten Zitat anspielt. In der Fabel Äsops behauptet ein Prahler, er habe in Rhodos einen gewaltigen Sprung getan, worauf ihm erwidert wird: »Hic Rhodus, hic salta!« – hier ist die Rose (griechisch für Rhodos), hier tanze. Es scheint mir nicht völlig an den Haaren herbeigezogen, wenn einer der äsopischsten Denker des 20. Jahrhunderts mit diesem Schlusswort auch sich selbst und seine Freunde aus dem intellektuellen und politischen Sklaventum⁴⁰ zu befreien trachtete. Rudi Dutschke jedenfalls hätte das sehr gefallen.

39 Auch dies ein zentraler und erhellender Widerspruch des Lukács'schen Werkes: Wo es um die Fragen der Kultur geht, betont er die Kontinuität und möchte die Errungenschaften der bürgerlichen Kultur nicht missen; wo es dagegen um die praktische Politik, in diesem Falle um die Demokratiefrage geht, betont er den Bruch und möchte von den Errungenschaften bürgerlicher Demokratietradition nichts wissen...

40 Aisopos, der Held aus den frühgriechischen Sagen, war ein Sklave.

3. Leo Koflers Stalinismuskritik

Der politische Frühling der Jahre 1967/68 war nicht nur eine Zeit nachhaltiger Politisierung, nicht nur eine Zeit, in welcher der Einbruch subalternen Schichten und Klassen in das politische und gesellschaftliche Alltagsleben die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weltweit nach links bewegte. Integraler Teil desselben war auch die Schärfung der theoretischen Sinne. Denn wer mehr möchte, als aus dem irdischen Jammertal des Hier und Heute schlicht zu flüchten, wer aufbrechen will zu neuen Ufern, möchte auch wissen, von wo aus. Die Frage des Stalinismus war deswegen eine die Gemüter bewegende, weil sie dabei wie ein Alb auf den Hirnen der Lebenden lastete. Doch nicht nur dies, denn sie war mehr als nur eine Frage der Geschichte, wie die gewaltsame Niederschlagung des tschechoslowakischen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« im Herbst 1968 schmerzhaft deutlich machen sollte.

In dieser Zeit einer stürmischen Erweiterung und Politisierung der Bedürfnisse war die Nachfrage nach Lektüre immens. Und viele gesellschaftskritische Autoren, die bis dahin ein gesellschaftliches Ghettoleben führten, wurden nun zu vielgefragten Massenautoren. Einer dieser Autoren war auch Leo Kofler, der von vielerlei Seiten verdrängte Pionier eines undogmatischen Nachkriegsmarxismus, der im deutschen Sprachraum in Themenvielfalt und inhaltlicher Radikalität einzig mit Adorno vergleichbar, in sozialistischem Bekennermut auch diesem weit überlegen war. Die antiautoritäre Revolte und ihr Bedürfnis nach Theorie jedenfalls erlaubten es Kofler, die eine oder andere seiner alten Schriften neu aufzulegen. Und die eine, um die es hier gehen soll, war seine 1970 im Luchterhand Verlag erschienene Schrift *Stalinismus und Bürokratie*, in der Kofler zwei seiner alten, bereits 1952 veröffentlichten stalinismuskritischen Aufsätze zusammen mit neuem Material veröffentlichte.

Koflers alte Stalinismus-Analysen waren durchaus von besonderer Bedeutung, denn sie markieren den im deutschen Sprachraum nach dem Zweiten Weltkrieg ersten systematischen Versuch, die stalinistische Theorie mit marxistischen Mitteln zu kritisieren – und dies auf einem Niveau, an das noch viele der späteren vergleichbaren Arbeiten kaum heranreichen.¹ Und auch wenn Koflers Stalinismuskritik zu Beginn der 1950er Jahre historisches Neu-

1 Vgl. den Überblick bei Marcel van der Linden: *Von der Oktoberrevolution zur Perestrojka. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 1992.

land betrat, so war sie tief verwurzelt in jener sozialistischen Klassik, dessen Kind auch Kofler war.

A. Die Grundsteinlegung

Leo Kofler war ein Kind des Austromarxismus, jener zwischen den Weltkriegen spezifischen Variante der internationalen Sozialdemokratie, die im Vergleich zur damaligen europäischen Sozialdemokratie ausgesprochen radikal und marxistisch orientiert war. Er stand auf deren linkem Flügel und wurde zutiefst geprägt von Max Adler, dem vielleicht wichtigsten Vertreter des damaligen Linkssozialismus, der sich als Alternative sowohl zum leninistischen Kommunismus als auch zum sozialdemokratischen Revisionismus verstand. Entsprechend kritisierte der junge Kofler seine Partei anfangs der 1930er Jahre von links und wünschte sich – wie die meisten der damaligen austromarxistischen Linken – eine stärkere Orientierung der Sozialdemokratie am bolschewistischen Vorbild Sowjetrusslands. Diese Nähe zur Sowjetunion ging jedoch nie so weit, dass Kofler oder die anderen Austromarxisten blinde Apologeten derselben wurden. Die Kritik am stalinistischen Terror der 30er Jahre war in der österreichischen Arbeiterbewegung allgemein verbreitet und von grundsätzlicher Art, und auch Kofler teilte diese Herangehensweise. Trotz aller Sympathie für Moskau wurde er niemals unkritisch, und zweifelte in der Schweizer Emigration Ende der 30er Jahre bspw. die Legitimität der Moskauer Schauprozesse massiv an.²

Diese Spannung von politischer Nähe und intellektueller Distanz schlug sich auch in seinem ersten, in der Schweizer Emigration verfassten und 1944 dort veröffentlichten Werk *Die Wissenschaft von der Gesellschaft* nieder. Auf den letzten, der »Praxis« gewidmeten Seiten dieser *Methodenlehre der dialektischen Soziologie* (so der Untertitel), macht Kofler bei den »Träger(n) des richtigen Bewusstseins«, also bei den zeitgenössischen Marxisten-Kommunisten einen »Hang zum Bürokratismus« aus, der daher rühre, »dass die Verdinglichungsstruktur der Umwelt noch fortwährend in das Denken der im Allgemeinen bereits bewusst auf dem Boden des richtigen Bewusstseins stehenden Individuen hineinragt«. Bürokratismus wird hier also gefasst als »jene Form der Zurückgebliebenheit hinter der eigentlichen Erkenntnis, die soziologisch ihren Grund in der nicht überwundenen Einwirkung der Umwelt auf den Träger des richtigen Bewusstseins hat und daher ideologisch als starre Unvermitteltheit von Wissen und dessen Anwendung zum Vorschein kommt«. ³ Und wenn er sich in den letzten Absätzen seines Buches explizit von der »Richtung einer prinzipiellen Opposition« und von »destruktive(r) Kritik am Bürokratismus« abgrenzt, übernimmt Kofler die Position des Reformkommunisten Georg Lukács und distanziert sich implizit von der links-

2 Ausführlich dazu Christoph Jünke: *Sozialistisches Strandgut – Leo Kofler. Leben und Werk (1907-1995)*, Hamburg 2007.

3 *Die Wissenschaft von der Gesellschaft*, 3. Auflage, Frankfurt/M. 1971, S. 150.

kommunistischen, d. h. v. a. trotzkistischen Stalinismuskritik. Politisch heißt dies, dass er – in der Tradition des Otto Bauerschen »integralen Sozialismus« – eine »Selbstkritik« der sozialistisch-marxistischen Bewegung fordert, die er bewusst in Anführungszeichen setzt, da er eine solche Selbstkritik offensichtlich nicht im stalinistischen Sinne, sondern gegen denselben einklagt.

In typisch reformkommunistischer Manier beklagt er auch in seinem zweiten, 1948 in der Noch-Nicht-DDR veröffentlichten Werk *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* den »vulgären Mechanismus« und seine »Naseweisen«, den sozialistischen Bürokratismus. Er betont, dass er sich hierin sowohl mit Stalin wie mit Lukács einig weiß, stellt jedoch implizit die stalinistische Propaganda vom sozialistischen Charakter der UdSSR in Frage, wenn er u. a. darauf hinweist, dass dort aufgrund der Bedingungen der ursprünglichen Akkumulation »eine gewisse Beschränkung im Verbrauch der Konsumgüter unvermeidlich« sei.⁴ Darauf, dass die damaligen SED-Wächter der reinen Lehre, die »Geistesbürokratie«, die »Inquisition«, wie Kofler bald sagen wird, genau solche Hinweise zum Anlass seiner Verdammung machen, reagiert er 1950 mit einer ausführlichen methodologischen Kritik des marxistisch-bürokratischen Mechanismus in dem noch in der DDR geschriebenen, aber erst 1955 im Westen veröffentlichten Grundlagenwerk *Geschichte und Dialektik*. Die »mechanistische Vulgärsoziologie« nennt er hier in Fortführung der *Wissenschaft von der Gesellschaft* eine Wucherung innerhalb des Marxismus, ein Produkt nicht überwundenen Steckenbleibens in der bürgerlichen Verdinglichung: »Die in der vulgärmarxistischen Auffassung bewusst oder unbewusst herrschende Vorstellung, dass die Geschichte der ökonomischen Gesetzmäßigkeit folgt, ohne dass die auf dem Boden des ökonomischen Seins erwachsene Ideologie eine wesentliche Rolle hierbei spielt, zerreißt den historischen Prozess in ganz gleicher Weise wie der alte Materialismus, der den Menschen am Bande der ›Natur‹ (Geographie und Klima) gngeln ließ. Hier wie dort bleibt der Mensch im letzten Grunde nur ein passives Anhängsel eines ihm äußerlichen Gesetzes, hier wie dort ist die *dialektische Beziehung zwischen Aktivität und Passivität* dem Denken fremd.«⁵ Mit dem Verlust der Dialektik gehe dem marxistischen Bürokratismus auch der Horizont der individuellen und gesellschaftlichen Praxis verloren. Denn ohne die Marxsche Subjekt-Objekt-Theorie bleibe nur ein platter geschichtsdeterministischer Materialismus übrig.

So offen und unmissverständlich diese methodologische Kritik des stalinistischen Bürokratismus auf theoretischer Ebene auch ist, keine Rechenschaft legt sich Kofler bis hierhin über die historischen Bedingungen und Verlaufsformen der Durchsetzung stalinistischer Theorie und Praxis ab. Erst

4 Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, 8. (vollständige) Auflage, Berlin 1992, Band 2, S. 319.

5 *Geschichte und Dialektik. Zur Methodenlehre der marxistischen Dialektik* (1955), zitiert nach der 2. Auflage, Oberaula 1970, S. 192 (Hervorhebungen: LK).

als er endgültig die Hoffnung aufgeben muss, als Reformator innerhalb des realen Sozialismus zumindest geduldet zu werden, also erst nach seiner Flucht nach Westdeutschland Ende 1950, reflektiert er auch diese Seite des Stalinismuskomplexes.

In den beiden Jahren 1951 und 1952 schreibt Kofler insgesamt fünf kleine Broschüren zur stalinistischen Theorie und Praxis. Die erste – eine Abhandlung über die Stalinisierung der ostdeutschen Universitäten – ist stark persönlich gefärbt und wird nicht veröffentlicht. In der zweiten (*Marxistischer oder stalinistischer Marxismus? Eine Betrachtung über die Verfälschung der marxistischen Lehre durch die stalinistische Bürokratie*, Köln 1951) stellt er in bemerkenswerter politischer Zuspitzung den marxistischen und stalinistischen Marxismus gegeneinander. In der dritten (*Der Fall Lukacs. Georg Lukacs und der Stalinismus*, Köln 1952) verteidigt er Georg Lukács, und in der vierten (*Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie*, Köln 1952) greift er die Thematik der zweiten theoretisch nüchterner und umfassender wieder auf. In der fünften und letzten (*Marxismus und Sprache. Zu Stalins Untersuchung »Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft«*, Köln 1952) vertieft er seine Kritik anhand von Stalins einflussreicher Schrift zur Sprachwissenschaft. Diese letzten beiden Aufsätze sind es dann, die er schließlich zu der 1970 im Luchterhand Verlag veröffentlichten Schrift *Stalinismus und Bürokratie* zusammenfasst.

B. Der Ausbau

Koflers zu Beginn der 50er Jahre ausgearbeitete Stalinismuskritik unterscheidet sich wesentlich von den beiden noch heute vorherrschenden Erklärungsmustern des historischen Stalinismus. Die bürgerliche Kritik, die den Stalinismus zuallererst auf die marxistische Theorie zurückführt, lehnt er genauso ab, wie jene vermeintlich linken Theorien, die den Stalinismus auf Verbrechen, Personenkult und Exzesse zurückführen, um einen »sozialistischen« Kern desselben aufrechtzuerhalten. Gegen beide argumentiert er, dass die stalinistische Praxis kein Produkt marxistischer Theorie sei. Vielmehr sei deren »marxistische« Theorie Ausfluss einer bornierten bürokratischen Praxis, Ausfluss des »engen und geistlosen Praktizismus«⁶ einer bürokratischen Schicht, die ihre Privilegien zu verteidigen sucht. Der Stalinismus ist für ihn keine historisch zwangsläufige Erscheinung. Er wurzele vielmehr in spezifisch historischen Umständen gesellschaftlicher Rückständigkeit. Erfolgreich ausbreiten konnte er sich allerdings, weil er eine Antwort auf objektive Probleme einer jeden Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus gebe. Die spezifisch stalinistische Antwort auf das allgemeine Übergangsproblem sei jedoch eine zutiefst menschenfeindliche, antihumanistische und habe die sozialistische Bewegung mindestens für Jahrzehnte zurückgeworfen. Die

6 *Stalinismus und Bürokratie. Zwei Aufsätze*, Neuwied/Berlin 1970, S. 77. Seitenzahlen im folgenden Text beziehen sich auf diese Ausgabe.

hier aufscheinende politische Zielsetzung seiner radikal antistalinistischen Kritik ist der demokratische Sozialismus: Es werde sich »erweisen, dass jeder echte Sozialismus grundsätzlich demokratisch sein muss und wird, oder er wird überhaupt nicht sein« (S. 106).

1. Kritik der Bürokratie

Im Mittelpunkt von Koflers typisch linkssozialistischer Stalinismuskritik steht die Rolle der Bürokratie als einer herrschenden Schicht. Und sein theoretischer Ausgangspunkt ist eine prinzipielle Kritik derselben. Für Kofler war der Marxismus stets und grundsätzlich antibürokratisch, denn Bürokratie sei immer ein Zeichen des Formalismus bürgerlicher Gleichheitsvorstellungen. Bürokratie könne nur dort existieren, wo mit der Messlatte formeller Gleichheit der Individuen gemessen wird.

Historisch mag die Bürokratie zum Teil unentbehrlich, zum Teil sogar fortschrittlich und revolutionär gewesen sein (vor allem in bürgerlicher Frühzeit, als es um die Befreiung des Individuums ging), immer jedoch sei sie ein prinzipielles Übel. Und während der bürokratische Habitus prinzipiell »Gleichgültigkeit und Fremdheit gegenüber dem Leben« (S. 28) ausdrücke und dazu neige, auf alle gesellschaftlichen Bereiche überzugreifen und sich die einzelnen Individuen und ihr Denken zu unterwerfen, sei der Sozialismus per se ein Bruch mit dieser auf Markt- und Warenbeziehungen beruhenden, wesenhaft formalen bürgerlichen Gleichheit. Ebenso prinzipiell sei die Bürokratie deswegen auch überwindbar. Zum einen durch Rationalisierung und Vereinfachung der Verwaltung und zum zweiten durch deren Demokratisierung. Eine solche Demokratisierung werden vor allem durch Bildung und Erziehung zum Zwecke der Übernahme bürokratischer Arbeit ermöglicht: »Die Demokratisierung des Bürokratismus schlägt dann bei einer gewissen Höhe und Breite um in seine Aufhebung.« (S. 18)

Da auch Kofler die marxistische Theorie einer notwendigen Übergangsgesellschaft teilt, in der die neuen Produktionsverhältnisse noch mit alten Verteilungsmaximen gekoppelt sind, hält er die Bürokratie in der historischen Übergangsphase zum Sozialismus für unumgänglich. Er sieht in dieser Feststellung jedoch keine historische Rechtfertigung der *stalinistischen* Bürokratie. Zwar habe jeder Übergang zum Sozialismus mit bürgerlich-bürokratischen Gewohnheiten und Mentalitäten zu kämpfen, doch der konkrete Ausgangspunkt für die Bürokratiefrage in Sowjetrußland seien die spezifisch russischen Bedingungen: Zum einen der durch die industrielle Unterentwicklung bedingte Mangel an Konsumgütern, der eine »ursprüngliche Akkumulation« notwendig mache; zum zweiten die fehlende demokratische Tradition und die Auszehrung der demokratischen Kräfte während des sowjetischen Bürgerkrieges; drittens die »zusätzliche Betrauung der Bürokratie mit der Leitung und Beaufsichtigung der Wirtschaft« (S. 51). Die Mischung aus zaristischem Erbe und postrevolutionärer Planwirtschaft ist ihm deswegen ur-sächlich verantwortlich für die Entartung der Strukturen, nicht die Planwirt-

schaft als solche, die in demokratischen wie in nichtdemokratischen Formen möglich sei. Unter demokratischen Bedingungen, schreibt er, sei der formalistische Technizismus des Planes nur ein gewöhnliches Rechenexempel: »Ohne die direkte Anteilnahme der demokratischen Kräfte des Volkes an der Regierung und ohne direkte demokratische Kontrolle durch das Volk muss jede Planwirtschaft bürokratisch entarten; bei Vorhandensein dieser Kräfte und einer solchen Kontrolle kann die Planwirtschaft nicht bürokratisch entarten.« (S. 33)

Hinsichtlich der praktischen Mittel einer demokratischen Grenzziehung gegen den postrevolutionären Bürokratismus bezieht sich Kofler auf Lenins Ausführungen in *Staat und Revolution*, propagiert jederzeitige Absetzbarkeit, Arbeiterlohn, ständigen Funktionswechsel für Bürokraten, Heranziehung von Arbeitern zur Verwaltungsarbeit und anderes und hält auch die Beibehaltung eines freien Marktes mit der demokratischen Selbstverwaltung der Belegschaften für vereinbar.

Vor diesem theoretischen Hintergrund ist ihm die sowjetrussische Bürokratie eine historische Entartungserscheinung, der explizit *keine* historische Notwendigkeit anhafte und die deswegen »früher oder später überwunden werden (wird)« (S. 104). Es gibt für Kofler keine Entschuldigung »für die stalinistische Entartung des russischen Sozialismus (...), denn erstens war selbst in Russland die Ausartung des Bürokratismus in eine heillos terroristische Diktatur vermeidbar und zweitens war es durchaus möglich, diese allmählich abzubauen, statt sie zu steigern« (S. 34). Dieser schrittweise Abbau war und ist möglich, da »(a)lle Beobachtungen lehren, dass die Massen des Ostens freiwillig keiner Wiederherstellung der kapitalistischen Privatwirtschaft zustimmen werden; sie wollen auf demokratischer Grundlage ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sie wollen den Sozialismus.« (S. 104) Zu diesem Zwecke bedürfe es »einer vernünftigen und verständnisvollen Führung und Erziehung des Volkes«, damit »(sich) die Entwicklung in ökonomischer und kultureller Hinsicht auf freiheitlichem Boden vollziehen kann« (S. 48).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Kofler in den sozialökonomischen Verhältnissen Sowjetrusslands das dynamische Element sieht, weil mit der materiellen Entwicklung auch die materielle Grundlage der Bürokratie schwinde. Die sich verfestigenden ideologischen Verhältnisse sind ihm dagegen das statische, das bremsende Element einer Entstalinisierung, die wesentlich Entbürokratisierung sei.

2. Kritik der bürokratischen Ideologie

Die Verbürokratisierung und die damit organisch verbundene Entmenschlichung, darin weiß sich Kofler einig mit allen marxistischen Stalinismuskritiken seiner Zeit, ist das Produkt der Interessen der Bürokratie als einer gesellschaftlichen Schicht⁷, die »wesentlich um die Furcht vor den möglichen demokratischen Widerständen und um die Verteidigung der Privilegien der Bürokratie«⁸ kreisen. Gleichzeitig wendet sich Kofler jedoch, und hier setzt er eigene Akzente im zeitgenössischen Kontext, gegen eine Reduzierung auf das Problem bürokratischer Privilegien. »Aus dem ›Interesse‹ allein lässt sich z.B. unmöglich die spezifisch vulgärmarxistische und mechanistische Denkweise des Stalinismus begreiflich machen«⁹ schreibt er. Wer zu sehr in Kategorien bürokratischer Verschwörung denke, finde keine Erklärung der subjektiv ehrlichen Befindlichkeit der Stalinisten. Denk- und Seinsweise der sozialistischen Bürokratie würden so auseinander gerissen und deren Kraft zur intellektuellen Hegemonie – um einen neueren Begriff zu benutzen – nicht verstanden. Die bürokratische Ideologie, darauf beharrt Kofler, sei nicht nur reiner Zynismus, sondern vielmehr eine objektive Selbsttäuschung, eben Ideologie.

Zu Recht sieht Kofler weniger in der historischen Analyse des Stalinismus, als vielmehr in der Ideologiekritik desselben seine Originalität und sein Hauptverdienst. Als bürokratische Ideologie verfestige sich der Stalinismus, entstelle und verfälsche die marxistische Theorie nicht nur bis zur Unkenntlichkeit, sondern führe als solche auch ein selbständiges Eigenleben. Es gelte also, dieser sich verselbständigenden Verfälschung auch theoretisch entgegen zu treten und den Marxismus erneut als anti-dogmatischen, als freiheitlichen herauszuarbeiten. Solcherart durch Aufklärung und Kritik bewirkte Entdogmatisierung – Entdogmatisierung wird hier im Gegensatz zur bürgerlichen Kritik des Dogmatismus als eine explizite Rückkehr zu den Marxschen Quellen verstanden – ist ihm ein entscheidendes Mittel zur Entbürokratisierung der sozialistischen Bewegung und damit ein auch praktisch politischer Beitrag. Was also ein Isaac Deutscher in Fragen der Geschichte, ist Leo Kofler in Fragen der marxistischen Theorie.

7 Einen anregenden Überblick bietet auch René Ahlberg: *Die sozialistische Bürokratie. Die marxistische Kritik am etablierten Sozialismus*, Stuttgart 1976. Die damals vorherrschende Diskussion, ob es sich bei dieser Bürokratie um eine neue Klasse oder lediglich um eine neue Schicht handle, führt Kofler nicht, doch es ist klar, dass er jenen zuneigt, die die Bürokratie nicht als eine neue Klasse, sondern als eine Schicht verstehen.

8 *Marxistischer oder stalinistischer Marxismus? Eine Betrachtung über die Verfälschung der marxistischen Lehre durch die stalinistische Bürokratie* (Pseudonym Jules Dévérité), Köln 1951, S. 10.

9 Ebenda.

Kofler macht drei charakteristische Formen der stalinistischen Entstellung des Marxismus aus. Zum einen eliminiere das stalinistische Denken die Dialektik aus dem Marxismus. Zum zweiten reduziere es den historischen Materialismus auf einen platten, mechanistischen Ökonomismus. Und schließlich »vergesse« der Stalinismus den marxistischen Humanismus, der darauf aus sei, den Menschen aus jeglicher Entfremdung zu befreien. Alle drei Entstellungen sind weder zufällig noch marginal. Sie betreffen den Marxismus als Ganzes, betreffen jene drei Kernelemente des Marxismus, die Kofler für grundlegend hält. Für ihn ist die marxistische Theorie wesentlich auf drei Säulen gegründet. Dadurch, dass in ihr die Grenzen des Bewusstseinsmäßigen nirgends überschritten werden, stehe die marxistische Suche nach den Bewegungsgesetzen der Geschichte im Gegensatz zum naturwissenschaftlichen Gesetzesbegriff und könne nur als Subjekt-Objekt-Dialektik, als Denken in der Totalität gefasst werden. Es ist die über das menschliche Bewusstsein vermittelte Subjekt-Objekt-Dialektik, die den Marxismus zu einer Praxisphilosophie mache. Streiche man diese Dialektik, so wie es in der stalinistischen Verdammung des Hegelschen Erbes deutlich werde, verhindere man die Erkenntnis der gesellschaftlich-praktischen Seite des Marxismus und falle in einen bürgerlichen, sich an der naturwissenschaftlichen Methodik anlehenden »dummen« Materialismus zurück. Dieses Verharren in bürgerlicher Verdinglichung werde durch die neuen, mechanistisch missverstandenen planwirtschaftlichen Methoden befördert und verfestige sich zu einem bürokratischen Formalismus, der die konkreten Menschen zu vergewaltigen genötigt sei.

»Der »gleichheitliche« und daher qualitätsfeindliche Formalismus geht nicht nur an der Verschiedenheit und Vielfalt der individuellen Anlagen, Bedürfnisse und schicksalhaften Erlebnisse blind vorbei; unter der Voraussetzung dieser Missachtung des Menschlich-Qualitativen ist er auch nicht fähig, den komplizierten gesellschaftlichen Prozess, dessen Wesen in der sozialen Bezüglichkeit zwischen dem Individuellen und dem Allgemeinen, dem Subjektiven und dem Objektiven und in dem ständigen Umschlagen des einen in das andere besteht, zu begreifen. (...) Nur das Durchschauen des Charakters der Realität, wesentlich dialektische Totalität zu sein, macht Praxis als Form eines vollendet bewussten und auf der richtigen Erkenntnis der Elemente des realen Geschehens beruhenden Handelns möglich. Wo diese erkenntnismäßige Voraussetzung nicht erfüllt ist, da klammert sich das Denken und das von ihm bestimmte Tun an das Einzelgebiet, das es in extremer Weise rationalisiert bei gleichzeitigem Versinken in einen abstrusen Irrationalismus (entweder mechanistischer oder metaphysischer Prägung) hinsichtlich des Ganzen der gesellschaftlichen Welt.« (S. 56ff.) Das bürokratische Denken verfallt auf diesem Wege dem Spezialistentum und Tatsachenfetischismus, dem Positivismus und vulgären Materialismus, es teile das bürgerliche materialistische Missverständnis des Marxismus. Wie im bürgerlichen Denken werde solcherart Mechanismus ergänzt durch einen dem Prinzip nach hemmungslosen und

unvermittelten Voluntarismus. Subjekt und Objekt fallen genauso auseinander wie Objektivismus und Subjektivismus. Ist der Stalinismus in der gesellschaftspolitischen Praxis v. a. subjektivistisch-voluntaristisch, so ist er in der Theorie v. a. Objektivismus, natur-mechanistisch passiv, »vulgärmaterialistisch befangen«, »sensualistisch blind«, kurz, er ist »der sichtbarste und gleichzeitig extremste Exponent des unmarxistischen Marxismus in unserer Zeit«.¹⁰

An zwei wesentlichen Beispielen verdeutlicht Kofler dies immer wieder, an der stalinistischen Geschichtswissenschaft sowie an ihrer Kunsttheorie.

Aufgrund der Verflachung des historischen Materialismus zum vulgären Ökonomismus, vermag die stalinistische Geschichtswissenschaft kaum mehr als eine quellenmäßige Herausarbeitung und Zusammenfügung äußeren Tatsachenmaterials zu leisten. Man jage rein äußerlich nach dem ökonomischen Faktor in der Geschichte, dringe zu einer »verstehenden Geschichtsdeutung«, zu einer organischen Integration auch der ideengeschichtlichen Kämpfe aber nicht vor. Man bleibe so der bürgerlichen Überschätzung der Quellenforschung, dem »flachen Empirismus«, also einer »beschreibenden Geschichtsdarstellung« verhaftet, ohne zu jener »erzählenden Geschichtsdarstellung« vorzudringen, die man bei vereinzelt, zumeist aus dem Idealismus kommenden bürgerlichen Historikern bewundern könne.

Da der dumme, flache Materialismus die Dialektik von Individuellem und Allgemeinem nicht verstehe, vermag er auch nicht, die Kunst zu verstehen, der es wesentlich um die Totalität des Individuums gehe. Und weil »das bürokratische Bewusstsein das Individuum und seine Probleme nicht wahrhaft zu begreifen vermag, dichtet es ihm eine geistige und seelische Entwicklung an, die sich schablonenhaft nach einer vorgefassten Anschauung richtet«.¹¹ Das führe schließlich zu Verflachung, Entstellung, Entleerung und Schablonisierung. Die von Kofler durchaus verteidigte Form eines sozialistischen Realismus werde jedoch im Stalinismus auf einen naturalistischen und positivistischen »romantischen Realismus«, auf eine sensualistische Spiegelungstheorie reduziert, welche das tätige Individuum zum passiven Objekt degradiere. Dieses eigenartige Gemisch von flachstem Naturalismus und verklärendem Romantizismus schlage sich schließlich in der Unfähigkeit nieder, die Weltanschauung des Künstlers und sein künstlerisches Produkt sinnvoll zu trennen.

Solcherart unfähig, Praxis und Individualität in Geschichte und Gegenwart zu verstehen, finde der Stalinismus auch keinen Zugang zum Verständnis des Marx'schen revolutionären Humanismus. »Der Stalinismus verändert das Individuum in seiner traditionellen Einseitigkeit, Unvollkommenheit,

10 »Marxistischer oder stalinistischer Marxismus [1954/55]«, in Leo Kofler: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers*, Hamburg 2000, S. 42.

11 Ebenda, S. 53.

Armseligkeit und Zerrissenheit nur so weit, als er es restlos seinen bürokratischen Bedürfnissen unterwerfen muss: er gibt ihm Bildung, soweit er des ›Intellektuellen‹ benötigt; er gibt ihm Idealismus, so weit er dieses Idealismus im Dienste des ›Vaterlandes‹ und des ›Aufbaus‹ bedarf; er macht es mit der Lehre von Marx vertraut, soweit es diese Lehre benötigt, um ein blindgläubiger Diener des Staates zu sein – aber er lässt es im Kern unverändert, damit es all dies sein kann!«¹²

Auf der einen Seite betone man also im Rekurs auf den Marxismus einen grundsätzlichen Geschichtsoptimismus, auf der anderen nehme man den Menschen »in seinem Sosein« pessimistisch hin. Entsprechend sei auch die spezifisch stalinistische Ethik eine ausgesprochen widersprüchliche Mischung von »überspannter Moralität und abgrundtiefer Unmoral«, die ihre Ursache in der typisch stalinistischen »Neigung, in disziplinierender Absicht erzieherisch auf den Menschen einzuwirken« (S. 71) finde. So bekomme die geistige Elite des Stalinismus, die »Geistesbürokratie«, den Charakter einer »Inquisition des Stalinismus«.

Koflers Ideologiekritik der stalinistischen Bürokratie erweist sich hier als eine typisch praxisphilosophische, im Kontext des »westlichen Marxismus« stehende Stalinismuskritik. Der westliche Marxismus als philosophische Strömung hat jedoch keine einheitlichen politischen Schlussfolgerungen aus seinem Ansatz gezogen. Entsprechend setzte Kofler auch hier eigene Akzente.

3. Perspektiven der Entbürokratisierung

Es zeichnet Koflers Ansatz aus, dass er der Ideologie, dem Bewusstsein, ist es einmal entsprechend aufgeklärt und enddogmatisiert, eine revolutionierende Rolle zuspricht. Weil der gesellschaftliche Antagonismus im Osten ein prinzipiell anderer sei als im Westen, weil die dort herrschende Bürokratie »keine kapitalistische, sondern Exponent veränderter, nämlich – wenigstens formal – sozialistischer Verhältnisse« sei, könne sie sich »nicht jenem Bewusstsein sozialistischer Verantwortung entziehen, das aus dem Bekenntnis zum sozialistischen Humanismus des Marxismus fließt«.¹³ Die Entschleierung des stalinistischen Denkens ist für Kofler deswegen eine eminent praktische Tat.

Mit dieser Dialektik von Norm und Wirklichkeit stellt er sich auf einen reformkommunistischen Standpunkt, der seine Hoffnung auf Entstalinisierung und antibürokratische Demokratisierung vor allem in einer Veränderung des politischen Überbaus sieht. Schließlich habe, so Kofler damals, der jugoslawische Parteiführer Tito gezeigt, »dass bei einer richtigen Führung und Erziehung der Massen sich ohne Treiberei und Terror mindestens das gleiche Resultat erzielen lässt« (S. 46). In diesem Sinne sollte Kofler in den 50er und 60er Jahren Partei ergreifen für alle reformkommunistischen Bestrebungen im Ostblock, von Tito bis Dubcek. Anders verhielt sich der Fall jedoch mit

12 Ebenda, S. 65.

13 Ebenda, S. 64.

der UdSSR. Die sowjetrussische Bürokratie, stellt Kofler 1952 fest, »verteidigt die Interessen der Akkumulation gegen die Interessen der Massen, wobei sie vor keinem Mittel zurückschreckt, dieses vor jenem zu verteidigen und ihrer sich ununterbrochen steigernden Macht immer mehr Gebiete einschließlich der kulturellen und geistigen zu unterwerfen« (S. 38). So sei der historische Stalinismus bis zur Mitte der 30er Jahre, also bis zum Ausbruch des Großen Terrors »vom Standpunkt des Historikers (!) (...) vielleicht (!) noch erträglich«. »Aber die inzwischen vollendete (!) und nur (!) durch das Volk selbst und seine Intellektuellen rückgängig zu machende Verbürokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens der Sowjetunion hat diese Umkehr aus eigenem nicht mehr gestattet.«¹⁴

Doch auch beim russischen Stalinismus sieht er die Dialektik von Norm und Wirklichkeit prinzipiell am Werk, denn »viele Anzeichen sprechen dafür, dass die Berührung großer Massen und besonders der Studierenden und Intellektuellen mit der kritisch-humanistischen Lehre des Marxismus ein oppositionelles und antibürokratisches Bewusstsein weckt, das, wenn auch hier nur auf weite Sicht zu erhoffen, in einer demokratischen Explosion und sozialistischen Demokratisierung des Ostens enden muss.«¹⁵

Koflers Position zur Entstalinisierung weist an diesem Punkt deutliche Unschärfen auf. Er legt sich keine endgültige Rechenschaft darüber ab, *wie*, d. h. auf welchem Wege die staatssozialistische Bürokratie verschwinden wird. Sein Parteiergreifen reformkommunistischer Strömungen und sein Insistieren auf einem dynamischen Widerspruch von Norm und Wirklichkeit legen einen evolutionären Prozess von oben nahe. Seine Betonung dagegen, dass gerade eine solche, aus dem Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit gespeiste Revolution im Denken einer neuen Revolution gleichkäme und die bürokratische Schicht grundsätzlich ab- und auflöse, betont den revolutionären Charakter und hat einen deutlich linkskommunistischen Zuschnitt. Es waren diese theoretischen Unschärfen und latenten Widersprüche – Spiegelbild einer historisch offenen Situation –, an denen sich in späteren Jahren Positionsverschiebungen bei Kofler feststellen lassen.

C. Renovierungen

Auf das Stalinismusthema kommt Kofler nach 1952 immer wieder, aber gleichsam nur nebenbei zurück – vor allem immer dann, wenn es auf der politischen Linken zu neuer Bewegung und neuen Debatten kommt. Mitte der 1950er Jahre, mit dem Aufbruch der blockfreien Staaten, dem Aufbrechen der realsozialistischen Verhältnisse und dem sozialdemokratischen Weg nach Bad Godesberg, kommt es bspw. zu einer heute weitgehend verdrängten, aber folgenreichen Neuformierungsdebatte auch auf der westdeutschen Lin-

14 Ebenda.

15 Ebenda, S. 65.

ken.¹⁶ Vor allem Chruschtschows »Geheim«rede auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 stellt die Frage nach der Dynamik und den Perspektiven der um sich greifenden Entstalinisierung. In der *Anderen Zeitung*, gleichsam dem »Zentralorgan« dieser ersten Generation einer »Neuen Linken«, diskutieren radikale Demokraten, Sozialisten und Kommunisten diese Fragen. Und Kofler greift mit seinem antistalinistischen Reformkommunismus aktiv in diese Diskussion ein, und radikalisiert sich, als er erkennt, dass es nach der Niederschlagung der Aufstände in Ungarn und Polen zu einer nachhaltigen Restalinisierung auch im westlichen linken Denken kommt.

So kritisiert er bspw. 1958 das »orthodoxe Pfaffentum« eines Autors der *Anderen Zeitung* in scharfen und ausgesprochen aktuellen Tönen. Man erkenne, so Kofler, den »reaktionären Orthodoxismus« nach dem 20. Parteitag daran, dass dieser den Stalinismus und die stalinistische Bürokratie in Gänsefüßchen setze, deren Verbrechen unverhohlen damit rechtfertige, dass ja alle bedeutenden Gestalten der Geschichte ebenfalls Verbrecher gewesen seien, und gegen den vermeintlich bürgerlichen Humanismus polemisiere. In aller gebotenen Schärfe antwortet Kofler darauf: »Es wird nicht gefragt, ob der Stalinismus mit seinen Methoden dem russischen und internationalen Sozialismus mehr genützt oder geschadet hat, ob nicht ein Weg ohne blamable Schauprozesse mit unmenschlichen Selbstbeschuldigungen, ohne die Ermordung namhafter Bolschewiken, ohne die Herabwürdigung der marxistischen Wissenschaft und der Kunst zu einer Farce, ohne bürokratischen Irrsinn und ohne stalinistische Beschränktheit, eben ein geschickterer und milderer Weg (...) möglich gewesen wäre. Vielmehr wird kaltblütig zur Antwort gegeben: Sie waren alle so, folglich...! Weiß der Autor dieser These, dass wir ohne den Stalinismus längst ein sozialistisches Land oder mehrere im Westen hätten, nämlich da, wo der Sozialismus infolge der reiferen ökonomischen Voraussetzungen sich mit weitaus größerer Leichtigkeit experimentieren ließe, und wo selbst der Reformismus ihn nicht hätte verhindern können, wenn der Stalinismus und seine Satelliten einen anderen als einen enttäuschenden Eindruck auf die Völker hinterlassen hätten? Er erwägt diese Frage trotz seiner so selbstbewussten, aber bei ihm zur leeren Phrase degenerierten Berufung auf seine »Konkretheit« mit keinem Wort.«¹⁷ Gegen den »orthodoxen Plattheitendrescher« polemisiert Kofler, dass der Stalin'sche Terror ebenso wie »die Ulbricht'sche Methode der Demoralisierung der Massen der Anhänger der SED und ihr Hinabstoßen in die antisozialistische Opposition mit einer methodischen Ausdauer, die keinem kapitalistischen Gegner je gelungen wäre« nicht rational aus den vermeintlich überdimensionalen Aufgaben zu erklären ist – wir es hier vielmehr mit »Erscheinungen des sozialistischen

16 Vgl. Christoph Jünke: »Der vergessene Aufbruch. Die linke Neuformierung 1955/56 und ihr Scheitern 1957/58«, in: *Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis*, Nr. 11, September 2006, S. 15-21.

17 »Orthodoxes Pfaffentum«, in: *Funken*, Heft 4, April 1958, S. 59ff.

Selbstmords« zu tun hätten. »Nur der moderne unorthodoxe und wahrhaft marxistische Humanismus« verstehe, »dass *Bewusstsein ein Element der Praxis* ist« und habe die Kraft »von Grund auf umwälzend auf das Bewusstsein des Menschen zu wirken, in ihm gerade wegen seiner rationalen Härte und Konsequenz den *Glauben* an die Zukunft zu wecken, ihn in tiefer Durchdrungenheit von der Wahrheit einer höheren und freieren künftigen Ordnung ›träumen‹ zu lehren, wie Lenin gefordert hat« (Hervorhebungen: LK). »Erst wenn diese Karikatur verschwunden, d. h. überwunden sein wird durch den ›dritten Weg‹ über Kapitalismus und Stalinismus hinaus, erst dann wird das ideologische Spiegelbild des Stalinismus, der reaktionäre Orthodoxyismus, in Nichts zersterben.«

1965, mit den ersten zarten Pflänzchen einer abermaligen linken Neuformierung, kommt Kofler erneut auf die Frage zurück, welche Bedeutung der sozialistische Block für die Marxisten habe. Eine genaue Analyse des Stalinismus beweise, so seine Warnung an die junge studentische Linke, »dass ein humanistisches Regime mindestens dieselben wirtschaftlichen Erfolge bei gleichzeitig weitaus größeren politischen und kulturerzieherischen Erfolgen nach innen und außen gezeigt hätte. Der Stalinismus hat die internationale Entwicklung des Sozialismus um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen.«¹⁸ Positiv hebt er im selben Text hervor, dass der bis dahin geleistete Abbau des Stalinismus »eine erhebliche Stärkung der linken Strömungen in Italien, Frankreich und England zur Folge gehabt hat«, während »dessen relative Weiterexistenz in Ostdeutschland aber umgekehrt ein starkes Hemmnis für das Umschlagen des vielfach in der Literatur nachgewiesenen alltagsprimitiven und passiven Klassenbewusstseins bei den proletarischen Massen (...) in ein aktives darstellt«. Vom »Gelingen oder Misslingen der humanistischen Demokratisierung der östlichen Länder« hänge es schließlich ab, »ob in den bürgerlichen Ländern ein entscheidender historischer Schritt nach vorwärts gelingt oder nicht«.

Weitere zwei Jahre später, 1967, analysiert er in einem (in die Stalinismus-schrift von 1970 aufgenommenen) Beitrag »Von Stalin zu Mao Tse-Tung« den Maoismus. Auf dessen antibürokratischen Habitus fällt Kofler jedoch nicht herein. Sensibel registriert er den in der chinesischen Kulturrevolution zu Tage tretenden bürokratischen Puritanismus, »der die Massen ganz nach bürgerlichem Vorbild zu Asketismus und Aufopferung zwingt« (S. 108), und bezeichnet ihn als einen – wenn auch milden – »Akt der ›kulturrevolutionären‹ Restalinisierung Chinas« (S. 109). »Die Form dieses Aktes ist allerdings imposanter und bedient sich des ›demokratischen‹ Plebiszits der geschickt angerufenen Jugend. Was sich aber offensichtlich wiederholt, ist die antibürokratische Argumentation auf total bürokratischer Basis. Es wiederholt sich auch

18 »Revolutionäre Praxis heute?«, in: *Notizen. Tübinger Studentenzeitung*, Heft 62, Juni 1965, S. 16ff. Nachdruck unter dem Titel »Ist revolutionäre Praxis heute möglich?«, in: Leo Kofler: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit*, a.a.O., S. 161ff.

der Effekt der Entgeistigung – Heiligsprechung der Schriften Stalins und der Schriften Mao Tse-tungs als unantastbare Richtlinien für alle übrigen Urteile in Politik, Kunst und Wissenschaft – unter der aufdringlich propagierten Parole des Schöpfertums (»schöpferischer Marxismus« unter Stalin). Es wiederholt sich unter der Parole des Kampfes gegen den Dogmatismus die totale Dogmatisierung der sozialistischen Theorie.« (S. 110)

1970 schließlich, im aktuellen Vorwort zu *Stalinismus und Bürokratie*, verteidigt er vorbehaltlos den abgesetzten tschechoslowakischen Reformler Alexander Dubcek, denn bei sämtlichen Vorwürfen gegen Dubcek handele es sich »durchwegs um Verleumdungen« (S. 8). Wieder einmal sieht Kofler den östlichen Kommunismus »einem seiner Tiefpunkte zu(streben), die seinen Weg der Entstalinisierung immer wieder unterbrechen« (S. 7). Und doch setzt er hier einen etwas anderen Akzent als zuvor, wenn er im direkten Anschluss darauf hinweist, dass sich trotz der Niederschlagung des Prager Frühlings inzwischen viel verändert habe. Gerade der Prager Frühling habe bewiesen, dass sich der als »Ersetzung des Terrorismus durch eine demokratische Diktatur« zu verstehende historische Prozess der Entstalinisierung »nicht aufhalten lässt« (S. 8). Vor allem hätte sich bestätigt, dass diese Entstalinisierung »von oben« durchgeführt wurde, d. h. ohne Revolution von unten, die man in vielen Kreisen für den einzigen Weg der Demokratisierung der Sowjetunion hielt« (S. 7). Bestätigt hätte sich aber auch »die viele Jahre später von unverständigen Kritikern als eine Annäherung an den Kapitalismus gedeutete Tatsache der Herausbildung eines Marktes als Zentrum des warenwirtschaftlichen Umschlags auf dem Boden der Planwirtschaft« (ebd.).

Erstmals seit 20 Jahren nimmt Kofler hier wieder explizit Stellung gegen eine revolutionäre Entstalinisierung von unten und für eine evolutionäre Entstalinisierung von oben – eine Konzeption, die er zuletzt in den 40er Jahren, in seinen ersten beiden Werken formuliert, seit seiner praktischen Erfahrung mit dem »realen Sozialismus« jedoch nicht mehr vertreten hatte.

D. Einsturz

Anders also als bspw. Isaac Deutscher oder Georg Lukács (vgl. Kapitel 1 & 2), scheint sich der in seinen theoretischen Grundlagen und praktischen Konsequenzen vor »1968« sehr viel radikalere Leo Kofler nach »1968« nach »rechts« zu entwickeln, also auf die in den Ostblockstaaten Herrschenden zu. Unmittelbar manifest wurde diese Positionsverschiebung allerdings erst in den 1980er Jahren, infolge seiner politischen und persönlichen Enttäuschung über das Schicksal der Neuen Linken und einer veränderten weltpolitischen Situation. Der Regierungsantritt von Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1980) markierte den weltpolitischen Übergang sowohl zum so genannten Zweiten Kalten Krieg als auch zum Neoliberalismus. In dessen Schlepptau registrierte Kofler früh das Wiederaufleben eines radikalen sozialdarwinistischen »Manchesterliberalismus« im »posthistoire«. Eine linke Antwort darauf sah er jedoch nicht mehr.

Kofler hatte aus der gescheiterten Entstalinisierung Ende der 50er Jahre die strategische Konsequenz gezogen, dass es jener neuen »progressiven Elite« bedürfe, die sich im Aufstieg der Neuen Linken spiegelte, um die welt-historisch festgefahrene Situation eines »Schatten der abwesenden Revolution hier, der unvollkommenen dort« (Henri Lefebvre¹⁹) theoretisch wie praktisch aufzulösen. Entsprechend hatte er den Geist der Revolte schon früh antizipiert und gab sich umso enttäuschter, als sich dieser nach 1969 wieder deutlich »entmischte« (Peter Brückner). Nach dem offensichtlichen Zerfall der Neuen Linken Ende der 1970er Jahre und ihrem Übergang zu den neuen sozialen Bewegungen und der grün-alternativen Partei sah er diese von ihm geschichtsphilosophisch an sich gerechtfertigte Neue Linke endgültig in Irrationalismus und Sektierertum übergehen. Damit verschob sich aber auch sein geschichtsphilosophischer Blick auf den real existierenden Sozialismus. Hatte er zuvor stets den das emanzipative Denken und Handeln und die Kräfte des historischen Fortschritts behindernden Charakter des nur unzureichend entstalinisierten Ostblocks betont, so sah er diese Kraft des Fortschritts nun nur noch im Osten und übernahm die stalinistische Lagertheorie in Form einer Theorie der neuen Form des Klassenkampfes. Erneut sei die Welt in zwei Internationalen gespalten, »die aber nicht mehr wie zwei feindliche Brüder einander gegenüber stehen, sondern deutlich gespalten in eine jüngst gegründete kapitalistische Internationale hier und in eine sozialistische dort«. »In radikaler Gegnerschaft«, so Kofler, »trennt sich die industrialisierte Welt nach deutlich klassenkämpferischen Gesichtspunkten« und bewirke, dass der von der Sowjetunion geführte »sozialistische Block als Block sich an die Stelle der nationalen sozialistischen Interessen setzte und sozusagen das *sozialistische Gesamtinteresse* zu seiner politischen Domäne machte.«²⁰

Nicht die inneren Verhältnisse in der UdSSR wurden dabei von ihm für diesen nachhaltigen Perspektivenwechsel verantwortlich gemacht, sondern einzig die neuen weltpolitischen Verhältnisse. Die politische Situation des Zweiten Kalten Krieges war durchaus jener des ersten Kalten Krieges in den 50er Jahren vergleichbar, Koflers Antworten jedoch nicht. Hatte er damals zu den schärfsten Stalinismuskritikern der Linken gehört, wurden nun die apologetischen Tendenzen übermächtig. Er kritisierte zwar auch weiterhin die historischen Verbrechen des Stalinismus, entlastete und entschuldigte allerdings das stalinistische System. In seiner Schrift *Aufbruch in der Sowjetunion? Von Stalin zu Gorbatschow* von 1986 übernahm er zwar seinen alten Aufsatz zum Wesen und der Rolle der stalinistischen Bürokratie, rahmte diesen jedoch mit neueren Beiträgen ein, die eine deutlich andere Sprache sprechen. Hier steht nicht mehr die Bürokratie als eine herrschende, antimarxisti-

19 Henri Lefebvre: *Einführung in die Modernität. Zwölf Präludien* (1962), Frankfurt/Main 1978, S. 264.

20 »Die neue Form des Klassenkampfes und die Grünen«, in: *Nicht links – Nicht rechts? Über die Zukunft der Grünen*, Hamburg 1983, S. 25ff. (Hervorhebungen: LK).

sche Schicht im Zentrum seiner Stalinismusanalyse. Zum »Hauptproblem des Aufbaus des Sozialismus« erklärt er nun den »Eintritt in das Stadium der ›ursprünglichen Akkumulation«.²¹

Von hier aus betrachtet ist es konsequent anzunehmen, dass mit dem offensichtlichen Ende dieser ›ursprünglichen Akkumulation« auch der historische Stalinismus seine Virulenz verloren hat. Kofler wirft die Phase der ›ursprünglichen Akkumulation« mit der Übergangsgesellschaft und diese mit dem zusammen, »was Marx unter dem Stadium des Sozialismus, im Unterschied zu jenem des nachfolgenden Kommunismus, verstanden hat« (S. 14), und erkennt in der UdSSR der 80er Jahre »erhebliche Tendenzen der Auflockerung, ohne dass aber von einer endgültigen Überwindung der stalinoiden Überbleibsel gesprochen werden kann« (S. 17). Die stalinoiden Überbleibsel bedeuten jedoch nichts anderes, als dass die gesellschaftlichen Grundlagen für eine organische Entwicklung zum Sozialismus-Kommunismus gelegt sind und es einzig auf das Bewusstsein ankomme, sie auch entsprechend zu entfalten. In »der Frage der Entdogmatisierung und Humanisierung der sozialistischen Ideologie (werden) mancherorts [d. h. bei Kofler: unter Gorbatschow als einer gebildeten und dem Humanismus verpflichteten »charismatischen Persönlichkeit«; C.J.] bereits entscheidende Schritte vollzogen«, so dass »der Prozess nach dieser Richtung – wenn auch auf längere Zeit besehen – unaufhaltsam ist« (S. 101). Auf diesem Wege wird die »schrittweise Abwendung vom Stalinismus (...) zugleich ein bedeutendes Stück auf dem Weg des Aufbaus einer neuen (...) Gesellschaftsordnung. Der Gorbatschowismus bietet die zuverlässige Garantie dafür.« (S. 104f.)

So wie er das Wesen des Sozialismus »in erster Linie und gerade als Konsequenz einer richtig gehandhabten Planwirtschaft (...) im Durchschauen der ›Geheimnisse«, in denen sich die kapitalistische Verdinglichung darstellt« erkennt, reduziert sich Koflers Antistalinismus vollkommen auf eine aufgeklärte Erziehungsdiktatur von oben, weil die »extrem entfremdeten Menschen des wirklichen Gebrauchs ihrer demokratischen Rechte gar nicht fähig sind« (S. 11 & 12). Sozialismus-Kommunismus ist für Kofler keine selbsttätige ›freie Assoziation von Produzenten«, sondern »ein kluges Zusammenspiel von zentraler politischer Kontrolle (...) und weitgehender Autonomie der Betriebe und der sonstigen Institutionen« (S. 12). Ein Vergleich mit dem oben Dargestellten macht deutlich, dass dies bestenfalls eine böse Karikatur der alten Koflerschen Stalinismuskritik ist. Seine Worte von 1958 verdrängend behauptet er nun – in typisch neostalinistischer Manier –, dass die UdSSR sich »wegen dieser gewiss unentschuldbaren Missstände unter dem Stalinismus vor den sich mit Vorliebe ›demokratisch« und ›freiheitlich« nennenden kapitalistischen Ländern (nicht) zu schämen braucht«, schließlich seien deren Ver-

21 *Aufbruch in der Sowjetunion? Von Stalin zu Gorbatschow*, Hamburg 1986, S. 15. Die im Text folgenden Seitenangaben beziehen sich auf dieses Werk.

hältnisse unter Bedingungen ›ursprünglicher Akkumulation‹ »keineswegs besser« gewesen (S. 19).

Doch die Logik der Apologie trieb auch Kofler noch weiter. Die Schwierigkeiten, auf die Gorbatschows Perestroika in der UdSSR stoßen sollte, erklärte er Ende 1989 mit der »asiatischen Mentalität«, damit, dass alles bereits besser sein könnte, »wenn nicht der russische Mensch, der aufgrund einer langwährenden geschichtlichen Tradition nur unter der Knute seinen Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit nachzukommen bereit ist, die ihm unter Gorbatschow gewährten Freiheiten zur Sabotage benutzen würde.«²² Anfang 1990 nannte er »demokratische Wahlen (in der Noch-DDR; C.J.) nach dem Vorbild bürgerlich-formaler Vorstellungen problematisch«, denn sie »können ins historische Verhängnis führen«.²³

Ein solches Denken war ein Bruch nicht nur mit seiner eigenen früheren Stalinismuskritik, sondern auch ein Bruch mit jenem Freiheitsverständnis, für das er zeitlebens eingetreten ist – so bspw. in einem programmatischen Beitrag »Über die Freiheit« von 1951, der mit den Worten beginnt: »Man mache sich nichts vor: Es gibt keine gesellschaftliche Freiheit ohne Freiheit für das Individuum, das nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit strebt und das, solange es menschliche Geschichte gibt, unter Freiheit die möglichste Freiheit von allen Schranken und Bindungen verstanden hat, versteht und verstehen wird.«²⁴ Biografisch verstehen lässt sich diese Wende des späten Leo Kofler nur vor dem Hintergrund der Enttäuschung über jene »progressive Elite«, die Kofler als tragende Säule seiner geschichtsphilosophischen Theorie einer historischen Übergangsepoche verstand, deren reale Gestalt jedoch nicht seinen Erwartungen entsprach.²⁵ Doch was heißt dies für seine Stalinismustheorie?

22 »Asiatische Despotie. Historische und soziale Wurzeln des Stalinismus«, in: *Sozialismus* Heft 10/1989, S. 11ff. Zur Kritik an Koflers Konzeption der »asiatischen Despotie« vgl. Reinhart Kößler: »Asiatische Despotie oder Despotie in der Moderne?«, in: Christoph Jünke (Hrsg.): *Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert*, Münster 2001, S. 259-279. Dass Kofler selbst früher anders dachte, wird in der Broschüre *Der Fall Lukacs* (1952), a.a.O., deutlich, wo er schreibt (S. 10): »Nicht so sehr also, wie vielfach behauptet, waren es ›die russisch-asiatische Tradition‹ und der Einfluss des ›Asiaten Stalin‹, die die eigenartige Struktur des russischen Bolschewismus verschuldet haben, sondern weitaus mehr die geschilderten Momente, die auch einen künftigen europäischen Sozialismus bedrohen, wenn nicht die Einschaltung der demokratischen Mithilfe des Volkes und die Vertiefung der sozialistischen Lehre ihn auf die richtige Bahn leiten.«

23 »Alltag und soziales Bewusstsein«, in: *Marxistische Blätter*, Heft 2/1990, S. 75ff.

24 Leo Kofler: »Über die Freiheit [1951]«, in ders.: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit*, a.a.O., S. 30.

25 Vgl. dazu Christoph Jünke: *Sozialistisches Strandgut*, a.a.O., Kapitel 7.

E. Vermessungen – über Kofler hinaus

Koflers Stalinismuskritik als Kritik der bürokratischen Ideologie ist in sich konsistent und gehört in ihrer Systematik zum Besten, was die marxistische Linke zur Kritik des Stalinismus beigetragen hat. Detailliert zeigt sie auf, dass und wieso der stalinistische »Marxismus« eine grundlegende und nachhaltige Verfälschung der Marxschen Theorie ist. Kofler schafft es, gleichsam eine theoretische Grammatik des pseudosozialistischen ›stalinoiden‹ Denkens (undialektisch, mechanistisch, antihumanistisch und antiemanzipativ) offen zu legen, die auch in der Lage ist, sich dem posthumen Nachleben des Stalinismus zu nähern. Sie schafft dies nicht zuletzt, weil sie verstanden hat, dass dem Bewusstsein der handelnden Menschen eine aktive, Fakten schaffende Rolle eingeschrieben ist, und weil sie verstanden hat, dass auch der Stalinismus eben mehr war als nur eine spezifisch russische Entgleisung, dass dieser vielmehr seine Dynamik gerade aus den objektiven Problemen eines jeden Übergangs zum planwirtschaftlichen Sozialismus zog. So verstanden haben wir es bei Koflers Stalinismustheorie mit einer radikalen Kritik jedes erziehungsdiktatorischen Bürokratismus zu tun, die ihre Aktualität bis zu dem historischen Zeitpunkt behält, an dem die freie Assoziation der Produzenten und Konsumenten – so sie denn jemals erkämpft werden kann – sich selbst tragende Institutionen und Menschen ausgebildet hat.

Doch gerade hier wird auch eine zentrale, von Kofler nie wirklich reflektierte Leerstelle (nicht nur) seiner Kritik deutlich, denn über die Frage, wie sich diese sozialistisch-demokratisch selbst tragenden Menschen und Institutionen herausbilden und verfestigen können, hat er kaum reflektiert. Seine aus dem klassischen Austromarxismus übernommene Betonung des Bewusstseins für sozialistische Emanzipationsprozesse war, wie treffend auch immer, eben nur die eine Seite. Und sie konnte dazu dienen, diese Leerstelle politischer Praxis bewusstseinsphilosophisch zu überspielen. Tendenziell galt auch für Kofler, was Henri Lefebvre an Hegel kritisierte. Ausgehend von der Erkenntnis, dass das Handeln spezifische Gesetze hat und die Praxis schöpferisch ist, formulierte Lefebvre gegen Hegel und dessen »Hegelianismus«: »Gewiss ging Hegel vom Handeln aus; er begriff die absolute Idee als Einheit von Praxis und Erkenntnis, von schöpferischer Tätigkeit und Denken. Der Geist hebt das Unmittelbare auf, modifiziert das Objekt, gestaltet es um und assimiliert es. (...) Aber Hegel hat das Handeln an sich nicht erhellet, sofern es nämlich auf ein Objekt stößt, das es nicht mehr oder weniger ›geistig‹ verschwinden lassen kann. Hegel hat die Kantische Analyse der spezifisch praktischen Vernunft nicht fortentwickelt. Er hat einen Begriff des Handelns festgelegt; *er hat das Handeln mit dem Denken des Handelns verwechselt.*«²⁶

26 Henri Lefebvre: *Der dialektische Materialismus* (1940), Frankfurt/Main 1966, S. 37f. (Hervorhebung; CJ).

Diese Leerstelle politischer Theorie und Praxis, in einem gehörigen Maße natürlich den welthistorisch neuartigen Bedingungen einer sozialistischen Revolution und der ihr folgenden »sozialistischen« bürokratischen Planwirtschaft geschuldet, ließ den so wesentlich auf das Bewusstsein und die Bewusstseinsreform setzenden Kofler sich im Reformkommunismus positionieren. Vergleicht man ihn dabei mit anderen Reformkommunisten, nicht zuletzt natürlich mit seinem Fixstern Georg Lukács, so wird deutlich, dass Kofler sehr viel radikaler als diese, gleichsam am linken Rande des Reformkommunismus, den Systemcharakter des Stalinismus aufgezeigt und angegriffen hat. Trotzdem blieb er hier schwankend. Begann er in den 40er Jahren mit einer evolutionären Entstalinisierung *von oben*, betonte er in den 50er Jahren die antagonistische Entstalinisierung *von unten* und fiel in den 80er Jahren auf seine in den 40ern vertretene Position zurück, die Ende der 80er Jahre, mit der offensichtlichen Implosion des real existierenden Sozialismus deutlich erziehungsdiktatorische Züge annahm.

Die konzeptionell zentrale Betonung der Bewusstseinsreform, die Hoffnung auf eine über den Kampf der Ideen vermittelte objektive Dynamik der Entstalinisierung hat jedoch nicht nur Kofler ausgezeichnet. Sie war vielmehr zentral für den gesamten Reformkommunismus und bis ins trotzkistische ›Lager‹ hinein hegemonial auf der antistalinistischen Linken im 20. Jahrhundert. Durch seine herausragende Betonung der Rolle des richtigen Bewusstseins für emanzipative Veränderungen hat Kofler diese Hoffnung besonders prägnant zum Ausdruck gebracht. Und wenn schon der Reformkommunismus im allgemeinen an der Unfähigkeit krankte, die institutionellen Grundlagen und Wege einer sozialistischen Demokratisierung aufzuzeigen, so galt dies für den zutiefst erziehungssozialistisch geprägten Austromarxisten Kofler noch viel mehr. Die von ihm und anderen propagierte Liberalisierung des Marktes und der Autonomisierung der Betriebe waren hier nur Verlegenheitslösungen, hatten mit sozialistischen Institutionen nichts zu tun und wurden – das ist von historischer Warte aus kaum umstritten – zu Einfallstoren bürgerlich-kapitalistischer Logik. In diesem gleichermaßen objektiven wie subjektiven Dilemma war die Hoffnung auf Führung »von oben« immer latent angelegt.

Aus heutiger Sicht, nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus«, ist klar, dass sich die Mehrheit dieser Linken, und mit ihnen eben auch Kofler, geirrt hat. Hat auch die Hoffnung auf eine mehr oder weniger harmonische Entstalinisierung von Anfang an getrogen, heißt dies jedoch nicht, dass die Dialektik von Reform und Revolution zur Unmöglichkeit verdammt war. Die »innersozialistischen« Reformbewegungen und Aufstände waren jedenfalls bis zum Prager Frühling 1968 nachweislich und explizit sozialistisch gesinnt. Und selbst für die polnische Bewegung von Solidarnosc und die sowje-

tische Perestroika gilt dies mindestens in ihren Anfängen.²⁷ Dass sich die linken Reformhoffnungen seit dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei nachhaltig abgekühlt haben, mag auch damit zusammenhängen, dass die Koflersche Dialektik von Norm und Wirklichkeit innerhalb der nominalsozialistischen Länder deutlich nachließ, nachdem sich die herrschende Bürokratie erneut als reformunwillig und reformunfähig erwies.²⁸ Mindestens ebenso dürften aber auch die weltpolitischen Veränderungen der 1970er und 1980er Jahre ihre – bisher zu wenig thematisierte – Rolle gespielt haben. Der Niedergang des westlichen Sozialismus, der Zerfall der Neuen Linken und der dadurch bedingte Verlust marxistischer Ideologie einerseits, sowie andererseits der darauf folgende Aufstieg des sozialdarwinistischen Neoliberalismus im Zweiten Kalten Krieg – der wiederum diese Krise des westlichen Sozialismus vertiefte – führten dazu, dass alle potenziellen Ausbruchversuche aus dem stalinistischen und poststalinistischen System allein standen – und dies unter Bedingungen einer tiefgreifenden ökonomischen Krisensituation und der intellektuellen Hegemonie des »Götzen Marktes«.

Leo Trotzki's viel geschmähte Vorhersage, dass die neue »sozialistische« Bürokratie – aus Angst um ihre gesellschaftliche Stellung und vor jenen Geistern, die sie selbst zu wecken gezwungen war, wenn sie die sowjetische Gesellschaft zu reformieren trachtete – lieber den Schulterchluss mit dem internationalen »Klassenfeind« suchen würde, als ihre Macht an eine erneuerte antibürokratische Rätedemokratie abzugeben, erwies sich als realitätsmächtiger als die den meisten Reformkommunisten und Linkssozialisten gemeinsame Hoffnung, dass es eine solche welthistorische Rolle rückwärts schon nicht geben würde – immerhin hätten wir es doch mit gesellschaftlichen Verhältnissen eines »erklärten Übergangs zum Sozialismus« zu tun, mit der objektiven

27 Zu Polen vgl. v. a. Steffi Engert/Winfried Wolf: *Polen – Der lange Sommer der Solidarität*, 2 Bände, Frankfurt/M. 1981 und Winfried Wolf: *Polen – Der Winter gehört den Krähen*, Frankfurt/M. 1984; zur sowjetischen Perestroika vgl. v. a. Boris Kagarlitzki: *The Thinking Reed. Intellectuals and the Soviet State from 1917 to the Present*, London 1989; ders.: *Farewell Perestroika. A Soviet Chronicle*, London 1990, ders.: *Der gespaltene Monolith. Die russische Gesellschaft an der Schwelle zu den neunziger Jahren*, Berlin 1991 sowie Klaus Segbers (Hrsg.): *Perestrojka: Zwischenbilanz*, Frankfurt/Main 1990.

28 Boris Kagarlitzki (*The Thinking Reed*, a.a.O., S. 199f.; Übersetzung: CJ) hat diesen historischen Wendepunkt eindrucksvoll beschrieben: »Die Invasion der Tschechoslowakei und die dortige Restaurierung des alten politischen und ökonomischen Systems bedeutete das Ende der sowjetischen ökonomischen Reform und auch der Hoffnungen auf eine neue Welle der Liberalisierung. (...) Der Marktsozialismus hatte keine ökonomische Niederlage erlitten, nur eine politische. (...) Bevor jedoch neue demokratische Ideen um sich griffen, herrschten Enttäuschung über das Schicksal der Reformen und der Verlust an den Glauben in Leninismus, Kommunismus, Sozialismus vor – in alles, an das man in den 60ern so naiv glaubte. Wie gewöhnlich, wurde das Baby mit dem Badewasser entsorgt.«

Substanz einer vermeintlich vergesellschafteten Ökonomie, die doch entsprechende subjektive Konsequenzen gleichsam zwangsläufig zeitigen müsse.

Wie tiefgreifend diese Illusion historisch gewesen ist, lässt sich gerade auch dort beobachten, wo man eine sozialistische Alternative erwarten sollte. So gehören bspw. Ernest Mandels Perestroika-Schriften zu jenen, die m.E. den historischen Praxistest am besten bestanden haben. In ihnen, ich denke hier natürlich vor allem an *Das Gorbatschow-Experiment* von 1989 und *Macht und Geld* von 1991²⁹, findet sich eine Analyse der Größe und Grenzen, der Erfolge und Widersprüche des sowjetischen Reformprozesses, die mehr zum Verständnis der realsozialistischen Impllosion beitragen als die meisten Schriften anderer Sozialisten und Marxisten – nicht zuletzt, weil sie von den gesellschaftspolitischen und materiellen Interessen der beteiligten Personen, Gruppen, Schichten und Klassen ausgehen. Was jedoch beim (Wieder-)Lesen derselben auffällt, ist, wie bei der Diskussion über die Perspektiven einer revolutionären Überwindung der realsozialistischen Reformdilemmata gerade jener weltökonomische und weltpolitische Kontext weitgehend ausgeblendet ist, der doch für Leo Trotzki von so zentraler Bedeutung für die Zukunft der sozialistischen Weltrevolution gewesen ist.

Die Wahrscheinlichkeit einer politisch-antibürokratischen Revolution, schreibt Mandel bspw. in seiner letzten großen Schrift, hänge »von verschiedenen Fragen ab: dem Ausmaß und der Ausgeprägtheit der Systemkrise; der Tiefe des Antagonismus zwischen den werktätigen Massen, vor allem der Arbeiterklasse, und der Bürokratie, bzw. ihrer obersten Schicht, der Nomenklatura; dem Kräfteverhältnis zwischen den wichtigsten Klassen und Klassenfraktionen sowie der (auf ihre eigene Abschaffung hinauslaufenden) Selbstreformfähigkeit der Nomenklatura«.³⁰ Doch was ist mit dem weltweiten Kräfteverhältnis zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion? Was ist mit der Ende der 1980er Jahre so starken Hegemonie eines auf Zwang und Konsens beruhenden Neoliberalismus und der notorischen Schwäche sowohl des westlichen Sozialismus wie des Befreiungsnationalismus in den Ländern der so genannten Dritten Welt? War die antibürokratische Revolution vor diesem Hintergrund in einem Lande überhaupt denkbar, in dem jene Arbeiterklasse, auf die es bei dieser Transformation ankäme, über Jahrzehnte »verlernt« hatte, politisch selbstständig und klassenbewusst aufzutreten? Sicher: Die Dialektik von Reform von oben und Revolution von unten war auch in den 1980er Jahren in der Sowjetunion präsent, doch unter den entsprechenden weltpolitischen Verhältnissen war sie schlicht zu schwach, konnte sich nicht genügend entfalten, um das weltgeschichtliche Ruder herumzuwerfen

29 Ernest Mandel: *Das Gorbatschow-Experiment. Ziele und Widersprüche*, Frankfurt/Main 1989 und ders.: *Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie*, Köln 2000.

30 Ernest Mandel: *Macht und Geld*, ebd., S. 201.

und den »gewaltigen Sprung ins Reich sozialistischer Freiheit« erfolgreich wagen zu können.³¹

»Wir müssen zugeben«, schreibt Mandel in der Einleitung zu besagtem Werk, »dass revolutionäre Marxisten die verheerenden Langzeitfolgen des Stalinismus und der bürokratischen Diktatur auf den durchschnittlichen Bewusstseinsstand ernsthaft unterschätzt haben.«³² Die verheerenden Langzeitfolgen – das waren eben die zu einer neuen Objektivität geronnenen subjektiven Folgen einer jahrzehntelangen Erziehungsdiktatur, die das, worauf es Sozialisten eigentlich ankommt: »den Wandel in der Bewusstheit und Organisiertheit des internationalen Proletariats« (Leo Trotzki)³³, systematisch zerstört und behindert haben. Und dies betrifft nicht zuletzt gerade die Sozialisten und Kommunisten jenseits der Ostblockgrenzen, die ihre gesellschaftspolitische Ohnmacht mit der Anlehnung an den aufgeklärten Absolutismus des »Großen Bruder« zu kompensieren versuchten.

Bereits 1936, in seiner Schrift über *Die verratene Revolution*, schrieb Trotzki: »Als bewusste politische Kraft hat die Bürokratie die Revolution verraten. Aber die siegreiche Revolution ist zum Glück nicht nur ein Programm und ein Banner, nicht nur ein Ensemble politischer Institutionen, sondern auch ein System sozialer Beziehungen. Es zu verraten, ist wenig, man muss es auch noch stürzen. Die Oktoberrevolution ist von der herrschenden Schicht verraten, aber noch nicht gestürzt.« (S. 955) Ein Jahr später kam er darauf zurück: »Wenn das Proletariat die Sowjetbürokratie *rechtzeitig* davonjagt, so findet es nach seinem Sieg noch die nationalisierten Produktionsmittel und die Grundelemente der Planwirtschaft vor. Das heißt, dass es nicht noch einmal von vorne zu beginnen braucht. Nur radikale Snobs, die gewohnt sind, sorglos von Zweig zu Zweig zu hüpfen, können leichtfertig über diesen Vorteil hinwegsehen. Die sozialistische Revolution ist eine zu großar-

31 »Die historische Niederlage des Stalinismus – wo auch immer er Wurzeln fassen mag – hat nur einen positiven Aspekt: sie scheint den Aktualitäts- und Wahrheitsgehalt der internationalistischen Theorie von Marx und Lenin wiederherzustellen, für die die sozialistische Transformation der Welt ohne den entscheidenden Beitrag der Revolution im Westen, d. h. im Herzen und in den Zentren des Kapitalismus, undenkbar war.« (Lucio Colletti: *Zur Stalin-Frage*, Berlin 1970, S. 38)

32 Ernest Mandel: *Macht und Geld*, a.a.O., S. 13.

33 »Das wichtigste Kriterium der Politik ist für uns nicht die Umwandlung des Eigentums auf dem einen oder anderen Teilterritorium [oder gleichsam die bloße Entwicklung der technologischen Produktivkräfte; CJ], wie wichtig sie an und für sich auch immer sein möge, sondern der Wandel in der Bewusstheit und Organisiertheit des internationalen Proletariats und die Steigerung seiner Fähigkeit, alte Errungenschaften zu verteidigen und neue zu machen. Unter diesem allein entscheidenden Gesichtspunkt und aufs Ganze gesehen ist die Politik Moskaus nach wie vor reaktionär und bleibt das Haupthindernis auf dem Wege zur internationalen Revolution.« Leo Trotzki: »Die UdSSR im Krieg (1939)«, in ders.: *Schriften 1: Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Band 1.2 (1936-1940)*, Hamburg 1988, S. 1292. Die im nächsten Absatz folgenden Seitenzahlen im Text sind diesem Band entnommen.

tige und schwierige Aufgabe, als dass man leichtsinnig auf ihre unschätzbaren materiellen Errungenschaften verzichten und wieder neu beginnen kann.« (S. 1131, Hervorhebung: LT) Und Ende 1939 erklärte er, was er damit meinte: »Wenn ein nervöser Mechaniker ein Auto inspiziert, in dem – nun sagen wir – Gangster auf schlechten Straßen vor Polizeiverfolgung geflüchtet sind, und feststellt, dass die Karosserie verbeult, die Räder verborgen und der Motor teilweise beschädigt sind, so hat er das volle Recht zu sagen: ›Das ist doch kein Auto, das ist doch weiß der Teufel was!‹ Eine derartige Definition hat keinen wissenschaftlich-technischen Charakter, aber sie drückt die berechnete Empörung des Mechanikers über das Werk der Gangster aus. Stellen wir uns nun einmal vor, derselbe Mechaniker wäre gezwungen, den Gegenstand zu reparieren, den er ›weiß der Teufel was‹ genannt hat. In diesem Falle wird er wohl von der Erkenntnis ausgehen müssen, dass er ein demoliertes Auto vor sich hat. Er wird feststellen müssen, welche Teile beschädigt und welche ganz sind, um entscheiden zu können, wo er mit der Arbeit zu beginnen hat. Ähnlich sollte sich ein verantwortungsbewusster Arbeiter zur UdSSR verhalten. Er hat das volle Recht zu sagen, dass Gangster der Bürokratie den Arbeiterstaat in ›weiß der Teufel was‹ verwandelt haben. Aber wenn er von diesem Ausbruch der Empörung dazu übergeht, das politische Problem zu lösen, dann muss er zugeben, dass er einen demolierten Arbeiterstaat vor sich hat, dessen Wirtschaftsmotor zwar beschädigt ist, aber weiterarbeitet und vollständig wiederhergestellt werden kann, wenn man nur einige Teile auswechselt. Das ist selbstverständlich nichts weiter als ein Vergleich, dennoch lohnt es sich, darüber nachzudenken.« (S. 1297)

Nicht zuletzt wegen der jahrzehntelangen Zerstörung und Verwirrung sozialistischen (Klassen-)Bewusstseins durch den historischen und politisch-theoretischen Stalinismus gab es in den 1980ern aber schlicht nicht mehr genug Techniker und verantwortungsbewusste Arbeiter, um diese Titanenarbeit zu erledigen. Und spätestens seitdem sollte sozialistischen Linken klar sein, dass es in der Tat um ein wirkliches »Neu Beginnen« gehen muss.

Leider kann jedoch gerade davon kaum die Rede sein. Mit dem endgültigen Scheitern der reformkommunistischen Hoffnungen im Epochenbruch 1989-1991 hat sich ein großer Teil dieser Linken frustriert vom Sozialismus ab- und dem bürgerlichen Westen und seinen Freiheitsversprechen zugewandt. Ein anderer Teil bezahlte seine Weigerung, Gleiches zu tun, mit einer Hinwendung zum Zynismus und/oder zu neuen Formen des Sektendaseins und Sektendenkens. Andere wiederum ergaben sich einem nur mühsam versteckten Neostalinismus, dessen Kern in der mal mehr mal weniger offenen Verteidigung des historischen Stalinismus und/oder seines erziehungsdiktatorischen Kerns besteht. Vor diesem Hintergrund gewinnt gerade Koflers Kritik des bürokratischen, pseudosozialistischen Denkens an Aktualität.

Ja mehr noch: Gerade weil der Stalinismus mehr ist als ein geschichtliches Ereignis; weil er ein politisches Denken ausdrückt, das mit den spezifisch nationalen Bedingungen eines Sowjetrusslandes während der 1920er Jahre über-

haupt nichts zu tun haben braucht; weil er eine spezifische Methodik politischer Theorie und Praxis zum Ausdruck bringt, die allzeit virulent wird, wenn es um Emanzipations- und Transformationsprozesse über den herrschenden Kapitalismus hinaus geht, werden wir das Thema nicht so schnell los. Erst nachdem die Illusionen gescheitert sind, dass der Stalinismus lediglich eine historische Entartung gewesen ist (was er, man verstehe mich nicht falsch, sicherlich auch, aber eben nicht nur gewesen ist), wird einsichtig, dass die besten Stalinismusanalysen nicht zu Unrecht auf die deutlichen Parallelen hingewiesen haben, die stalinistisches Denken und Handeln in einen Zusammenhang mit dem Denken und Handeln von Menschen in bürokratischen Arbeiterorganisationen gebracht haben.³⁴

Leo Kofler hatte auch hierfür ein spezifisches Gespür, wenn er betonte, dass sich allein aus dem »materiellen« Interesse dieser Menschen unmöglich die spezifisch vulgärmarxistische und mechanistische Denkweise des Stalinismus begreiflich machen lässt (s.o.).³⁵ Und in einer stillen Minute trieb er diesen Gedanken weiter.

Als er in der ersten Hälfte der 60er Jahre an dem seine sozialpsychologischen Studien zur neokapitalistischen Gesellschaft zusammenfassenden Band *Der proletarische Bürger* arbeitete, entfaltete er abermals seine spezifische Bildungstheorie, seine Theorie der drei Klassenideologien. Im allseitig entfremdeten Bewusstsein gebe es, grob gesprochen, drei Stufen der Erkenntnis: die proletarische, die bürgerliche und als drittes die beide aufhebende dialektisch-marxistische. Hätten Bürgertum und Kleinbürgertum die Illusion einer subjektiven, von gesellschaftlich tätiger Praxis unabhängigen Freiheit, und orientierten deswegen vor allem auf die individuelle Bildung, um sich selbst gleichsam zu erlösen, sei Bildung dem zeitgenössisch abhängig Arbeitenden »nichts anderes als ein praktisches Werkzeug. Darum bekümmert er sich um

34 Vgl. nicht zuletzt Ernest Mandels in seinem letzten Buch *Macht und Geld*, a.a.O., umfassend entfaltete Theorie der Arbeiterbürokratie.

35 Die (frühe) DDR-Funktionärsschicht, so Kofler in seinem autobiografischen Gesprächsband »*Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft*«. *Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers* (Hamburg 1987, S. 51f.), »hatte übrigens andere Motive und Verhaltensformen als die, die ihnen vielfach von westlichen Medien zuerkannt wird. Es handelte sich zumeist nicht um dekadente Leute, die sich mittels ihrer Stellung bereicherten, sich um ihre eigenen Interessen bekümmerten und die staatliche Bürokratie dafür nutzten. (...) Das wurde mir selbst bei [Bernhard] Koenen deutlich (...). Er schrie mich einmal während einer heftigen Auseinandersetzung in seiner Wohnung an: ›Ich stehe morgens um 5.00 Uhr auf und komme selten vor 24 Uhr ins Bett. Ich opfere mich für die Partei – und da kommst Du und willst uns belehren?‹ Das war sein stärkstes Argument und dieses moralische Argument war zutreffend – aber eben leider nur ein moralisches, kein sachliches Argument. Gerade wegen dieses Idealismus waren und sind diese Funktionäre gefährlich für die Entwicklung des Sozialismus. Denn man kommt an sie durch Kritik nicht heran. Sie sind geschützt durch ihr moralisches Verhalten, durch ihre Integrität und durch ihre asketische Lebensweise; dies alles zusammen macht sie fast unangreifbar.«

sie nur so weit und nur zu jenen Zeiten, als er sie praktisch-politisch auszuwerten vermag, und er wendet sich resigniert ab in Zeiten des Versagens seiner ›Bewegung‹ oder des geschichtlichen Stillstands.«³⁶ Zeichne sich also das Bildungsstreben des Bürgertums durch eine kontemplative, freiere Haltung aus, sei das moderne proletarische Bewusstsein verdinglichter und auf einen engen Praktizismus ausgerichtet, der jedoch gerade deswegen ein Moment der Wahrheit aufweise, insofern er keine grundsätzliche Differenz zwischen dem Sein und dem Denken anerkenne und dem ideologischen Himmel der kapitalistischen Welt mit starkem Misstrauen begegne. Vergleiche man diese beiden Stufen von Erkenntnis und Bildung und setze sie zur dritten Stufe in Beziehung, zur marxistischen »Selbsterkenntnis des identischen Subjekt-Objekt und seiner prozesshaften praktischen Setzung durch diese Selbsterkenntnis«³⁷, so falle die formale Nähe von der ersten, der proletarischen Stufe zur dritten, der marxistischen, auf, denn auch das dialektische Denken sei als wissenschaftlich-philosophisches ein nicht-kontemplatives, »ein Wesensmoment des praktischen Prozesses selbst (...) ein Denken der Wirklichkeit«.³⁸ »Vielleicht war es gerade die vulgäre Missdeutung«, so Kofler hier, jene im Proletariat immer wieder auf Anklang stoßende vulgärmaterialistisch Denkweise, »die gleichzeitig so etwas wie eine populäre Version des Marxismus darbot, durch die der denkende Arbeiter dieser Lehre ein Verständnis abgewann, wie auch wahrscheinlich umgekehrt die an sich verdinglichte proletarische Denkweise vieles dazu beitrug, ihr ein vulgärmaterialistisches Aussehen zu verleihen«.³⁹

Hier deutet sich ein Blick auf den Stalinismus an, der dessen vulgärmaterialistisches, pseudosozialistisches Denken in Ost *und* West nicht nur aus den Überbleibseln bürgerlicher Ideologie ableitet oder als Ausfluss einer manipulierenden Herrschaftsideologie deutet (was es natürlich auch war und ist), sondern betont, dass solcherart »stalinistisches« Denken und Handeln in der spezifisch proletarischen Lebenssituation der Arbeiterschaft in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsform, in deren »Klassenideologie« wurzelt. Da diese Lebenssituation auch in der proletarischen Übergangsgesellschaft anhält – je »unterentwickelter« diese ist, desto mehr – missversteht das proletarische Bewusstsein in Ost *und* West diese Verhältnisse als sozialistische. Das heißt aber auch, dass der Prozess der Entstalinisierung seine ideologiekritischen Beschränkungen und Illusionen (das Missverständnis derselben als reine Bewusstseinsreform) erst aufzuheben vermag, wenn und insofern er die proletarische Lage als solche aufzuheben vermag, wenn und insofern er das Proletariat als solches abschafft. Dies ist jedoch weniger eine Frage ideologi-

36 Leo Kofler: *Der proletarische Bürger*, Wien 1964, S. 171. Ausführlich dazu Christoph Jünke: *Sozialistisches Strandgut*, a.a.O., S. 502ff.

37 *Der proletarische Bürger*, a.a.O., S. 173.

38 Leo Kofler: *Der asketische Eros*, Wien 1967, S. 226.

39 Leo Kofler: *Der proletarische Bürger*, a.a.O., S. 173.

scher Erziehung, sondern mehr noch eine Frage ökonomischer und politischer Arbeits-, Organisations- und Lebensformen, also eine Frage politisch-gesellschaftlicher Praxis und sozialistischer Demokratie! Auf diesem Wege eröffnet sich ein provozierend frischer Blick auf den stalinistischen Vulgärmaterialismus als Ausdruck auch eines proletarisch verdinglichten, d. h. halb emanzipierten Bewusstseins, eines gleichsam nonkonformistisch getarnten Konformismus, der unter bestimmten historischen und soziologischen Bedingungen eine tragende Säule arbeiterbürokratischer »Entartung« bildet und die trotzkistische Theorie vom politbürokratischen Sozialismus als »entartete Arbeiterstaaten« unter anderem, interessanten Licht beleuchtet.

4. Abschiede vom Bezugsrahmen »1917«

Jan Philipp Reemtsmas Abschied

Als sich Mitte Juni 1993 Deutschlands »neue zynische Links-Intelligenz« in Hamburg, auf dem von der einflussreichen linken Monatszeitschrift *Konkret* organisierten Kongress »Was tun?«, versammelte und in der Tradition der kritischen Kritik den vermeintlich deutschtümelnden Opportunisten des neuen Vierten Reiches die Leviten las, geisterte ein Argument durch die heiligen Hallen und war in aller Munde: »Die Linke gibt es doch gar nicht mehr! Die Linke hat doch ihren Bezugsrahmen verloren!« Kein geringerer als der damals noch eher unbekanntere Jan Philipp Reemtsma hatte Ende 1990, in der Zeitschrift *Konkret*, eine geschichtsphilosophische Begründung für diese These zu geben versucht.¹ Dass sein kleiner Artikel in der *Konkret-Extra-Flugschrift* zum Hamburger Kongress schließlich neu aufgelegt wurde, verlieh ihm den Charakter eines Manifestes der Kongress-Organisatoren – Reemtsma hatte mit ihm vielen (westdeutschen) Jung- und Altintellektuellen die geschichtsphilosophische Rechtfertigung für ihren Abschied von der linken Politik geliefert.

In dem Beitrag hatte Reemtsma den welthistorischen Verlust des linken Bezugsrahmens verkündet, den er ausgerechnet im so genannten realen Sozialismus ausmachte. Das war besonders bemerkenswert insofern, als Reemtsma, anders als die *Konkret*-Macher, zur Tradition der Moskau-kritischen und politisch unabhängigen Linken zu rechnen war. Was verband also den antistalinistischen Intellektuellen Reemtsma mit der Sowjetunion? Nicht die Hoffnung auf die dort herrschenden Bürokraten, wie er damals betonte. Er berief sich stattdessen auf die bedeutendste Symbolfigur des antistalinistischen Kampfes, auf Leo Trotzki, der 1939 eingeräumt hatte, dass, »wenn das Weltproletariat wirklich unfähig ist, die Mission zu erfüllen, die ihm der Gang der Entwicklung auferlegt hat, so bleibt keine andere Möglichkeit, als offen einzugestehen, dass das sozialistische Programm, das auf den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft beruht, eine Utopie ist. Dann wäre

1 Jan Philipp Reemtsma: »the bad and the ugly«, in: *Konkret* 12/1990. Der Konkret-Kongress von 1993 ist dokumentiert in: Wolfgang Schneider/Boris Gröndahl (Hrsg.): *Was tun? Über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik*, Hamburg 1994.

offenbar ein neues ›minimales‹ Programm notwendig – zum Schutz der Interessen der Sklaven einer totalitären bürokratischen Gesellschaft.«²

Reemtsma nun glaubte sich mit Trotzki einig in der Hoffnung, dass die sowjetische Bevölkerung, habe sie erst einmal ihre Bürokraten abgeschüttelt, die »historische Chance« wahrnehme und einen Schritt zur Verwirklichung eines wahren Sozialismus machen würde, eines Sozialismus, der die ökonomische und politische Macht aus den Kanzleien auf die Straße zurückholen würde. Genau dies, so Reemtsma, sei allerdings nicht passiert: »Es hat aber faktisch niemand diesen Versuch für wert gehalten, unternommen zu werden.« Die Tatsache, dass aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion keine sozialistisch-emanzipative Befreiungsperspektive von unten hervorgehe, habe verdeutlicht, dass die Massen nichts mehr mit den Hoffnungen und Programmen, für die das Jahr 1917 symbolisch steht, verbinden. Damit verändere sich jedoch »der Blick auf die Weltgeschichte«, so Reemtsma, und die Linke habe aufgehört zu existieren: »Es gibt sie nicht mehr.« Und weil es deswegen keinen Bezugsrahmen mehr für linke Politik gebe, könne man auch nicht mehr wissen, wer gut und wer schlecht ist in der weltpolitischen Szenerie. Deswegen könne er, Reemtsma, im bevorstehenden und Anfang 1991 vonstatten gegangenen alliierten Golfkrieg gegen den Irak, auch gleich die Intervention des US-Imperialismus unterstützen. »Möglicherweise aufgrund eines klassenspezifischen sowie weltregional bedingten Vorurteils«, wie er kokettierend hinzufügte.

Aber hatte es in den letzten Jahren der Sowjetunion nicht durchaus Ansätze gegeben, die ökonomische und politische Macht aus den Kanzleien auf die Straße zu holen? Die ganze anfängliche Perestroika-Euphorie wurzelte in diesen Versuchen ebenso wie es dort auch 1990 noch gesellschaftliche Kräfte gegeben hat, die einen solchen Weg zu gehen versuchten. Dafür standen die großen Bergarbeiterstreiks von 1989, die neuen linkssozialistischen Strömungen oder ein Boris Kagarlitzki, um nur den im Westen bekanntesten sowjetischen Linksinтеллектуellen zu nennen.³ Damit reduziert sich jedoch der Reemtsma'sche Vorwurf darauf, dass es zu keinem quasi automatischen Übergang zu einem wahren Sozialismus gekommen sei. Hatte jedoch nicht gerade die Kommunistische Internationale in ihren, von Reemtsma geschätzten, Anfängen gelehrt, dass keine Bevölkerung quasi automatisch zum Sozialismus übergehen könne, schon gar nicht, wenn sie diesen Versuch isoliert vom Rest der Welt unternehme?

2 Leo Trotzki: »Die UdSSR im Krieg« (1939), in ders.: *Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur*, Band 1.2. (1936-1940), S. 1281.

3 Vgl. v. a. Boris Kagarlitzki: *Farewell Perestroika. A Soviet Chronicle*, London 1990; ders.: *Der gespaltene Monolith. Die russische Gesellschaft an der Schwelle zu den neunziger Jahren*, Berlin 1991 sowie Klaus Segbers (Hrsg.): *Perestrojka: Zwischenbilanz*, Frankfurt/Main 1990.

So ist das Schicksal der sowjetischen Perestrojka nicht nur am Beharrungsvermögen der sozialistischen Bürokratie gescheitert, sondern auch an den subjektiven Folgen einer jahrzehntelangen Entmündigung und Entpolitisierung sowie daran, dass die aufbegehrende Bevölkerung jeden sozialistischen Versuch unter Bedingungen der wirtschaftlichen Zerrüttung und der weltpolitischen Isolation hätte in Angriff nehmen müssen. Trotzki jedenfalls, auf den sich Reemtsma bezog, hatte um diese strukturellen Probleme gewusst und deswegen den Ausweg gerade nicht, wie es Reemtsma darstellt, in Sowjetrussland gesehen, sondern einzig und allein im Schicksal der westeuropäischen Arbeiterklasse. Trotzki hatte eben nicht an jene automatische Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse geglaubt, auf die Reemtsma noch 50 Jahre später hoffen sollte. Während dieser auf seine Erlösung von außen wartete, durch eine imaginierte russische Arbeiterklasse, hatte Trotzki versucht, seinen Beitrag zur Organisierung einer v. a. in Westeuropa agierenden revolutionären Bewegung zu leisten, die sich selbst befreien könne – und damit auch die in den Zwängen des stalinistischen Systems gefangene russische Arbeiterklasse. Was bei Trotzki also nicht ohne die eigene Tätigkeit gesehen werden kann, war bei Reemtsma zum sozialrevolutionären Fatalismus verkommen. Er entwickelte seinen geschichtsphilosophischen Bezugsrahmen nicht aus den Klassenkämpfen des Landes, in dem er lebt – das wäre der geschichtsphilosophisch einzig akzeptable Bezugsrahmen für revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten –, sondern von außerhalb. Trotzki hatte solche Linke in etwas anderem Zusammenhang treffend charakterisiert: »Gegen den eigenen Kapitalismus zu rebellieren, sind sie außerstande. Umso bereitwilliger stützen sie sich auf eine schon in ihre Ufer zurückgetretene fremde Revolution«, und nannte eine solche Weltanschauung den »Bolschewismus fürs aufgeklärte Bürgertum.«⁴

Mit den subalterne Hilflosigkeit ausdrückenden Worten: »Man möchte schreien, dass sie nur ein Ende mit dem machen sollen, was sie da tun, egal ›wer gewinnt‹« rechtfertigte Reemtsma damals den bevorstehenden Golfkrieg – den ersten Krieg der neuen Weltordnung. Was hat jedoch diese Politik des kleineren Übels mit dem Trotzki'schen Minimalprogramm »zum Schutz der Interessen der Sklaven einer totalitären bürokratischen Gesellschaft« zu tun? Auch diese Frage blieb bei Reemtsma unbeantwortet. Hätte er bei Trotzki ein paar Seiten weiter gelesen, wäre er über einen Absatz gestolpert, der ihn hätte nachdenklich machen müssen, weil er sehr gut zum US-Krieg gegen den Irak – und zu allen anderen folgenden Kriegen »gegen den Terror« – passt: »Wenn einer ein Haus in Brand steckt oder dabei hilft und dann von den 10 Einwohnern des Hauses 5 rettet, um sie zu Halbsklaven zu machen, so ist dies ein geringeres Übel, als wenn alle 10 verbrannt wären. Aber eine Rettungsmedaille hat dieser Brandstifter für seine Tat wohl kaum verdient. Sollte ihm dennoch eine solche Medaille verliehen werden, so wäre er gleich darauf zu er-

4 Leo Trotzki: *Verratene Revolution* (1936), in ders.: *Schriften 1*, a.a.O., S. 689.

schießen, wie es mit einem Held aus einem Roman von Victor Hugo geschieht.«⁵

Reemstma und sein Artikel sind ein bleibendes Beispiel dafür, wie sich ein falsch, d. h. um die tätige Seite verkürzter, bloß anschauend verstandener Materialismus zum postmodernen »anything goes« verwandeln kann. Seine hier vertretene Politik des kleineren Übels erwies sich schnell als Apologie der Brandstifter – und als Eintrittskarte in den erlauchten Klub des liberalen Feuilletons.

Peter Kleins Kurz-Schlüsse

Der Abschiede vom linken Bezugsrahmen gab es damals viele – intelligente und weniger intelligente. Kann Jan Philipp Reemtsma zweifelsohne zur ersten Kategorie gezählt werden, gehört Peter Klein eher zur zweiten. In seinem 1992 erschienenen Werk *Die Illusion von 1917. Die alte Arbeiterbewegung als Entwicklungshelferin der modernen Demokratie*⁶ – das Buch gilt als demokratiethoretische Grundlegung der 1991, mit Robert Kurz' Bestseller *Kollaps der Modernisierung* schlagartig bekannt gewordenen linksradikalen *Krisis-Gruppe* – lässt Klein sogleich die Katze aus dem Sack. Für ihn hat »das Jahr 1917 als Maßstab ausgedient. Für die gegenwärtige historische Situation taugt es weder als ein ›Versprechen‹ noch als ein Kriterium zur Beurteilung eines ›Scheiterns‹. In diesem Sinne, im Sinne eines politischen Bekenntnisses, im Sinne eines parteientscheidenden Für oder Wider hat die Oktoberrevolution und haben letztlich alle sich darauf positiv oder negativ beziehenden politischen Konzepte ihren ›Sinn‹ verloren.« (S.7f.)

Bereits hier zu Beginn ließe sich fragen, was denn noch übrig bleibt, wenn sich »alle (...) positiv oder negativ« auf die Oktoberrevolution beziehenden politischen Konzepte erübrigt haben. Aber lassen wir mal die Logik außen vor und deuten diesen Unsinn als Ausfluss des euphorischen Übermutes eines Auftaktes. Fragen wir einfach, wofür die Oktoberrevolution in Kleins Perspektive steht. Die Antwort ist ebenso verblüffend, denn: »Sie steht für den Glauben an Freiheit und Gleichheit« (S. 13). Der rote Oktober 1917 stehe für ein linkes Denken, das noch ganz dem bürgerlichen Denken verhaftet sei und folglich nicht über die bürgerliche Gesellschaft hinausdenken und -handeln könne. Die nur vermeintlich sozialistische Oktoberrevolution sei vielmehr »noch voll und ganz im Rahmen der abstrakten, wertförmigen [eben bürgerlichen, C.J.] Vergesellschaftung angesiedelt« (S. 12). »Letzten Endes bewegte sie sich in ideologischen Figuren, die selber noch der kapitalistischen Warenproduktion angehören, einem früheren Entwicklungssta-

5 Leo Trotzki: »Noch einmal zum Charakter der UdSSR«, in ders.: *Schriften 1.*, a.a.O., S. 1302.

6 Peter Klein: *Die Illusion von 1917. Die alte Arbeiterbewegung als Entwicklungshelferin der modernen Demokratie*, Nürnberg 1992. Die im Text folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf diese Ausgabe.

dium derselben, in welchem die Herrschaft des Werts sich noch auf dem Weg ihrer Durchsetzung befand, und in dem daher die Ideale der Freiheit und Gleichheit ebenso wie ihre konservativen Komplementär-Ideale noch eine die Gemüter bewegende, ›sinnstiftende‹ Kraft besaßen« (S. 26). Logisch konsequent – wenn auch historisch unsinnig – folgert Klein für die gesamte »alte« Arbeiterbewegung, unter die er auch die Oktoberrevolution einreicht, »dass sie nicht gegen das Privateigentum kämpfte, sondern gegen die Privateigentümer, wie sie in jener historischen Epoche empirisch beschaffen waren. Sie kämpfte gegen deren politisch und rechtlich privilegierte Stellung und eben deshalb, eben darin kämpfte sie für das Privateigentum in seiner reinen, mit persönlichen, qua Geburt erworbenen Privilegien unverträglichen Gestalt.« (S. 48)

Das moderne linke Bewusstsein hat sich angewöhnt, über solche Sätze hinweg zu lesen, weil sie dem aufgeklärten Alltagsverstand entgegenkommen und man sich denkt, man wisse schon, was der Autor uns damit sagen wolle. Hält man jedoch inne und beginnt nachzudenken, stellen sich weitreichende Fragen: Alle Lohn- und Streikbewegungen, alle sozialökonomischen und politischen Kämpfe der Arbeiterbewegung, alle Revolten und Revolutionen, alle Organisationsformen und Aktionen waren »nur« gegen die Privateigentümer-Personen als solche und nicht auch gegen das Privateigentum als solches gerichtet? Herrschen tut nur »der Wert« und nicht mehr der Mensch, der sich diesen aneignet? Verwechselt hier nicht jemand die abstrakte Logik des geschichtlichen Prozesses mit der Geschichte selbst?

Peter Klein können solche Fragen nicht anfechten, denn es geht ihm, wie er großzügig verkündet, selbstredend nicht darum, Geschichte zu be- oder zu verurteilen. Ihm gehe es lediglich um das falsche Bewusstsein, mit dem bestimmte Linke ihre Geschichte machten. Entsprechend wirft er den Bolschewiki und vor allem natürlich Lenin vor, dass sie ihre an sich bürgerliche Praxis zum Sozialismus theoretisch überhöhten und damit eine für die kommunistische Linke fatale Tradition begründet hätten, indem sie die Durchsetzung moderner bürgerlicher Verkehrsformen wie der Demokratie zum sozialistischen Ziel verklärten.

Doch was solcherart als klassisch linksradikale Kritik an der bolschewistischen Revolution daherkommt – und alles andere als originell ist –, schlägt eine eigenständige Richtung ein, wenn Klein in vermeintlich bester geschichtsmaterialistischer Tradition betont, dass die Bolschewiki nicht anders handeln konnten und er Lenin deswegen immer wieder sogar als großen Revolutionär feiert. Er kritisiert nicht einmal die spätere terroristische Modernisierungsdiktatur unter Stalin und geht sogar so weit, zu bedauern, dass sie nicht früher umgesetzt wurde (S. 190). Der einzige Fehler dieser gleichsam bürgerlichen Kommunisten sei es bloß gewesen, wie gesagt, das alles auch

noch als Sozialismus zu bezeichnen.⁷ Lenin wird auf diesem Wege zu einem bürgerlichen Revolutionär, gar zum »Vorkämpfer des modernen, des demokratischen Imperialismus« (S. 67), der nicht erkennen konnte, dass die moderne Demokratie unlösbar mit dem kapitalistischen Eigentum verwoben sei, und dass die Trennung von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft nicht auf politischem Wege aufzuheben sei – und schon gar nicht vor dem Hintergrund von kapitalistisch unterentwickelten Bauerngesellschaften wie derjenigen Russlands, wo der Kapitalismus »noch kein den Subjekten übergeordnetes System (ist), das sie entsprechend der Wertförmigkeit ihrer Interessen zu Exekutoren seiner Verwertungslogik gestempelt hätte« (S. 89).

»Erst in unseren Tagen hat sich die betreffende Subjektform, Freiheit und Gleichheit, so weit des Alltags bemächtigt, dass sie nun endlich als langweilig empfunden, mit kaltem Verstand analysiert und überwunden werden kann« (S. 14). Natürlich dank Peter Klein – und jener »Position der fundamentalen Wertkritik in den Schriften von Robert Kurz« (S. 16)! Nun habe man es endlich nicht mehr nötig, auf den im bürgerlichen Denken verwurzelten »Arbeiterbewegungssozialismus« zu orientieren, nun könne man endlich »die sich ja eben erst voll ausbildende Form der Politik selbst noch als das notwendige Moment der kapitalistischen Vergesellschaftung begreifen« und »Marxismus« und »Leninismus«, jene »Leichen im Keller des zeitgenössischen linken Bewusstseins« (S. 20) ordnungsgemäß begraben, denn »am Ende stellt sich plötzlich heraus, dass der ganze traditionelle ›Marxismus‹ mitsamt seiner ›Ökonomie‹, seiner ›Produktion‹ und seinem ›gesellschaftlichen Eigentum‹ ein vom ›Tauschakt‹ konstituiertes Bewusstsein ist« (S. 17).

Wer muss ob solcher Zeilen und Gedankengänge nicht sofort an den jungen Karl Marx und seinen Freund Friedrich Engels denken? Die machten sich anderthalb Jahrhunderte zuvor an die gemeinsame Kritik der neuesten deutschen Ideologie, um deren »unschuldige und kindliche Phantasien« aufzuspießen, »die in Deutschland nicht nur von dem Publikum mit Entsetzen und Ehrfurcht empfangen, sondern auch von den philosophischen Heroen selbst mit dem feierlichen Bewusstsein der weltumstürzenden Gefährlichkeit und der verbrecherischen Rücksichtslosigkeit ausgegeben« wurden. Diese »Schafe, die sich für Wölfe halten und dafür gehalten werden« predigten, dass sich die Menschen »bisher stets falsche Vorstellungen über sich selbst gemacht« hätten, »von dem, was sie sind oder sein sollen«: »Lehren wir sie, diese Einbildungen mit Gedanken vertauschen, die dem Wesen des Menschen entsprechen, sagt der Eine, sich kritisch zu ihnen verhalten, sagt der Andere,

7 Der Gedankenfehler dieses »linken Kommunisten« ist im Übrigen derselbe wie der des »rechten Kommunisten« Werner Hofmann (vgl. Kapitel 1): Der Doppelcharakter der sowjetrussischen Revolution bleibt unverstanden, und während der eine das Bürgerliche der Revolution zum Sozialistischen verklärt, verklärt der andere das Sozialistische zum Bürgerlichen...

sie sich aus dem Kopf schlagen, sagt der Dritte, und – die bestehende Wirklichkeit wird zusammenbrechen.« Marx und Engels konnten jedoch in diesen »neuen deutschen revolutionären Philosophen« nur Muster jenes wackren Mannes erblicken, der »sich einmal ein(bildete), die Menschen ertränken nur im Wasser, weil sie vom *Gedanken der Schwere* besessen wären. Schlügen sie sich diese Vorstellung aus dem Kopfe, etwa indem sie dieselbe für eine abergläubige, für eine religiöse Vorstellung erklärten, so seien sie über alle Wassergefahr erhaben«. (MEW 3, S. 13f.)

Nun war der wackre Mann mit seinen kuriosen Kapriolen des Weltgeistes wieder zurückgekehrt. Und seine mit dem goldenen Schlüssel der Wertform-Metaphysik gewonnenen Auffassungen von Gegenwart und Zukunft erweisen sich als altbekannte Mischung aus krudestem Determinismus auf der einen und idealistischem Voluntarismus auf der anderen Seite. Für Klein und seine *Krisis*-Gruppe ist nämlich einerseits die bürgerliche Gesellschaft total und ausschließlich von der Wertform dominiert. Subjekte, die sich dagegen zur Wehr setzen könnten, gibt es nicht mehr: »Wer heute tatsächlich über die gesellschaftliche Produktion verfügt, das sind die ›Sachzwänge‹ der zum ›automatischen Subjekt‹ (Marx) gewordenen Verwertungslogik, ein blindwaltender, von keinem einzelnen Menschen gesteuerter oder beherrschter Prozess also.« (S. 52) Auf der anderen Seite haben wir es mit einzelnen Individuen zu tun, Intellektuellen wie Peter Klein und Robert Kurz, die, kraft göttlicher Eingebung und gespeist aus moderner Langeweile (siehe oben) plötzlich erkennen, wie verrottet diese Gesellschaft doch ist. Und diese weisen Männer ziehen seitdem durch den Blätterwald und verkünden die von aller gesellschaftspolitischen Wirklichkeit gereinigte Wahrheit – in der Hoffnung, dass sich dann irgendwie diese Gesellschaft verändere

Wir kommen dem Kern dieser wirren Gedankengänge, einer einseitigen Interpretation der kapitalistischen Produktionsweise und der daraus gezogenen vermeintlichen Erkenntnis, »den Demokratisierungsprozess als logisches Moment der kapitalistischen Vergesellschaftung« (S. 57) aufzufassen, näher, wenn wir zuerst wesentliche Elemente der klassisch-marxistischen Demokratietheorie in Erinnerung rufen, um anschließend aufzuzeigen, auf welchem Wege Klein meint, diese umwälzen zu müssen.

Kapitalistische Vergesellschaftung und bürgerliche Demokratie

Ausgehend von einer Kritik der Aufklärungsideen und des auf ihnen fußenden Konzeptes bürgerlicher Freiheit, dessen Kern die Entwicklung zum politischen Staat, d. h. zur säkularisierten Gesellschaftsform der formalen Gleichheit und Freiheit, ist, stellte sich Marx in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts die Frage, auf welchem Wege Gesellschaftlichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft eigentlich hergestellt wird. Er sprach von der Verdoppelung der Gesellschaft in einen öffentlich-politischen und einen privat-individuellen Raum

und von der damit verbundenen »Halbheit der politischen Emanzipation«. Und er kritisierte, dass sich die bürgerliche Freiheit auf den politischen Bereich, auf den Bereich der Staatsbürgerrechte beschränke und nicht zur wirklichen Gesellschaft, d. h. in den gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Alltag vordringe. Das den bürgerlichen Menschenrechten zugrunde liegende Menschenbild gehe nicht über den egoistischen Menschen hinaus und betrachte das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft als ein »auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum« (MEW 1, S. 366). Erst wenn sich der einzelne, individuelle Mensch als kollektives Gattungswesen erfahre, als gesellschaftlich-tätiges Wesen, erst wenn er seine vorhandenen und seine möglichen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erfahre, bzw. sie sich selbst theoretisch wie praktisch bewusst mache, erst dann sei er in der Lage, sich nicht mit der rein politischen Emanzipation zu begnügen und die allgemein menschliche Emanzipation anzustreben.

Marx und mit ihm die klassischen Sozialisten hielten damit an den Idealen der bürgerlichen Revolutionsepoche, an der Proklamation von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fest, an den Idealen eines Ausgangs aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, der Kritik gesellschaftlicher Pseudonatur, der Betonung eines Gattungswesens Mensch und dem Ziel allseitiger Persönlichkeitsentfaltung. Sie behaupteten, dass diese Ideale vom kapitalistischen Bürgertum immer wieder und zwar aus strukturellen Gründen ignoriert oder gar verraten werden. Bürgerliche Emanzipation müsse deswegen, will sie zur menschlichen werden, weiter getrieben werden als es das Bürgertum tut, und zwar weiter getrieben in Richtung sozialer Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Die herrschende Entfremdung wurde also historisch-gesellschaftlich konkretisiert, nicht nur individuell als persönliches Versagen verstanden und mittels abstrakter Bildung zu bekämpfen versucht. Unmündigkeit, so Marx, Engels und die anderen, ist ebenso gesellschaftlich verursacht wie individuell, hat etwas mit gesellschaftlichen Strukturen zu tun, die es zu verändern gilt. Das Vermögen zur Vernunft komme dabei prinzipiell allen Menschen zu, denn in jedem Individuum ist prinzipiell das Allgemein-Menschliche vorhanden.

Die sozialistische Kritik bürgerlicher Freiheit war seitdem also im Kern die Kritik des in der bürgerlichen Gesellschaft offen zutage tretenden Widerspruches zwischen der neuen formal-rechtlichen und institutionell gefassten politischen Freiheit und den durch die bürgerlich-kapitalistische Produktionsweise bedingten neuen und sich immer weiter vertiefenden sozialen Ungleichheiten. Bekanntlich widmete Marx den überwiegenden Teil seines restlichen Lebens der politisch-ökonomischen Analyse dieser neuen kapitalistischen Gesellschaftsform, um aufzuzeigen, dass dieser Widerspruch zwischen demokratischer Form und undemokratischem Inhalt, zwischen neuer Freiheit und fortbestehendem Zwang strukturell bedingt und zwangsläufig ist

und nur aufgehoben werden kann, wenn man die bürgerliche Gesellschaftsform als Ganze aufhebt.

Kurz gefasst war das Ergebnis seiner politisch-ökonomischen Analyse die Erkenntnis, dass die kapitalistische Gesellschaft auf einer weitgehenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung beruht und eine Gesellschaft von Privatproduzenten ist. Zwar sind diese Individuen im objektiven Gesamtzusammenhang des Systems aufeinander angewiesen, auch gleichsam stofflich voneinander abhängig, aber als unmittelbar handelnde, isolierte Privatproduzenten sind sie voneinander unabhängig und fühlen sich auch voneinander unabhängig. Anstelle der unmittelbaren persönlichen Abhängigkeit der vorkapitalistischen Gesellschaften (bspw. von Lehnsherr und Vasall) tritt hier eine mittelbare sachliche Abhängigkeit. Die Ursache dieses Phänomens ist darin zu suchen, dass in der kapitalistischen Produktionsweise der Produktionsprozess nicht mit dem Austauschprozess, der Zirkulationssphäre, zusammenfällt. Die Waren werden vereinzelt, privat und isoliert vom Rest der Gesellschaft produziert, lassen sich aber erst auf einem anonymen oder virtuellen Markt, erst im Prozess des marktwirtschaftlichen Austausches der hergestellten Waren gesellschaftlich vergleichen und messen. Erst in der Zirkulationssphäre des Warenaustausches also entsteht im Kapitalismus Gesellschaftlichkeit. Vom Inhalt der Produktion, vom Gebrauchswert der Waren, wird in diesem gesellschaftlichen Raum abstrahiert. Stattdessen dominiert der Tauschwert die Beziehungen der Warengesellschaft, also sowohl die Beziehungen der Waren als auch die Beziehungen der diese Waren produzierenden Menschen. Im Produktionsprozess werden zwar Gebrauchswerte hergestellt, aber im marktwirtschaftlichen Austauschprozess spielt nur der abstrakte Tauschwert der Waren, ihr Geldwert eine Rolle.

Während im Produktionsprozess menschliche Arbeitskraft vom Kapitalisten angeeignet wird, und zwar auf der Basis eines Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis (dies nachzuweisen ist der Anspruch der berühmten-berühmten Marx'schen Mehrwerttheorie), ist die Zirkulationssphäre eine Sphäre der rechtlichen Gleichheit und Freiheit: Jeder hat das Recht zu produzieren, Leute für sich arbeiten zu lassen, Profite zu erwirtschaften und so von anderer Leute Arbeit zu leben. Und jeder bekommt einen fairen, d. h. frei auf dem Markt in beiderlei Einverständnis ausgehandelten Preis für seine Produkte und seine Arbeitskraft und kann nicht behaupten, dass er ungerecht behandelt wird. Jede und jeder kann kaufen, was er will – sofern er sich dies leisten kann. Dies ist gleiches und allgemeines Recht für alle. Im Produktionsprozess herrscht dagegen Ungleichheit, denn die einen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zum eigenen Überleben oder zum Überleben der eigenen Familie zu verdingen, während andere dies nicht oder nicht in demselben Maße nötig haben, weil sie Produktions- und/oder Finanzmittel in ausreichender Form besitzen.

Auf diesem Wege fasst also Marx den zentralen Widerspruch bürgerlicher Freiheit im Sinne einer Kritik der politischen Ökonomie. Die bürgerliche

Gesellschaft produziert dabei immer wieder beides: im marktwirtschaftlichen Austauschprozess entstehen immer wieder Gleichheits- und Freiheitsvorstellungen und im auf Herrschaft und Ausbeutung beruhenden klassengesellschaftlichen Produktionsprozess wird permanent gegen dieselben Gleichheits- und Freiheitsvorstellungen verstoßen. Hier, im Widerspruch zwischen der Freiheit des Marktes und der Despotie von Fabrik und Büro, ist auch der Grund zu suchen, warum Sozialisten behaupten, dass ohne eine Aufhebung dieser Gesellschaftsstruktur, ohne Aufhebung des Privateigentums an gesellschaftlichen Produktionsmitteln, kein wirklicher Fortschritt zu einer allgemein-menschlichen Freiheit zu erzielen ist.

Und weil die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform eben nicht zuletzt eine Klassengesellschaft ist, entscheiden sich die in ihr Herrschenden und Regierenden stets gegen eine Erweiterung der Freiheitsrechte der Bevölkerung und im Zweifelsfalle auch für eine Einschränkung dieser an sich bürgerlichen Freiheitsrechte. Das war die These der klassischen Arbeiterbewegung: Das kapitalistische Bürgertum braucht und verteidigt die Demokratie als Form gesellschaftlicher Freiheit nur solange, solange es seiner eigenen Klassenherrschaft, der Herrschaft der freien Besitzrechte des Einzelnen und dem alltäglichen Funktionieren des Kapitalismus nützlich ist. Sein Demokratie- und Freiheitsverständnis ist entsprechend strukturell begrenzt – nur der ist ein vollwertiger Mensch, der auch ein Besitzbürger ist. Was dieses Bürgertum deswegen aktiv durchsetzt und verteidigt, ist die formale Freiheit, die staatsbürgerlich-politische und individualrechtliche Freiheit des Einzelnen. Was es »vergisst«, ist sein ursprünglich formulierter allgemein-menschlicher, universaler Emanzipationsanspruch. Sobald es zur herrschenden Klasse geworden ist, schlägt sich das Bürgertum auf die Seite einer bloß negativ gefassten Freiheit, um an ihrem partikularen Besitzegoismus festhalten zu können. Sein Klasseninteresse ist es dabei, das auf soziale Freiheit pochende Nachdrängen der unteren Schichten zu bekämpfen.

»Das Bürgertum«, so Leo Kofler, »pflegt von seiner Demokratie zu sprechen. Bis zu einem gewissen Grade mit gutem Recht, denn nicht nur ist diese Demokratie soziologisch und historisch der bürgerlichen Gesellschaft zuzuordnen, sondern die erprobten Formen des demokratischen Lebens beweisen weitgehend die bürgerliche Einseitigkeit und Widersprüchlichkeit dieser selben Demokratie. Aber von einer anderen Seite besehen, hat das Bürgertum unrecht, von seiner Demokratie zu sprechen, denn diese ist zwar ein Produkt der bürgerlich-kapitalistischen Welt, jedoch nicht das Werk des Bürgertums, sondern das Werk der nachdrängenden unteren Klassen. Die Aufklärung dieses Widerspruchs wirft ein helles Licht auf das düstere, klassengebundene Wesen des Bürgertums, das inzwischen auf Grund einer langen Erfahrung ge-

lernt hat, seine Herrschaft nicht gegen, sondern mit Hilfe der demokratischen Einrichtungen, besonders des Wahlrechts, auszuüben.«⁸

Wird also die Herrschaft der Kapitalisten an der sozialökonomischen Basis der Gesellschaft von der Vorherrschaft von Freiheit und Gleichheit an deren staatsbürgerlich-politischer Oberfläche gleichsam verschleiert, bleibt jede menschliche Emanzipation unvollständig, solange sie nicht diese Herrschaftsverhältnisse von Grund auf umwälzt. Freiheit beinhaltet also unabdingbar auch die Freiheit von ökonomischer Abhängigkeit und Ausbeutung, die Freiheit vom Zwang zur Lohnarbeit, die Freiheit vom Klassenantagonismus. Und erst auf dieser Grundlage könne sich eine gleichermaßen individuelle wie gesellschaftliche Freiheit entwickeln, die diesen Namen wirklich verdiene. Die dem Marktgeschehen unterworfenen Konsumenten jedoch können nicht das nötige Bewusstsein dieser Produktionsverhältnisse entwickeln. Das können nur jene, die diesen Verhältnissen unmittelbar unterworfen sind und unter ihnen leiden. Nur die moderne Lohnarbeiterklasse ist Marx und anderen zufolge in der Lage, diese bürgerliche Gesellschaft umzustürzen, denn nur sie hat das gesellschaftliche Interesse und die strukturelle Fähigkeit dazu.

Transformationsprozesse

Auch der einzuschlagende Weg der Arbeiterbewegung ergibt sich aus dieser Analyse. Sie muss die Herrschaft der Kapitalisten stürzen, sich selbst vorübergehend an die politische Macht bringen und die gesellschaftlichen Verhältnisse an der ökonomischen Basis umwälzen. Die Institutionen und Rechte der bürgerlichen Demokratie (Wahlrecht, Vereinigungsrecht, Meinungsfreiheit, Presse- und Versammlungsrecht usw.), die sie der herrschenden Klasse in ihrem alltäglichen Klassenkampf abnötigt, eröffnen ihr dabei die Möglichkeit, politische Lernprozesse durchzumachen und sich zur selbstbewussten kämpfenden Klasse zu entwickeln. Und sie ermöglichen es ihr in den Poren der bürgerlichen Gesellschaft gleichsam »Organe der Gegenmacht« zu entwickeln, eigene Klassenorgane aufzubauen (Gewerkschaften und Betriebsräte, Konsumgenossenschaften und Parteien, Kulturorganisationen und Presseorgane) und mit diesen die gesellschaftliche Macht zu erringen, die notwendig ist, um einen Prozess umfassender Sozialisierung auch gegen die herrschenden Widerstände einzuleiten.

Umstritten und umkämpft war dagegen in der Arbeiterbewegung immer, in welchem Maße der politische Staat auf diesem Wege seinen bürgerlichen Charakter verliere. Der sozialdemokratische Reformismus zieht aus dem tendenziellen Widerspruch zwischen politischem und ökonomischem System den Schluss, dass seine Prinzipien (Demokratie und Freiheit) bereits im bürgerlichen Staat institutionalisiert sind, als Formen, die nur noch ihren Inhalt suchen – die politische Freiheit müsse lediglich auf die ökonomische Basis

8 Leo Kofler: *Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus*, Ulm/Donau 1960, S. 126f. (Hervorhebungen: CJ).

ausgeweitet werden. Der Sozialismus wird so zur Fortsetzung und Verwirklichung des Liberalismus und der bürgerliche Staat verliert auf diesem Wege seinen bürgerlichen Charakter. Für den linksradikalen Anarchismus dagegen ist der bürgerliche Staat als solcher ein Inbegriff von Zwang und Autoritarismus. Hier wird das Reich politischer Freiheit zur puren Illusion, die es prinzipiell zu bekämpfen gelte. Politische Praxis dürfe sich folglich nicht auf die Strukturen des bestehenden Staates, auch nicht auf die Schaffung von alternativen Formen politischer Herrschaft einlassen.

»Reformismus und Anarchismus lösen jeder auf seine Weise die Realitäten der bürgerlichen Macht in dem Ideal der Befreiung auf; diese Auflösung ist selbstredend rein ideologisch. Der Reformismus will dabei die Realität vor dem Ideal schützen; er transzendiert niemals die kapitalistische Gegenwart. Der Anarchismus will sein Ideal vor der Realität schützen; er »antizipiert« beständig die libertäre Zukunft.« (Norman Geras⁹) Die (frühe) kommunistische Bewegung, wesentlich inspiriert durch die Bolschewiki und ihre Revolution, kombinierte dagegen auf recht einmalige Weise die weitgehende Mitarbeit in den politischen Institutionen des bürgerlichen Staates mit jener prinzipiellen Staatsfeindlichkeit, die sie die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und damit auch jener Institutionen wie des Parlamentes auf ihre Fahnen schreiben ließ. Theoretisch zu fassen glaubten sie diesen Vorgang, indem sie von einem dialektischen Umschlag von Quantität in neue Qualität, von einem »Hinüberwachsen« der demokratischen Revolution in die sozialistische sprachen.

Anscheinend, so Lenin in *Staat und Revolution* über die Lehren der Pariser Kommune, wurde die zerschlagene bürgerliche Staatsmaschinerie »nur durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen. In Wirklichkeit jedoch bedeutet dieses »nur«, dass im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt wurden. Hier ist gerade einer der Fälle des »Umschlagens von Quantität in Qualität« wahrzunehmen: Die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist.« Und weiter: »Entwicklung der Demokratie bis zu Ende, Auffinden der Formen einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der Praxis usw. – das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie »für sich genommen«, sondern er wird mit anderen Erscheinungen »zusammenge-

9 Norman Geras: »Bürgerliche Macht und sozialistische Demokratie: über das Verhältnis von Zweck und Mittel«, in ders.: *Rosa Luxemburg, Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus*, Berlin 1979, S. 146 (Neuaufgabe: Köln 1996)

nommen«, er wird seinen Einfluss auch auf die Ökonomik ausüben, *ihre* Umgestaltung fördern, dem Einfluss der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.«¹⁰

Peter Klein weiß all dies – nur verstanden hat er es nicht. Er meint, sich über diese lebendige Geschichte stellen zu können, auf den Wachturm intellektueller Priesterschaft klettern und mit gespielter Souveränität seine Kurzschlüsse ziehen zu können. Dabei heraus kommt jedoch kaum mehr als die Rekonstruktion der klassisch linksradikal-anarchistischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft – in diesem Falle mit einer »wertkritischen« Begründung.

Klein erklärt den marktwirtschaftlichen Tauschakt – das Reich von Freiheit und Gleichheit – zum alles Beherrschenden und Durchwaltenden, den gesellschaftlichen Produktionsprozess mit seiner individuellen Aneignung für nebensächlich und ignoriert auch den Bereich gesellschaftlicher Reproduktion. Die dialektische Einheit der Widersprüche vermag er nur als widerspruchsfreie Homogenität zu denken und erklärt die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft real vorhandene Trennung von Politik und Ökonomie zur reinen Illusion. Aus dem Spannungsbogen von Basis und Überbau nimmt er die dialektische Spannung, schließt sie ökonomistisch kurz und hat so jeden Bezugspunkt zur theoretisch unreinen gesellschaftspolitischen Praxis gekappt. Denn wo es innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft – die eigentlich keine bürgerliche mehr ist, da sie ja nur noch vom sich selbstverwertenden Wert und nicht mehr von der Herrschaft einer Klasse aufrecht erhalten wird – keine Widersprüche mehr gibt, sind Politik und Klassenkampf passé – ein soziologisches Missverständnis, wie er irgendwo süffisant sagt. Wo es jedoch keine Politik mehr gibt, gibt es auch keine transzendierenden Kräfte mehr, die über die bestehende Gesellschaft hinausweisen. Die Negation der Negation findet nicht mehr statt, das Umschlagen von Quantität in neue Qualität wird verhöhnt und gesellschaftliche Veränderung wird zum utopischen Projekt, zur bloßen Bewusstseinsveränderung.

Es ist dabei nur die gleichsam andere Seite derselben Medaille, dass, wer so wie Klein und seine »Kurzianer« in klassisch linksradikaler Manier jede Möglichkeit des realhistorischen Ausbruchs aus dem Status Quo strukturell verneint, auch im kritischen Anspruch seiner Gesellschaftsanalyse scheitern muss. Der selbsternannte Entdecker der Allmacht der Wertform fällt dabei, auch dies ist alles andere als neu, gerade indem er sie zur absoluten und ewigen, zur von jedem irdischen, menschlichen Tun unabhängigen Macht erklärt, auf ihren berühmten Fetischcharakter herein. Seine Analyse unserer spätkapitalistischen Gesellschaft wird so zur Apologie des herrschaftlichen Status Quo, und er formuliert tatsächlich, dass »die vom Rechtsstaat gesicherte Freiheit und Gleichheit der Individuen gerade darin (existiert), dass sie je nach Bedarf und Befähigung zwischen den verschiedenen Funktionen

10 W.I.Lenin: *Ausgewählte Werke* in sechs Bänden, Band 3, S. 504 & 540 (Hervorhebungen: WL).

wechsell können. – Diese Struktur ist keine ›fata morgana‹, sondern durchaus Realität.« (S. 109) Ja, das haben die Ideologen der Herrschenden schon immer gesagt, doch den Unterdrückten und Benachteiligten, den Frauen, Kindern, Immigranten, Behinderten und religiösen Minderheiten, den Arbeitslosen und Lohnarbeitenden usw. hat das im Ernstfall nicht viel geholfen – außer als Ideologie des Trostes.

Von der kritischen Kritik zur Apologie des Status Quo, das ist nicht selten die Konsequenz, zumal wenn man die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft einzig auf den ökonomischen Warenaustausch meint zurückzuführen zu müssen; wenn man so die gesellschaftlichen, auf Ungleichheit und Unfreiheit beruhenden Herrschaftsverhältnisse meint ignorieren zu können. Dann wird eben auch der demokratische Kampf, der Kampf für Gleichheit, Freiheit und Solidarität zum Mittel der Verschleierung der universellen Wertform.

Man muss sich jedoch nur fragen, was die großen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit sind: Weltweite Armut und Verelendung, Hunger und Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Mord, Entfremdung zwischen den Individuen und Entfremdung der Individuen von ihren gesellschaftlichen Grundlagen, Spaltung zwischen den Geschlechtern, den Völkern und den Klassen – um nur die markantesten zu nennen. Verstoßen diese Probleme gegen die frühbürgerlichen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität? Kann und sollte man also diese Versprechen einklagen? Verliert das herrschende Bürgertum sein ursprüngliches Interesse an demokratischen Verhältnissen noch immer gerade dann sehr gern, wenn es mit diesen bedroht wird? Und ist nicht deswegen jeder Schritt zur Demokratisierung ein Zugeständnis der Herrschenden an jene, die »unverschämte Forderungen« stellen? Wird auf diesem Wege der demokratische Kampf nicht zu einem, der die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft tendenziell in Frage stellt und solcherart in den sozialistischen Kampf »hinüberwächst«? Peter Klein verneint alle diese Fragen und meint trotzdem, ein linker Kritiker der herrschenden Gesellschaft, ein Kommunist gar zu sein (S. 197). Ein solches politisch-theoretisches Kauderwelsch besonders ernst zu nehmen, ist weniger Resultat von Unvoreingenommenheit als Resultat jener weit verbreiteten Unwissenheit über Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, die nach dem Epochenbruch von 1989-1991 einen erschreckenden Nährboden gefunden hat.

Peter Kleins (und anderer) Abschied von der Arbeiterbewegung und vom »Arbeiterbewegungsmarxismus« ist im Übrigen nicht das erste Mal, dass solcherart *tabula rasa* die Macht der Geschichte, die Macht der im 20. Jahrhundert auch von den Linken mitverursachten Barbarei nicht bannen kann, die den Nachgeborenen wie ein Alb auf den Schultern liegt und in ihren Hirnen lauert. Wer sich über die Geschichte erhaben fühlt, wird die Wiederkehr des solcherart Verdrängten nicht verhindern können. Das gilt auch für einen Peter Klein, der mit seiner zynischen Geschichtsbetrachtung von dem in Sowjetrußland »historisch überfällige(n) Zivilisierungs- und Vergesellschaftungsschub« spricht, von »der unübersehbaren ›zivilisatorischen Mission‹,

die den Bolschewiki als den neuen Herren des Landes zugefallen war« und davon, dass man es »vom Standpunkt dieser Aufgaben aus (...) sogar bedauern (muss), dass die Bolschewiki, gleichsam kopfscheu geworden durch das katastrophale Ende des Kriegskommunismus, in den darauf folgenden Jahren allzu sehr die Finger vom ›Kommunismus‹ ließen und, um nur ja die Bauern und die ›NÖP-Leute‹ nicht zu verschrecken, auch innerhalb des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft jede zielstrebige Initiative zur Erstellung und Durchführung eines Industrialisierungsplans vermissen ließen«. (S. 190) – Genosse Stalin wird genugtuend grinsen über diese Worte...

5. Weißenseer Irrwege (von Manfred Behrend)*

Die radikale Wandlung der Weltlage – Zusammenbruch des »Realsozialismus«, internationaler Sieg des Kapitals und erneuter Aufstieg Deutschlands zur dominierenden Macht Europas – hat auf der einen Seite lautes Triumphieren, auf der anderen tiefe Resignation ausgelöst. Gleichzeitig bestärkte sie politische Ignoranten aller Richtungen, solche von der extremen Rechten bis zu ultralinks, in ihrer Unbelehrtheit. Hierzu zählen auch die Anhänger stalinistischer Methoden. Sie meinen, wenigstens ihre Partei habe »immer Recht gehabt«, und glauben für die Behauptung Grund zu haben. War es nicht wirklich so, dass just in dem Moment, da die ideologischen und materiellen Mauern nach Westen fielen, eine Flut reaktionärer und verderblicher Einflüsse über »sozialistische« Länder hereinbrach? Ist es nicht so, dass der Kapitalismus mindestens genauso schlimm und räuberisch ist, wie Marx, Engels, Lenin und Stalin feststellten? Die DDR fiel beim Anschluss westdeutschen Kolonialherren und deren einheimischen Helfern zum Opfer. Andere einst sozialistische Länder versinken in Chaos und Bürgerkrieg. Ihre Völker aber können froh sein, wenn sich westliches Kapital bereit findet, einige ihrer Angehörigen auszubeuten, und dazu investiert. Während Millionen Arbeitsplätze, die sozialen und kulturellen Errungenschaften platt gewalzt werden, akute Not, Kriminalität im Massenumfang und üble Sitten einziehen, werden vormals staatsnahe Kräfte bis zur Geheimdienstputzfrau im Kreuzzugsverfahren stigmatisiert und ausgegrenzt. Rechtfertigt aber kapitalistische Barbarei die prostalinistische Argumentation der Nina Andrejewas aller Länder? Wie mir scheint nicht. Denn diese Argumentation zeichnet sich durch grobe Unwahrhaftigkeit aus. Sie bietet ein den Tatsachen widersprechendes Bild der Vergangenheit, das eigenes Verschulden an der inzwischen eingetretenen

* Dieser Beitrag stammt von Manfred Behrend. Er erschien (unter dem Pseudonym Günter Grenzroth und mit dem Titel »Der falsche Weg: Ehrenretter des Stalinismus und ihr Geschichtsbild«) erstmals in der Osnabrücker Theoriezeitschrift *Hintergrund*, Heft IV/1992. Nachdruck auch in: Arbeitskreis kritischer MarxistInnen (Hrsg.): *Beiträge zur Stalinismus-Diskussion*, Berlin 1997, sowie in Hanna Behrend (Hrsg.): *Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns. In der Sicht eines DDR-Chronisten*, Berlin 2005. Der letzte Band versammelt eine Auswahl aus dem Lebenswerk des Anfang 2006 verstorbenen Manfred Behrend.

Lage weglässt und weder zur Klarstellung früherer historischer Vorgänge noch als Mittel zur Orientierung in Gegenwart und Zukunft taugt.

Auseinandersetzung um die »Weichenstellung«

In Ostberlin ist seit Jahren der *Weißenseer Arbeitskreis – Kirchliche Bruderschaft in Berlin* besonders auch auf politischem Gebiet aktiv. Unter Leitung von Theologieprofessor Hanfried Müller gehören ihm linksstehende evangelische Pfarrer und Laien an. Einige »marxistisch-leninistische« Gesellschaftswissenschaftler stehen dem Arbeitskreis nahe. Die vierteljährlich von ihm herausgegebenen *Weißenseer Blätter. Hefte zu Fragen aus Theologie, Kirche und Gesellschaft* bringen häufig informative, oft gut geschriebene Berichte und Betrachtungen. Sie wenden sich gegen reaktionäre Kräfte in Kirche und Politik, aber auch gegen Bürgerbewegungen der einstigen DDR, darunter Leute vom heutigen Bündnis 90, gegen antistalinistische und sozialreformistische Kräfte in und außerhalb der PDS. Zu DDR-Zeiten waren die *Weißenseer Blätter* dem Staat gegenüber loyal. Sie unterstützten vor allem dessen Friedenspolitik, kritisierten aber bisweilen vorsichtig Auswüchse des »Realsozialismus«, besonders die unter Honecker ins Kraut schießende Konsumentenmentalität. Seit Ende 1990 befassen sich die Blätter damit, die Geschichte dieses »Sozialismus« und seines konterrevolutionäre Züge tragenden Zusammenbruchs aufzuarbeiten. Dabei bringen sie prostalinistische Historienversionen an Frau und Mann.

Formell legen die Verfasser der entsprechenden Statements, so Müller und der bekannte Faschismusexperte Kurt Gossweiler, dem hehre und zugleich realistische Prinzipien zugrunde: »Erklärungsversuche, die nicht aus der Untersuchung konkreter Ereignisse und Prozesse gewonnen sind, sondern von vorgefertigten Klischeevorstellungen ausgehen«, könnten nicht weiterhelfen.¹ »Aber auch nur wer die Geschichte richtig versteht, kann richtig Geschichte machen. Wenn man sie im Rückblick »moralisiert«, das heißt, wenn man ihr rückwirkend nicht als Forscher, sondern als Richter begegnet, läuft man Gefahr, sie nicht zu begreifen, sondern ... das Geschichtsbild nach eigenen Wünschen zu modeln.«² In der Praxis üben jedoch die Autoren vielfach die Funktion des Scharfrichters oder Weißwäschers aus.

Die millionenfachen Verbrechen der Stalinbürokraten insbesondere an KPdSU und Sowjetvölkern sind inzwischen eindeutig belegt. Sie führten unter roten Fahnen zu einer asozialistischen Gesellschaft, die für den Weltimperialismus über Jahrzehnte hinweg die zweitbeste Lösung nach der direkten Einvernahme war. Eine Identifikation dieses Systems mit dem Sozialismus,

1 K. Gossweiler: »Antwort an Stefan Bollinger und andere«, in: *Weißenseer Blätter* 2/1991, S. 61.

2 H. Müller: »Zusammenbruch« und/oder Konterrevolution?«, in: *Weißenseer Blätter* 4/1992, S. 62.

an der sie selber kräftig mitwirkten, erleichterte es den Imperialisten, sozialistische Beweggründe und kommunistische Ideale zu diskreditieren.

In den *Weißenseer Blättern* unternahm als erster Hanfried Müller einen prinzipiellen Versuch zur Ehrenrettung des Stalinismus. Er schlug vor, diesen als »frühsozialistischen Absolutismus« zu kennzeichnen: »Die Ähnlichkeit zur Politik eines Heinrich IV. in Frankreich und einer Elisabeth I. in England, die sich ja auch gerade durch Erwidern von Vasallentreue hervortaten, ist verblüffend. Und zweifellos war dieser Absolutismus der frühsozialistischen Revolution zunächst ähnlich förderlich wie der frühbürgerliche der Durchsetzung des Kapitalismus.«³ Nun hat zwar, wie ich meine, der alte Absolutismus in der Tat die Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse beschleunigen helfen, Müllers neuer Absolutismus aber wesentlich nur den Aufbau einer Schwer- und Rüstungsindustrie, und das auf die ineffektivste und verlustreichste Art der Welt, wobei er gleichzeitig die Landwirtschaft unheilbar ruinierte. Der sozialistische Gehalt verflüchtigte sich, von den Selbsttäuschungen vieler Kommunisten abgesehen, zur Phraseologie. Zudem hat Stalin nicht nur dann und wann einen Adligen oder Bürger hinrichten, sondern eine Million Kommunisten und viele Angehörige progressiver Gesellschaftsschichten ermorden lassen.

Den feinfühligem Historiker Gossweiler störte der Vergleich zwischen Stalinismus und Absolutismus schlechthin. Er war ihm so suspekt, dass er fälschlich annahm, Müller bestreite dadurch Chancen für den Sozialismus nach 1945. Er nahm sich vor, das Gegenteil darzutun, versuchte aber tatsächlich in seinem ersten Artikel zu beweisen, dass die 1945 siegreiche Sowjetunion und die ihr verbündeten Staaten nicht am Stalinismus, sondern an einer speziellen Form des Revisionismus scheiterten. Gossweiler nannte drei »falsche Weichenstellungen in Grundfragen des Aufbaus des Sozialismus« nach Stalins Tod: Die Preisgabe des Internationalismus zwischen kommunistischen Parteien und sozialistischen Staaten, die der Gestaltung einer eigenständigen sozialistischen Gesellschaft und die der wissenschaftlich fundierten Wirtschaftsplanung. Punkt eins belegte er mit der Belgrader Deklaration Chruschtschows und Titos von 1955, worin es heißt: »Fragen der inneren Entwicklung ... sind ausschließlich Sache der einzelnen Länder.« Er wertete das als Ausdruck nationaler Borniertheit und Grundlage zum so genannten Nationalkommunismus, verwies auf Widersprüche zum bisher gültigen Kominform-Prinzip, das bekanntlich im Namen brüderlicher Verbundenheit ein ungeniertes Hineinregieren in die Belange anderer zugunsten der sowjetischen Führung sanktioniere, und fragte, ob die Beschuldigungen von 1948 gegen Jugoslawien nicht teilweise berechtigt waren. In Punkt zwei bemängelte Gossweiler, dass besonders der 21. KPdSU-Parteitag 1959 die baldige Erreichung des Lebensstandards führender kapitalistischer Länder als Ziel pro-

3 H. Müller: »Friede, Friede und ist kein Friede – Erste Versuche zum besseren Verständnis unserer Epoche«, in: *Weißenseer Blätter* 5/1990, S. 64 f.

pagierte und friedlicher ökonomischer Wettbewerb zur Hauptform des Kampfes gegen den Imperialismus erklärt wurde. Das, so der Autor, sei die Absage an einen Sozialismus mit eigener Lebensart, der Übergang zu einer in die Niederlage führenden Strategie gewesen. In Punkt drei kreierte er Chruschtschow die Neulandaktion, die plötzliche Umstellung eines Fünfjahresplanes zum Siebenjahresplan und den Bruch mit Maos China an, an dem nach seiner Diktion die maoistischen »Kulturrevolutionäre« offenbar unschuldig waren. Alles zusammen habe dazu geführt, dass solide Wirtschaftspläne in keinem RGW-Land mehr möglich gewesen wären.⁴

Gossweilers Artikel stieß nicht überall im Leserkreis der *Weißenseer Blätter* auf Sympathie. Nach Auseinandersetzungen unter den Herausgebern wurden zwei der anfallenden Kritiken veröffentlicht. Die erste stammte von dem Historiker Manfred Behrend. Er war im Wesentlichen bemüht, falsche Fakten in Gossweilers Arbeit zu korrigieren und von diesem Autor verschwiegene Prozesse namhaft zu machen. Behrend stellte fest, Tito und Chruschtschow hätten 1955 keineswegs den »Nationalkommunismus« aus dem Hut gezogen, sondern das unter Lenin hochgehaltene, von Stalin mit Füßen getretene Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bekräftigt. Die Abkehr vom Internationalismus sei schon unter Stalin erfolgt, der sein Regime erst auf die Kommunistische Internationale, dann auf die »volksdemokratischen Länder« ausdehnte. Gleichfalls unter ihm sei durch überstürzte Kollektivierung mit dem Ergebnis einer Hungersnot und sinkender Produktivität und durch gefälschte Fünfjahresplanbilanzen die wissenschaftliche Planung unmöglich gemacht worden.⁵

In einem zweiten kritischen Beitrag konstatierte der Gesellschaftswissenschaftler Stefan Bollinger, Gossweiler suche nach einer »rückwärtsgewandten Idylle«. Es sei »Augenwischerei und Wunschdenken, wenn man meint, das ausschlaggebende ungelöste Problem dieser neuen Gesellschaft sei ›die konsequente Erziehung aller Staatsbürger zu einer moralischen Haltung« gewesen. Tatsächlich habe der »Realsozialismus« sich so weit von ursprünglichen Idealen entfernt, dass sein Zusammenbruch bis in die Partei hinein widerstandslos hingenommen wurde. Die von Gossweiler gerügte, leider inkonsequente Abrechnung Chruschtschows mit dem Stalinismus, die Rehabilitierung ermordeter Kommunisten und der Versuch, den Ostblock »aus der Isolierung herauszuführen«, seien keine Fehler, sondern überfällige Maßnahmen gewesen. Sie hätten – mit der Zeit geringer werdende – Möglichkeiten zum Neuanfang bei der Verwirklichung der sozialistischen Idee eröffnet. Fried-

4 K.Gossweiler: »Hatte der Sozialismus nach 1945 keine Chance?«, in: *Weißenseer Blätter* 2/1991, S. 55 ff.

5 M. Behrend: »Antwort an Kurt Gossweiler«, in: *Weißenseer Blätter* 3/1991, S. 53f.

liche Koexistenz, die einzig tragbare Zukunftsantwort auf die Gefahr militärischer Konfrontation, könne auch das Verhaltensprinzip sich sozialistisch verstehender Länder untereinander sein.⁶

Vor allem Behrends Beitrag lag dem Herausgeberkreis im Magen. Jedenfalls veranlasste er als einzigen diesen Autor, ein ursprünglich weit längeres Manuskript erheblich zu kürzen. Außerdem stellte Müller dem Beitrag eine Vorbemerkung voran, in der er sich von dessen polemischem Ton distanzierte und rahmte ihn mit anderen Beiträgen ein, darunter einem postalinistischen Buchauszug Karl-Eduard von Schnitzlers. Müller schrieb aber auch, er sei gespannt, wie Gossweiler den »Leserbrief« Behrends beantworten würde.⁷ Doch entzog sich dieser der Mühe, indem er dem Leserbriefautor unterstellte, seinen Beitrag selbst als »letztinstanzlichen Urteilsspruch eines unfehlbaren Richters« anzusehen und ihn »etwas oberlehrerhaft« abgefasst zu haben, weshalb denn auch der Beitrag nicht nützlich, darum offenbar auch nicht diskussionswürdig sei.⁸

Die Arbeit Bollingers hielt Gossweiler für weniger unnütz. Er wandte aber auch hier die selektive Methode an und griff, starke Seiten unerörtert lassend, die schwachen begierig auf. So bemängelte er das Fehlen einer speziellen Antwort Bollingers auf seine, Gossweilers, Behauptung, erst Chruschtschow sei vom Internationalismus und von der wissenschaftlichen Wirtschaftsplanung abgewichen, desgleichen die Thesen des Verfassers, der Ostblock sei damals isoliert gewesen, und im modernen Kapitalismus kämen »quasisozialistische Elemente« vor. Wie der konservative Historiker Ernst Nolte und seinesgleichen in den 1980er Jahren im Hinblick auf Hitler, verlangte nunmehr Gossweiler zugunsten Stalins, dessen Verbrechen in die Terrorphasen aller Revolutionen und Konterrevolutionen einzubetten. Dem ungarischen Ministerpräsidenten Nagy unterstellte er, 1956 »die weiße Konterrevolution« entfesselt zu haben.⁹ Auch die Taktik bei Gegenangriffen kann entlarvend sein.

Dem Geschichtswissenschaftler und einstigen GULAG-Häftling Wolfgang Ruge suchte Gossweiler in der *Weltbühne* Paroli zu bieten: Ruge hatte dort dem Stalinismus und dessen Wurzeln nachgespürt. Gossweiler warf ihm vor, hierdurch vom »wissenschaftlichen Sozialismus« abgegangen zu sein. Auch habe Ruge in Chruschtschow und Gorbatschow selbst dann noch Hoffnungsträger gesehen, »als zu erkennen war, dass sie nur in Worten Erfolgsleute Lenins, in Wahrheit Antileninisten, Revisionisten und damit Verwandte im Geiste der Ebert und Scheidemann« waren.¹⁰ Nun haben die ge-

6 S. Bollinger: »Rückblick mit Nostalgie. Oder: Mit Stalin wäre das nicht passiert?«, in: *Weißenseer Blätter* 4/1991, S. 48ff.

7 H. Müller: »Vorbemerkung des Herausgebers«, in: *Weißenseer Blätter* 3/1991, S. 53.

8 K. Gossweiler: »Antwort...«, a.a.O., S. 56.

9 Ebenda, S. 55ff.

10 K. Gossweiler: »Von der Astronomie zur Astrologie? Zu Wolfgang Ruges Absage an den wissenschaftlichen Sozialismus«, in: *Die Weltbühne* 38/1992, S. 11-70.

nannten KPdSU-Führer durchaus Kritik verdient. Wer das aber gerade in den Punkten versucht, in denen sie ansatzweise um Demokratie, menschliche Freiheiten und historische Gerechtigkeit bemüht waren, identifiziert sich notwendigerweise mit deren Unterdrückern. Gossweilers »Verwandtschaftstheese« ist schlicht absurd. Desgleichen ist es seine Ansicht, zwischen Lenin, dessen Mitstreitern und Amtsnachfolgern habe ein »Führer-Gefolgschaftsverhältnis« bestanden.

Ruge parierte die Gossweiler-Attacken mit der Feststellung, dass die Wirklichkeit die »Lehre vom wissenschaftlichen Sozialismus« widerlegt habe. »Reagieren kann man darauf auf dreierlei Art. Entweder man steckt den Kopf in den Sand und schilt alle, die – so unzulänglich auch immer – den Sowjetsozialismus und seine Abarten zu retten bemüht waren (Chruschtschow, Gorbatschow), Revisionisten und orientiert damit auf einen neuen Stalin, der um der Dogmen willen wiederum bereit wäre, fünfzig Millionen Menschenleben zu opfern. Oder man kapituliert (wendehälsig oder schweigend) vor dem die Fortexistenz der Menschheit in Frage stellenden Kapitalismus. Die dritte Möglichkeit ist der Versuch, alle Erfahrungen (auch die von Marx, Engels und Lenin) nutzend, Überlegungen anzulegen, die – vielleicht – bei der Auffindung realistischer Wege zur Überwindung der profitorientierten Gesellschaft helfen können. Für diese Möglichkeit habe ich mich entschieden.«¹¹

UdSSR und »sozialistische Gemeinschaft«

Gossweiler, Müller und ihnen gleichgesinnte Teilnehmer an der *Weißenseer Blätter*-Diskussion folgten weiterhin der ersten Variante. Besonders nachdrücklich artikulierten sie sich in Heft 4 der *Weißenseer Blätter*, das im Oktober 1992 erschien. Es ist fast vollständig mit Beiträgen zur Sozialismus-Problematik gefüllt. Schwerpunkte sind einesteils die Geschichte der Sowjetunion und des »sozialistischen« Staatenblocks, anderenteils die der DDR. Die von den Autoren angewandte Verfahrensweise wird durch den Herausgeber als »Tabus brechend und Geschichte entmythologisierend« gepriesen.¹²

Mit Blick auf UdSSR und »sozialistische Gemeinschaft« trieben die Verfasser die Stalin-Apologie auf die Spitze. Dabei rechtfertigten sie mehr oder minder alles, was dem Sozialismus und der Demokratie verderblich war.

Müller und Gossweiler hatten bisher etwa so argumentiert: Die Sowjetunion vergesellschaftete die Betriebe. Sie baute unter Stalin eine Schwerindustrie auf, sicherte die »Versorgung der Städte durch das Land« (!?)¹³ und bestand im Kriege gegen Hitlerdeutschland die härtesten Prüfungen. Also muss das damalige System vortrefflich gewesen sein. Nunmehr ging in den

11 W. Ruge: »Beharren, kapitulieren oder umdenken«, ebenda, S. 1171f.

12 *Weißenseer Blätter* 4/1992, S. 1. Die Ausgabe enthält lange, hier noch zu erörternde Beiträge von Gossweiler, Müller und Sahra Wagenknecht zum Gegenstand, außerdem solche von Rainer Eckert und Wolfgang Berger.

13 H. Müller: »Friede, Friede«, a.a.O., S. 65.

Weißenseer Blättern ein führendes Mitglied der Kommunistischen Plattform der PDS, Sahra Wagenknecht, mit einer Hymne auf J.W. Stalin in die Vollen, wie sie außerhalb von Sektenpublikationen seit 1989 nicht mehr in Deutschland zu vernehmen war: »Nicht zu leugnen ist, dass Stalins Politik – in ihrer Ausrichtung, ihren Zielen und wohl auch in ihrer Herangehensweise – als prinzipientreue Fortführung der Leninschen gelten kann ... Welche Handlungsspielräume die Situation im damaligen Russland bot, muss angesichts der konkret historischen Bedingungen untersucht werden. Eine solche Analyse wird vermutlich zu dem Schluss gelangen, dass weder in Bucharins Lösungsansatz noch in dem Trotzki ... eine realisierbare Alternative zur Stalinschen Linie vorlag. Und was immer man – berechtigt oder unberechtigt – gegen die Stalin-Zeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht ...; damit die Überwindung von Elend, Hunger, Analphabetismus, halbfeudalen Abhängigkeiten und schärfster kapitalistischer Ausbeutung; schließlich der Sieg über Hitlers Heere, die Zerschlagung des deutschen und europäischen Faschismus sowie die Ausweitung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse über den halben europäischen Kontinent. Dagegen entstellt keines von jenen Krisensymptomen, an denen der Sozialismus in seiner Endphase krankte, bereits in den zwanziger bis fünfziger Jahren das Bild der sowjetischen Gesellschaft. Wir finden keine wirtschaftliche Stagnation, keine zunehmende Differenz gegenüber dem vom Kapitalismus erreichten technischen Stand, keine produktionshemmenden Leitungsstrukturen, keine Außerkraftsetzung des Leistungsprinzips, keine Vernachlässigung der Wissenschaften und der Kultur, erst recht keine Konzeptions- und Ziellosigkeit des Handelns, kein hilfloses Schwanken und auf allernächste Zwecke beschränktes Lavieren. Auch ein Verschwinden sozialistischer Ziele und Ideen aus dem öffentlichen Bewusstsein oder eine zunehmende Entfremdung der Bevölkerung gegenüber ihrem Staat sind nicht wahrnehmbar ... Das in der Sowjetunion während der Stalin-Zeit entstandene und später von den osteuropäischen Ländern übernommene Gesellschaftsmodell ist die auf Grundlage unterentwickelter, beziehungsweise zerstörter Produktivkräfte, allgemeiner Not und existentieller Gefährdung der Grundfesten des neuen Systems historisch notwendige und – soll eine bürgerliche Gegenrevolution wirksam verhindert werden – einzig mögliche Form eines realisierten Sozialismus.«¹⁴

14 S. Wagenknecht: »Marxismus und Opportunismus. Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute«, in: *Weißenseer Blätter* 4/1992, S. 13.

Wagenknechts Hymnus erinnert an jene Ölgemälde, Kantaten und Historienbücher der Stalin-Zeit, die mit der Wirklichkeit nur sehr entfernt noch verwandt waren. Die Un- und Halbwahrheiten in ihrer Argumentation sämtlich richtig zu stellen würde lange dauern.¹⁵

Ich kann mich deshalb hier auf wenige Anmerkungen beschränken. »Bucharins Lösungsansatz«, dies zum ersten, war wesentlich die Fortsetzung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), deren Dauer Lenin auf viele Jahre veranschlagt hatte. Stalin indes beendete sie abrupt, so dass schon hier die Frage aufkommt, wer denn eigentlich der »Leninist« gewesen sei. Der Vorschlag Trotzki's und seiner Anhänger lief darauf hinaus, die Industrialisierung durch ursprüngliche sozialistische Akkumulation – »Ausbeutung« der Landwirtschaft – voranzutreiben, was Stalin seinerzeit gemeinsam mit Bucharin erbittert bekämpfte. Dabei wollten die »Trotzkisten« keineswegs, wie nachher Stalin, die russischen Mittelbauern zuzüglich der Kulaken liquidieren. 1936 trat Trotzki zudem für volle Rückkehr zur Sowjetdemokratie – mit mehreren Parteien – ein. Stalin hatte unterdessen eine bürokratisch fundierte Diktatur errichtet, die jede demokratische Regung erdrückte. Wer die historischen Tatsachen zur Kenntnis nimmt, kann schwerlich leugnen, dass die Verwirklichung der Alternativvorschläge Trotzki's ebenso wie Bucharin's hundertmal humaner und der Sowjetgesellschaft dienlicher als Stalins Kurs gewesen wären. Auch hätte jede der beiden Alternativen in offener Feldschlacht mit Argumenten, die die Bürokratie unterband, eine Vielzahl Anhänger gefunden.

Die Freundschaft des Diktators gegenüber wichtigen Zweigen der Wissenschaft – so Genetik und Kybernetik – mit einer Förderung der Wissenschaften gleichzusetzen, dies zweitens, scheint mir ebenso gewagt zu sein, wie es die Gleichsetzung des verfälschten Marxismus mit dem unverfälschten Original ist. Ernstlich kaum zu bestreiten dürfte zum dritten sein, dass die Sowjetunion bei intakter (statt überwiegend auf Stalins Befehl erschossener) Generalität sowie mit Dutzenden Millionen Arbeitern leichter und rascher hätte zurückschlagen können. Die Grundlagen zu späterer Stagnation und zum Zusammenbruch, die auch in erzwungener Rückständigkeit liegen, wurden tatsächlich vor allem unter Stalin gelegt.

Zu dessen Opfern nimmt Gossweiler eine bemerkenswerte Haltung ein. In seinem dritten Beitrag während der *Weißenseer Blätter*-Diskussion behauptet er, das Überleben der Sowjetunion und ihr Sieg über Deutschland hätten entscheidend daran gelegen, dass die Führung der KPdSU alle Angriffe auf die Leninsche proletarische Linie des sozialistischen Aufbaus, ob sie von links oder von rechts kamen, ideologisch widerlegte und politisch zerschlug.¹⁶ In

15 Vgl. Hartmut Krauss: »Lenin als Wegbereiter Stalins? Zur Rekonstruktion der Vorgeschichte des Stalinismus«, in: *Hintergrund* III und IV/1991 sowie I/1992.

16 K. Gossweiler: »Der »moderne Revisionismus« und die Niederlage des Sozialismus – eine Thesenreihe«, in: *Weißenseer Blätter* 4/1992, S. 49.

Wahrheit stellte aber die »Verteidigung der Leninschen Linie« durch Stalin und seine Bürokraten ein massives Abgehen von dieser Linie dar, wie bereits am Beispiel der NÖP demonstriert wurde. Den ideologischen und politischen Kampf gegen die Opposition indes trugen die Apparatschiks ab Mitte der 20er Jahre vor allem durch Niederbrüllen, Rollkommandos und Verbanung, danach durch Pistolenschüsse in den Rücken Wehrloser aus.¹⁷

Unter Gossweilers Bemerkungen zur internationalen kommunistischen Bewegung nach 1945 sind zwei erwähnenswert. Erstens seine Kritik an dem US-Amerikaner Earl Browder und diesem gleichgesinnten weiteren KP-Führern, denen er vorwirft, um einer breiten Volksfront willen die Partei aufzugeben oder das beabsichtigt zu haben.¹⁸ Zweifellos hat er damit Recht. Gossweiler vergaß aber zu erwähnen, dass dasselbe Rezept schon in den 20er Jahren von Stalin und der Komintern angewandt wurde. Sie veranlassten damals die KP Chinas, der bürgerlichen Kuomintang beizutreten und sich voll deren Bedingungen zu unterwerfen – sehr zum Schaden der sozialen Revolution. In den 30er Jahren wurde das Rezept in abgewandelter Form angewandt. Um nicht bürgerliche und sozialdemokratische Bundesgenossen zu verschrecken, hatten kommunistische Parteien im Volksfront-Fall weitgehend auf eine eigenständige Politik zu verzichten. Daher gaben Bürgerliche vielfach die Richtung an.

Zweitens steigert Gossweiler die anti-titoistische Attacke. Apodiktisch stellt er fest: »Der moderne Revisionismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg in der ganzen kommunistischen Bewegung Wurzel fasste, fand in Titos Jugoslawien ... eine staatliche Basis.« Die 1948er Kominform-Resolution, mit der die jugoslawische KP aus der Weltbewegung ausgeschlossen und ihre Führer des Nationalismus bezichtigt wurden, nennt er »eine notwendige und heilsame Schutzimpfung«.¹⁹ Zwar schreckt der Autor davor zurück, auch die Resolution von 1949 gutzuheißen, in der Jugoslawien zum Staat faschistischer Mörder und Spione erklärt und Titos Sturz gefordert wurde. Indes setzt diese zweite Kominform-Entscheidung die vorangegangene und von ihm begrüßte Kampagne lediglich in verstärktem Maße fort.

Den Anhängern stalinistischer Methoden ist besonders der 20. Parteitag der KPdSU von 1956 verhasst, rechnete hier doch erstmals die sowjetische Parteispitze selbst mit dem Diktator und dessen Verbrechen ab, so unzulänglich das gewesen sein mag. Hanfried Müller äußerte sich am ausführlichsten zu dieser Problematik. Dabei vollführte er einen Eiertanz. Er räumte ein, ins-

17 Gossweiler umschreibt die Vorgänge damit, dass »in den Jahren der zunehmenden tödlichen Bedrohung nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland der notwendige Abwehrkampf in schrecklich exzessiver Weise übersteigert wurde«, was gerade für Kommunisten schmerzlich gewesen sei. (Ebenda) Seit wann gehört es – ob »übersteigert« oder nicht – zur Abwehr fremder Aggression, die Gegner des Aggressors, Vaterlandsverteidiger in spe und Sozialisten massenhaft abzuschlachten?

18 K. Gossweiler: »Der ›moderne Revisionismus‹«, a.a.O., S. 50.

19 Ebenda, S. 50.

besondere die Sowjetunion, aber auch die kommunistische Bewegung hätte »vor der Aufgabe einer Neuorientierung« gestanden. Die UdSSR habe nicht bei einem System bleiben können, »das wesentlich dadurch entstanden war, dass die Klassenherrschaft zunächst konkret primär durch eine Avantgarde von Berufsrevolutionären, dann durch einen starken Generalsekretär mit seinem Apparat ausgeübt wurde.« Die Macht habe demokratisiert werden müssen, doch sei die Sowjetunion dem nicht gewachsen gewesen.²⁰

Bis dahin ist Müllers Analyse bemerkenswert sachlich; sie hört sich beinahe nach Trotzki an. Jedoch entschärft der Verfasser die selbstgebastelte Bombe dadurch, dass er den Begriff »Demokratisierung« ganz anders auslegt als allgemein üblich. Die Demokratisierung läuft in seiner Diktion nicht auf selbständiges Denken und Handeln der Massen hinaus, sondern auf eine »gewaltige Ausbreitung des Verantwortungsbewusstseins aller für das Ganze«, einen gewaltigen Erziehungsprozess an den Massen, denen die KPdSU das Nötige einzutrichtern hat. Müller hat denn auch »den Eindruck, dass das demokratische Mitverantwortungsbewusstsein am Ende der so genannten ›Stalin-Ära‹ in breiten Massen sehr viel entwickelter war als später«. Glücklicherweise sind wir so beim Lob des »Vaters aller Werktätigen« gelandet, noch dazu für dessen Wirken in einer Zeit, in der er das Land neuerlich in Angst und Schrecken versetzte und seine Bewohner mit einer weiteren »großen Säuberung« der Art von 1936-1938 bedrohte.

Prinzipiell ist festzuhalten: Müller und die Seinen verstehen unter Demokratie keine Volksherrschaft durch mündige Bürger, sondern die Erziehung der Bürger durch »die Partei«, mithin durch deren Führung und Apparat. Er nennt dies eine »revolutionäre Aufgabe«. Doch hat der 20. Parteitag der KPdSU sie unerfüllt gelassen, weshalb ihm Müller alles Böse der Welt nachsagt. Der Kongress, schreibt er, habe »mit seiner unkritischen, undialektischen, geschichtsfremden Stalinverdammung die kommunistische Weltbewegung ... nachhaltig an sich selbst irre« gemacht; er habe eine konterrevolutionäre Wende angeschoben, »die nicht ohne innere Logik in der Liquidation des sozialistischen Lagers unter Gorbatschows Führung endete«. Auch von Verrat ist in Müllers Beitrag die Rede. Er verdächtigt Gorbatschow und den KGB, die »Sozialismus-Reformatoren« und »modernen Ökonomen« sowie Modrow, Berghofer und Markus Wolf, bezahlte oder unbezahlte Agenten, »Teil der fünften Kolonne der Konterrevolution« gewesen zu sein.²¹ Das Schema, nach dem Stalins Schauprozesse, aber auch der Slänsky-Prozess usw. abliefen, ist komplett. Geschichte aus realen Gegebenheiten sowie aus Wechselspiel und Kampf der politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu erklären, wird nicht versucht. Die Politbürokratie, herrschende Schicht in allen pseu-

20 Zitate in diesem und im folgenden Absatz nach H.Müller: »Zusammenbruch«, a.a.O., S. 57ff.

21 Ebenda, S. 63ff. Gossweiler erörtert entsprechende Agententheorien in: »Antwort...«, a.a.O., S. 61f.

dosozialistischen Staaten und Träger des Stalinismus, bleibt außerhalb der Betrachtung. Leuten vom konservativen Flügel der PDS erschien Müllers Aufsatz so wichtig, dass sie für den Vorabdruck wichtiger Auszüge daraus im *Neuen Deutschland* sorgten.²² Das *ND* ist zwar kein »Zentralorgan« mehr, aber das von ostdeutschen Linken meistgelesene Blatt.

Wagenknecht und Gossweiler komplettierten die Attacke gegen reformerisch gesinnte KPdSU-Führer. Sie bezeichneten den Kurs auf Entspannung als »Entspannungslüge«²³ und als »Politik der Versöhnung mit dem Imperialismus«.²⁴ Die Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens sei »die Unterschrift unter den eigenen Totenschein« gewesen.²⁵ Außen vor bleibt also das Faktum, dass Entspannung und Abrüstung auch in heutiger Sicht die einzige Alternative zum militärischen Konflikt und zum Totrüsten waren. Sowjetunion und »sozialistische Gemeinschaft« konnten nur so aus dem Teufelskreis herauskommen, in dem sie immer weiter dem Abgrund zu trieben. Sicherung und Wahrung der Menschenrechte entsprechend Helsinki und Wien aber stellen keineswegs etwas Unsozialistisches dar. Sie bedeuten die Verpflichtung zur Abkehr von der ehemaligen, asozialistischen Politik der Stalin- und Breschnew-Zeit. Dem stellten sich in allen »realsozialistischen« Ländern jene entgegen, die von Meinungsfreiheit, Bürgerrechten und Demokratie eine Gefährdung ihrer Posten und Pfründe fürchten mussten. Durch Abblocken der Realisierung internationaler Vereinbarungen, die der eigene Staat mit unterzeichnet hatte, trugen sie zum Anwachsen gefährlicher Missstimmungen im eigenen Volk, zur Gefährdung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bei.

Müller zufolge brach allerdings »das sozialistische Lager in Europa« vorrangig »unter einer konterrevolutionären Aggression zusammen – weder gleichsam von selbst noch an der Kritik der ›Kerzenkinder‹. Vielmehr brach es zusammen, als der Imperialismus seine zuerst innenpolitisch erprobten Herrschaftsmethoden außenpolitisch perfektionierte: Terror (im Sinne von Totrüstung) verbunden mit Demagogie ... und schließlich Korruption (durch Verbindung von Kredit- und Embargopolitik)«²⁶

In der Tat wenden Imperialisten all diese Mittel an – entgegen Müllers Auffassung nicht erst seit kurzem, sondern schon lange. Durchschlagenden Erfolg hatten sie damit erst dann, als maßgebliche Gesellschaftskräfte in den sozialistisch genannten Staaten ihnen Zuarbeit leisteten. Das geschah nicht durch einen Kurs der Demokratisierung und sinnvoller Reformen, sondern durch das Festklammern an überholten Positionen so lange, bis auch die

22 H. Müller: »Zusammenbruch, Konterrevolution oder beides? Ein Versuch, der Sozialismusgeschichte ein Stück näher zu kommen«, in: *Neues Deutschland*, 26./27.9.1992.

23 S. Wagenknecht, a.a.O., S. 22.

24 K. Gossweiler: »Der ›moderne Revisionismus‹...«, a.a.O., S. 53.

25 Ebenda

26 H. Müller: »›Zusammenbruch‹...«, a.a.O., S. 62.

überwiegende Mehrheit der Parteigenossen, sogar im Sicherheitsapparat, nicht mehr zur Verteidigung des Regimes bereit war. Palastrevolutionäre, in denen allzu diskreditierte Angehörige der herrschenden Schicht abgelöst wurden, scheiterten. Am Ende stand die bedingungslose Kapitulation – weniger vor dem eigenen Volk als vor dem internationalen Kapital. Sie wurde von denen vollführt, die durch Stalin oder mindestens in seinem Geist »erzogen« worden waren.

»Nicht der ›Stalinismus‹ – der Opportunismus erweist sich als tödlich für die gewesene sozialistische Gesellschaftsordnung«, urteilt die Verteidigerin des Erstgenannten Saha Wagenknecht.²⁷ So kapitalisten- und sozialdemokratenfresserisch sich der Stalinismus immer gegeben hat: Seine Zöglinge agierten, als eine stärkere oder stärker scheinende Macht ihnen entgegentrat, genauso opportunistisch wie rechte Sozialdemokraten.

Entwicklung und Ende der DDR

An die Geschichte der DDR gingen *Weißenseer Blätter*-Diskussionspartner in der gleichen Art wie an die der Sowjetunion heran. Ihre Äußerungen sind widersprüchlich und im Hinblick auf wichtige Details der Geschichte lückenhaft. Es seien »Kommandohöhen für das Volk in Betrieb genommen« und »ein System der unmittelbaren Demokratie« errichtet worden²⁸, behaupten sie. Die Widersprüche zwischen beiden Thesen – Höhen *für* das Volk besetzen einerseits, *unmittelbare* Demokratie andererseits – gingen ihnen ebenso wenig auf wie das Faktum, dass es in der DDR keine unmittelbare Demokratie gegeben hat, ausgenommen die Zeit der Runden Tische.

Saha Wagenknecht behauptete: »Bis in die sechziger Jahre stellt sich ... die Geschichte des DDR-Sozialismus als einheitlicher, folgerichtiger Prozess dar.«²⁹ Neben vielem anderen hat sie vergessen, dass es ab der 2. Parteikonferenz der SED 1952 den Versuch zum »Aufbau des Sozialismus« im Stalin-Stil, 1953 einen dieser Linie entgegengesetzten Neuen Kurs und – da dieser Kurs zu spät kam und im Hinblick auf die Arbeiterklasse nicht weit genug ging – den Aufstand gegen das Regime am 17. Juni gab.³⁰ Als Ulbricht wieder fest im Sattel saß, wurde das Steuer erneut herumgerissen. Die DDR-Stalinisten waren also durchaus flexibel. Nur agierten sie häufig zur falschen Zeit und nicht in der richtigen Richtung. Die Mitverantwortung der UdSSR und ihrer Vertreter in Deutschland, die beträchtlich war, klammern *Weißenseer*

27 S. Wagenknecht, a.a.O., S. 22.

28 R. Eckert: »Revolution und Konterrevolution in Deutschland – Einige Hypothesen«, in: *Weißenseer Blätter* 3/1991, S. 40.

29 S. Wagenknecht, a.a.O., S. 14.

30 Müller macht umgekehrt den Neuen Kurs an sich – also die Lockerung der Schrauben – für die Unruhen und Arbeiterdemonstration verantwortlich, genau wie später den 20. Parteitag der KPdSU für die »ungarische Konterrevolution« 1956. H. Müller: »Zusammenbruch«, a.a.O., S. 63.

Blätter-Diskutanten wie Wagenknecht aus. Sie lassen desweiteren unberücksichtigt, dass Mitglieder der SED im Laufe der Parteigeschichte häufig rebellierten und Vorschläge machten, die realistischer als die jeweils gültige Linie waren. Ein ums andere Mal wurden diese Mitglieder – solche von der Basis bis in Politbüro – gemäßregelt, und in der Regel kapitulierten sie. In den Zeiten ihres Widerstands gegen den stalinistischen oder postalinistischen Kurs aber haben sie gleichwohl beigetragen, Alternativen zu erarbeiten und die Ehre der sich sozialistisch nennenden Partei wenigstens teilweise zu retten.

Sahra Wagenknecht indes begeistert sich für Walter Ulbricht, der oft genug der Zuchtmeister für aufbegehrende Genossen war. Sie lobt das 1963 von diesem verkündete Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS) und hebt zutreffend hervor, dass es die DDR-Wirtschaft eher vorangebracht hätte, als frühere und ihm folgende Systeme; denn tatsächlich räumte das NÖS sowohl Betriebsleitern als Belegschaftsangehörigen mehr Freiräume ein. Unrichtig ist jedoch Wagenknechts These, sein Aufschwung wäre folgerichtig »von einem verstärkten Kampf gegen sämtliche Spielarten des Revisionismus und der bürgerlichen Ideologie in den Geisteswissenschaften und den Künsten« begleitet worden, »um das gesellschaftliche Gleichgewicht zu halten«.³¹ Erstens war im Dezember 1965, als die intelligenzfeindliche Kampagne mit dem 11. Plenum des SED-Zentralkomitees begann, der Schwung des NÖS infolge bürokratischer Widerstände bereits erheblich verringert. Zweitens richtete sich die Kampagne allein der amtlichen Diktion zufolge gegen »Revisionismus« und »bürgerliche Ideologie«. Sie war in Wahrheit gegen kritische Geister und aufrechte Sozialisten gerichtet, darunter auch Robert Havemann. Drittens wurde das »gesellschaftliche Gleichgewicht« hierdurch eher gestört, da sture Gegner von Offenheit und Erneuerung, so Honecker und Mielke, ihre Positionen festigen konnten.

Über Honecker und seine Gruppe ist Wagenknecht gleichfalls erbost, aber erst für einen späteren Zeitpunkt. Sie ist es vor allem deshalb, weil diese Kräfte mit Rückendeckung Leonid Breschnews 1971 Ulbricht stürzten. Des Weiteren lastet sie ihnen an, in Abkehr von Ulbrichts Kurs die stärker auf Massenkonsum gerichtete Linie der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« durchgesetzt zu haben. Hieraus habe sich wachsende Abhängigkeit von westdeutschen Kreditgebern und ein immer größer werdender Rückstand in der industriellen Entwicklung ergeben. So richtig diese Feststellung und der damit verbundene Hinweis auf die unheilvolle Rolle von Wirtschaftsdiktator Günter Mittag für sich genommen ist – sie kann, da einseitig, Rückgang und Stagnation nur teilweise erklären. Es fehlt das Faktum, dass viele Milliarden Mark einerseits für sinnlose Prestigeprojekte, andererseits und vor allem für einen immer weiter wuchernden bürokratischen und Sicherheitsapparat verpulvert wurden, wie ihn wohl die kapitalistische BRD, nicht aber die DDR sich leisten konnte. Mangels demokratischer Reformen und wegen hartnäckig-

31 S. Wagenknecht, a.a.O., S. 14.

gen Widerstands der Führung gegen ein »Überschwappen« der auf Stärkung sozialistischer Ansätze gerichteten damaligen sowjetischen Perestroika blieb zudem der in weiten DDR-Bevölkerungskreisen vorhandene Aufbauwille ungenutzt. Aktivitäten von unten wurden zum Schaden des Landes von oben abgeblockt.

Müller und seine Freunde verteuflern durchgehend jene Teile der offiziellen Politik, die darauf abzielten, mehr für die arbeitende Bevölkerung zu tun. In- des ist diese Art von »Konsumdenken« nicht unmarxistisch, haben doch die »Klassiker« stets gegen einen Kommunismus der Armut und auf Kosten der Bevölkerung polemisiert. Der Kurs ist auch nicht falsch, doch braucht es, ihn zu realisieren, der vernunftgemäßen Anwendung aller vorhandenen Mittel – und eben daran haperte es. Korrumperend wirkte Honeckers Politik, weil sie allein eine Sache »von oben« war, ohne Mitspracherecht des Volkes, und wegen der Rolle der D-Mark als zweiter und vermeintlich besserer DDR- Währung.

In ihrer Philippika gegen Entspannungskurs und Helsinki-Prozess, hinter denen sie und andere Diskussionsteilnehmer finstere imperialistische Machenschaften vermuten, unterläuft Wagenknecht ein beachtlicher Fehler. Sie behauptet: »Ulbricht ... versagte dem sich anbahnenden Entspannungspro- zess folgerichtig jede Zustimmung und Unterstützung. Hier liegt die Quelle des latenten Konflikts, der seit Mitte der sechziger Jahre zwischen SED-Spit- ze und KPdSU schwelte.«³² Die Darstellung ist in beiden Punkten unzutref- fend. Ulbricht störte Breschnews Kreise nicht durch ein Nein zur Entspan- nung, sondern zur Stagnation, indem er hartnäckig und selbstsicher sein NÖS-Programm als mustergültig verfocht. Er war nicht nur der »harte Mann« des Mauerbaus, sondern ging bald danach auch konstruktiv auf die Politik des »Wandels durch Annäherung« von Brandt und Bahr ein. Er sank- tionierte die Passierscheinabkommen ab Ende 1963 mit Westberlin, 1966 auch den Versuch zum Dialog SED-SPD. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wirkte er als Staatsratsvorsitzender auf umfassende Vereinbarungen mit der Bundesrepublik mit hin. Honecker wiederum war keineswegs der dem Klassenfeind ins Entspannungsnetz stolpernde Weichling, als den ihn Wagen- knecht hinstellt. Er hatte großen Anteil am Bau der Mauer und wollte sie notfalls 50-100 Jahre weiter am Leben erhalten. Neben Beiträgen zur Ent- spannung war er für Rückfälle in Hexenjagden und Kalte-Kriegs-Situationen mitverantwortlich. Die Augen starr auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR gerichtet, als wäre, wenn das Fest programmgemäß abgefeiert war, der Staat gerettet, leistete Honecker einer Öffnung von Überdruckventilen, Ge- sprächen mit der Opposition statt Knüppelhieben für sie, einer Demokrati- sierung der SED und Erneuerung ihrer Führung, erheblichen Widerstand. Er handelte im Wesentlichen so, wie Wagenknecht, Müller und ihre Freunde dies heute nachträglich von ihm verlangen. Der Widerstand aber dauerte so

32 Ebenda, S. 17.

lange, bis es zu spät war, Honecker gestürzt wurde und schließlich das Zentralkomitee in einem historisch beispiellosen Akt der Kapitulation die Westgrenze öffnete.

Mit dem Artikel »Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben« in der *So-wjetskaja Rossija*, den das *ND* zwecks Nachnutzung in der DDR in Deutsch abdruckte, gab 1988 die Leningrader Chemiedozentin Nina Andrejewa das Signal zum Endkampf der sowjetischen Stalintreuen gegen Glasnost und Perestroika, die damals noch dem Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft dienen sollten. Müller und die ihm Gleichgesinnten machen dieselben Vorgänge, gegen die damals die Andrejewa Alarm schlug, für den Sieg des Kapitalismus über den »Realsozialismus« verantwortlich. Wie Nina Andrejewa suchen sie, der millionenfachen konterrevolutionären Verbrechen Stalins ungeachtet, dessen Ehre und Politik zu retten. Gleich ihr sehen sie sich zu diesem Zweck zu Fehlinterpretationen, Un- oder Halbwahrheiten, zum Verschweigen wesentlicher historischer Vorgänge und zu windigen Konstruktionen veranlasst. Gleich ihr halten auch sie sich für Revolutionäre, womöglich gar mit mehreren R. Doch darf daran erinnert werden, dass nach Ansicht der Marxisten nur die Wahrheit revolutionär ist.

Die in den *Weißenseer Blättern* geleistete Theoriearbeit sollte gleichwohl nicht unterschätzt werden. Mit ihrem Kurs des Kahlschlags und der politischen Ausgrenzung Hunderttausender wirken die kapitalistischen Sieger des Kalten Krieges und ihre Quislinge selbst darauf hin, dass DDR- und »Sozialismus«-Nostalgie erheblich zunimmt, da es für viele nie so schlimm war, wie heute unter bourgeoiser Kolonialherrschaft. Ebenso wie die Früchte des Rechtsextremismus können auf diesem Boden auch die eines neuen Stalinismus gedeihen. Innere tief verwurzelte Unwahrhaftigkeit wird sie schwerlich daran hindern. Die Zeit großer Erschütterungen ist zugleich eine Zeit, in der nicht nur viel gezweifelt, sondern auch viel geglaubt wird. Glauben aber lassen sich Legenden und Märchen, nicht die Wahrheit. Standpunkte wie die in den *Weißenseer Blättern*, bruchstückweise in *Neues Deutschland* und *Weltbühne* vertretenen könnten der Anfang zur Neubildung einer falschen, scheinlinken Theorie sein. Es ist keineswegs gewiss, dass diese nicht – wie weiland bei Rechtsstehenden die Dolchstoßlegende, der sie in manchem ähnlich ist – zahlreiche Anhänger findet. Das Beispiel Russland zeigt zudem: Faschistoide, Monarchisten und Stalinisten können sich auch zu gemeinsamem Kampf verbinden.

In seinem zweiten Beitrag zur *Weißenseer Blätter*-Debatte stellte Müller fest, der Blick auf die bürgerliche Revolutionsgeschichte sei tröstlich: »Die Gegenreformation hatte nicht das letzte Wort! Es folgten ihr noch viele bürgerliche Revolutionen bis zum globalen Sieg der Bourgeoisie. Da aber im Unterschied zur bürgerlichen die sozialistische Revolution sich nicht naturhaft-spontan ergibt, sondern der bereits bewusste Initialakt zur eigentlichen, das heißt vernünftig-planmäßig gemachten Geschichte ist, bedarf es theoretischer Weiterarbeit, um die Ursachen unserer Niederlage zu analysieren und

den Fortgang für die Zukunft richtiger zu konzipieren.«³³ Vom Glauben an eine Planbarkeit der Geschichte abgesehen, trifft das auch wesentlich für nichtstalinistische Sozialisten zu. Dem Verbiehen und Verdrehen der Geschichte aber müssen diese entgegentreten, da es der Rechtfertigung eines mit millionenfachen Verbrechen gegen den Sozialismus behafteten, im Kern konterrevolutionären Regimes dienen soll. Gleich reaktionären bürgerlichen Ideologen setzen Ehrenretter des Stalinismus diesen mit Kommunismus und Sozialismus gleich. Beide Seiten haben dazu unterschiedliche Beweggründe. Sie diskreditieren jedoch gleichermaßen den Sozialismus, tragen zur Verwirrung und Zersplitterung der Linken bei und nutzen – direkt oder indirekt – den Rechtskräften. So sehr die Anhänger stalinistischer Methoden sich mit roten Fahnen und Versatzstücken drapieren mögen: Sie weisen einen Weg, der falsch und für den sozialen Fortschritt gefährlich ist – gerade auch in Deutschland.

33 H. Müller: »Zusammenbruch«, a.a.O., S. 66.

6. Domenico Losurdos Neostalinismus

Linke, die sich inmitten des neoliberalen Durchmarsches Anfang der 90er Jahre damit trösteten, dass wenigstens der Stalinismus historisch endgültig passé sei, müssen umdenken. Nicht nur, dass einige stalinistische Reservate im globalkapitalistischen Weltsystem überlebt haben. Auch in der Theorie kann man seit einigen Jahren zunehmend selbstbewusster vorgetragene Diskurse beobachten, die wesentliche Theoreme der alten stalinistischen Weltanschauung aktualisieren und darauf hinauslaufen, den historischen Stalinismus mehr oder weniger unverhohlen zu rechtfertigen.¹

Das neueste Kapitel dieser Renaissance hat nun der namhafte italienische Linksphilosoph und Publizist Domenico Losurdo geschrieben. Er wurde für diesen intellektuellen Dienst prompt und sicherlich nicht zufällig von der ostdeutschen Tageszeitung *junge Welt* belohnt. Als exklusive Vorveröffentlichung einer im DKP-Verlag Neue Impulse erschienenen Broschüre brachte sie den fast vollständigen Text in einer immerhin siebenteiligen doppelseitigen Serie Ende März 2000. Der folgende Text wurde Anfang April als Reaktion auf die Serie in der *jungen Welt* verfasst, nicht ohne mich vorher bei der Redaktion zu versichern, dass Kritiken ausdrücklich erwünscht sind. Die Veröffentlichung wurde jedoch abgelehnt, da solcherart Kritik, v. a. die darin benutzte Vokabel des (Neo-)Stalinismus, geeignet sei, die Diskussion auf eine vermeintlich schiefe Bahn zu lenken.²

- 1 Vgl. Arbeitskreis kritischer Marxismus (hrsg.): *Beiträge zur Stalinismus-Diskussion*, Berlin 1997.
- 2 Erschienen ist er dann in der August 2000-Ausgabe der Zeitschrift *Utopie kreativ*. In einem umfangreichen, in zwei Teilen in der Zeitschrift *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (Nr. 49, März 2002, und Nr. 52, Dezember 2002) erschienenen (durch und durch apologetischen) Beitrag über »Losurdos Beitrag zur Wiedergewinnung des Selbstbewusstseins der Linken« (so der Titel) meinte Andreas Wehr meine hier neu aufgelegte Kritik in einer Fußnote verdammten und ignorieren zu können, da man »diese Besprechung beim besten Willen als nicht mehr als eine wüste Beschimpfung bezeichnen (kann)«. Ich würde, wirft mir Wehr dort vor, »Losurdos Kritik am Realsozialismus schlicht unter den Tisch fallen« lassen, ein »Zerrbild« zeichnen, mehr Trotzki als Losurdo zitieren und meine wenigen Losurdo-Zitate nicht einmal belegen. So erfahre der Leser »leider nichts über die Gedankengänge des kritisierten Autors«. Das Urteil, wer hier wen angemessener darstellt und interpretiert (oder verzerrt), überlasse ich getrost der aufgeklärten Leserschaft, der ich hier auch die entsprechenden Zitatnachweise mit auf den Weg gebe. Dass Losurdo am ehemals real existierenden »Sozia-

Schluss machen mit der »Unterwerfung der Opfer unter die Werte ihrer Unterdrücker« möchte Domenico Losurdo in seinem Versuch über »die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthass« (so der Untertitel).³ Schluss machen mit der »Selbstgeißelung der Linken« und ihrer »Scham« über die in Blut und Enttäuschung getränkte Vergangenheit des ehemals real existierenden Sozialismus. Mit »radikaler und vorurteilsfreier« »Selbstkritik« will er gegen den »aufgeblasenen Narzissmus der Sieger« angehen, so erklärt er gleich zu Beginn, und fordert deswegen autonome Souveränität im Umgang mit Geschichte und Gegenwart ein. Doch man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll: über die inhaltliche Hohlheit von Losurdos Argumentation oder über die tönende Form, mit der er diese vorträgt.

Diktatur, Terror und Verbrechen habe es zwar gegeben im Lande der Oktoberrevolution und in der kommunistischen Weltbewegung, aber jedes diesbezügliche Eingeständnis wird von ihm unmittelbar relativiert mit dem internationalen Kontext eines vermeintlichen »Dritten Weltkrieges«. Auch Bürokratie habe es zwar gegeben, aber deren Fehler, Irrtümer und Verbrechen seien subjektiv bedingt gewesen, »mit der traditionellen Arroganz der Mandarine verbunden« (S. 42), also Überbleibsel des Alten, nicht Grundlage des Neuen, wie er am chinesischen Beispiel behauptet.

Losurdo beklagt sich darüber, dass man darauf »wetten« (S. 8) könne, dass jeder, der »schüchtern« (ebd.) – also anders als er selbst – versuche, objektive Rahmenbedingungen des postkapitalistischen Sozialismus-Kommunismus zu erforschen, mit dem Vorwurf des Rechtfertigungsversuchs konfrontiert werde. Man wird zwar hellhörig, schließlich war solcherart Objektivismus schon immer das Einfallstor des Stalinismus. Doch bei gutem Willen klingt das nicht verkehrt, denn objektive Rahmenbedingungen sind ja bekanntlich nur die eine Seite, können noch immer mit kritischer Betrachtung des Inhalts einhergehen. Was aber, wenn wie bei Losurdo diese kritische Binnenbetrachtung schlicht ausbleibt? Dann bleibt in der Tat nur die sachliche Tatsache einer Rechtfertigung des Geschehenen mit den nicht selbst verschuldeten objektiven Rahmenbedingungen.

lismus« Kritik übt, widerspricht im Übrigen in keiner Weise meiner These, dass es sich dabei um eine neostalinistische Kritik handelt. Auch Stalin selbst war bekanntlich ein vehementer Kritiker des sozialistischen Bürokratismus... Und für jene, für die schon das Zitieren Leo Trotzki's ein Akt von zweifelhaftem Troztkismus ist, sei vermerkt, dass dieser hier deswegen ausgiebig zitiert wird, weil ihm nicht nur das historische Verdienst der ersten systematischen Stalinismuskritik gebührt. Man kann bei ihm auch (fast) alles finden, was zur Widerlegung der auch siebzig Jahre später immer wieder neu aufgewärmten philo- und neostalinistischen Argumente zu sagen ist.

3 Domenico Losurdo: *Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthass*, Essen: Neue Impulse 2000. Die Zitate dieses Absatzes sind dem Vorwort entnommen. Die im folgenden Text eingefügten Seitenzahlen beziehen sich auf die Broschürenausgabe.

Zu allem Überfluss insistiert Losurdo noch darauf, dass die Marx'sche Methode des historischen Materialismus darin zusammengefasst wird, dass die Menschen ihre Geschichte zwar selbst, aber nicht unter selbst gewählten Bedingungen machen. Was jedoch tut Losurdo? Die in dieser Formulierung enthaltene dialektische Spannung löst er auf, indem er sich im Folgenden ausschließlich über die nicht selbst gewählten Bedingungen auslässt.

Dass er es mit solch hohler Methodik schafft, einen nicht unerheblichen Teil seines Publikums zu blenden, sagt wenig über seine Geschicktheit aus, sondern mehr über dessen weit verbreitetes Bedürfnis, sich blenden zu lassen...

Die Logik des »Dritten Weltkriegs«

Den Großteil seiner Energie (vier von sieben Kapiteln) verwendet Losurdo darauf, den »Dritten Weltkrieg« zu beschreiben. Dieser war »erbarmungslos«, kannte »keine Regeln« (hier zitiert er einen US-General), »erstreckt(e) sich über den ganzen Erdball und dauert(e) Jahrzehnte« (S. 14).

Doch in der Nacht sind alle Katzen grau, heißt es. Und genauso ist es mit Losurdos »Dritter Weltkriegs«-Theorie. Sie ist alles andere als konkret, vermag als homogenisierende Abstraktion realgeschichtlich nicht mehr zu unterscheiden und verunmöglicht damit jede ernsthafte, wissenschaftliche Analyse. Auch der Klassenkampf – um ein anderes methodisches Beispiel zu nennen – ist immer virulent. Mal ist er offener, mal versteckter, mal ist er stärker, mal schwächer. Mal ist das Klassenhandeln der Individuen und Parteien den Herausforderungen angemessen, mal ist es kontraproduktiv. Wir haben also noch nicht viel erklärt, wenn wir konkrete Klassengeschichte auf die allgemeine Tatsache von den die Geschichte beherrschenden Klassenkämpfen zurückführen. Entsprechend ergeht es dem »Dritten Weltkrieg«: Wenn alles abstrakt ein permanenter Krieg war, wie erklärt sich Losurdo dann die konkrete Abfolge von friedlichem Wettbewerb der Systeme in den 20er/30er Jahren und Zweitem Weltkrieg in den 40ern, von Kaltem Krieg in den 50ern, weitgehend friedlicher Koexistenz während der 60er und 70er Jahre und zweitem Kalten Krieg während der 80er Jahre? Ach ja: In der Nacht sind alle Katzen grau.

Es stellt sich bei diesen methodologischen Ungereimtheiten nicht nur die Frage, was der Aufweis eines vermeintlichen »Dritten Weltkrieges« eigentlich erklären kann. Mehr noch stellt sich die Frage, was dieser Aufweis zu *rechtfertigen* in der Lage ist. Für Losurdo ist die Sache klar: »Es handelt sich dabei um ein Kräfitemessen, das sich letzten Endes [!] auf die Wirtschaft und Politik des feindlichen Landes auswirkt [!], auf seine ganzen [!] inneren Verhältnisse« (S. 18). Er führt auf diesem Wege den stalinistischen Terror – seine Formulierung des »erst Lenin'sche(n), dann Stalin'sche(n) Terror(s)« erweist sich als geschickte Homogenisierung – auf den sich weltweit ausbreitenden Totalitarismus zurück und sieht den permanenten Ausnahmezustand im Nominalsozialismus als integralen Bestandteil der »totale(n) Mobilmachung und Gleich-

schaltung« (S. 25) im »Dritten Weltkrieg« usw. usf. Solcherart von individueller und kollektiver Schuld gereinigt, wird ihm der (natürlich in Gänsefüßchen gesetzte) Stalinismus »mit allen [!] seinen Schrecken ein Kapitel jenes Emanzipationsprozesses ..., der das Dritte Reich besiegt hat« (S. 30) und den Impuls gab für den Kampf gegen Dekolonisierung, Antisemitismus und Rassismus.

Was ist dies anderes als eine unverhohlene und umfassende Rechtfertigung? Es ist zudem falsch. Der Stalinismus hat Emanzipationsprozesse nicht nur nachhaltig blockiert, er hatte auch keinerlei Probleme, wenn nötig, auf Rassismus und Antisemitismus zurückzugreifen und hat selbst seine »Bruderparteien« und Satellitenstaaten in quasi kolonialer Manier gehalten. Und dass ihm das Verdienst des Emanzipationskampfes gegen den Faschismus zufalle, ist sehr zu bezweifeln, erinnert man sich daran, wie er durch seine verheerende Politik zuerst zu dessen Machtergreifung beigetragen und dann den antifaschistischen Kampf seinen diplomatischen Direktiven untergeordnet hat. Bereits 1939 beschrieb Leo Trotzki, wie eine souveräne Antwort auf solcherart »Leistung« aussähe: »Wenn einer ein Haus in Brand steckt oder dabei hilft und dann von den 10 Einwohnern des Hauses 5 rettet, um sie zu Halbsklaven zu machen, so ist dies ein geringeres Übel, als wenn alle 10 verbrannt wären. Aber eine Rettungsmedaille hat dieser Brandstifter für seine Tat wohl kaum verdient. Sollte ihm dennoch eine solche Medaille verliehen werden, so wäre er gleich darauf zu erschießen, wie es mit einem Held aus einem Roman von Victor Hugo geschieht.«⁴

Losurdo wird nicht müde, Stalin und andere mit Roosevelt, Churchill und anderen zu vergleichen und treibt dieses Spiel bis zur zynischen Erbsenzählerei, wer denn schwerwiegendere Verbrechen verübt, wer denn mehr Menschen auf dem Gewissen habe. Und er fragt an: »Auf Grund welcher Logik kann man also behaupten, die Verbrechen Lenins und Stalins [man beachte die Gleichsetzung; c.j.] seien schlimmer als jene, derer sich Clinton schuldig macht?« (S. 31)

Hier beißt sich die graue Katze schließlich in den eigenen Schwanz: Wenn diese verschiedenen Verbrechen alle Teil eines übergeordneten Ganzen, des »Dritten Weltkrieges«, und insofern alle gleich sind, warum sollen wir uns dann eigentlich dazu durchringen, die »kommunistische« Weltbewegung zu verteidigen, uns als sogar stolzen Teil derselben verstehen? Weil die einen behaupten, gut, d. h. kommunistisch zu sein? Weil bei den einen das gesellschaftliche Eigentum in der Hand einer staatlichen Bürokratie ist, während es bei den anderen in den Händen der Bourgeoisie privatisiert ist? Auch darauf wusste schon Trotzki das passende Bildnis zu erwidern: »Wenn ein Dampfer zum Kollektiveigentum erklärt wird, die Passagiere aber nach wie vor in erste, zweite und dritte Klasse eingeteilt werden, so ist offensichtlich, dass für

4 Leo Trotzki: »Noch einmal zum Charakter der UdSSR«, in ders.: *Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur*, Band 1.2. (1936-1940) S. 1302.

die Passagiere der dritten Klasse der Unterschied in den Existenzbedingungen von weit größerer Bedeutung sein wird als der juristische Eigentumswechsel. Umgekehrt werden die Passagiere der ersten Klasse bei Kaffee und Zigarren dem Gedanken huldigen, das Kollektivgut sei alles, die bequeme Kajüte dagegen nichts.«⁵

Hier sind wir beim Kern der Sache angelangt. Losurdo will die Kommunisten souverän machen, aus ihrer Unterordnung unter die Logik der Sieger befreien. Doch er selbst bindet sich in schlichter Negation unerbittlich an die Logik einer untergegangenen (und in ihren letzten Resten zum Untergang verdamnten) bürokratischen Kaste. Die Perspektive mag eine andere sein, die Unterordnung ist dieselbe.

Es lässt sich dabei nicht einmal sagen, dass er sich der Logik der Besiegten unterordnet, denn die bürokratische Kaste ist nur bedingt der Verlierer des »Dritten Weltkriegs«. Nennenswerte Teile derselben haben sich gekonnt in die neuen abhängig-kapitalistischen Verhältnisse gerettet – oder sind dabei, sich gekonnt hinein zu retten. Losurdo vertritt dagegen jene ehemalige Schicht von in tiefster Subalternität verharrenden Linksintellektuellen, die jede Denk-Direktive von oben immer geflissentlich befolgt haben. Ein Großteil dieser Schicht hat mit dem Zusammenbruch des Nominalsozialismus jeden ideologischen Halt verloren und sich mal mehr, mal weniger der bürgerlichen Logik untergeordnet. Ein kleiner Teil verharrt dagegen in trotzigem »Jetzt erst recht!« und ist auf der Suche nach einem neuen großen Bruder, an den man sich anlehnen kann. Für letztere und gegen erstere schreibt Losurdo. Mit Souveränität, eigenbestimmter Logik oder marxistischem Sozialismus hat dies jedoch wenig zu tun.

Die Logik des Sozialismus

Losurdo kommt in seinem Bestreben, die von bürgerlichen und sozialistischen Politikern und Systemen begangenen Verbrechen durch Vergleich zu egalisieren, zu der absurden Konsequenz, die bürgerliche Theorie des »Kampfes ums Dasein« einfach auf die Ebene der Systemauseinandersetzung anzuwenden und sich zustimmend auf Carl Schmitts bürgerlich-reaktionären Souveränitätsbegriff zu beziehen. (S. 20)

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die sie zutiefst kennzeichnende Entfremdung eine sich alltäglich reproduzierende. Souveränität erscheint hier einzig als außergewöhnliche möglich, als Souveränität, über den Ausnahmezustand zu entscheiden. Sozialistinnen und Sozialisten dagegen sind souverän, wenn sie es vermögen, mit der bürgerlichen Alltäglichkeit, mit der alltäglichen Entfremdung und den ihnen entsprechenden Denkformen (zumindest partiell) zu brechen. Souveränität hat etwas mit Subjektivität zu tun, doch

5 Leo Trotzki: *Verratene Revolution* (1936), in ders.: *Schriften 1*, a.a.O., S. 943.

Losurdos ganzes Sinnen ist in typisch stalinistischer Denktradition auf Objektivitäten gerichtet.

Die Verbrechen Stalins, Pol Pots und all der anderen sind jedoch für Sozialisten schlimmer als die Verbrechen der Bourgeoisie, weil sie – und hier ist die objektive Rechtfertigung für den von Losurdo so beklagten »Verrats«-Vorwurf – im Namen des Sozialismus durchgeführt wurden und weil sie mehrere Generationen von Sozialisten-Kommunisten in Verwirrung und Verirrung getrieben haben. Sie wirkten verheerender, weil die sozialistische Bewegung hier nicht von außen, sondern von innen massakriert wurde.

»Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin. Das ist auch nicht verwunderlich: Hitler hat die Arbeiterorganisationen von außen attackiert, Stalin – von innen. Hitler attackiert den Marxismus. Stalin attackiert ihn nicht nur, sondern prostituiert ihn auch. Nicht ein ungeschändetes Prinzip, nicht eine unbefleckte Idee sind übriggeblieben. Selbst die Worte Sozialismus und Kommunismus sind grauenhaft kompromittiert, seit wild gewordene Gendarmen unter der Titulatur Kommunisten ihr Gendarmenregime Sozialismus nennen. Eine abscheuliche Lästerung! Die GPU-Kaserne ist nicht das Ideal, für das die Arbeiterklasse kämpft. Sozialismus bedeutet eine durch und durch transparente Gesellschaftsordnung, die auf der Selbstverwaltung der Werktätigen beruht. Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Herrschenden gegen die Beherrschten. Sozialismus bedeutet ständig zunehmende Gleichheit aller. Stalin hat ein System abscheulicher Privilegien geschaffen. Der Sozialismus hat die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit zum Ziel. Wo und wann wurde die Persönlichkeit so erniedrigt wie in der UdSSR? Der Sozialismus hätte gar keinen Wert, wenn nicht die Menschen miteinander uneigennützig, ehrlich, human umgehen. Stalins Regime hat die gesellschaftlichen und persönlichen Beziehungen mit Lüge, Karrierismus und Verrat durchtränkt. Gewiss, nicht Stalin bestimmt die Wege der Geschichte. Wir kennen die objektiven Ursachen, die der Reaktion in der UdSSR den Weg geebnet haben. Doch nicht zufällig kam Stalin an die Spitze der thermidorischen Welle. Dem gierigen Appetit der neuen Kaste verstand er unheilvollen Ausdruck zu geben. Er trägt keine Verantwortung für die Geschichte. Aber er trägt die Verantwortung für sich und seine Rolle in der Geschichte. Diese Rolle ist verbrecherisch. Die Maßstäbe des Verbrecherischen sind derart, dass Ekel sich mit Schrecken multipliziert.«⁶

Wer wie Losurdo das welthistorisch Neue des Sozialismus nicht verstanden hat, wer nicht verstanden hat, dass die sozialistische Umwälzung anders als alle bisherigen Revolutionen nur als eine eminent bewusste und selbsttätige Tat der Bevölkerungsmehrheit gegen eine sie ausbeutende und erniedrigende Minderheit gelingen kann, will sie Ernst machen mit dem emanzipato-

6 Leo Trotzki: »Der Anfang vom Ende« (August 1937), in ders.: *Schriften 1*, a.a.O., S. 1100.

rischen Ziel einer Aufhebung menschlicher Entfremdung, der versteht auch nicht die historisch neuartige Tiefe der sozialistischen Niederlage. Die Sklaven Roms lehnten sich mit der Macht historischer Fatalität und einer daraus erwachsenden – von Losurdo genüsslich zitierten – barbarischen Grausamkeit immer wieder neu auf, weil sie in der Tat nichts mehr zu verlieren hatten. Auf die modernen Proletarier, die lohnarbeitende Klasse, trifft dies nicht zu – hier irrt das *Kommunistische Manifest*. Ihre Entscheidung zum Sozialismus ist nicht die »Freiheit von«, sondern die »Freiheit zu«. Anders können sie gar nicht die ungeheuren Aufgaben in Angriff nehmen, die vor ihnen stehen. Denn Sozialismus baut zwar auf bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften auf. Nichts desto trotz ist er ein fundamentaler Bruch mit denselben. Er stellt erstmals den Menschen in den Mittelpunkt von Arbeit und Leben. Und da es einen Zusammenhang zwischen Ziel und Mittel gibt, wird sich der Sozialismus nicht als Hegelsche »List der Vernunft« gegen deren Subjekte durchsetzen lassen. Und weil dies so ist, lassen sich die Verbrechen der »kommunistischen« Weltbewegung auch nicht durch den Vergleich mit den Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft oder durch Vergleiche mit der vorbürgerlichen Geschichte (Christentum, Sklavenaufstände etc.), also mit dem, was Marx und Engels noch als »menschliche Vorgeschichte« ansahen, relativieren.

Dass sich Losurdo von der sozialistischen Idee grundlegend abgewandt hat, zeigt sich, wenn er am chinesischen Beispiel »die Hauptaufgabe der neuen Volksmacht nach dem Sieg der Revolution« schlicht und einzig darin sieht, »die zurückgebliebenen Produktivkräfte zu entwickeln«⁷, sprich: in der Erledigung der bürgerlichen Aufgaben. Dass er diese Produktivkräfte als rein technische missversteht, ist dabei gleichermaßen Ursache wie Folge solch fundamentalen Unverständnisses. »Das wichtigste Kriterium der Politik ist für uns«, so Trotzki dagegen 1939, »nicht die Umwandlung des Eigentums auf dem einen oder anderen Teiltritorium [oder gleichsam die bloße Entwicklung der Produktivkräfte; CJ], wie wichtig sie an und für sich auch immer sein möge, sondern der Wandel in der Bewusstheit und Organisiertheit des internationalen Proletariats und die Steigerung seiner Fähigkeit, alte Er-rungenschaften zu verteidigen und neue zu machen. Unter diesem allein entscheidenden Gesichtspunkt und aufs Ganze gesehen ist die Politik Moskaus nach wie vor reaktionär und bleibt das Haupthindernis auf dem Wege zur internationalen Revolution.«⁸ Und unter diesem Gesichtspunkt gesehen prallt der Losurdosche Aufruf zum letzten blinden Gefecht an der Intelligenz und Humanität der Mehrheit derer ab, auf die es ankäme.

Während sich der alte sozialdemokratische Revisionismus den unmittelbaren proletarischen Denkformen anpasste und Sozialismus als bloße Erweite-

7 So Losurdo in seiner zeitgleich im Neue Impulse-Verlag erschienenen Broschüre *Die Linke, China und der Imperialismus*, Essen 2000, S. 27.

8 Leo Trotzki: »Die UdSSR im Krieg«, in ders.: *Schriften 1*, a.a.O., S. 1292.

rung bürgerlicher Demokratie verstand, ordnete der erziehungsdiktatorische Stalinismus den subjektiven Faktor dem von ihm (vermeintlich) erkannten objektiven Weltgeist unter. Drängte die Sozialdemokratie ihre ehemals eigenständige sozialistische Rationalität zurück und ordnete diese zunehmend der herrschenden bürgerlichen Logik unter, so ordnete der Stalinismus die ehemals eigenständige kommunistische Rationalität ihrer politbürokratischen Herrschaftslogik unter.⁹ Beiden gemeinsam war damit die Abkehr vom Glauben an die Fähigkeit der lohnarbeitenden Klasse zur umfassenden Selbsttätigkeit, die erneute Unterwerfung der Emanzipationssubjekte zu Objekten ihres Herrschaftsanspruchs.

Ein ganzes Kapitel verwendet Losurdo darauf, den Begriff der Implosion des ehemals real existierenden Sozialismus als »völlig ungeeignet« (S. 20) abzulehnen. Ein solcher Begriff ist ihm lediglich »ein apologetischer Mythos des Kapitalismus und Imperialismus« (S. 18), der den Charakter des »Dritten Weltkrieges« verschleierte. Fällt jedoch eines beim realgeschichtlichen Zusammenbruch der »kommunistischen« Staaten auf, so war es, dass weder die »kommunistischen« Regierungen noch deren Bevölkerungen einen Widerstand leisteten, der auch nur annähernd dem nahekommt, was man bei einem (Welt-)Krieg erwarten sollte. Dass dies ein schlagender Hinweis darauf ist, dass dieser Zusammenbruch doch mehr mit inneren als äußeren Faktoren zu tun hat, das kann für Losurdo nicht sein, weil es eben nicht sein soll.

Die Geschichte des Dritten Weges (nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen sozialdemokratischem »Sozialismus« und politbürokratischem »Sozialismus«), das was Losurdo unter dem Stichwort »Zurück zu Marx« heftig ablehnt und denunziert (S. 9ff.), ist der Versuch, einen Maßstab der eigenen Kritik an den genannten Strömungen sowie mögliche Hinweise, wie man es anders machen könnte/müsste, zu finden. Während Trotzismus, Reformkommunismus, Syndikalismus, westlicher Marxismus, Neue Linke u. a. eine neue Synthese von Demokratie und Sozialismus suchten, rief die real-existierende Politbürokratie schlicht »Glaubt uns, folgt uns, wir werden es schon für Euch richten!« – und tötete mehr Kommunisten als Hitler. Bei ihrem schließlichen Zusammenbruch ließ sie ihre historischen Erregenschaften einfach fahren, rettete dagegen (soweit wie möglich) ihre Felle ins Trockene und hinterließ ansonsten ideologisches Ödland.

Die Logik des Neoliberalismus

In dieser historischen Situation betritt Losurdo das Rednerpult und teilt uns mit (Kapitel 5 und v. a. 7): Schuld am ideologischen Kater sind die illusionären Hoffnungen auf menschliche Emanzipation. Putzen wir uns doch einfach, so Losurdo, diese Emanzipationsversprechen als anarchistische von der

9 Vgl. hierzu Peter Cardorff: *Studien über Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln*, Hamburg 1980.

Backe und erkennen, dass die reale historische Bewegung der marxistischen Theorie überlegen ist. Er singt das bourgeoise Lied von den angeblich eschatologischen Grundlagen des marxistischen Emanzipationsversprechens und heult schließlich mit jenen Neoliberalen, die am Eingang von Dantes Hölle ausrufen: »Ihr, die ihr hier eintretet, lasst alle Hoffnung fahren!«¹⁰

Dass mit der sozialistischen Revolution der Staat abzusterben beginnt, und dass in diesem Prozess sowohl die Klassenwidersprüche aufgehoben als auch die nationalen, ethnischen und Geschlechterverhältnisse angegangen werden müssen, interpretiert Losurdo umstandslos als »eschatologische Hoffnung auf eine vollständig versöhnte Gesellschaft ohne jegliche Widersprüche und Konflikte«, die »gewiss nicht als eine Theorie der zu errichtenden nachkapitalistischen Gesellschaft betrachtet werden (kann)« (S. 38).

Welch gnadenlos tragische Ironie, dass der vermeintliche Kämpfer gegen die neoliberalen Sieger nicht nur deren antisozialistische Vorurteile teilt, sondern auch noch deren Kerntheorem reproduziert, wenn er den chinesischen »Marktsozialismus« mit der Aussage verteidigt, es gäbe zu ihm keine Alternative (S. 41). Er behauptet, dass die chinesische Führung eine »revolutionäre Macht« (ebd.), dass der staatliche Sektor Chinas »sozialistisch« (ebd.) sei. Demokratie hält er für vernachlässigenswert, weil die »zuvor nie genossenen ökonomischen und sozialen Rechte ein(en) Emanzipationsprozess von enormem Ausmaß« (S. 42) in Gang gesetzt hätten. Er sagt uns aber nicht, dass die chinesischen LohnarbeiterInnen bestenfalls nominell Eigentümer ihrer Produktionsverhältnisse sind. Er sagt uns nicht, dass sie faktisch keinerlei demokratische Kontrollmöglichkeiten haben über jene Produktionsbedingungen, unter denen sie ausgebeutet werden. Er sagt uns nicht, dass sie keinen Einfluss auf Werksstillegungen und Arbeitsplatzunsicherheit haben, und auch nicht, in welchem Ausmaß gerade Frauen und Wanderarbeiter überausgebeutet und aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess ausgespuckt werden. Er sagt uns nicht, welche Ausmaße Arbeitslosigkeit und Armut in China angenommen haben und wie sich die Korruption strukturell ausweitet. Er sagt uns nicht, in welchem Umfang sich die Arbeiter und Bauern im Arbeiter- und Bauernstaat mittels Streiks, Bummelei und Sabotage ihrer nackten Haut erwehren. Er sagt uns nicht, wie unabhängige Arbeitergruppen real agieren und von den Hütern des »Sozialismus« mit Terror und Mord überzogen werden.¹¹ Auf innenpolitische Verhältnisse in China geht Losurdo weder

10 Bei einem der weltweit engagiertesten und fundiertesten Kritiker des Neoliberalismus, Franz Hinkelammert, lässt sich nachlesen, dass dies kein Ausrutscher Losurdos ist, dass und inwieweit stalinistisch-sowjetisches Denken vielmehr bemerkenswerte Übereinstimmungen zum neoliberalen Denken zeitigt. Vgl. dazu *Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie*, Mainz/Luzern 1994 und *Kultur der Hoffnung. Für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Naturzerstörung*, Mainz/Luzern 1999.

11 Vgl. Gerard Greenfield/Apo Leong: »China's Communist Capitalism: The Real World of Market Socialism«, in: *Socialist Register* 1997, S. 96-122.

hier noch in seiner speziell zu China verfassten zweiten Broschüre¹² ein. Er will uns stattdessen weismachen, dass all dies unsere einzige Alternative zum Kapitalismus sei und dass »eine Reihe von Dingen neues Licht auf die Ereignisse vom Tien-An-Men werfen« (S. 22).

Wen will Domenico Losurdo mit all dem eigentlich überzeugen, was ist der kommunikative Sinn seiner Ausführungen? Bestenfalls überzeugt er die eh schon Überzeugten, spendet Trost den Trostlosen. Zur proklamierten Hegemoniebildung kann er damit jedenfalls nicht beitragen. Und wie will Losurdo gegen die die Menschen und die Natur zerstörende und erniedrigende neoliberale Profitlogik hier bei uns ankämpfen, wenn er ein System verteidigt, dass in dieser Profitlogik sein einziges Heil sieht und das deswegen auf eine menschliche und ökologische Katastrophe zusegelt, von dem wir uns noch gar keinen richtigen Begriff machen können?¹³

Das theoretische wie praktische Ringen um einen emanzipativen Sozialismus ist kein solches, wenn es erziehungsdiktatorisch daher kommt. Und der theoretische wie praktische Kampf gegen den Neoliberalismus ist kein solcher, wenn er einäugig à la Losurdo geführt wird.

12 Losurdo: *Die Linke, China und der Imperialismus*, Essen: Neue Impulse 2000.

13 Vgl. Richard Smith: »Creative Destruction: Capitalist Development and China's Environment«, in: *New Left Review* I/222, March/April 1997, S. 3-41.

7. »Kommunismus« und »Linkssozialismus« gestern und heute

Dass die Jahre 1989-1991 einen geschichtlichen Bruch epochalen Ausmaßes darstellen, ist fast schon selbstverständlich geworden. Und spätestens seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde deutlich, dass die Phase des unübersichtlichen Übergangs einer neuen Etappe gewichen ist, in der sich die Kräfte der neoliberalen Globalisierung gegen die vielfältigen Unmuts- und Widerstandsbewegungen erfolgreich bewaffnet haben. Die Frage jedoch, was dieser Epochenbruch und der sich daran anschließende Durchmarsch des Neoliberalismus für die Reste der krisengeschüttelten sozialistischen Linken politisch-strategisch bedeutet, welche politischen Konsequenzen aus der Niederlage der 90er Jahre zu ziehen sind, wird erst in jüngster Zeit zu einem strömungsübergreifenden Thema. Und während sich viele ehemalige Linke von ihren antikapitalistischen Überzeugungen gelöst und nicht selten auch gleich ihr Links-Sein aufgegeben haben, werden die übrig Gebliebenen mit der Nase und dem Druck der objektiven Aufgaben auf ihr jeweiliges Gegenüber gestoßen. Erfordert die neue historische Situation nach dem Epochenbruch auch eine neue Linke? Wie stellen sich die »alten« Linken zu dieser »neuen« Linken und wie stellen sie sich zu ihren alten Differenzen? Was von diesen alten Schismen hat sich historisch überholt und was bleibt auch in der Gegenwart bedenkenswert?

Ich habe mir nun vorgenommen, etwas zum ökumenischen Hintersinn unserer gemeinsamen Tagung¹ beizutragen und meine Wahrnehmung dessen zur Diskussion zu stellen, was uns jahrzehntelang getrennt hat und was uns in naher Zukunft wieder mehr oder weniger vereinen könnte, zum Teil ja schon begonnen hat, zu verbinden. Ich werde also im Folgenden nicht nur, aber vor allem von der Geschichte sprechen, nicht um die Gegenwart mittels der Geschichte tot zu schlagen, wie es in der Einladung zu dieser Tagung zu lesen ist, sondern um die Gegenwart mittels der Geschichte zu erhellen. Wir

1 Es handelt sich bei diesem Text um die schriftliche Fassung eines Beitrages zu einer von mehreren linken Zeitschriftenprojekten organisierten Konferenz »Zur Problematik der Übergangsforderungen in der Strategie der sozialistisch-kommunistischen Bewegung. Geschichtliches und Aktuelles« vom 24./25. Januar 2004 in Leverkusen. Er erschien mit den anderen dort gehaltenen Vorträgen in der Zeitschrift *Marxistische Blätter* 3/04 und als Vorabdruck Mitte Mai 2004 in der *jungen Welt*, wo er eine heftige Debatte auslöste (vgl. das Postskriptum).

werden um eine solche auch historische Debatte nicht umhin kommen und mir ist klar, dass es dazu einer besonderen Dosis an Toleranz und Souveränität in der Diskussion bedarf.

Richtig verstanden erweist sich eine solche Debatte als Diskussion unserer politischen Theorie, die wiederum von zentraler Bedeutung ist für die politisch-strategische Debatte eines zukünftigen Übergangsprogramms einer erneuerten sozialistischen Linken, zu der wir in den nächsten Jahren hoffentlich die Möglichkeit haben werden beizutragen.

I. Was uns jahrzehntlang getrennt hat und was uns in naher Zukunft wieder vereinen könnte

Diskussionen über die Überwindung des so genannten »Bruderkampfes« hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Ich möchte hier an eine Episode erinnern, die ein halbes Jahrhundert her ist. Auch in den Jahren 1955/56 diskutierte die westdeutsche Linke (im weiteren Sinne des Wortes) die Möglichkeiten einer praktischen Überwindung ihrer Schismen. Nicht nur, aber vor allem in den Spalten einer damals neuen Wochenzeitung, der von Gerhard Gleissberg und Kurt Gottschalch herausgegebenen *Anderen Zeitung*, führten linke Intellektuelle, Sozialdemokraten und Linksozialisten eine ausgedehnte Diskussion über ihr Verhältnis zu den Kommunisten.²

In diese Debatte mischte sich der damals noch sehr junge, aber schon bekannte Linksozialist Peter von Oertzen mit einem Beitrag ein, an den ich hier erinnern möchte, weil er sehr genau auf den Punkt gebracht hat, was »Stalinismus« und »Linksozialismus« auch nach dem Tod von Stalin noch trennte.³ Peter von Oertzens Beitrag zu dieser Debatte besteht aus zwei Aspekten. Er unterscheidet zuerst zwischen intellektueller und sozialistischer Linker und zeigt dann auf, welche Konsequenz diese Unterscheidung für die Haltung zum Stalinismus hat.

Es gibt, so Oertzen, eine intellektuelle Linke, die sich nicht mit der sozialistischen Bewegung deckt. Er nennt hier Republikaner, Linksliberale, Anti-Kolonialisten und Anti-Imperialisten, Pazifisten und progressive Künstler, Antiklerikale und Strafrechtsreformer, kurz Fortschrittler und Aufklärer. Sie alle seien ein wichtiger Teil der Linken und ohne sie gäbe es auch keine sozialistische Bewegung. Trotzdem müsse man gerade in der Frage der Haltung zum Stalinismus zwischen der intellektuellen und der sozialistischen Linken analytisch differenzieren, denn: »Der Sozialist ist links – aber er ist nicht *nur* das. Er ist zugleich Glied – zumindest Verbündeter – der Arbeiterbewegung, und er ist damit der konkreten Solidarität der Arbeiterklasse verpflichtet.

2 Zur damaligen Neuformierungsdiskussion vgl. meinen Beitrag »Der vergessene Aufbruch. Die linke Neuformierung 1955/56 und ihr Scheitern 1957/58«, in: *Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis* Nr. 11, September 2006, S. 15-21.

3 Peter von Oertzen: »Weder Bonn noch Pankow. Zum Thema ›Volksfront‹ und ›Stalinisten‹«, in: *Die Andere Zeitung* (Hamburg), 9.2.1956, S. 4.

tet. Die Arbeiterklasse ist nicht der einzige Träger fortschrittlichen Denkens oder sozialistischer Ideen, sie ist nicht einmal immer mehrheitlich sozialistisch gesonnen. Trotzdem ist sie die einzige Kraft in unserer Gesellschaft, die die *Möglichkeit* in sich birgt, den Sozialismus nicht nur zu denken und zu verkünden, sondern auch zu verwirklichen. Sozialistische Politik ist infolgedessen nicht die Propagierung und Anwendung sozialistischer Grundsätze schlechthin, sondern ihre Anwendung in Hinblick auf die konkrete Lage, die Möglichkeiten und die Bedürfnisse der Arbeiterklasse. Der nicht-marxistische Sozialist und der nicht-sozialistische Linke werden diese Voraussetzung nicht anerkennen. Ihre Auseinandersetzung mit den Stalinisten vollzieht sich infolgedessen *ohne* den Hinblick auf die wirkliche Lage des politischen Kampfes *innerhalb* der Arbeiterklasse.«

Was hat diese Unterscheidung zur Konsequenz? Oertzen behauptet, dass die intellektuellen Linken anders an die Stalinfrage herangingen als die sozialistischen Linken. Der oder die intellektuelle Linke gehe vor allem ideologisch-literarisch an die Auseinandersetzung mit den Stalinisten heran, d. h. er oder sie entscheide je nach Schwere von deren Verbrechen, also mehr oder weniger aufgrund einer ethischen Erwägung, ob man mit ihnen zusammenarbeiten könne oder nicht. Satt dessen gehe der antistalinistische Sozialist von einem anderen Bezugspunkt aus. Als Teil der real existierenden Arbeiterbewegung sei der Stalinismus für den sozialistischen Linken nicht nur eine Frage der Fehler und Verbrechen, sondern mehr noch eine Frage der Rolle, die die Stalinisten in den praktischen Klassenkämpfen selbst spielen.

Und vor diesem Hintergrund, vor dem konkreten Hintergrund der deutsch-deutschen Situation Mitte der 50er Jahre, vor dem Hintergrund des Standes der damaligen Klassenkämpfe, beantwortet der junge Peter von Oertzen die Frage einer möglichen politischen Zusammenarbeit mit den Stalinisten in Ost wie West eindeutig negativ: »Auf eine gänzlich andere Art und Weise als die Hilfstruppen des kapitalistischen Feindes, sind die Stalinisten – gerade wegen ihrer ›linken‹ Theorie und Praxis – eine gefährliche Bedrohung der sozialistischen Bewegung. Nicht ihr ideologischer Dogmatismus und ihre terroristische Praxis machen als solche jedes Bündnis mit den Stalinisten unmöglich. Auch andere Linke sind borniert und gewalttätig gewesen und sind es immer wieder. Nicht einmal das in der Tat ungeheuerliche Ausmaß der stalinistischen Unterdrückungsmaßnahmen wäre – für sich genommen – ein ausschließlicher Grund, nicht gelegentlich eine Strecke Weges mit ihnen zusammen zu gehen. Zumal man mit einiger Berechtigung der Meinung sein kann, dass die Periode des ›großen Schreckens‹ in Russland sich nicht wiederholen wird. Ausschlaggebend ist etwas anderes: Die bedingungslose Abhängigkeit der Stalinisten von Sowjetrußland und der daher rührende, immer aufs Neue geübte Verrat an der Solidarität der Arbeiterbewegung. Und an diesem Sachverhalt hat sich – trotz allem – seit Stalins Tod *nichts* geändert. Ich kann jahrelang mit einem KP-Mann in derselben Front des Klassenkampfes stehen, – *eine* plötzliche Wendung der russischen Außenpolitik,

und er wird mich über Nacht im Stich lassen (es sei denn, er rebelliert und bricht mit seiner Partei, wie es seit 1917 Hunderttausende revolutionärer Sozialisten getan haben). Hier liegt die tiefste Ursache der moralischen und politischen Korruption der KPD, der Unterdrückung jeder innersozialistischen Diskussion, des Terrors gegen nicht linientreue Sozialisten; denn der Kadavergehorsam gegenüber einer fernen Zentrale schließt das sachliche Argument, die freie Aussprache, die Duldsamkeit und die Loyalität gegenüber dem anders denkenden Genossen prinzipiell aus. Solange nicht jede kommunistische Partei der Erde von Moskau genau so unabhängig ist, wie Tito heute, solange ist kein Bündnis möglich. Aber eine solche Unabhängigkeit würde – wie das Beispiel Jugoslawien beweist – den völligen Bruch mit Theorie und Praxis des Stalinismus bedeuten.«

Zusammengefasst hieß dies für Oertzen – und Oertzen steht hier synonym für das Selbstverständnis des damaligen Linkssozialismus, er war damals Mitarbeiter der *Sozialistischen Politik (SoPo)* –, dass es kein politisches Bündnis mit den Stalinisten geben könne, weil erstens: die von der Moskauer Zentrale abhängigen Stalinisten keine aufrichtige und solidarische Klassenpolitik führen können; zweitens: weil die deutschen Stalinisten in der zentralen innenpolitischen Frage einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf Seiten der SED-Bürokratie stünden und deswegen an der Aufrechterhaltung der DDR interessiert seien, da eine Wiedervereinigung das Ende der Klassen- oder Herrschaftsprivilegien der SED-Bürokratie bedeuten würde. Zum Dritten könne es kein politisches Bündnis mit ihnen geben, da das »kritik- und würdelose Hinnehmen der sowjetrussischen und ostdeutschen Zustände« die Stalinisten »in den Augen der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse – zu Recht – derart kompromittiert (hat), dass sie einfach nicht »bündnisfähig« sind«.

Deutlich wird mit dieser Erinnerung an von Oertzens alten Artikel, was genau »uns«, Linkssozialisten und Kommunisten-Stalinisten, Gegner und Freunde Moskaus, jahrzehntelang getrennt hat. Und ebenso deutlich wird auch, inwiefern dieses historische Schisma heute Geschichte ist, denn die Moskauer Zentrale gibt es nicht mehr. Heute, nach dem Zusammenbruch des ehemals real existierenden Sozialismus, gibt es keine Abhängigkeit mehr von Moskau oder Ost-Berlin – vielleicht noch eine psychologische, aber keine soziale oder politische mehr. Auch die DKP und andere vergleichbare Strömungen sind seit über einem Jahrzehnt auf ihren eigenen, d. h. nationalen, Klassenkampf zurückgeworfen und auf die Frage, mit welchem politisch-theoretischen Bezugsrahmen sie in denselben eingreifen sollen. Sie können diesen ihren Bezugsrahmen nicht mehr in der Logik einer bürokratischen Kaste finden und müssen sich der Rechenschaft jener real existierenden Klasse stellen, für die sie sich als Sozialisten engagieren. Mit diesem Sachverhalt hat sich die gesamte Grundlage unserer Diskussion nachhaltig und grundlegend verändert, denn der heutige »poststalinistische Kommunismus« hat da-

mit nicht nur einen gemeinsamen Bezugspunkt mit dem »Linkssozialismus«, er trifft sich mit diesem auch auf gleichberechtigter Basis.

Ist damit die Geschichte nur noch Geschichte, ist damit die Frage des Stalinismus historisch passé? Ja und nein. Ja, insofern mit dem Zusammenbruch des ehemals real existierenden Sozialismus auch der historische Stalinismus unwiederbringlich tot ist. Nein, denn die Hypothek von Gewalt und Verbrechen bleibt. Nein, denn der Stalinismus war immer auch mehr als nur dieser historisch-konkrete Stalinismus. Der Stalinismus war immer auch und vor allem eine bestimmte Form der Herrschaft von Menschen über Menschen, eine bestimmte politische Theorie und Methodik, ein bestimmtes Denken und Handeln, das in der klassischen sozialistischen Bewegung ebenso angelegt war wie sein Gegenteil.

Es muss uns, wollen wir nach vorne schauen und uns der bedrückenden Last der eigenen Geschichte nicht ergeben, deswegen v. a. darauf ankommen, jenen nicht nur historischen, sondern auch politisch-methodischen Wurzelgrund frei zu legen, dessen Produkt auch der historische Stalinismus ist. Nur so können wir glaubhaft machen, dass sich das, was mit dem Namen Stalin im weitesten Sinne des Wortes verbunden ist, nicht wiederhole. Dies ist sicherlich zuallererst eine ethische Frage. Es ist jedoch, produktiv gewendet, weniger eine rückwärtsgewandte, als vielmehr eine eminent vorwärts gewandte Aufgabe, eine Frage politisch-theoretischer Methodik im Hier und Jetzt. Und eine solche Klärung ist zentral auch und gerade für unsere politische Theorie des Übergangs.

II. Zur politischen Theorie des Übergangs

Die sozialistische Bewegung ist seit ihren Anfängen angetreten, die sich im Kapitalismus spezifisch durchsetzende Trias von Verdinglichung, Entfremdung und Ausbeutung aufzuheben. Als mehr oder weniger abstraktes Ziel war dies die gemeinsame Zielvorstellung aller sozialistischen Strömungen der vorletzten Jahrhundertwende, also auch derjenigen, die dann Reformismus genannt wurde – womit ich hier natürlich immer jenen klassischen, wirklichen Reformismus bspw. eines Bebel, Kautsky, Adler oder selbst eines Bernsteins meine. Was sozialistische Linke, seien es Anarchisten, Syndikalisten, Kommunisten, Troztkisten, Neue Linke oder was auch immer, seit damals vereint, ist ihre Ablehnung des Reformismus. Und diese historische Trennung vom Reformismus geschah entlang von Fragen der Strategie und Taktik, entlang der Frage, wie, d. h. mit welchen Mitteln man das vermeintlich gemeinsame Ziel am besten erreichen könne (Massenstreiks, Räte, Kaderparteien etc.). Es ging und geht in dieser Diskussion um sozialistische Strategie und Taktik, also um die richtige Dialektik von Mitteln und Zweck.

Reformismus und revolutionärer Sozialismus – ich benutze im Folgenden den Begriff des revolutionären Sozialismus synonym zum Begriff des Kommunismus – setzen beide auf Demokratie, Freiheit und Solidarität als oberste Werte und Ziele auch des Sozialismus. Für den Reformismus sind jedoch De-

mokratie, Freiheit und sogar die Solidarität als emanzipatorische Prinzipien bereits in der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden, und zwar nicht nur als abstrakter, erst noch zu erkämpfender Wert, sondern als bereits institutionalisierte Realität. Dem Reformismus ist die sich im bürgerlichen Staat verkörpernde bürgerliche Demokratie keine bürgerliche, ist der bürgerliche Staat kein bürgerlicher, da Demokratie und Freiheit in ihm als politische Prinzipien und politische Formen bereits enthalten sind, »als Formen, die den Inhalt suchen, als Same, der Frucht tragen wird«, so Norman Geras in seiner hervorragenden Darstellung dieser Debatte.⁴ Und weil im bürgerlichen Staat die wahre demokratische Form bereits enthalten sei (und die Solidarität in Form des Sozialstaats), wird der Sozialismus für den Reformismus »zur Fortsetzung und Verwirklichung des Liberalismus, ist ihm gleichsam organisch, aber auch geistig verbunden, weil von den gleichen milden Idealen geleitet« (Geras).⁵

Der revolutionäre Sozialismus betont dagegen – d. h. gegen den die Kontinuität betonenden Reformismus – die Notwendigkeit des Bruchs. Die politische Ordnung des Bürgertums ist zwar ein welthistorischer Fortschritt, aber eben nur bedingt ein Reich der Freiheit. Die bürgerliche Demokratie ist als liberale auch eine Verschleierung des antagonistischen Gesellschaftscharakters, da sie auf der Trennung von Ökonomie und Politik beruht.⁶ Die Demokratie des Marktes, so die berühmte Formulierung, verschleiert die Despotie der Fabrik. Die Demokratie des Marktes und die sie garantierende formale Rechtsgleichheit lassen jene Despotie der Fabrik und des Büros, die im Arbeitsalltag herrscht, als nichtig erscheinen. Und die politischen Institutionen des Bürgertums, ihre Formen repräsentativer Demokratie, müssen gerade deswegen ebenso zerbrochen und transformiert werden wie die sozialen. Aus dieser spezifischen Gesellschaftskritik leitet sich das revolutionär-sozialistische, kommunistische Primat ab, alle politischen Kampfmittel auf das eine Ziel hin zu konzentrieren, auf den Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung. Stellt der Reformismus zwischen Zielen und Mitteln in der sozialistischen Strategiedebatte einen kausalen, auf Kontinuität setzenden Zusammenhang her und, wenn man genau ist, sogar eine Identität, bzw. Untrennbarkeit von Zielen und Mitteln, so konstatiert der revolutionäre Sozialismus eine gewisse Spannung zwischen beiden. Es gibt für ihn nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Unterschied zwischen Mitteln und Zielen. Die sozialistische Revolution ist für den revolutionären Sozialismus ein qualitativer Bruch auch mit den in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten

4 Norman Geras: *Rosa Luxemburg. Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus*, Westberlin 1979, S.144 (Neuaufgabe: Köln 1996).

5 Ebenda.

6 Vgl. hierzu vor allem Ellen Meiksins Wood: *Democracy against capitalism. Renewing Historical Materialism*, Cambridge 1995 (Eine deutsche Übersetzung des Buches ist für Ende 2007 im Neuen ISP Verlag angekündigt).

Formen politischer Repräsentation, ja selbst mit den bisherigen politisch-organisatorischen Mitteln der Arbeiterbewegung. Selbst Arbeiterparteien und Räteorgane sind weniger Vorwegnahmen einer sozialistischen Gesellschaft innerhalb der bürgerlichen, als vielmehr Kampfinstrumente gegen dieselbe. Bernstein sagte bekanntlich, dass ihm das Ziel nichts sei, der Weg alles und Luxemburg antwortete darauf mit dem gleichen Recht, dass ihr die Bewegung nichts, aber das Ziel alles sei. Beide Statements darf man natürlich nicht allzu wörtlich nehmen, aber sie zeigen die Tendenz an, in welche sich die Dialektik von Mitteln und Zielen sowohl im reformistischen wie im revolutionären Sozialismus gestaltet.

Sobald jedoch in der hier mehr angedeuteten als ausführlich beschriebenen Form, Mittel und Ziel im revolutionären Sozialismus/Kommunismus latent auseinander fallen, stellt sich mit Nachdruck die Frage des Übergangs, des Übergangs von der einen zur anderen Gesellschaft und des Zusammenhangs von Mitteln und Zielen. Den Reformismus braucht dieses Problem nicht zu beunruhigen, er findet seine Mittel und Ziele in der bürgerlichen Gesellschaft selbst und will sie – im besten, d. h. klassischen Fall – einfach vom politisch-institutionellen auch auf andere Bereiche (bspw. die Ökonomie) ausdehnen. Das reformistische Prinzip Hoffnung ist also, dass es ihm gelinge, die Mehrheit der Bevölkerung mittels demokratisch-parlamentarischer Mittel davon zu überzeugen, die real existierende Gesellschaft quantitativ zu demokratisieren, um damit eine qualitativ neue Gesellschaft zu erreichen. Das ist aber nicht das Prinzip Hoffnung des revolutionären Sozialismus. Er findet das seine in jener Praxis der Umwälzung, die nach Marx durch das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit mit der Selbstveränderung gekennzeichnet ist, und die sich vor allem im praktischen Klassenkampf ausdrückt. Was heißt dies?

Kapitalistische Marktvergesellschaftung beruht auf Privateigentum und Konkurrenzkampf, auf der sich selbst entfaltenden Logik des Profits. Es ist diese Profitlogik, die, wenn auch nicht automatisch, so doch dem Prinzip nach in Frage gestellt wird durch die alltäglichen Kämpfe der lohnarbeitenden Klasse um Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Arbeitswelt. Des Einen Vorteil ist des Anderen Nachteil. Die Bedürfnisse der Produzenten sind den Bedürfnissen der sie Ausbeutenden mindestens partiell entgegengesetzt und geraten deswegen auch immer wieder aneinander. Es ist dieser antagonistische Kern kapitalistischer Produktionsverhältnisse, auf den Sozialisten ihr Prinzip Hoffnung gründen, denn er erlaubt ihnen, das sich immer wieder elementar entwickelnde Klassenbewusstsein unterdrückter und/oder ausgebeuteter Produzenten (und Konsumenten) zu politisieren.

Es gibt jedoch in diesem klassenkämpferischen Prozess keinen sich fatalistisch durchsetzenden Automatismus. Es gibt zwar von Seiten der Arbeiterklasse eine permanente spontane Infragestellung des Kapitals, sie ist aber erstens unbeständig und zweitens reformistisch verdrehbar. Ein grundlegender

Bruch mit dem Kapitalismus kann deswegen nur politisch, d. h. als bewusster und kollektiver Akt vonstatten gehen. Sozialistische Logik ist keine unmittelbar entstehende und wachsende. Sie muss vermittelt werden, und zwar, in dem konkrete Individuen im elementaren Klassenkampf jene Momente heraus Schälen und unterstützen/propagieren, die über die unmittelbare Interessenvertretung hinaus weisen und den Keim einer neuen gesellschaftlichen Logik in sich tragen. Revolutionär-sozialistisch ist, wer es versteht, die spontanen und punktuellen Verstöße gegen die herrschende Rationalität zu verstetigen und sie zu politisieren. Alle Mittel, die zu dieser Politisierung beitragen können, sind erlaubt. Alle Mittel sind erlaubt, sofern sie die Ohnmacht und Bewusstlosigkeit der lohnarbeitenden Klasse überwinden, deren Klassen-solidarität und Klassenautonomie befördern und die allgemeinmenschliche Emanzipation aller unterdrückten und ausgebeuteten Schichten, Ethnien und Geschlechter beflügeln. »Bei Marx und Engels findet die Theorie, dass der Weg aus Entfremdung und Unmündigkeit in der wachsenden bewusstseinsmäßigen und praktischen Aneignung der Wirklichkeit besteht, eine notwendige Ergänzung in dem Gedanken, dass die Aneignung nur durch die Massen selbst vollzogen werden kann. Beides ist zusammengefasst in dem Konzept einer sozialistischen Revolution als notwendigerweise *Selbstbefreiung* des Proletariats.« (Peter Cardorff⁷)

Sozialistisch-kommunistische Tätigkeit muss sich aus diesen Gründen in die alltäglichen gesellschaftlichen Klassenkämpfe (im weitesten Sinne des Wortes) integrieren, »sie muss Übergänge zum sozialistischen Bewusstsein fördern und organisieren, und an allen Aktivitäten anknüpfen, die in diese Richtung zielen.«⁸ Sozialistisch-kommunistische Tätigkeit findet also in den realen Klassenkämpfen ihre spezifische Rationalität und nicht im Durchsetzungs- und Beharrungsvermögen einer Arbeiterbürokratie.

Eine solche sozialistisch-kommunistische Tätigkeit ist mit vielfältigen Gefahren verbunden. Unter der Last des bürgerlichen Alltags beschränken sich die einen auf den reinen Praktizismus, jene politische Praxis, die Lenin Handwerkelei nannte, während andere von dieser Praxis nichts wissen wollen und sich auf die intellektuelle Kritik, auf den Theoretizismus beschränken. Unter der Last des bürgerlichen Alltags passen sich die einen zuerst ans bürgerlich Gegebene ab und ordnen sich schließlich mehr oder weniger vollkommen der herrschenden Rationalität unter – einer Rationalität, die zwar nicht immer die Rationalität der herrschenden Klasse, wohl aber der herrschenden Gesellschaftsordnung ist. Andere wiederum schotten sich von dieser herrschenden Realität ab, indem sie sich eine alternative, mit der herrschenden nicht mehr vermittelte Realität konstruieren – bspw. in Gegenkulturen. Unter der Last des bürgerlichen Alltags frönen die einen einem reich-

7 Peter Cardorff: *Studien über Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln*, Hamburg 1980, S. 20.

8 Ebenda, S. 67.

lich blinden Optimismus, während sich die anderen in den zynischen Pessimismus flüchten.

III. Kritik des Substitutionismus

Eine dieser Gefahren bringt uns nun zurück zum Thema Stalinismus. Das sich im politischen Vortrupp, in der Avantgarde verkörpernde sozialistische Bewusstsein kann sich nämlich auch verselbständigen und vom Mittel des praktischen Prozesses zum Ziel desselben aufspielen. Diese Verselbständigung des Ziels findet sich im Stalinismus ausgedrückt. Historisch betrachtet hat dies sicherlich etwas mit der Tatsache der gescheiterten Weltrevolution und ihrer »Entartung« in Sowjetrussland selbst zu tun, aber nicht auf diesen historischen Aspekt will ich hier hinaus, sondern auf den der politischen Theorie und Praxis, auf die Zweck-Mittel-Dialektik. Das bolschewistisch-kommunistische Konzept steht nämlich, wie der schon zitierte Peter Cardorff schreibt, von Beginn an »ständig in der Gefahr, die Partei zu einer A-Priori-Zentralinstanz der Vernunft zu verdinglichen, die das Bewusstsein als von außen wirkende Quelle in einen bewusstlosen Prozess einführt und ihre funktionelle und programmatische Abhängigkeit von der realen Bewegung und dem Massenbewusstsein nicht mehr erkennt«⁹ – eine Gefahr, die bereits bei Lenin und Trotzki angelegt war, aber erst im Stalinismus voll durchbrach, d. h. zum herrschenden Prinzip wurde. Im Stalinismus spricht die unfehlbare Zentralverwaltung der Vernunft den Massen ihre Fähigkeit zu bewusster Selbstgestaltung der Gesellschaft ab, formalisiert die eigene Rationalität und schottet diese hermetisch gegen jedwede Infragestellung ab. Dies ist das, was Trotzisten und Linksozialisten als politischen Substitutionismus bezeichnen: Eine erziehungsdiktatorische Stellvertreterpolitik, die eine verheerende Wirkung auf die sozialistische Bewegung des 20. Jahrhunderts hatte. Der uns gemeinsamen Sache des revolutionären Sozialismus wurde v. a. damit unermesslichen Schaden zugefügt, »dass so viele Anhänger nicht sorgfältig genug die Frage geprüft haben, wie beispielsweise dadurch, dass kritisches Denken zum Schweigen gebracht und Lügen systematisch gefördert werden oder dadurch, dass Revolutionäre ermordet und die polizeilichen Kontrollmittel perfektioniert werden, das sozialistische Ziel näher rückt. All dem liegt natürlich nicht einfach moralische Verworfenheit, sondern ein komplexeres Phänomen zugrunde. Es wurde durch die Tendenz bestärkt, die Endziele der sozialistischen Bewegung in gewisser Weise als eine metaphysische Gewissheit aufzufassen, die durch die unfehlbare Weisheit der ›Führung‹ oder die unerbittlichen Gesetze der Geschichte garantiert wird und einer Zukunft übereignet ist, welche durch heutige Handlungen oder Verbrechen nicht kompromittiert werden kann.« (Norman Geras¹⁰)

9 Ebenda, S. 68.

10 Norman Geras, a.a.O., S. 136.

Im politischen Substitutionismus des Stalinismus haben sich Emanzipations- und Fortschrittsidee der sozialistischen Bewegung verkehrt. Hat die bürgerliche Freiheit die persönliche Abhängigkeit der feudalen Gesellschaftsordnung zerstört, um an deren Stelle die sachlich-materielle Abhängigkeit vom Akkumulationsprozess zu setzen, so befreite die ehemals realsozialistische Freiheit die Arbeiterklasse von materieller Unsicherheit und Verelendung um den Preis, ihr die individuelle, formale Freiheitsstufe zu nehmen. Fortschrittlich war und ist dies nur bedingt. Der marxistische Fortschrittsbegriff hatte immer zwei Komponenten. Zum einen bezeichnet er die Steigerung der materiellen Produktivkräfte zur Erreichung von mehr Existenzmitteln und mehr Existenzsicherheit für die Menschen. Dies hat der Stalinismus durchaus erreicht. Doch gleichzeitig sollte dieser Fortschritt untrennbar verbunden sein mit einem realen Fortschritt in der Qualität der sozialen Beziehungen, einem »Aufstieg von niedrigeren zu höheren Formen menschlicher Vergesellschaftung« (Helmut Fleischer¹¹). Und genau dies hat der Stalinismus nicht nur nicht bewältigt, er ist an diesem Punkt sogar hinter die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft zurückgefallen. Anders ausgedrückt: Die Produktivkraftentwicklung als Mittel zum Zweck einer höheren, solidarisierenden Vergesellschaftungsform, hat sich im Stalinismus zum Zweck selbst stilisiert und das zu emanzipierende Subjekt technokratisch erschlagen. Der Mensch blieb auch hier ein bloßes »Anhängsel seiner geronnenen Objektivationen« (Cardorff¹²). Die Zweck-Mittel-Dialektik wurde gesprengt, die Mittel zum neuen Ziel, zur Herrschaft der Bürokratie.

Und dieses Grundprinzip galt nicht nur im klassischen Hochstalinismus, sondern auch im späteren »real existierenden Sozialismus«, im Liberalstalinismus. Auch dort wurde die Herrschaft des technokratischen Objektivismus nicht abgeschafft, sondern nur gemildert und ergänzt durch eine gewisse Ethisierung, durch sozialistische Moralkodices und einen gewissen individuellen Freiraum. Nichts desto trotz haben wir es auch hier mit einem bürokratischen Technokratismus zu tun, der ganz und gar nicht dazu angetan war, breite Teile der Bevölkerung zu aufrechten, begeisterten Sozialisten werden zu lassen.

Die sozialistische Umwälzung kann, anders als alle bisherigen Revolutionen in der Geschichte, nur als eine eminent bewusste und selbsttätige Tat der Bevölkerungsmehrheit gegen eine sie ausbeutende und erniedrigende Minderheit gelingen. Die moderne lohnarbeitende Klasse hat mehr zu verlieren als bloß ihre Ketten. Ihre Entscheidung zum Sozialismus ist nicht die »Freiheit von«, sondern die »Freiheit zu«. Anders können die Menschen gar nicht die ungeheuren Aufgaben in Angriff nehmen, die vor ihnen stehen. Sozialismus stellt erstmals den aktiven, selbstbewussten Menschen in den Mittelpunkt von Arbeit und Leben, nicht als Objekt, sondern als Subjekt. Und da

11 Helmut Fleischer: *Marxismus und Geschichte*, Frankfurt/M. 1969, S. 81.

12 Peter Cardorff, a.a.O., S. 129.

es durchaus einen inneren Zusammenhang zwischen Ziel und Mittel gibt, wird sich der Sozialismus nicht als Hegelsche »List der Vernunft« gegen deren Subjekte durchsetzen lassen.

Die Hypothek des Stalinismus ist gewaltig und nicht nur Geschichte. Dass die verschiedenen Strömungen des alternativen Linksozialismus es zwar besser, aber nicht gut genug gemacht haben, kann heute ebenso wenig bestritten werden. Unsere gemeinsame Aufgabe ist deswegen, neu zu beginnen, uns gemeinsam zu verständigen, worum es Sozialistinnen und Sozialisten eigentlich geht, welche gesellschaftlichen Ziele sie, d. h. wir anstreben, was Aufhebung von Entfremdung, Entmündigung und Ausbeutung heute bedeuten kann und soll, und welche Rolle Solidarität und Humanismus dabei spielen, d. h. von welchen grundsätzlichen Werten wir uns dabei leiten lassen können und wollen. Erst von hier aus können die Umriss eines neuen sozialistischen Übergangsprogramms und die daraus abgeleiteten Übergangsforderungen theoretisch wie praktisch erarbeitet werden. Eine solche Übergangsprogrammatische wird sich dabei auch jener alles andere als einfachen Dialektik von Mitteln und Zielen zu stellen haben, die uns jahrzehntlang nicht zu Unrecht bis aufs blutige Messer geschieden hat.

IV. Stalinismuskeule? Ein Postskriptum

»Es hätte«, schrieb ein wohlwollender, aber kritischer Beobachter später, »für die dezimierte und zerstrittene deutsche Linke eine Sensation sein können, als Ende Januar [2004] erstmals seit Trotzki's Parteiausschluss, seiner Ausweisung aus der UdSSR und dem Rausschmiss der Anhänger Brandlers und Thalheimers aus der KPD an der Karl-Liebknecht-Schule in Leverkusen Nachfahren aller drei kommunistischen Richtungen zu friedlichem Thesenstreit zusammenkamen.«¹³ Und vielleicht wäre dieser Samen ja auch aufgegangen, hätte ich es dabei belassen, meinen Konferenzbeitrag einzig für die Dokumentation in den gesellschaftspolitisch marginalen *Marxistischen Blättern* zu verschriftlichen. Aber ich war jung und brauchte das Geld, und so bot ich das Manuskript auch der linken Tageszeitung *junge Welt* (*jW*) an, für die ich regelmäßig kürzeres und längeres verfasst hatte...

Dass mein Mitte Mai 2004 in der *jW* erschienener Diskussionsbeitrag über das geschichtliche und aktuelle Verhältnis von »Linksozialismus« und »Kommunismus« Reaktionen auslösen würde, war dabei nicht nur mir klar, sondern auch dem zuständigen *jW*-Redakteur, der ihn erklärtermaßen veröffentlichte, um diese Debatte zu entzünden und zu diesem Zweck auch Hans-Heinz Holz erfolgreich um eine Replik gebeten hat. Ich ahnte schlimmes, machte gute Miene zum bösen Spiel und schlug – offensichtlich ohne Erfolg

13 Manfred Behrend: »Die abgebrochene jüngste Stalinismusdebatte«, in: *Hintergrund III/2004*. Zitiert nach dem Nachdruck in Hanna Behrend (Hrsg.): *Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns. In der Sicht eines DDR-Chronisten*, Berlin 2005, S. 455-461, hier S. 455.

– als Ausgleich auch den einen oder anderen möglichen Diskussionsteilnehmer vor. Was folgte hat mich dann doch überrascht. Hans Heinz Holz' Antwort¹⁴ setzte Maßstäbe, und zwar nicht zuletzt in dem Ausmaß an Personalisierung und Kriminalisierung, das mir daraufhin widerfahren ist.

Holz erklärte sich zwar – ganz am Ende seines umfangreichen Beitrages – »bereit, mit Jünke darüber zu diskutieren, ob seine (bourgeoise) politisch-theoretische Strategie Vorzüge gegenüber dem klassischen Marxismus besitzt« und fügte auch noch hinzu: »Ich glaube, das widerlegen zu können.« Aber anstatt das zu tun, hatte er den gesamten Beitrag lang diese Diskussion schlicht verweigert, weil ich ein kleinbürgerlicher Antikommunist sei und man mir »nachdrücklich« widersprechen müsse. Nach meiner ersten inneren Reaktion (»Wen will er denn damit beeindrucken?«) musste ich jedoch etwas verblüfft feststellen, dass er offensichtlich viele mit einem Text beeindruckt hat, der so vollständig »unter aller Kritik«, »unter dem Niveau der Geschichte« steht, wie es der gute alte Marx gesagt hätte.

Holz' Antwort ist kaum als politisch-theoretische Diskussion von mehr oder weniger Gleichgesinnten anzusehen. Vielmehr befinden wir uns mit diesem Text in einem (vermeintlich sozialistischen) Gerichtssaal, indem es gilt, einen Delinquenten als politisch-kriminellen Verbrecher zu entlarven. Verbrecher wie Jünke haben, so Staatsanwalt Holz im O-Ton, natürlich immer einen »raffinierten Dreh« parat und strahlen eine »gewisse Verführungskraft« aus, um »altbekannte« Taten wie den subversiven, kleinbürgerlich-bourgeois Antikommunismus unter die unschuldigen, unaufgeklärten Leute zu bringen. Doch ihre kaum verschleierte Tatabsicht sei eben, »die Kommunisten moralisch und politisch totzuschlagen« – und zwar ausgerechnet mit einer Begriffskeule, der von ihm so genannten »Stalinismus-Keule«! Ob der Schwere solcher Taten müsse man solche Subjekte »rigoros und unbeugsam« bekämpfen, auch wenn sie genau betrachtet, nur »im Rahmen (!) der uns (!) vertrauten Schemata des Antikommunismus« agieren und/oder ihre verbrecherischen Konsequenzen »nicht wörtlich, aber der Sache nach zieh(en)«. Wie im richtigen Gerichtssaal gibt es auch hier natürlich Zuschauer, »die mit berechtigter Empörung reagieren«, und es gibt »Kronzeugen« sowie das großherzige staatsanwaltliche Zugeständnis, dass es »außer Frage« stehe, dass das »viel(e) Unrecht«, das es historisch gegeben hat, »zu verurteilen ist«, aber bitte doch nicht so...

Man muss ob dieser Diktion vielleicht nicht die Zeit der Moskauer Schauprozesse von 1936-38 beschwören, obwohl sich dieser Vergleich wirklich aufdrängt, um in Holz' Intervention vor allem eine intellektuelle Polizeiaktion zu erkennen, die weniger mir galt – wie gesagt, meiner Person wurde die Diskussion verweigert –, als jenen eigenen Reihen, die es gewagt haben, sich mit so einem einzulassen. Dass dies von keinem derjenigen kritisch vermerkt wurde, die auch die (dort etwas anders verlaufene) Leverkusener Diskussion

14 Hans Heinz Holz: »Linkssozialismus« oder Kommunismus?, in: jW, 21.5.2004.

geführt haben, stimmt bedenklich – und hatte vielleicht auch etwas mit dem unmittelbar nach der Konferenz erfolgten plötzlichen und viel zu frühen Tod des eigentlichen Spiritus Rector Hans-Joachim Krusch zu tun, dem Vorsitzenden des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, der meinen Beitrag auf der Konferenz besonders gelobt hatte. Robert Steigerwald dagegen, Vorsitzender der DKP-nahen Marx-Engels-Stiftung und zweiter Hauptorganisator der Veranstaltung, ermahnte in seiner Intervention in die dann folgende Debatte die *junge Welt* sogar, die Diskussion nicht in diesem Stil fortzusetzen, und meinte damit nicht Holz und die ihm folgenden fleißigen LeserbriefschreiberInnen, sondern meine Wenigkeit.

Auch die auf Holz' Intervention folgenden Beiträge von Willi Gerns und Robert Steigerwald¹⁵ hatten leider nicht mich und meine Argumentation im Visier, sondern eine imaginäre Instanz, vor welcher sie sich scheinbar dafür rechtfertigen mussten, dass so jemand wie ich in Leverkusen reden und danach in den *Marxistischen Blättern* (übrigens nicht zum ersten Mal) schreiben durfte. Wenn auch die DKP-Teilnehmer »genauso tief und rückwärts gerichtet in die Mottenkiste der zurückliegenden Auseinandersetzungen (...) gegriffen« hätten, so Gerns, »hätten wir uns die Tagung schenken und die gerade begonnene Debatte sofort wieder beenden können«. Und Steigerwald unterstellte mir u. a., dass sich mein schriftlicher Beitrag »durchaus von jenem Beitrag (unterschied), der den Ausgangspunkt der *jW*-Debatte bildete« – was nachweisbar nicht stimmt.

Der Sturm der Entrüstung, dessen Ergebnis auch solche Antworten waren, war mächtig, und er formierte sich nicht zuletzt auf den Leserbriefseiten, wo gegen den »Trotzkisten« und »Kleinbürger« Jünke und die diesen veröfentlichende *jW* geradezu gewettert wurde. »Anhänger der Weisheiten des *Kurzen Lehrgangs*« – eine polemische Anspielung auf die stalinistische Bibel zur Geschichte der KPdSU – gingen »auf Trotzkistenjagd« (M. Behrend). Und selbst ein Uwe-Jens Heuer, der in seinem Diskussionsbeitrag eine Menge besprach, nur nicht das auf dem Tisch liegende Thema und deren Argumente, machte den ehrfürchtigen Kotau vor dem namhaften Professor Holz und bescheinigte diesem, »nicht in gleicher Münze heimgezahlt zu haben« wie jenes Subjekt namens Jünke – das er wie selbstverständlich, aber nichts desto trotz wahrheitswidrig, zum Mitglied der IV. Internationale erklärte.¹⁶

15 Willi Gerns: »Kadavergehorsam gegenüber Moskau?«, in: *jW*, 26.5.2004; später auch als »Antwort« in den *Marxistischen Blättern* veröffentlicht; Robert Steigerwald: »Gegen perspektivlosen Dauerstreit«, in: *jW*, 18.6.2004.

16 Uwe Jens Heuer: »Erhellung der Gegenwart« in: *jW*, 11.6.2004.

Die Auseinandersetzung, in die auch noch Manuel Kellner und Gerhard Zwerenz eingriffen¹⁷, wurde schließlich abgebrochen, ohne dass mir die Möglichkeit gegeben wurde, meinen Kritikern zu antworten.¹⁸

Was also hatte ich verbrochen, um solcherart ausgegrenzt und verleumdet zu werden? Habe ich in meinem Beitrag versucht, mit dem Stalinismusbegriff (der historisch übrigens zuallererst von oppositionellen Linken geprägt und benutzt wurde und sich heute selbst unter den meisten Kommunisten – außerhalb Deutschlands zumindest – durchgesetzt hat) eine gemeinsame Diskussion auszuschließen? Habe ich mit diesem gar jemanden konkretes in seiner persönlichen Ehre diffamiert? Oder habe ich schlicht das »Verbrechen« begangen, an die Geschichte zu erinnern? Soll man denn die Geschichte einfach ruhen lassen, sie gleichsam ad acta legen, oder geht es nicht viel mehr um die Art und Weise, wie man sie diskutierbar macht? Meine Kritiker scheinen ersteres zu glauben, wenn sie mich anklagen, die linkssozialistische Sicht auf den historischen Stalinismus rekapituliert zu haben. Aber habe ich dies getan, um damit die Kommunisten »moralisch und politisch totzuschlagen« (Holz), die Gegenwart mit der Geschichte totzuschlagen (Steigerwald) und die »Frage der Diktatur des Proletariats ... in ihrer Konkretheit zu umgehen« (H. Münchow¹⁹)? Das gerade Gegenteil war jedenfalls meine Absicht. Mir ging (und geht) es nur vordergründig um die Diskussion des historischen Stalinismus. Und zwar nur soweit, soweit er Teil einer Problematik politischer Theorie und Praxis sozialistischer Bewegung ist, die mit dem Begriff des Stalinismus (in der Tat nur unzureichend, aber noch immer

17 Manuel Kellner: »Materialismus statt Idealismus«, in: *jW*, 2.6.2004; Gerhard Zwerenz: »Wo bleibt Marx?«, in: *jW*, 24.6.2004.

18 Die Tatsache, dass jemandem, der eine umfangreiche und heftige öffentliche Debatte auslöst – eine Debatte zudem, die von der betreffenden Zeitung erklärtermaßen gewünscht war –, die Veröffentlichung einer Antwort auf seine Kritiker verweigert wird, ist nicht nur ein bemerkenswert schlechter politischer Stil. Sie ist in diesem Falle auch ein Indiz dafür, dass ich, ein langjähriger Autor der *jW*, explizit vorgeführt, um nicht zu sagen: abgeschossen werden sollte. Es ging hierbei aber weniger um meine Person als darum, die in Leverkusen deutlich gewordene Annäherung zwischen verschiedenen Strömungen von bestimmter Seite abzubremsen und Grenzzäune zu ziehen, die nicht übertreten werden dürfen. Und in der Tat hatte dieses Manöver einmal mehr Erfolg: Meine eigene *SoZ*-Redaktion schreckte (aus Gründen politischer Opportunität) vor solcherart Auseinandersetzung nachhaltig zurück, lehnte jede Solidaritätserklärung mit ihrem angegriffenen Redakteur schlichtweg ab und weigerte sich sogar, einen bei einem Außenstehenden eigens bestellten sachlich-kritischen Bericht über die solcherart verlaufene und abgebrochene *jW*-Debatte in der *SoZ* überhaupt zu veröffentlichen... So verstieß die *jW* einen ihrer Themen-Autoren (einzig im Feuilleton bin ich noch gerne gesehen) und die *SoZ* verlor ihren langjährigen Chefredakteur.

19 Herbert Münchow: »Es geht um die Diktatur des Proletariats«, in: *jW*, 5.6.2004. Münchow ist Mitglied der DKP-Programmkommission und war Teilnehmer der Leverkusener Konferenz.

am besten) beschrieben und analysiert wird. Das haben meine Kritiker durch die Bank weg nicht verstanden – oder haben sie es nicht verstehen wollen?

Der historische Stalinismus ist, wie ich in meinem Beitrag ausgeführt habe, »nur« noch eine Hypothek von Gewalt und Verbrechen, eine vor allem moralisch-ethische Frage, zu der sich ML-Kommunisten (also Kommunisten, die sich dem *Marxismus-Leninismus* verpflichtet oder verbunden fühlen) verhalten müssen, so oder so. Was geschehen ist geschehen. (Ahnen meine Kritiker eigentlich, welches Zugeständnis in dieser Aussage steckt?) Es bleibt der Imperativ, dass sich so etwas nie wiederhole. Und um diese Frage sowohl theoretisch wie praktisch anzugehen, muss zwischen den Sozialistinnen und Sozialisten der verschiedenen Traditionen diskutiert werden, ob und, wenn ja, wie der »Stalinismus« mehr war als nur der historisch-konkrete Stalinismus. Meine These war und ist gerade, dass der Stalinismus, wie ich schrieb, »immer auch und vor allem eine bestimmte Form der Herrschaft von Menschen über Menschen, eine bestimmte politische Theorie und Methodik, ein bestimmtes Denken und Handeln war, die in der klassischen sozialistischen Bewegung ebenso angelegt waren wie ihr Gegenteil«. Gerade dieser ganze zweite Teil meiner Ausführungen ist jedoch von meinen Kritikern überhaupt nicht wahrgenommen worden.

Wer über diese Passagen nachdenkt, merkt schnell, welche »Selbstkritik« in diesen Ausführungen steckt. Ein nicht unerheblicher Teil des internationalen Linkssozialismus betrachtete und betrachtet den ML-Kommunismus nicht als Teil der sozialistischen Linken oder gar der Arbeiterbewegung. Entsprechend bin ich damals von mehreren Bekannten und Genossen angesprochen worden, warum ich mich auf eine Diskussion wie diese überhaupt einlasse. (Hier findet sich dann wohl auch ein Teil der Antwort, warum sich so wenige derselben in der *jW* zu Wort gemeldet haben – obwohl es nachweislich auch entsprechende Leserbriefe gegeben hat, die schlicht nicht veröffentlicht wurden). Ich denke dagegen, dass das Aufgeben einer solchen linkssozialistischen Haltung einer der nicht unwichtigen Beiträge ist, den heutige Linkssozialisten zu der anstehenden Debatte beizutragen haben²⁰ Umgekehrt wäre von den ML-Kommunisten zu verlangen, eine Haltung aufzugeben, die im Nicht-ML-Kommunisten entweder immer einen Revisionisten oder Konterrevolutionär sieht oder zu suchen sich gezwungen sieht. Dies wird nur gehen, wenn auf »eliminatorische« Abgrenzungsdiskurse verzichtet und stattdessen versucht wird, sachlich und offen, gleichermaßen ohne Harmoniesucht wie ohne Hass, Gemeinsamkeiten und Differenzen herauszuarbeiten und genossenschaftlich diskutierbar zu machen. Doch gerade dies hat die *jW*-Diskussion, »die diesen Namen eigentlich nicht verdient hat« (M. Behrend), so schmerzlich wie vollkommen vermissen lassen.

Kommen wir also auf die Sache selbst zurück. Was »linke« wie »rechte« Kritiker des historischen Stalinismus (»Trotzkisten« wie »Brandleristen«,

20 Vgl. dazu auch Manuel Kellners Intervention in die *jW*-Debatte.

»Linkssozialisten« wie »Rechtssozialisten« und viele andere) durch die Jahrzehnte gleichermaßen thematisiert haben, war immer die bedingungslose Abhängigkeit nichtsozialistischer Kommunisten von der Moskauer Zentrale, weil sie darin erstens einen Bruch mit den Prinzipien des nationalen (und internationalen) Klassenkampfes gesehen haben. Und weil zweitens »der Kadavergehorsam gegenüber einer fernen Zentrale das sachliche Argument, die freie Aussprache, die Duldsamkeit und die Loyalität gegenüber dem anders denkenden Genossen prinzipiell aus(schließt)« (Oertzen). Dies hat meine Kritiker offensichtlich am schärfsten empört.²¹ Doch was sie zum größten Teil geantwortet haben, ist nicht nur eine traurige Bestätigung des Gesagten. Sie rechtfertigen ihre alte Haltung (die ich durchaus respektiere) sogar noch heute, in dem sie behaupten, dass es gerade diese »Verbundenheit« – waren wir nicht alle »verbunden«? – mit der Sowjetbürokratie gewesen sei, die den nationalen und internationalen Klassenkampf gefördert habe. Linkssozialisten sehen gerade dies allerdings grundsätzlich anders.

Nun sind beide Sichtweisen in einem gewissen Ausmaß spekulativ, beruhen auf Überlegungen des »was wäre wenn?« und bieten sich deswegen geradezu zur entspannten Diskussion an. Man könnte und müsste dabei die Geschichtswissenschaft bemühen, Zeitzeugenberichte studieren, theoretische Maßstäbe klären usw. usf. Mag hier das Problem der Stalinismuskritiker darin liegen, dass sie in einem gewissen Ausmaße »voluntaristisch« oder »utopistisch« erscheinen, so ist das Problem der Stalinismus-Apologeten, dass sie sich zu Anbetern der Macht des Faktischen wandeln. Das hat aber nur wenig mit Marx'scher Dialektik zu tun, umso mehr mit mechanistischem Determinismus.

Für Marxisten gibt es eine – in der Tradition des ML-Marxismus nicht zufällig zumeist abgelehnte – Dialektik von Subjekt und Objekt, die nach der eigenen Rolle und Verantwortung von Individuen und politischen Kollektiven fragt. Wo es dem gesellschaftlichen Bewusstsein nicht nur um den mecha-

21 Vor allem, dass ich es wagte, den alten Sozialdemokraten Peter von Oertzen wieder ins Spiel zu bringen, wurde mir von nicht wenigen »Diskussions«teilnehmerInnen schwer verübelt. Doch auch wenn es mir nicht ansteht, die »sozialistische Ehre« von Peter von Oertzen zu verteidigen, muss ich feststellen, dass ich nur wenig an ihr zu kriteln habe. Mitte der 50er war er kein Kalter-Kriegs-Sozialdemokrat, sondern einer von sehr vielen linkssozialistischen (und kommunistischen!) »Entristen« in der SPD, die im Sinne Wolfgang Abendroths die SPD nach links zu ziehen versucht haben. Mindestens teilweise hat er dies auch geschafft, gerade in seiner Funktion als SPD-Kultusminister und Programmdiskutant in den 70er Jahren. Dass er seit der Regierungsübernahme der Schröder-SPD Ende der 90er Jahre nicht nur einer der schärfsten und versiertesten Kritiker der Sozialdemokratie gewesen ist, eine bewundernswerte Fähigkeit zur weitreichenden Selbstkritik an den Tag gelegt, sein lebenslanges politisches Projekt offen für gescheitert und auch illusionär erklärt, und sich zum leidenschaftlichen Anwalt eines neuen Antikapitalismus gemacht hat (man kann dies in Zeitschriften wie *Sozialismus* oder der *SoZ*, sowie im Debattenbeitrag von Manuel Kellner nachlesen), das sollen ihm die ML-Kommunisten erstmal nachmachen...

nischen Nachvollzug eines sich im Politbüro oder weisen Intellektuellen verkörpernden objektiven Weltgeistes geht, da müssen sich Gedanke und Tat danach befragen lassen, was sie in den Köpfen der Menschen anrichten. Im Geiste dieser marxistischen Dialektik hat bereits Leo Kofler vor fünfzig Jahren, 1958, zum Abschluss der damaligen gescheiterten Strömungsdiskussion, auf Debattenbeiträge, die denen von Holz, Münchow oder anderen verblüffend gleichen, geantwortet, dass zu fragen ist, ob der Stalinismus »mit seinen Methoden dem russischen und internationalen Sozialismus mehr genützt oder geschadet hat«: »Weiß der Autor (...), dass wir ohne den Stalinismus längst ein sozialistisches Land oder mehrere im Westen hätten, nämlich da, wo der Sozialismus infolge der reiferen ökonomischen Voraussetzungen sich mit weitaus größerer Leichtigkeit experimentieren ließe, und wo selbst der Reformismus ihn nicht hätte verhindern können, wenn der Stalinismus und seine Satelliten einen anderen als einen enttäuschenden Eindruck auf die Völker hinterlassen hätte? Er erwägt diese Frage trotz seiner so selbstbewussten, aber bei ihm zur leeren Phrase degenerierten Berufung auf seine ›Konkretheit‹ mit keinem Wort.«²²

Sich auch heute noch, nach dem realsozialistischen Zusammenbruch, dieser Erkenntnis zu verweigern, können nur jene, die wie Holz ernsthaft zu formulieren sich wagen, dass die stalinistische Sowjetunion »zum Heimatland und zur Hoffnung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt (wurde)« (ähnlich leider auch Gerns). Ja, warum haben denn dann die Arbeiter der Sowjetunion und die der restlichen Welt keinen Finger gekrümmt, als dieser Hort des Friedens und des Sozialismus in sich zusammenbrach? Sind die neostalinistischen Verschwörungstheorien, die hier als Begründung zumeist angeführt werden, eines Marxisten wirklich würdig? Wen will man damit eigentlich überzeugen? Jedenfalls nicht die real existierende Arbeiterklasse weltweit.

Ich hätte, so Gerns, »zum Konferenzthema ›Übergangsforderungen im Kampf um den Sozialismus‹ kaum etwas beigetragen, sondern im Wesentlichen über ein anderes Thema, den ›Stalinismus‹ referiert«. Wer die Diskussion um Übergangsforderungen lediglich als Diskussion um Einzelforderungen wie bspw. die nach radikaler Arbeitszeitverkürzung oder gleitender Lohnskala missversteht, mag dies so sehen. Aber die Frage steht anders: Übergang wohin? Und von welchen gemeinsamen Werten lassen wir uns bei diesem Übergang leiten? Welche Dialektik von Mitteln und Zielen verfolgen wir? Nach den Erfahrungen, die die arbeitende Bevölkerung mit Sozialisten-Kommunisten im 20. Jahrhundert gemacht haben, ist es nicht mehr ganz so einfach, sich auf Napoleons und Lenins »On s'engage et puis on voit« (»Zuerst stürzt man sich ins Gefecht, das weitere wird sich finden.«) zu berufen.

Einzig Hans Heinz Holz ist auf meine diesbezüglichen Ausführungen zur Theorie des Übergangs, dem Herz meines Beitrages ebenso wie des politisch-

22 Leo Kofler: »Orthodoxes Pfaffentum«, in: *Funken*, Heft 4, April 1958, S. 59ff.

strategischen Problems, um das es geht, eingegangen. Seine Antwort – immerhin sachliche Grundlage seines Verdiktes, dass ich ein Kleinbürger sei, weil ich von Ethik und Moral rede – ist allerdings ein sinnfälliges Beispiel dafür, was der marxistische Stalinismuskritiker Kofler bereits vor einem halben Jahrhundert als »stalinistischen Ethizismus, jenes eigenartige System der Verflechtung von überspannter Moralität und abgrundtiefer Unmoral« analysiert hat.²³ Moral sei eine Frage »des Individuellen, der Privatheit«, sagt Holz. Unrecht werde »immer einem Individuum zugefügt« und Ethik könne »als Anforderung auch immer nur an den einzelnen Menschen gestellt werden«. Das hat allerdings rein gar nichts mit einem Marxismus zu tun, für den die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Ist die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie, ist die Kritik am Privateigentum an Produktionsmitteln und an der privaten Kontrolle und Ausbeutung der produktiven Ressourcen der Menschheit eine wertneutrale, rein wissenschaftlich-abstrakte? Ist das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital »immer nur« eines von Individuen? Sind Ausbeutung und Widerstand, ist Klassenkampf »immer nur« individuell? Und ist die Stellung von Sozialisten dazu eine nicht-normative, gleichsam gottgewollte? Ein weites Feld auch dies.

Hans-Heinz Holz jedenfalls »löst« die ausgesprochen schwierige Dialektik von Mitteln und Zielen, indem er einmal mehr das zu emanzipierende Subjekt erschlägt und es zum Anhängsel seiner geronnenen Objektivationen degradiert. Einmal mehr zwingt er den sozialistischen Sprung aus der menschlichen Vorgeschichte zurück ins Prokrustesbett bürgerlicher Revolutionsvorstellungen, wo man die Menschen im Namen des Weltgeistes entmündigen, verleumden, vergewaltigen und ermorden darf. Genau hier liegt die Crux einer sozialistischen Theorie des Übergangs, die ich mit meinem Beitrag zu thematisieren versuchte. Und ich habe aufzuzeigen versucht, dass und inwieweit jede zeitgenössische sozialistische Revolutionsstrategie in Form der Ziel-Mittel-Dialektik auf ethische Fragen gleichsam zwangsläufig eingehen muss. Das hat jedoch wenig mit individueller Moral zu tun, sondern mehr mit jener Ethik des Klassenkampfes, die zu diskutieren ich die – bisher vergebliche – Hoffnung hatte, als ich meinen Diskussionsbeitrag hielt und niederschrieb.

23 Leo Kofler: »Marxistischer oder stalinistischer Marxismus [1954/55]«, in: ders.: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers*, Hamburg 2000, S. 40-67, hier S. 62.

8. Luciano Canforas Demokratieverständnis

I. Ein neuer Historikerstreit?

Es passiert nicht alle Tage, dass ein politisch-historisches Sachbuch solch hohe und kontroverse Wellen schlägt wie Luciano Canforas *Eine Kurze Geschichte der Demokratie*. Als die geplante Veröffentlichung des Werkes vom ursprünglichen Verleger, dem renommierten Münchner C.H. Beck Verlag, abgesagt wurde, erntete Beck im deutschsprachigen Feuilleton weitgehendes Verständnis. Beck sah im Werk des italienischen Altphilologen und bekennenden Kommunisten eine Verharmlosung des Stalinismus und eine Ignoranz bürgerlich-demokratischer Errungenschaften und berief sich dabei u. a. auf ein Gutachten des streitbaren deutschen Historiker Hans-Ulrich Wehler, der bei Canfora historische Fehler, Verdrehungen und schlicht Dummheit ausgemacht und apodiktisch festgestellt hatte, dass es sich hier »nicht nur um eine extrem dogmatische Darstellung« handele, »sondern um eine so dumme, dass sie an keiner Stelle den Ansprüchen der westlichen Geschichtswissenschaft genügen kann«.

Canforas Urteile seien »wirklich fragwürdig«, schrieb auch Johan Schloemann in der *Süddeutschen Zeitung* (16.11.05) – um nur einen von vielen vergleichbaren Artikeln aus dem November 2005 zu zitieren – und der Beck +Verlag verdiene »jede Unterstützung«, wenn er sich das Urteil gebildet habe, das Buch des »Salonkommunist(en)« »verharmlose den stalinistischen Terror in unerträglicher Weise«. Dirk Schümer konnte dem Buch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21.11. zwar auch positive Seiten abgewinnen – »Auf einem Auge blind«, nehme Canfora »mit dem anderen historische Sachverhalte besonders scharf wahr, über die wir uns meist angewöhnt haben, hinwegzusehen« –, doch auch er fand Becks Entscheidung schließlich »schade, aber verständlich«, weil der »schnoddrig(e) hegelianische Vereinfacher« mit seinem »Schönreden der kommunistischen Massaker« »über komplexe Vorgänge hinweggehe, die immerhin das Leben und Sterben von Millionen Menschen beeinflussen«.

So einhellig die Kritik des etablierten Feuilletons, so einhellig war daraufhin auch die Verteidigung durch das linke Feuilleton. Otto Köhler nahm sich im *Freitag* vom 6.1.2006 die vom Beck Verlag intern verbreitete Fehlerliste Canforas vor und ließ an derselben kein gutes Haar. Einzig angebracht sei der Vorwurf, »dass der ehemalige Euro-Kommunist Luciano Canfora Stalin nicht in dem hierzulande seit je als angemessen erachteten Ausmaß verab-

scheut, ja ihn auch als »Realpolitiker« betrachtet«. Und Georg Fülberth verglich Canfora in der Januarausgabe 2006 von *Konkret* sogar mit Eric Hobsbawm, sprach von dem »gelehrten« und »soliden Kommunisten« und Wissenschaftler, nannte das Buch »ein tolles Stück« und dessen Gegner »Claqueure«. Auch Jürgen Harrer, der Verlagsleiter des kleinen linken PapyRossa Verlages – der nun statt Beck die Veröffentlichung des Buches vorbereitete –, sprach Canfora sofort vom Stalinismusverdacht frei: »Der Stalinismus-Vorwurf greift deutlich daneben« sagte er in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* (16.12.2005). Und Canfora selbst kontierte seinem nun ehemaligen deutschen Verleger mit Zensurvorwürfen und mutmaßte über reaktionäre Motive bei Beck, die vielleicht in der Verlagsvergangenheit im Dritten Reich lägen.

Begierig stürzte sich nach diesen Vorgaben das linke Feuilleton auf die Affäre. Die westdeutschen *Blätter für deutsche und internationale Politik* veröffentlichten bereits in ihrer Februarausgabe 2006 einen Vorabdruck des umstrittenen Werks. Die ostdeutsche Tageszeitung *junge Welt* folgte am 13. und 18. April und brachte am 23. und 30. Mai, pünktlich zum Erscheinen des umstrittenen Werkes bei PapyRossa, einen umfangreichen zweiteiligen Beitrag von Otto Köhler, in dem dieser den »Fall von Verlagszensur« (»ein Glanzstück bundesdeutscher Geschichtspolitik«) ausführlich rekapitulierte und die vermeintliche Nähe Becks zum Faschismus zu entlarven versuchte. Im Juni erschien in der Hamburger Konkret GmbH & Co. KG, dem Buchableger der Zeitschrift *Konkret*, Canforas kleine Streit- und Verteidigungsschrift *Das Auge des Zeus*, in dem sich dieser ausführlicher mit der bis heute unveröffentlicht gebliebenen Fehlerliste des Beck Verlages auseinandersetzt und aufzuzeigen versucht, dass die Argumente seiner Gegner auf einer falschen (und von PapyRossa mittlerweile korrigierten) Rohübersetzung beruhen.¹ Die Zeitschrift *Konkret* schließlich druckte in ihrer Juni-Ausgabe Georg Fülberths Vorwort zu Canforas Verteidigungsschrift nach, gab in der Augustnummer dem Beck-Cheflektor Detlef Felken Raum zur Verteidigung und Fülberth die Möglichkeit einer unmittelbaren Antwort.

Zu Recht machten Canfora und seine Verteidiger zahllose Fehler in der Beck'schen Rohübersetzung geltend – so hatte die Rohübersetzung bspw. aus dem »aufhaltsamen Aufstieg« Adolf Hitlers den »unaufhaltsamen Aufstieg« gemacht u.v.a.m. – und verteidigten den wissenschaftlichen Charakter des Buches. Gegen Becks Behauptung bspw., dass Canforas Darstellung des Reichstagsbrandes als eines von den Nazis gesteuerten falsch sei, führten sie neuere Literatur an, die eine solche Meinung mindestens glaub- und diskussionswürdig erscheinen lässt. Ansonsten sei es doch selbstverständlich, dass sich bei einem solch enzyklopädischen Werk der eine oder andere Detailfeh-

1 Luciano Canfora: *Vom Auge des Zeus. Deutsche Geschichtsschreibung zwischen Dummheit und Demagogie. Antwort an meine Kritiker*, Hamburg: KVV Konkret, 2006.

ler einschleiche. Anstatt dies als Argument gegen den Autor zu benutzen, würde jeder normale Verlag solche Fehler stillschweigend und im Einvernehmen mit dem Autor verbessern.

Wenn aber also kein Stalinismus vorlag, wenn auch von einer fehlenden Wissenschaftlichkeit nicht ernsthaft gesprochen werden könne und es sich bei den inkriminierten Stellen vor allem um Übersetzungsfehler handelte, wie erklärten sich Canfora und seine Verteidiger dann den ganzen Vorgang? Spätestens hier nahm die Auseinandersetzung groteske Züge an, denn wo der FAZ-Korrespondent Schümer treffend die neudeutsche Konsenshistoriografie zum Spaßverderber erklärte, hatten Canfora und seine Verteidiger eine etwas andere Erklärung zu bieten. Beck habe aus einem Antikommunismus spezifisch deutscher Art heraus gehandelt und damit ein neues Kapitel im ewigen Kampf um eine (west-)deutsche Relativierung des Hitler-Faschismus aufgeschlagen.

Was sie zur Begründung anführten, ist kurios. Canfora interpretierte Felkens Hinweis darauf, dass die bundesrepublikanische Nachkriegsgeschichte (in seinen Augen bestimmt vom »Geist des Revanchismus, wenn nicht des unverhüllten Nazismus«, S. 288) kaum ausreichend mit dem Verweis auf den Ex-Nazi Globke als Adenauers Staatssekretär zu charakterisieren sei, mit der schon reichlich unverschämten Unterstellung, Felken hätte damit sagen wollen, dass Globke ein ausgewiesener Antifaschist und die Nachkriegsentwicklung der BRD damit problemlos gewesen sei (*Das Auge des Zeus*, S. 81f.). Und Otto Köhler ging in seinem Zweiteiler in der *jungen Welt* Ende Mai sogar soweit, als einzigen Beleg für seine weitreichende These – dass der liberale Beck Verlag das Werk »ausdrücklich deshalb ab(ge)lehnt« habe, weil er sich an einer spezifisch deutschen Revision der Geschichtsbetrachtung beteilige, die darauf hinaus laufe, den deutschen Faschismus als normale, gerechtfertigte Reaktion auf den sowjetrussischen Bolschewismus zu beschönigen –, falsch aus einem Brief Felkens an Canfora zu zitieren. Felken hatte in einem auf Englisch geschriebenen Brief an Canfora Hitler als »a serious option«, also als eine ernsthafte, ernstzunehmende Option bezeichnet, und damit argumentiert, dass Hitler, anders als es Canfora darstellt, auch Anfang 1933 noch immer eine reale, auch parlamentarische Gefahr dargestellt habe. Köhler nun übersetzte einfach die »serious option« zur »seriösen Option« und hatte das von ihm gewünschte, aber vollkommen sinnentstellte Ergebnis. Er war sich, als ihn ein aufmerksamer Leser der *jungen Welt* auf dieses Malheur hinwies, nicht einmal zu schade, nachzusetzen und in derselben Ausgabe, unmittelbar im Anschluss an den Leserbrief (schon dies ein bemerkenswerter Vorgang, der einiges über die redaktionelle Rückendeckung Köhlers aussagt), zu behaupten, dass der Leser zwar philologisch Recht habe. Da jedoch der Beck-Lektor sein Englisch »mutmaßlich bei Heinrich Lübke gelernt« habe, sei *serious* »für ihn seriös«. Basta.

Köhlers entlarvender Fauxpas ging jedoch vollkommen unter in der sich ideologisch immer stärker aufladenden Auseinandersetzung. Angeheizt wur-

de der Literaturstreit dabei durch zwei öffentliche Stellungnahmen des Beck-Cheflektors Detlef Felken, der, zuerst in einer auf der Beck-Homepage am 29. Mai 2006 veröffentlichten Verlagsserklärung und dann in der Zeitschrift *Konkret* (Nr. 8/06) betonte, dass die beiden nun erschienenen Canfora-Werke nichts an seiner Überzeugung geändert hätten. Die Gründe für die Ablehnung der Veröffentlichung hätten »allesamt damit zu tun, wie Luciano Canfora in seinem Buch mit den historischen Tatsachen verfährt«. Erstens enthalte auch das italienische Original »eine nicht unbeträchtliche Zahl von sachlichen Fehlern« (genannt werden hier Beispiele aus der russischen und deutschen Revolution sowie bei Hitlers Machtergreifung). Zweitens gäbe es »Aussagen, bei denen Spekulationen in Tatsachen verwandelt werden« (genannt werden hier Canforas Behandlung des Reichstagsbrandes sowie Aussagen zum Zerfall Russlands und Jugoslawiens). Zum Dritten sei ein »methodisch mehr als fragwürdig(er)« »außerordentlich selektiver Umgang bei der Darlegung von Sachverhalten« zu beklagen, »die für die Bewertung eines historischen Geschehens relevant sind« (bspw. bei der »empörende(n) Behandlung« des Hitler-Stalin-Paktes). Schließlich, viertens, lasse »sich eine Unterscheidung zwischen Thesen und Fakten nicht mehr aufrechterhalten, weil diese Ebene den ganzen Zugriff des Buches – Ideologie als Schnittmuster der historischen Darstellung – fundamental bestimmt«: »Seitenlang wird der Leser mit Strategiedebatten und internen Konflikten der kommunistischen Bewegung traktiert, aber Grundwissen zur Geschichte der Demokratie, wie man es von der Reihe *Europa bauen* doch erwarten darf, fällt dafür immer wieder flach. Aber wenn ausschließlich die Defizite der westlichen Demokratien – in allerdings holzschnittthafter Simplifizierung – repetiert werden, während ihre Leistungen vollständig ignoriert werden, dann bewegt man sich nicht mehr auf dem Boden einer wissenschaftlich vertretbaren Darstellung.«

Georg Fülberth hatte (in *Konkret* 8/06) für die ausführlich vorgetragenen Argumente Felkens nur Hohn und Spott übrig. Und Susanna Böhme-Kuby vermerkte in *Ossietzky* (Nr. 13/06), dass Canforas Selbstverteidigung »fast zuviel der Liebesmüh (ist), denn es helfen keine Argumente, wo der antikommunistische Grundkonsens bereits feststeht«. Immer stärker wurde Canfora nun überhöht: Sein Werk sei »ein kompetentes politologisches Lehrbuch«, ein »Standardwerk zur Geschichte der Demokratie, sehr geeignet für anspruchsvollere Schulbibliotheken«, schreibt Fülberth im Vorwort zum *Auge des Zeus* und in *Konkret* (Nr. 8/06) behauptet er sogar, das Demokratie-Buch sei »die historische Grundlegung einer Theorie der Demokratie und ihrer Verhinderung in allen bisherigen Ungleichheitsgesellschaften«.

Als schließlich Tilman Vogt Ende August die erste Canfora-Kritik von links vorlegte und in *Analyse & Kritik* (Nr. 508 vom 18.8.2006) aufzuzeigen versuchte, dass Canforas Demokratie-Buch einer kritisch-linken Geschichte der Demokratie nicht genüge, erntete er dafür umgehend – in dessen, wenn ich richtig gezählt habe, fünftem, aber nicht letzten Text zur Debatte: einer Besprechung der beiden Canfora-Bücher in den *Marxistischen Blättern* (Nr.

5/06) – einen schulmeisterlichen Rüffel von Fülberth. Nachdem die bürgerlichen Canfora-Kritiker fast allesamt zu Kryptofaschisten erklärt waren, wurde nun auch jede Form linker Kritik unter Generalverdacht gestellt. Denn Fülberth meinte gegen Vogt feststellen zu müssen, dass es auch auf der Linken wohl »noch Klärungsbedarf zu geben (scheint)«: »Nachdem die Liberalen sich an Canforas Buch die Zähne ausgebissen haben, müssen also die Linken aufpassen, dass ihnen nicht auch so etwas passiert.«

Nehmen wir also diesen Fülbertschen Fehdehandschuh auf und lesen selbst. Wie sieht Canfora die Geschichte der Demokratie und welche Rolle spielen darin Liberalismus und Faschismus, Sozialismus und Stalinismus?

II. Demokratie: Die Dialektik von Form und Inhalt

Das erste ins Auge springende Problem von Canforas *Geschichte der Demokratie*² ist sein – auch von anderen festgestellter – impressionistischer Stil. Canforas Buch lässt allzu häufig klare Aussagen und Definitionen vermissen und nicht selten andere Autoren sprechen, bei deren Urteilen nicht genau auszumachen ist, inwieweit er sich mit ihnen identifiziert. Das macht sein Buch zu einem interpretationsbedürftigen und dürfte auch wesentlich zu den so unterschiedlichen Lesarten beigetragen haben.

Das beginnt bereits, ganz elementar, bei der Frage nach dem, was genau Canfora eigentlich unter Demokratie versteht. Man muss schon bis zum Ende des Buches warten, bis man zu Definitionsversuchen gelangt und die sind reichlich vage. Die Demokratie sei »eine instabile Größe: Sie ist die (zeitweilige) Vorherrschaft der besitzlosen Klassen in einem unablässigen Kampf um Gleichheit – ein Begriff, der sich se+inerseits historisch erweitert und stets neue und hart umkämpfte ›Rechte‹ beinhaltet.« (S. 325) Und »Tatsache ist: Weil die ›Demokratie‹ eben keine Regierungsform, kein *Verfassungstyp* ist, kann sie in den unterschiedlichsten politisch-konstitutionellen *Formen* herrschen, teilweise herrschen, gar nicht herrschen oder sich wieder zur Geltung bringen.« (S. 355f., Hervorhebungen im Original.) Eine seiner Schlussweisen ist deswegen auch, »dass ›absolute‹ und *letzten Endes hohle Worthülsen* wie Freiheit und Demokratie die Form und den Inhalt angenommen haben, die heute üblich sind« (S. 331, Hervorhebung: CJ).

Man muss nur innehalten und überlegen, was dies eigentlich genau heißen soll, und schon beginnen die Nachfragen: Ja, Demokratie existiert in den verschiedensten Formen, kann mal mehr, mal weniger »herrschen«. Aber heißt dies wirklich, dass sie »keine Regierungsform, kein *Verfassungstyp* ist«? Ist dies wirklich eine »Tatsache«? Oder sollte es nicht vielmehr heißen, dass die Demokratie *nicht nur* eine Regierungsform, *nicht nur* ein Verfassungstyp ist

2 Luciano Canfora: *Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union*, Köln: PapyRossa, 2006. Die Zitatnachweise im folgenden Text sind dieser Ausgabe entnommen. Die vierte, verbesserte und um ein Nachwort von Oskar Lafontaine erweiterte Auflage erschien 2007.

und dass sie historisch und politisch auch andere, damit sich beißende Inhalte bezeichnen kann? Was genau wird gemeint, wenn von »letzten Endes hohlen Worthülsen« gesprochen wird? Ist der Kampf um Demokratie wirklich ein Kampf um *Gleichheit* oder vielleicht auch einer um *Freiheit*? Und wie vermitteln sich diese beiden zentralen Begriffe zueinander und zu jenem berühmten dritten der *Brüderlichkeit/Solidarität*? Und was hat diese Trias eigentlich mit dem berühmt-berüchtigten und auch von Canfora bemühten Kampf der Klassen zu tun? Eine theoretisch fundierte Grundlegung des Demokratiebegriffs, die Antworten auf solche Fragen geben könnte, bleibt jedoch die Leerstelle seines Werkes – eine Leerstelle gleichermaßen mit Ursachen wie Folgen.

Wer mit der Geschichte der Demokratietheorien einigermaßen vertraut ist, weiß, in welcher Denktradition Luciano Canforas Demokratieverständnis steht. Es steht in jener hehren Tradition sozialistischen Denkens, die die Demokratie nicht wie das liberale Bürgertum *konstitutionell*, als formalen Verfassungstyp, versteht, sondern als eine *sozialgeschichtliche, politische* Bewegung. »Die Demokratie als ein Ding an sich, als eine formale Abstraktion«, schreibt bspw. Arthur Rosenberg in seiner klassischen, erstmals 1938 veröffentlichten Studie über *Demokratie und Sozialismus*, »existiert im geschichtlichen Leben nicht, sondern die Demokratie ist immer eine bestimmte politische Bewegung, getragen von bestimmten gesellschaftlichen Kräften und Klassen, die um bestimmte Ziele kämpfen. Ein demokratischer Staat ist demgemäß ein Staat, in dem die demokratische Bewegung die Herrschaft hat. Die Demokratie zerfällt in die sozialistische und in die bürgerliche Demokratie. Die sozialistische Demokratie erstrebt die Selbstregierung der Massen, wobei die gesellschaftlich wichtigen Produktionsmittel in der Hand der Allgemeinheit sein sollen Die bürgerliche Demokratie erstrebt gleichfalls die Selbstregierung der Volksmassen, aber unter Aufrechterhaltung des Prinzips des Privateigentums.«³

Ein solches Demokratieverständnis ist jedoch alles andere als frei von Unschärfen, Spannungen und latenten Widersprüchen. Die Fallstricke dieses klassischen Ansatzes liegen dabei in dem, was man die komplizierte Dialektik von Form und Inhalt nennen kann. Auf der einen Seite führt die (marxistische) Analyse der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft als einer Gesellschaft, die vom antagonistischen Klassenkampf von Lohnarbeit und Kapital strukturell durchdrungen ist, zu der Einsicht, dass mit der Überwindung dieser antagonistischen Struktur auch die strukturelle Fassung dieser Demokratieform – die Verdoppelung der bürgerlichen Gesellschaft in Staat und Gesellschaft, ihre immanente Trennung von Ökonomie und Politik sowie die klassengesellschaftliche Deformation bürgerlicher Freiheit und Gleichheit – überwunden werden wird. Der Inhalt des Klassenkampfes, die Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft hat dabei in der revolutio-

3 Arthur Rosenberg: *Sozialismus und Demokratie*, Frankfurt 1988, S. 302.

när-sozialistischen Tradition Priorität vor der Erhaltung ihrer demokratischen Formen. Auf der anderen Seite darf hier keine falsche Dichotomie aufgemacht werden, denn die Geschichte dieser Klassenkämpfe ist natürlich und nicht zuletzt auch eine Geschichte des Kampfes um konstitutionelle Formen, die in der Lage sind, alltäglichen Angriffen des Kapitals Widerstand zu leisten und Klassenbewusstsein zu entfachen und zu entfalten; um organisatorische Formen, die in der Lage sind, ökonomische und politische Klassenkämpfe nicht nur zu führen, sondern auch weiter zu treiben, um die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse schließlich grundlegend umzuwälzen.

Und hier setzte die sozialistische Arbeiterbewegung von Beginn an vor allem auf zweierlei. Zum einen setzte sie auf gerade jene bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Formen und Errungenschaften, die die Verfassung der bürgerlichen Demokratie ihr nicht nur bot, die sie dem Bürgertum vielmehr in harten Kämpfen zuallererst abringen musste. Demokratie und Freiheit waren so von Beginn an nicht nur formale, beliebig zu benutzende Mittel, sie waren mehr noch der Weg zum Ziel, ein Wert an sich und entsprechend Ausdruck eines kollektiven Bedürfnisses. Zum anderen jedoch verstand die sozialistische Arbeiterbewegung ihre eigenen Organisationsformen (Gewerkschaften, Sport- und Kulturvereine, Konsumgenossenschaften, Parteien) als *Organe einer sozialistischen Demokratie*, die die Interessen und Bedürfnisse der Klasse als ganzer artikulieren und organisieren sollten, und entsprechend, als Institutionen einer demokratischen *Gegenmacht*, den zumeist elitären Organen/Institutionen der Herrschenden entgegengestellt waren. Demokratie war also mehrschichtig. Demokratie als (nicht zuletzt ausgesprochen dehnbare) Verfassungskonstitution und Demokratie als politische Klassenbewegung liegen, genau betrachtet, trotz großer Schnittmenge auf verschiedenen Betrachtungsebenen und sind, sowohl praktisch wie theoretisch, immer wieder auseinander zu halten, um nicht in jene Fallstricke zu geraten, die Form und Inhalt willkürlich auseinander reißen.

Da Canfora die verschiedenen, sich latent widersprechenden Ebenen des Demokratiebegriffs nicht theoretisch aufklärt, verfängt er sich immer wieder in den Widersprüchen und Fallstricken dieses klassischen Ansatzes, in der Dialektik von Form und Inhalt.

Das antike Athen, Hort und Bezugspunkt klassischer Demokratie in Theorie und Praxis, war bekanntlich eine Klassengesellschaft und beruhte auf der umfangreichen Ausbeutung von Sklaven im Innern und der kriegerischen Eroberung anderer Völker und Staatsgebilde nach außen. Auch Canfora stellt dies zu Beginn seiner Geschichte genüsslich dar und beschreibt, wie in die ursprünglich einzig aus frei geborenen und wehrfähigen, d. h. besitzenden Söhnen athenischer Väter und Mütter bestehende athenische Polis mittels der Ausweitung der Bürgerschaft auf die Besitzlosen »ein neues, dynamisches und explosives Element« (S. 44) eingeführt worden sei. Diese explosive Dynamik wird jedoch wieder zurückgenommen, wenn er wegen der vermeintlich unentwirrbaren Vermengung von Rassismus, Oligarchie und Demokratie

einen Autor mit der in seinen Augen »entwaffnend(en)« Schlussfolgerung zielt, dass nirgendwo in der klassischen Antike »das schöne Spektakel einer echten Freiheit« (S. 68) geboten worden sei. Canfora scheint dem zuzustimmen, denn »es gab kein Gesetz und keinen Bereich des sozialen und familiären Lebens, in dem die Sklavenwirtschaft keine Rolle spielte« (S. 69).

Bereits hier, in der Behandlung antiker Demokratie bekommt seine Darstellung damit einen spezifischen Akzent. Einen Akzent, der eher einer »Entweder-oder«-Logik gehorcht als einer Logik des »nicht nur, aber auch« (s.o.). Sahen ältere Autoren (bspw. der von Canfora bemühte Arthur Rosenberg⁴) im Kampf der subalternen Klassen und Schichten, in ihren Bedürfnissen, Erfolgen und Niederlagen, das dynamisch treibende, weil radikaldemokratisch autonome Moment – ohne die strukturellen Begrenzungen und Widersprüche der institutionellen Fassung dieser antiken Demokratie zu verschweigen –, tendiert Canfora bereits hier dazu, »die gesamte Geschichte der Niederlage der Demokratie als einen großen, von diversen Machthabern geplanten Manipulationszusammenhang« zu interpretieren, wie Tilman Vogt in *Analyse & Kritik* treffend festgestellt hat. Die Darstellung und Entfaltung demokratischer Bedürfnisse und Bewegungen wird bei ihm immer wieder zurückgenommen, indem ihre Kompatibilität mit der klassengesellschaftlichen Herrschaft betont wird. Demokratie ist bei ihm weniger die (wie auch immer widersprüchliche) institutionelle Fassung eines Kampfes der Klassen und Schichten. Demokratie ist ihm zuallererst und letzten Endes ein formales Mittel der oligarchisch Herrschenden, die nachdrängenden Klassen irre zu führen. Es bleibe »festzuhalten«, so Canfora, »dass die athenische Demokratie nicht die ›Herrschaft des Volkes‹ bedeutete, sondern die Übernahme der Führungsrolle innerhalb der ›Volksherrschaft‹ durch einen kleinen Teil der ›Reichen‹ und ›Herren‹, die dieses System akzeptierten« (S. 44).

Dies ist dann wohl auch der Grund, warum er über die Klassenkämpfe in der römischen Antike und in den ihr folgenden Jahrhunderten souverän hinwegsieht und seinen Faden erst wieder mit der französischen Revolution aufnimmt. Die neuzeitliche Demokratie der bürgerlichen Revolution könne sich nämlich, so Canfora, deswegen zu Recht auf die antike Demokratie berufen, weil auch sie strukturell auf der Ausgrenzung von Rasse/Ethnie, Klasse und Geschlecht beruhe (die löbliche und von Canfora entsprechend goutierte Ausnahme war der radikale Jakobinerflügel um Robespierre und die von diesen vergeblich lancierte Verfassung von 1793). Auch hier also wieder derselbe strukturelle Blick von oben: die Demokratie vor allem als Herrschaftsmittel und weniger als Mittel der Emanzipation.

Keine Frage, ein solches Demokratieverständnis hat seine unabweisbaren Stärken. Und stark ist auch Canfora dort, wo er die Transformationsprozesse bürgerlicher Demokratietheorie und -praxis darstellt. Ausführlich beschreibt

4 Arthur Rosenberg: *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Schriften*, Frankfurt/Main u. a. 1974.

er, wie sich die zur Macht drängenden Bürger aus Angst vor den demokratischen Bedürfnissen und Forderungen der subalternen Klassen und Schichten von (scheinbar⁵) radikalen Demokraten zu Liberalen wandeln, deren Demokratievorstellungen wesentlich elitär sind. So nimmt die neue bürgerliche Demokratie im Laufe des 19. Jahrhunderts abermals einen stark oligarchischen Charakter an und schafft es, das Volk mittels Wahlrechtsbeschränkungen der diversesten Art (vor allem dem auf Einpersonenwahlkreisen beruhenden Mehrheitswahlrecht), mittels Korruption und Elitenherrschaft, mittels Wahlabstinenz und sozialen Zugeständnissen, klein zu halten. Ausführlich beschreibt Canfora die Herausbildung des französischen Bonapartismus nach der Revolution von 1848, der eine plebiszitäre Demokratie mit Herrschaftsmethoden mischt, die den Faschismus paradigmatisch vorwegnehmen. Im Angesicht eines solchen gemischten Systems (halb Demokratie, halb Oligarchie) sieht Canfora die politische Linke und die aufkommende Arbeiterbewegung in klassischer Manier als Erbin und Hüterin einer *sozialen Demokratie*, polemisiert aber ausführlich gegen deren Illusionen in ein allgemeines Wahlrecht, mit dem man die gesellschaftliche Macht über das Parlament erreichen könne. Vor allem die »naiven« und »willkürlichen« (S. 162f.) Vorhersagen des späten Friedrich Engels – wenn es so weitergehe mit den Wahlerfolgen der deutschen Sozialdemokratie, dauere es nicht mehr lange, bis sie mittels der parlamentarischen Mehrheit den Übergang zum Sozialismus beginnen könne – münden wegen dieser Methoden der Entschärfung parlamentarischer Demokratie »strategisch gesehen in eine Sackgasse« (S. 163). Entsprechend sei, auch wenn das Wahlrecht seine subversive Seite behalte, der »Mechanismus der unaufhaltsamen und fortschreitenden Integration die Kehrseite des Marsches in das System« (S. 171).

Hier aktualisiert Canfora implizit jene Lehren der radikalen Linken, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegen den Reformismus eines Bernstein und anderer geltend machten, dass die bürgerlich-demokratische Verfassungsform des Klassengegensatzes ihre strukturelle Beschränkung hat. Wenn die Klassenherrschaft eine in ihrem Alltag wesentlich sozialökonomisch funktionierende, politisch nur vermittelte ist, wenn das antagonistische Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital und das durch dieses konstituierte Lohnsystem ein wesentlich auf wirtschaftlichen Verhältnissen beruhendes, in diesem Sinne ökonomisches ist, und kein Rechtssystem, wie soll man dann, so die berühmte Frage Rosa Luxemburgs an den auf eine Revolution mittels parlamentarischer Formen setzenden Eduard Bernstein, »die Lohnklaverei« auf gesetzli-

5 Ich sage scheinbar, weil auch die Behauptung eines ursprünglichen demokratisch-revolutionären Bürgertums, das im Angesicht der nachdrängenden Klassen und Schichten seine demokratisch-revolutionären Traditionen fallen lässt, von vielen älteren (Leo Kofler) oder neueren Marxisten (bspw. Ellen Meiksins Wood) mit einigem Recht in Frage gestellt wurde. Zunehmend wird deutlich, dass das radikaldemokratische Moment nicht aus dem Bürgertum kam, sondern von den nachdrängenden Klassen und Schichten in dasselbe hineingetragen wurde.

chem Wege« stufenweise aufheben, wenn sie in den Gesetzen gar nicht ausgedrückt ist? (...) Man wird in unserem ganzen Rechtssystem keine gesetzliche Formel der gegenwärtigen Klassenherrschaft finden.«⁶

Da der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital durch die wesentlich individualrechtlich gefasste Freiheit bürgerlicher Demokratie, durch die der bürgerlichen Gesellschaft eigene Trennung von Politik und Ökonomie strukturell verschleiert wird, gelte es, so die Lehre der sich nach der sowjet-russischen Revolution formierenden III., Kommunistischen Internationale, zuerst die bürgerlich-kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen zu zerstören – by any means necessary –, um anschließend eine harmonische und demokratisch-selbsttätige Entwicklung der Bevölkerungsmassen zu ermöglichen. Aus diesem Primat des klassenkämpferischen Inhalts vor dessen organisatorischer Form erklärt sich auch jener bemerkenswerte Pragmatismus, den die frühe Kommunistische Internationale an den Tag legte, wenn es um die formale Rolle von Parteien, Gewerkschaften und Räten ging.

»Für uns«, so Lenin während der russischen Revolution, »sind die Sowjets nicht als Form wichtig, uns ist wichtig, welche Klassen diese Sowjets vertreten.« Und die Kommunistische Internationale erklärte in ihrem ersten *Manifest an das Proletariat der ganzen Welt* von 1919: »An das Proletariat die Forderung zu stellen, dass es im letzten Kampf mit dem Kapitalismus, in dem es sich um Leben und Tod handelt, lammfromm den Forderungen der bürgerlichen Demokratie folge, hieße, von einem Menschen, der gegen Räuber sein Leben und seine Existenz verteidigt, die Befolgung der künstlichen, bedingten Regeln des französischen Ringkampfes zu verlangen, die von seinem Feinde festgestellt, aber von ihm nicht befolgt werden. Im Reich der Zerstörung, wo nicht nur die Produktions- und Verkehrsmittel, sondern auch die Institutionen der proletarischen Demokratie blutige Trümmer darstellen, muss das Proletariat seinen eigenen Apparat schaffen, der vor allem als Bindemittel für die Arbeiterklasse dient und ihr die Möglichkeit eines revolutionären Eingreifens in die weitere Entwicklung der Menschheit sichert. Dieser Apparat sind die Arbeiterräte. Das Proletariat schuf eine neue Form des Apparates, der die gesamte Arbeiterschaft umfasst, unabhängig von Beruf und politischer Reife, einen elastischen Apparat, der fähig ist, sich immerwährend zu erneuern, zu erweitern, immer neue und neue Schichten in seine Sphäre hineinzuziehen, seine Türen den dem Proletariat nahe stehenden arbeitenden Schichten der Stadt und des flachen Landes zu öffnen. Diese unersetzliche Organisation der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse, ihres Kampfes und in Zukunft auch der Eroberung der Staatsmacht ist durch die Erfahrung verschiedener Länder erprobt und stellt die größte Errungenschaft und die mächtigste Waffe des Proletariats unserer Zeit dar.«⁷

6 Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution*, in ders.: *Gesammelte Werke*, Band 1.1, Berlin 1969, S. 429.

7 *Die Kommunistische Internationale*, Bd. 1, Köln 1984, S. 33.

Eine solche Theoretisierung der Räteform hinderte dieselbe Kommunistische Internationale nicht daran, nur ein Jahr später, in ihrem zweiten Manifest, scheinbar zurückzurudern, denn: »Die bloße Anerkennung des Räte-systems löst keine Fragen. Die Organisation der Räteregierung besitzt keine wundertätige Kraft. Die revolutionäre Kraft liegt im Proletariat selbst. Es ist unbedingt notwendig, dass es sich zum Aufstand und zur Erkämpfung der Macht erhebt; nur dann kann die Räteorganisation ihre Vorzüge an den Tag bringen als eine unvergleichliche Waffe in der Hand des Proletariats. Berufsorganisationen, ökonomischer und politischer Streik, legale und illegale Aktionen, geheime Stützpunkte in der Armee, Arbeit in Konsumvereinen, Barrikaden – keine einzige von der Entwicklung der Arbeiterbewegung geschaffene Form der Organisation oder des Kampfes verwirft die Kommunistische Internationale, und nicht eine einzige Form wird von ihr als Allheilmittel betrachtet. Das Räte-system ist kein abstraktes Prinzip, das die Kommunisten dem Prinzip des Parlamentarismus entgegenstellen. Das Räte-system ist ein Klassenapparat, der im Kampfe und durch den Kampf den Parlamentarismus beseitigen muss und ihn ersetzen soll.«⁸

Viele Gegner, Historiker und Interpreten haben sich an diesem (theoretisch ausgewiesenen) Pragmatismus die Zähne ausgebissen und den Bolschewiki ein rein taktisches Verhältnis zu demokratischen Methoden vorgeworfen. Leider bestärkt wurden sie darin von der historischen Entwicklung selbst, die so manchen Kommunisten in der Hitze des revolutionären Gefechtes entsprechend »radikal« denken und handeln ließ. »Die Massen«, so bspw. der damalige kommunistische Hamburger Parteisekretär Urbahns – in Weimarer Zeit von einiger Bekanntheit –, »werden mit uns sagen: Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken.«⁹ Die politische Überspitzung in revolutionärer Zeit ist eines. Etwas anderes ist es jedoch, sich als Historiker ein dreiviertel Jahrhundert später hinzustellen, und dem unter Absehung der folgenden Geschichte theoretisch wie praktisch beizupflichten.¹⁰

Man kann die mit der sowjetrussischen Revolution einsetzende Geschichte nicht ernsthaft schreiben, ohne auf die dem bolschewistisch-kommunistischen Konzept einer wesentlich auf (Klassen-)Bewusstseinsentwicklung beruhenden Revolutionstheorie eigene Schwäche einzugehen – jenen dem bolschewistisch-kommunistischen Konzept latent eingeschriebenen Substitutionismus, der die revolutionäre Avantgarde zur »A-Priori-Zentralinstanz der

8 Ebd., S. 268.

9 Zitiert nach Arthur Rosenberg: *Sozialismus und Demokratie*, a.a.O., S. 13.

10 Die ressentimentgeladene Metapher vom Misthaufen der Geschichte stammt aus einer Rede Trotzki auf dem die Macht ergreifenden Sowjetkongress Ende Oktober 1917. Sie taucht als »Müllhalde« auch bei Canfora wieder auf, zu Beginn seiner Verteidigungsschrift *Das Auge des Zeus*, wird von diesem aber fälschlicherweise und interessanterweise Stalin zugeschrieben.

Vernunft« (Peter Cardorff¹¹) verdinglicht. An der historischen Erfahrung, dass sich ein auf allgemein-menschliche Emanzipation zielendes und auf Dauer gesetztes revolutionäres Bewusstsein weder auf rein spontanem und unmittelbarem noch auf dem reformistischen Wege zu bilden vermag, und bestimmter Institutionen bedarf, in denen es sich nicht nur halten, sondern immer auch erneuern lässt, hat sich die sozialistisch-kommunistische Bewegung bisher vergeblich versucht. »Die gesamte Geschichte des bolschewistisch-kommunistischen Konzeptes bis heute«, so Cardorff¹², »ist die Geschichte der Suche nach solchen institutionellen Formen, die revolutionäres Bewusstsein verstetigen, das in spontanen Aktionen und kurzen Aktivitätsphasen aufblitzt. Selbst in revolutionären Krisen haben die bisher entwickelten Formen (Partei, Gewerkschaften, Räte, Milizen, Fabrik- und Stadtteilkomitees etc.) nicht ausgereicht, um diese Aufgabe zu erfüllen.«

Da haben wir sie wieder, die vermaledete Dialektik von Form und Inhalt, von der ein Luciano Canfora nicht einmal einen Begriff, geschweige denn die passende Lösung zu bieten vermag. Nirgendwo wird dies deutlicher als in seiner Behandlung jenes »europäischen Bürgerkrieges«, den er im zweiten Teil seines Werkes ausführlich thematisiert, in jenem Teil, der den nachhaltigen Unmut des Beck Verlages verursacht hat.

III. Der europäische Bürgerkrieg: Stalinismus oder was?

Von einer Geschichte demokratischer Bewegungen, Formen und Inhalte (wie kritisch auch immer) kann bei Canforas Darstellung des auf die sowjetrussische Revolution folgenden »europäischen Bürgerkrieges« ebenso wenig mehr die Rede sein wie von einer Geschichte der Klassenkämpfe. Er schreibt hier, nun ohne jede weitere Zurückhaltung, die Geschichte einer zunehmenden *Abscheu vor der Demokratie*¹³ und verabsolutiert die Idee *sozialer Demokratie* zur prinzipiellen Absage an demokratische Formen. Aus der dialektischen Trias von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit/Solidarität macht er antagonistische Gegensätze und fühlt sich entsprechend gezwungen, Freiheit und Solidarität zu streichen, um eine Gleichheit zu propagieren, in der natürlich bei näherer Betrachtung einige gleicher sind als gleich.

Mit der Darstellung der ersten (mindestens für einige Jahre) erfolgreichen und den Übergang zum Sozialismus offen proklamierenden Arbeiterrevolution der Geschichte hält sich Canfora, wie immer, nicht lange auf – auch nicht

11 Peter Cardorff: *Studien über Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung*, Hamburg 1980, S. 68.

12 Ebd., S. 69.

13 Dass und wie die Abscheu vor der Demokratie neuerdings wieder zur herrschenden Konjunktur politischer Theorie und Praxis gehört, zeigt Jacques Rancière in seinem anregenden Werk *Hatred of Democracy*, London 2006, der sich allerdings mit den liberal gewendeten Ex-Linken auseinandersetzt, während die neostalinistische Abscheu vor der Demokratie aus etwas anderen ideologischen Quellen schöpft.

mit der demokratiethoretisch interessanten Debatte um Räteherrschaft, Partei und Gewerkschaften. Nachdem er beschrieben hat, wie vergleichbare revolutionäre Prozesse in Deutschland und Italien scheiterten – und dabei in einer selbst für einen offen parteilichen Historiker eher problematischen Schärfe über »das sozialdemokratische Spießertum« (S. 207) herzieht –, geht er dazu über, den Angriff der liberalen westlichen Ententemächte auf das revolutionäre Russland und die auch nach dessen militärischem Scheitern fortgesetzte weltpolitische Frontstellung zwischen Bolschewismus und Liberalismus zu schildern. Geschichte wird ihm auf diesem Wege zum Kampf der Individuen (Churchill und De Gaulle gegen Stalin), zum Machtkampf von Personen (Trotzki gegen Stalin), und der Kampf der Klassen und Schichten wird zum Kampf der Gesellschaftssysteme (Liberalismus und Faschismus gegen Sozialismus). Ein Kampf um Macht zudem, der vor dem Hintergrund einer weitreichenden weltpolitischen Wende stattfand: dem Ende des weltrevolutionären Prozesses. Canfora diskutiert dieses vermeintliche Ende nicht, er behauptet es schlicht und einfach. Und er zieht aus dieser Behauptung weitreichende Konsequenzen, denn Stalin als die personelle Verkörperung sozialer Demokratie im Kampf der Gesellschaftssysteme bekommt auf diesem Wege automatisch und prinzipiell Recht in seinem Kampf gegen den Liberalismus auf der einen und die linke Opposition auf der anderen Seite. Stalin mag ungerecht gewesen sein und sogar Verbrechen begangen haben, aber es ist das vermeintliche Ende der Weltrevolution in den 20er Jahren, das ihn in den Augen Canforas zu einem weltpolitischen Realisten macht und historisch rechtfertigt.

Stalins vermeintlicher Realismus – dies war und ist auch einer der zentralen Streitpunkte zwischen dem Beck Verlag und der bürgerlichen Presse auf der einen und Canfora und seinen linken Verteidigern auf der anderen Seite. Doch so neutral besetzt, wie dies Canfora und seine Verteidiger darzustellen versuchen, ist Stalins Realismus bei ihm nicht, denn er bekommt seine positiv aufgeladene Aura gerade durch die Auseinandersetzung mit möglichen Alternativen zu Stalin und dem Stalinismus.

Da wäre natürlich zuallererst und vor allem jener Leo Trotzki, der als politisch-militärischer Führer zuerst die bolschewistische Machtergreifung selbst und dann auch den Sieg der revolutionären Roten Armee über die Invasionsstreitkräfte der Entente-Mächte organisierte, um schließlich, in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zum Führer der Linken Opposition und Inspirator der Vereinten Opposition gegen den aufkommenden Stalinismus zu werden. Für Canfora konnte Trotzki aus zwei Gründen keine historische Alternative sein. Für den an das vermeintliche Ende der Weltrevolution Glaubenden ist, dies zum ersten, das »Scheitern der Illusion, die Lage sei nach wie vor ›revolutionär‹« – die Benutzung der Anführungszeichen durch Canfora wäre eine eigene Beschäftigung wert – »zugleich ein Scheitern der trotzkisti-

schen Losung von der »permanenten Revolution« (S. 233).¹⁴ Und zweitens war ihm der »Kern des Problems« »die Spaltung einer Partei, die soeben durch eine Revolution die Staatsmacht erobert hatte« (S. 336). Dies ist ihm deswegen ein Argument, weil es gerade Trotzki gewesen sei, der »(zusammen mit Sinowjew und Kamenev)« die tiefe Spaltung und, »in gewissem Sinne«, das innerkommunistische Schisma »herbeiführte« (S. 335f.): »Trotzki kannte das Handwerk des Revolutionärs nur allzu gut und war viel zu sehr überzeugt, im Recht zu sein und zum Nutzen der Revolution zu agieren, als dass er vor etwas zurückgewichen wäre, wenn es seinem Sieg im Wege stand: wie es scheint [sic] auch nicht vor der Möglichkeit eines Staatsstreichs am Vorabend der Parade zum zehnten Jahrestag der Revolution am 7. November 1927« (S. 336).

Trotzki beherrschte also nicht nur das »Handwerk der Revolution« – es riecht nach gebückten Individuen in schwarz und mit einer Bombe in der Hand –, er war auch egozentrisch genug, die bolschewistische Partei und die internationale kommunistische Bewegung zu spalten und gegen Stalin und die junge Sowjetmacht putschen zu wollen. Doch schon hier lässt sich die so wohl wissenschaftlich wie politisch unzureichende Argumentationsmethode Canforas aufzeigen. Denn zum einen werden hier in der Tat Fakten und Meinung unzulässig und suggestiv vermischt: Selbst wenn der Ende 1927 vermeintlich vonstattengehende Putschversuch Trotzki tatsächlich stattgefunden hätte, wäre er kein Argument für eine Parteispaltung, die bereits in den Jahren 1924/25 offen zutage getreten war. Zum zweiten stimmen die vermeintlichen historischen Fakten schlicht nicht. Es gibt nicht nur keinen Beweis für die These vom Putschversuch. Ganz im Gegenteil ist Trotzki von vielen vorgeworfen worden, einen solchen nicht zum Wohle der Revolution versucht zu haben. Worauf Trotzki nicht nur weise, sondern ausgesprochen *realistisch* geantwortet hat, dass er auf diesem Wege selbst zu einem »stalinistischen« Diktator geworden wäre.

Was Canfora hier wissenschaftlich verbrämt aufwärmt, ist nicht mehr als die haltlose Verleumdung, die bereits damals, 1927, nur die Begleitmusik der stalinistischen Repression gegen die Parteiopposition war. Erinnern wir uns: Es war anlässlich des zehnten Jahrestags der Oktoberrevolution, als die bereits vollkommen in die Defensive geratene Vereinigte Opposition um Trotz-

14 Mit Leo Trotzki's Leben und Werk ist Canfora offensichtlich nicht vertraut. Trotzki's Theorie der permanenten Revolution wird ebenso falsch dargestellt (ohne dass man wirklich von einer Darstellung reden könnte) wie dessen Faschismusanalyse und alles andere, was diesen betrifft. Das hat er auch mit seinem eifrigen Verteidiger Georg Fülberth gemeinsam. Der Politologie-Professor, der den promovierten Beck-Cheflektor wegen handwerklicher Mängel gerne zurück ins universitäre Proseminar schicken würde (Vorwort zum *Auge des Zeus*), rechtfertigt in seinem *junge Welt*-Interview (6.10.2006) Canforas Diktum, dass Trotzki und die Trotzkiisten (sprich: die radikalen Linken) »Abenteurer« gewesen seien, damit, dass »da ja was dran sein (kann)«: »Dieser Ansicht wird man ja noch sein dürfen.«

ki, Sinowjew u. a. die öffentlichen Feiern zu einer schüchternen, aber erstmals öffentlichen Demonstration gegen den stalinistischen Kurs der Partei benutzte. Und es war Stalin, der daraus umgehend einen Putschversuch konstruierte und dies zum Anlass nahm, die Oppositionellen nicht nur aus allen Parteiämtern, sondern gleich auch aus der Partei selbst zu entfernen und anschließend einer nachhaltigen Repression zu unterwerfen. Dies war, historisch betrachtet, nicht mehr und nicht weniger als der Durchbruch der politischen Konterrevolution Stalins. Canfora stellt diesen historischen Kontext natürlich (natürlich?) nicht dar, suggeriert stattdessen Zusammenhänge, die er dann mit ressentimentgeladenem Alltagsverstand anreichert. Um diese in keiner Weise originelle, sondern ganz in der Tradition des Stalinschen Zentralsekretariats stehende Verleumdung großen Stils entsprechend glaubwürdig erscheinen zu lassen, behauptet er, dass das gegenseitige Bild, das Stalin und Trotzki vom jeweils anderen zeichneten, »von Hass geprägt (war), und ganz gewiss [sic] hielt keiner von beiden eine gegenseitige historische Analyse für notwendig« (S. 336). Zuerst behauptet er also eine nichts erklärende, aber emotional aufgeladene Banalität – Hass! –, um dann eine unverschämte Nebelkerze – Unfähigkeit zur objektiven Analyse! – zu zünden. Man mag Trotzki manches vorwerfen können, nicht jedoch, dass er sich seit Mitte der 20er Jahre bis zu seiner (von Stalin organisierten und befohlenen) Ermordung im Jahre 1940 nicht immer wieder öffentlich und auf anerkanntem Niveau mit Stalin als Mensch und als politischer Figur auseinandergesetzt hätte – was Stalin umgekehrt tunlichst vermieden hat, weil es ihm darum ging, ein Tabu zu konstruieren, mit dem er alle möglichen Formen wirklicher oder eingebildeter Renitenz repressiv bekämpfen konnte. Ein Verhältnis struktureller und mit Repression aufgeladener Ungleichheit wird hier verbal egalisiert und verharmlost – eine Methode, die weder etwas mit Wissenschaft noch etwas mit politischer Moral zu tun hat.

Auch wenn das permanente Trotzki-Bashing [= Prügeln] an sich schon reicht, um seine Methoden zu entlarven – Trotzki war und bleibt eben der ewige Stachel im Fleische seiner kommunistischen Brüder, die Verkörperung einer (wie auch immer konkret zu beurteilenden) historischen Alternative –, Canforas Problem ist viel weitreichender. Weil nämlich die »trotskistische Internationale seit Ende der zwanziger Jahre«¹⁵ ein »polemische(s) Bild der UdSSR als »thermidorianisch« (S. 339) zeichnete – gemeint ist die »trotskistische« These von der politischen Konterrevolution unter Stalins Herrschaft –, sind Sozialisten und Sozialdemokraten in den 30er Jahren in diesen Chor eingestiegen und haben gemeinsam dazu beigetragen, dass bald auch die bürgerlichen Reaktionäre, »die schärfsten Antikommunisten«, die sozialistische Sowjetunion nicht mehr angriffen, weil diese der Hort der proletarischen Dik-

15 Diese Internationale gibt es, das sei nur nebenbei erwähnt, erst seit Ende der dreißiger Jahre, sprich: seit 1938, anders als es der stalinistische Alltagsverstand seit Ende der zwanziger Jahre zu behaupten nicht müde wird.

tatur sei, sondern umgekehrt, weil sie angeblich gar nicht mehr wirklich kommunistisch sei – »(und die Klagen der Abtrünnigen, die für bare Münze genommen wurden, lieferten für diese Argumentation reichlich Stoff)« (S. 70). Das linksoppositionelle Argument, dass es sich bei Stalins Politbüro um eine neue Oligarchie handele, stellt Canfora (S. 70) auf eine historische Stufe wie die reaktionären Angriffe auf die Jakobiner der französischen Revolution, deren Republik sei in Wirklichkeit eine grausame Oligarchie, eine Despotie gewesen – obwohl er später selbst das Stalin-System als Oligarchie entlarvt (S. 327f.). So wurde, soll jedenfalls suggeriert werden, jenes Ansehen der sozialistischen Sowjetunion zerstört, dass diese im blutigen Kampf der Systeme so dringend gebraucht hätte.

Dem heutigen Historiker Canfora geht dieses Problem so nah, dass seine ganzen weiteren Ausführungen durchsetzt sind mit Pfeilen des mal mehr mal weniger versteckten Hasses gegen alles, was irgendwie linker war als Stalin und sein sowjetisches System. Nicht nur die »trozkistischen« Intellektuellen wie Isaac Deutscher, George Orwell und Ken Loach werden immer wieder gerne aufgespießt. Auch der spätere jugoslawische Kommunist Tito wird entlarvt: Bei dessen kursorischer Behandlung weist Canfora zuerst auf die »summarischen und brutalen Methoden« von Titos Partisanenkampf hin und darauf, dass dieser bis 1948 »als Prototyp sowjetischer Quislinge« (S. 272) galt, um dann, nach der Behandlung von Titos Zerwürfnis mit Stalin, darauf hinzuweisen, dass der sowjetische Propagandaangriff gegen die jugoslawischen »Kriminellen« »durchaus Elemente der Wahrheit enthielt« (S. 272).

Eine besondere Rolle im ideologischen Stellungskrieg des Stalinismus, auch bei Canfora, spielt natürlich die spanische Revolution von 1936-39. Die chinesische Revolution von 1927 meint Canfora ebenso übergehen zu können wie den österreichischen Aufstand von 1934 oder die französische Revolution von 1936 – im Angesicht solch revolutionärer Prozesse müsste er wahrscheinlich weiter ausholen, um seine These vom Ende der Weltrevolution retten zu können. An der spanischen Revolution aber kommt auch er nicht ganz vorbei. Hatten Stalin und die Kommunistische Partei dort nicht eine wirkliche Revolution kaltblütig abgewürgt, weil sie nicht in ihr politisch-diplomatisches Konzept passte? Auch wenn man sich heute nicht gern daran erinnere, so Canfora larmoyant, bleibe es jedoch »Tatsache, dass die UdSSR der einzige europäische Staat war, der fest zur spanischen Republik stand« (S. 235). Und da sowohl die starken spanischen Anarchisten wie auch die für eine sozialistische Revolution eintretende kleine POUM¹⁶ den sozialrevolutionären Prozess weiter zu treiben versuchten, wäre es Moskaus Linie

16 Canfora bezeichnet die POUM als »eine gemeinhin als trozkistisch bezeichnete Splitterpartei« (S. 235) und gibt damit abermals zu erkennen, dass er entweder ein unsauber arbeitender Wissenschaftler oder ein dogmatischer Apologet des Stalinismus oder beides ist. Zur POUM vgl. Reiner Tosstorff: *Die POUM in der spanischen Revolution*, Köln 2006.

in Spanien gewesen, offensichtlich zu Recht, »die ›Umstürzerei‹ à la Largo Caballero« – gemeint (aber wieder mal nicht ausgeführt) ist hier immerhin der linkssozialistische Ministerpräsident der spanischen Volksfrontregierung – »zu bremsen und mit aller Härte, deren der Stalinismus fähig war, eine Politik durchzusetzen, die das gemäßigte, aber der Republik gegenüber loyale Bürgertum nicht abschreckte« (S. 235).

Dass die sowjetische Volksfrontpolitik in Spanien zudem kein einmaliger historischer Ausrutscher, sondern die Logik stalinistischer Politik war und ist, macht Canfora im unmittelbaren Anschluss deutlich, wenn er schreibt, dass die »spanische Erfahrung von 1936-39 in vielerlei Hinsicht derjenigen Salvador Allendes in Chile 1970-73 (ähnelte)«. Auch dort war es die KP, die von der »extremen Linken des MIR und der sozialistischen Linken« des Verrats an den sozialen Inhalten der Revolution bezichtigt wurde, während es doch gerade diese waren, die es der Rechten erlaubten, jene Schichten um sich zu sammeln, die vom Extremismus der radikalen Linken »in Angst und Schrecken versetzt wurden« (S. 236).

Canfora ist sich nicht einmal zu schade, sogar die Moskauer Schauprozesse von 1936-38 zu rechtfertigen und die in ihnen zuerst entwürdigte und dann hingerichtete alte bolschewistische Garde in schlimmster stalinistischer Tradition als objektive Konterrevolutionäre hinzustellen (S. 338). Er macht so jede Wendung von Stalins politischem Zick-Zack-Kurs mit und liefert für alle diese Wendungen entsprechende Begründungen, die dann positiv aufgeladen werden, weil sie sich allen möglichen Alternativen als vermeintlich überlegen (»realistisch«) erwiesen hätten. Wie soll man eine solche Sicht auf die Geschichte des Stalinismus anders nennen als stalinistisch?

Im Jahre 1936 erzürnte sich Leo Trotzki über die damals im Westen um sich greifende Literatur, in der sich bekannte Humanisten, Pazifisten und Linke nichtkommunistischer Provenienz (Romain Rolland, Sydney und Beatrice Webb u. a.), vor allem in Form von Reisereportagen, über die Lage und Entwicklung in der jungen Sowjetrepublik beeindruckt zeigten. Was diese Figuren trotz aller Unterschiede eine, so Trotzki, sei »das Sich-Verbeugen vor der vollendeten Tatsache und die Vorliebe für beruhigende Verallgemeinerungen. Gegen den eigenen Kapitalismus zu rebellieren, sind sie außerstande. Umso bereitwilliger stützen sie sich auf eine schon in ihre Ufer zurückgetretene fremde Revolution.« Es handelte sich bei den meisten dieser »Freunde der Sowjetunion« nicht um Stalinisten im wirklichen Sinne. Was sie vertraten war vielmehr, so Trotzki treffend, ein »Bolschewismus fürs aufgeklärte Bürgertum oder, im engeren Sinne, Sozialismus für radikale Touristen«. ¹⁷ Das Ergebnis jedoch war und ist dasselbe: die Apologie Stalins und des historischen Stalinismus sowie die Denunziation der Kritiker, Nörgler, Idealisten und Abenteurer von links und rechts. Luciano Canfora mag sich nicht als Stalinist

17 Leo Trotzki: *Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur 1936-1940*, Band 1.2, S. 689.

empfinden, er reproduziert jedoch das ganze Programm stalinistischer Logik, deren Weltansicht, Argumente, Vorurteile und Denunziationen – und reiht sich damit nahtlos ein in jene neueren Versuche linker Intellektueller, die politisch-theoretische Substanz des Stalinismus zu bewahren, und ihn zu diesem Zwecke auch als historischen wieder zu rechtfertigen. Was dabei den deutschen Linken ein Kurt Gossweiler, eine Sahra Wagenknecht oder ein Hans Heinz Holz, ist den Italienern ein Domenico Losurdo oder ein Luciano Canfora.

Eine solch stalinistische Sicht auf die Geschichte setzt sich nicht zu Unrecht vielfältigen Anfeindungen aus, von »links« wie von »rechts«. Und in der Tat: Wie vereinbar ist es bspw. mit der politischen oder historischen Logik, wenn derselbe Stalin, der die demokratischen und liberalen Bürger im antifaschistischen Kampf nicht vor den Kopf stoßen will und deswegen mithilfe seiner Volksfrontstrategie und -praxis die linken Idealisten und Abenteurer mit Gewalt und Tücke bändigt und die soziale, sprich: sozialistische Revolution im Westen von der Tagesordnung nimmt, plötzlich eine Kehrtwende um 180 Grad vollführt, und einen als Nichtangriffsvertrag apostrophierten politisch-diplomatischen Freundschaftspakt mit dem vermeintlich verhassten deutschen Faschismus schließt, der sogar, in einem geheimen Zusatzprotokoll, die Zerstörung des Staates Polen und dessen territoriale Aufteilung zwischen den Vertragspartnern beinhaltet – ein Aspekt, der in der Beck-Begründung eine zentrale Rolle spielt.

Die traditionelle, von links wie von rechts getragene Erklärung für diese spektakuläre Wende Stalinscher Politik ist, dass Stalins Versuche einer gemeinsamen politisch-diplomatischen Kampffront von Liberalismus und Sozialismus (England, Frankreich und die Sowjetunion) am Widerwillen des Liberalismus scheiterten, und so nur ein taktisches Bündnis mit dem Faschismus übrig geblieben sei. Selbst bei Kritikern und Gegnern des Stalinismus ist dies eine Erklärung, die zumeist wohlwollend akzeptiert wird (schließlich ging es darum, die faschistische Barbarei zu besiegen), selbst wenn damit die ganze politische Logik Stalins ad absurdum geführt wird: Sollte nicht die Wendung zur stalinistischen Volksfrontstrategie gerade dazu dienen, den Faschismus effektiver zu bekämpfen? Wurden nicht gerade die revolutionären Prozesse bspw. in Spanien von oben abgebrochen, um dieses politische Bündnis zu erreichen? Und wurden die alten Bolschewisten Sinowjew, Kamenew, Bucharin und all die anderen nicht gerade deswegen hingerichtet, weil sie vermeintlich mit dem Faschismus paktiert hatten? Luciano Canfora nun bereichert diese Debatte, in dem er – sich auf Tagebuchaufzeichnungen von Stalins Gefolgsmann Dimitroff stützend – behauptet, Stalin habe wahrscheinlich gar nicht aus taktischen Gründen gehandelt, sondern strategisch gedacht. Es erscheine »heute als sicher, dass es sich hierbei um eine strategische Entscheidung und nicht um einen taktischen Schachzug Stalins handelte« (S. 238).

Für Georg Fülberth ist gerade dies der vermeintliche Hauptbeweis, dass Canfora kein Stalinist sei. Er habe »nirgends eine so scharfe Verurteilung Stalins gelesen«, wie er im Gespräch mit der *jungen Welt* vom 6.10.2006 zu Protokoll gibt. Doch was meint Canfora eigentlich mit seiner Kritik? Er sagt dies einmal mehr nicht explizit, aber klar ist, und so wurde er auch verstanden, dass dies nur heißen könne, dass Stalin 1938/39 zu der Überzeugung gelangt sei, dass nicht der Faschismus der Hauptfeind seines real existierenden Sozialismus sei, sondern der bürgerliche Liberalismus Englands und Frankreichs. Das ist jedoch keine Kritik am Stalinismus, sondern eine Kritik an der Person Stalin – nicht mehr und nicht weniger. Und was er damit sagt, ist, dass Stalin vor allem eins war – politisch dumm! Für eine Kritik des Stalinismus kann dies nur jemand halten, der im Stalinismus nicht mehr als einen – wie auch immer exzessiven – Machtexzess einer ansonsten sozialistischen Gesellschaftsordnung zu sehen vermag; der das Problem des Stalinismus also personalisiert und nicht materialistisch angeht (vgl. Kapitel 1).

Dass Canforas These vom Strategiewechsel Stalins gar nicht als grundsätzliche Kritik gedacht ist, wird zudem deutlich, wenn man seine Argumentation weiter verfolgt. Denn es war diese »unerwartete sowjetische Wendung, die Hitler zum selbstmörderischen Überfall auf Russland brachte« (S. 246). Stalins genial-dummer Strategiewechsel war also für Canfora die treffende Provokation, Hitler zum Einmarsch in die Sowjetunion zu drängen, um ihn dann richtig besiegen zu können. Ja mehr noch: es waren die Folgen dieses Strategiewechsels, die von ihm sogar geschichtsphilosophisch überhöht werden, denn »der Juni 1941 brachte nicht nur die Wende im Zweiten Weltkrieg, er eröffnete auch ein neues Kapitel der Demokratie in Europa« (S. 249).

Doch bevor ich auf dieses neue Kapitel der Demokratiegeschichte zurückkomme, ist noch nach dem geheimen Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags zu fragen, das mal so eben die Zerschlagung des polnischen Staates vereinbarte. Für Canfora ist dies kein wirkliches Problem, denn was wäre die Alternative hierzu gewesen, fragt er. Die Alternative wäre in seinen Augen ein unmittelbarer Krieg der Sowjetunion mit Deutschland gewesen – ausgerechnet wegen Polen. Aber, schreibt er, »die Wahrheit [sic] ist, dass Polen 1938/39 ein geradezu hysterisch antisowjetischer Staat war, der sich Hitlerdeutschland gegenüber ausgesprochen willfährig zeigte« (S. 239). Und nicht jedes kleine Land sei unschuldig, zitiert er genüsslich (wen auch immer) und verweist anschließend auf »die neuesten Enthüllungen über den wüsten polnischen Antisemitismus während der Nazi-Okkupation« (S. 269).

Es wäre hier eine in einem Buch über die Problemgeschichte der Demokratie nicht nur nahe liegende, sondern auch ausgesprochen interessante und lehrreiche Frage, ob denn Demokratie und Menschenrechte wirklich eine Frage des Wohlverhaltens von Menschen und Staaten sein können. Ein prinzipieller, radikaler Demokrat – Fülberth nennt ihn im Vorwort zum *Auge des Zeus* einen »Verfechter der uneingeschränkten Demokratie« und für Felix Klopotek ist Canfora »ein souveräne(r) Forscher«, der »die absolute Legiti-

mität des Einspruchs der Subalternen gegen die sanktionierte Vorstellung von Demokratie« verteidige (Kölner *Stadtrevue*, Nr. 9/2006) – kann solchen Zyklus jedenfalls unmöglich unterschreiben. Doch Freiheit und Demokratie sind dem allzu einseitig auf *soziale Demokratie* setzenden Luciano Canfora nichts. Die bedingungslose Verteidigung der im Namen des Sozialismus im damaligen Moskau unbeschränkt herrschenden bürokratischen Clique ist ihm dagegen alles – mehr war eben weltgeschichtlich nicht drin...

Dass sich ein humanistisch gesinnter bürgerlicher Verlagslektor maßlos über solche Behandlung der Vergewaltigung der polnischen Nation aufregt, ist mehr als verständlich. Dass dieser seinen Groll vielleicht nicht in der trefenden marxistischen Form zu begründen vermag, kann kein ernsthaftes Argument gegen die Tatsache selbst sein.

IV. Demokratietheorie und -praxis nach dem Stalinismus

Der tiefgreifende und nachhaltige Einschnitt, den der historische Stalinismus für die sozialistische Bewegung bedeutet, ist der Tiefe und Nachhaltigkeit des Einschnitts vergleichbar, den der Faschismus für die bürgerlich-demokratische Bewegung bedeutet. Die Probleme menschlicher Emanzipation und humanem Fortschritts sind danach nicht mehr dieselben wie davor – und dies betrifft nicht zuletzt die Probleme sozialistischer Demokratie.

Im politischen Substitutionismus des Stalinismus, in seiner erziehungsdiktatorischen Stellvertreterpolitik, haben sich Emanzipations- und Fortschrittsidee der sozialistischen Bewegung verkehrt. Hat die bürgerliche Freiheit die persönliche Abhängigkeit der feudalen Gesellschaftsordnung zerstört, um an deren Stelle die sachlich-materielle Abhängigkeit vom Akkumulationsprozess zu setzen, so befreite die ehemals realsozialistische Freiheit die Arbeiterklasse von materieller Unsicherheit und Verelendung um den Preis, ihr die individuelle, formale Freiheitsstufe zu nehmen. Was der Stalinismus den Menschen ökonomisch gab, nahm er ihnen politisch. Wo er ökonomisch über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hinausging, ist er politisch hinter deren Errungenschaften zurückgefallen. Die Produktivkraftentwicklung als Mittel zum Zweck einer höheren, solidarischen Vergesellschaftungsform hat sich im Stalinismus zum Zweck selbst stilisiert und das zu emanzipierende Subjekt technokratisch erschlagen. Die Zweck-Mittel-Dialektik wurde gesprengt, die Mittel zum neuen Ziel, zur Herrschaft der Bürokratie.

Nicht wenige, auf die es beim Aufbau des Sozialismus ankäme, halten Sozialismus und Demokratie seitdem für unvereinbar. Nicht wenige denken seitdem in Kategorien des »Entweder oder«, nicht mehr des (wie auch immer komplizierten) »Sowohl als auch«. Die einen präferieren seitdem *die Demokratie*, sprich: die real existierende Demokratie, die anderen *den Sozialismus*, sprich: den real existierenden Sozialismus. Wieder andere haben sich, vor allem seit den 50er Jahren, auf die Suche nach einem dritten Weg gemacht und gefragt, wie Sozialismus und Demokratie auf ein Neues zusammenkommen können – in der Überzeugung, dass die sozialistische Umwälzung, anders als

alle bisherigen Revolutionen in der Geschichte, nur als eine eminent bewusste und selbsttätige Tat der Bevölkerungsmehrheit gegen eine sie ausbeutende und erniedrigende Minderheit gelingen kann. Die moderne lohnarbeitende Klasse hat dabei mehr zu verlieren als bloß ihre Ketten. Ihre Entscheidung zum Sozialismus ist nicht nur die »Freiheit von«, sondern mehr noch die »Freiheit zu«. Anders können die Menschen gar nicht die ungeheuren Aufgaben in Angriff nehmen, die vor ihnen stehen. Ein solcher Sozialismus stellt erstmals den aktiven, selbstbewussten Menschen in den Mittelpunkt von Arbeit und Leben, nicht als Objekt, sondern als Subjekt. Und da es, trotz aller immanenten Spannung, durchaus einen inneren Zusammenhang zwischen Ziel und Mittel gibt, wird sich der Sozialismus nicht als Hegelsche »List der Vernunft« gegen deren Subjekte durchsetzen lassen.

Dies wäre nicht nur die Lehre, die ein aufgeklärter und am Ziele der allgemeinen menschlichen Emanzipation festhaltender Sozialist aus dem historischen Stalinismus zu ziehen hätte. Dies wäre, sollte man meinen, auch ein zu diskutierender Fall für jede historische Betrachtung bürgerlicher wie sozialistischer Demokratie. Nicht wenige Sozialisten haben aus dem Drama des Stalinismus vor allem zwei Lehren gezogen. Zum einen hat man, genauer als zuvor, auch die Form jener *Organe proletarischer Demokratie* zu beachten, die die Arbeiterbewegung und andere soziale Bewegungen entwickelt haben: Gewerkschaften und Hilfsorganisationen, Konsum- und Bildungsvereine, Bürgerinitiativen und Parteiorganisationen, Räte- und andere Selbstverwaltungsorgane sind nicht per se demokratisch, weil sie Organe gesellschaftlicher Gegenmacht bilden und Klasseninteressen vertreten, sie müssen als Selbstermächtigungsorgane auch einen Sinn für demokratische Formen entwickeln, um nicht in die Falle bürokratischer Stellvertreterpolitik zu geraten. Zum zweiten erscheinen vor dem Erfahrungshintergrund der bürokratisch-substitutionistischen Entartung der Organe proletarischer Demokratie (und auch ein absterbender Übergangsstaat ist ein solches Organ) die Errungenschaften liberaler Demokratie in verändertem Licht. Auch die sozialistische Verwaltung von Menschen und Sachen erfordert »bürgerliche« Freiheitsrechte für die Einzelnen und Organisationsformen, die auf dem Prinzip repräsentativer Demokratie beruhen – nicht nur, aber auch.

Da sich Canfora aber vollständig auf die Logik des historischen Stalinismus eingelassen hat, scheitert er im weiteren Verlauf seiner Untersuchung an dieser Aufgabe, verfängt sich auch weiterhin in »stalinistischen« Widersprüchen und schreibt eine Geschichte, die vor Einseitigkeit trotzt. Denn im letzten, gleichsam dritten Teil seines Werkes, macht er sich schließlich zum (geschichtswissenschaftlichen) Anwalt der spätkommunistischen Strategie einer »neuen Demokratie«, der realsozialistischen »Volksdemokratie«, der er, wie bereits bemerkt, einen echten geschichtsphilosophischen Fortschritt meint entlocken zu können.

Mit ihrer Durchsetzung sei nämlich nach dem Zweiten Weltkrieg etwas »radikal Neue(s)« (S. 252), »eine echte ›Revolution«« (S. 259) in der Ge-

schichte der Verfassungstheorie verbunden. Von der sowjetrussischen Verfassung von 1936 zieht er hier eine Linie zu den neuen Nachkriegsverfassungen in Italien, Frankreich und sogar der BRD und bettet diese in den Kontext der Weimarer Verfassung und des US-amerikanischen New Deal ein. Er betont, dass es sich bei diesem volksdemokratischen Konzept »durchaus nicht« (S. 250) um eine Wiederaufnahme der Volksfront-Bündnisse handele, weil der Antifaschismus hierbei weiter gefasst werde und es nicht nur um defensive Abwehr gehe, sondern um »ein Entwicklungskonzept« (S. 251). Die volksdemokratische Strategie sei »das beste politische Programm, das die Arbeiterbewegung hier und heute vorlegen könne«, »das Projekt einer politisch und wirtschaftlich komplexen Gesellschaft, einer ›fortschrittlichen Demokratie‹ auf der Basis einer neuartigen, fortgeschrittenen Verfassung, fähig und willens, radikale ›Strukturreformen‹ einzuleiten« (ebd.). Bürgerliche Demokraten und Volksfrontkommunisten teilen sich in einem »ganz neuartigen Rahmen«, in einem offensichtlich gemischten Verfassungssystem, die politische Macht, um einen Prozess gesellschaftlicher Transformation einzuleiten, der über die bürgerlich-kapitalistischen Grundlagen hinaus weise und, wie er am italienischen Beispiel sagt, in der Lage sei, »aus ihrer Eigendynamik heraus die italienische Gesellschaft in progressivem Sinn [zu] transformieren« (ebd.).

Mal abgesehen davon, dass er hier buchstäblich nichts anderes beschreibt als gerade jenes Regierungsbündnis von »Kommunisten« und Teilen des Bürgertums, das bereits den Kern jener stalinistischen Volksfrontstrategie ausmachte, die er selbst »durchaus nicht« am Werk sieht, stellen sich hier – ganz immanent gedacht – weiterreichende Nachfragen. Wie vermittelt sich denn diese Volksfrontkonzeption, um nur den schreiendsten Widerspruch zu benennen, mit der von Canfora im ersten Teil seines Buches so ausführlich dargestellten Kritik an den linken Illusionen in den parlamentarisch-evolutionären Weg? Ist hier nicht auch, als Kehrseite des Marsches in das System, die unaufhaltsame und fortschreitende Integration in dasselbe (vgl. weiter oben) zu thematisieren? Canfora scheint sich diese Frage nicht einmal aufzudrängen. Er denkt offensichtlich so verbissen in Kategorien großer Männer im Zeitalter der abwesenden Weltrevolution, dass er meint, die von ihm an der Geschichte des 19. Jahrhunderts dargestellte Manipulations- und Eigenlogik bürokratischer Verwaltungs- und Herrschaftsmethoden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ignorieren zu können: Der Führer wird das Kind schon schaukeln – Entschuldigung: die regierenden Kommunisten und der sich in ihrem Politbüro verkörpernde Weltgeist.

Es ist ihm auch kein zu stellendes Problem, dass solcherart (Volks-)Demokratie bekanntlich weder vom Volk, noch von den subalternen Klassen und Schichten von unten erstrebt und erkämpft, sondern von den in Moskau Herrschenden inauguriert wurde. Einmal mehr kommt hier die Demokratie von oben, also gerade auf jenem Weg zu den Menschen, den Canfora im ersten Teil seines Buches als Hauptargument gegen die Demokratie als ganze entfaltet hat. Die antike und bürgerliche Demokratie ist ihm nicht mehr als

schöner Schein, weil sie als Herrschaftsmittel von oben kommt. Die sozialistische Demokratie dagegen kann und muss sogar als Herrschaftsmittel von oben kommen. Die antike und bürgerliche Demokratie ist ihm keine, weil sie unentwirrt mit der Sklaverei verwoben ist. Die sozialistische Demokratie ist dagegen eine solche, auch wenn sie, wie im Falle des historischen Stalinismus, mit modernen Formen der Sklaverei (dem Gulag-System) daher kommt.¹⁸ Das alles ist entweder vollkommen wirr oder die Logik eines »Sozialisten«, der weder etwas mit demokratischen Formen am Hut hat noch mit jener radikaldemokratischen und sozialistischen These, dass Demokratie die souveräne Selbstherrschaft des Volkes sei, der Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit.

Auch an der Behandlung der sich ihm zwangsläufig aufdrängenden Frage nach den Ursachen des historischen Schiffbruchs der Volksdemokratien wird Canforas Unvermögen, die demokratische Frage zu verstehen, deutlich. Die »eigentliche Ursache für die Fragilität der ›Volksdemokratien‹ und für die Auflehnung [der Menschen in diesen Volksdemokratien; CJ]«, schreibt er, »war *einzig und allein* die, in so erbärmlichen wie kastenhaften Formen, wieder auferstandene Ungleichheit, die angesichts des nur spärlichen Wohlstands umso anstößiger wirkte« (S. 327; Hervorhebungen: CJ). Dass den von volksdemokratischer Enteignung und Entmündigung Betroffenen Bedürfnisse nach individueller Freiheit und demokratischer Teilhabe, vielleicht sogar nach demokratischer Selbstorganisation eigen sind, das will Canfora einfach nicht in den Kopf. Demokratische Freiheiten sind ihm reiner Schnickschnack. Was die Leute zu begehren haben sind Fleischwürste – nicht eine, nicht zwei, sondern viele. Dass die Leute im real existierenden Sozialismus zwei dieser Würste ihr eigen nennen konnten, während die Leute im real existierenden Kapitalismus viele davon hatten, ist ihm die Ursache des Zusammenbruchs und die Quelle einer nicht versiegenden Bitterkeit über den ungerechten Lauf der Geschichte.

Canfora ist nicht nur strukturell unfähig, den Zusammenbruch des ehemals real existierenden Sozialismus – und damit seines eigenen historischen wie politischen Bezugspunktes – zu verstehen, weil er die von den betroffenen Menschen artikulierten demokratischen Bedürfnisse nicht ernst nehmen kann. Immer wieder lässt er auch seinem eigenen Substitutionismus freien Lauf. So wenn er bspw. von der »romantische(n) Illusion« und dem »lähmende(n) Vorurteil, demzufolge das Erreichen von Zustimmung an sich schon die Richtigkeit einer Politik beweise« (S. 214) spricht. Oder wenn er die in den Jahren nach 1948 erfolgende Stalinisierung der Volksdemokratien entsprechend rechtfertigt, denn »wenn die [in Jalta zwischen den Großmächten be-

18 Canfora weiß, was er tut – mindestens tief im Innern. In einer Anmerkung formuliert er: »Der Begriff ›Sklaverei‹ sollte entdramatisiert werden« (S. 377), schließlich sei es den US-amerikanischen Plantagenklaven ja besser ergangen als den damaligen Fabrikarbeitern.

schlossene; CJ] Aufteilung in Interessenszonen einen Sinn haben sollte, mussten diejenigen Parteien die Wahlen gewinnen, die sich für die Politik der jeweiligen Hegemonialmacht aussprachen« (S. 269) – notfalls eben mit Repression und Manipulation der demokratischen Wahlfreiheit: »In dieser Weise bestimmte – in aller Kürze – die internationale Situation die nachfolgenden Ereignisse.« (Ebd.) Oder, wenn er behauptet, dass die mehrheitliche Ablehnung des von der französischen kommunistischen Partei mitgestalteten Verfassungsentwurf von 1946 zeige, »dass die Politiker an der Spitze der Parteien stets [sic] einen Schritt ›weiter‹ sind als ihre Wählerschaft« (S. 257).

Den hier fast zwangsläufig aufkommenden Unmut über solcherart Machiavellismus kontert Canfora vorsorgend – auch dies absolut typisch für Apologeten des Stalinismus – mit allgemeinen Warnungen vor der Moral als solcher (»In der Analyse dieser historischen Ereignisse ist man mit moralischen Urteilen schnell bei der Hand«, S. 266) und mit dem Hinweis auf die vermeintliche Eigenlogik des politischen Geschäfts (»die Geburt eines neuen politischen Regimes besteht stets [sic] im Griff nach der Macht seitens einer Kräftegruppierung«, S. 271). Mit politischer Moral haben Macht und Staat bekanntlich nichts zu tun – das ist die bürgerliche Ideologie auch Luciano Canforas. Nur rechtfertigt er damit weder den Liberalismus noch den Anarchismus, sondern den Stalinismus in Theorie und Praxis.

Canforas *Geschichte der Demokratie* ist auch in seinem letzten Teil nicht ohne Stärken. Zutreffend beschreibt er, wie im Neoliberalismus die Demokratie systematisch ausgehöhlt wird, wie sich das alte gemischte System (»ein bisschen Demokratie und viel Oligarchie«, S. 308) Stück für Stück – vor allem mittels der Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht – wieder durchsetzt und mit Elementen des Bonapartismus anreichert. Doch gleichzeitig wird er immer selektiver, was neue historische Entwicklungen angeht. Den bürgerlich-liberalen Sozialstaat – einen Fall *sozialer Demokratie* auf dem Boden bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse – registriert er nur beiläufig. Und »dass die relevanten Insurrektionen der Arbeiterklasse in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg allesamt gegen die im Parteienspektrum etablierten Kommunisten stattfanden« (Tilman Vogt), ignoriert er selbstredend ebenso wie die im Umkreis der Neuen Linken aufkommenden Konzepte radikaler Basisdemokratie jenseits der auf Integration zielenden Institutionen bürgerlicher wie nominalsozialistischer Gesellschaftssysteme. Im Grunde bleibt Canforas Abhandlung über die Geschichte der Demokratie in der unmittelbaren Nachkriegszeit historisch stecken. Nicht zufällig, denn dort verbirgt sich das Trauma jenes Volksfront-Kommunismus, als dessen Anwalt sich Canfora sieht. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges konnte sich dieser nämlich nicht halten, denn dieser habe gleichermaßen radikale Rechte – zu denen Canfora nicht zuletzt die US-amerikanischen Regierenden zählt – und radikale Linke – also all jene, die den »real existierenden Sozialismus« und seine volksdemokratische Theorie und Praxis von links kritisierten – beflügelt und dazu geführt, dass die soziale Demokratie im europäischen Osten ausgehöhlt und im

europäischen Westen einmal mehr sich, wie im Gaullismus, mit Elementen des modernen Bonapartismus gemischt habe.

Dass der siegreiche Neoliberalismus die Demokratie aushöhlt, ist das eine. Doch was kann, wer als Historiker die Dialektik der Demokratie so wenig begriffen hat, wer so wenig verstanden hat, welchen Wert die Demokratie, sprich: demokratische Werte, Bedürfnisse und Formen, für die Menschen besitzt, zur Diskussion über Gegenwart und Zukunft beitragen? Was lernen wir bei Canfora für den Kampf gegen diese Aushöhlung der Demokratie – die bei ihm natürlich nicht nur eine Aushöhlung ist, sondern eine Abschaffung? Wir lernen bei ihm, dass wir auf die Demokratie nicht zählen können, weil sie ein Herrschaftsmittel der Eliten ist. Auf der einen Seite sagt er uns – wie immer in effektvoller Übertreibung –, dass »in den reichen Ländern die Freiheit gesiegt hat – mit all den schrecklichen Folgen, die das für die anderen mit sich bringt und noch bringen wird« (S. 357). Und auf der anderen Seite versucht er uns davon zu überzeugen, dass wir für gesellschaftliche Übergangsformen nach dem so kläglich gescheiterten Vorbild der Volksdemokratien streiten sollen. Er nimmt uns den Kampf um Freiheit und Demokratie als Mittel der Transformation und presst uns stattdessen in ein substitutionistisches Korsett, das verbrecherische Stalinisten und lendenlahme Sozial-Liberale umfasst, seine Hauptgegner im rechten Faschismus und im linken Radikalismus findet und sozialrevolutionäre Prozesse historisch delegitimiert.¹⁹

Ist so einer dumm oder naiv oder ein Stalinist? Oder ist er vielleicht nur ein wild gewordener liberaler Bildungsbürger, der über die vermeintliche Unfähigkeit großer Teile der Bevölkerung, in großen geschichtsphilosophischen Zusammenhängen denken zu können, zutiefst enttäuscht und aufgebracht ist? Wie auch immer, auf jeden Fall vertritt er das, was diese beiden Figuren eint: einen erziehungsdiktatorischen Substitutionismus, der der Linken schon allein deshalb keinen Ausweg aus ihrer historischen Krise vermitteln kann, weil nicht zuletzt er es war, der sie in diese Lage gebracht hat.

Es hat deswegen durchaus seine Logik, wenn Georg Fülberth (im Vorwort zu *Das Auge des Zeus*) das Kunststück fertig bringt, Canfora des Jakobinismus zu bezichtigen und ihn gleichzeitig zum bedeutenden und vorbildlichen Marxisten zu erhöhen. Die französischen Jakobiner waren bekanntlich wild gewordene Klein- und Bildungsbürger, die die Geschichte mit erziehungsdiktatorischen Mitteln zu beschleunigen suchten. Dass Lenin sie einstmals zu Vorbildern der revolutionären Sozialisten Russlands gemacht hat, zeigt nur, dass er ein Gespür für jenen Zwittercharakter der bevorstehenden russischen Revolution hatte, der demokratische Aufgaben mit sozialistischen auf spezifische Weise mischte. Stalin jedoch konnte mit seiner »kleinbürgerlichen« Er-

19 Canfora, so Gerhard Hanloser im Gespräch mit Fülberth (*junge Welt*, 6.10.2006), »bietet die historische Delegitimierung von sozialrevolutionären Prozessen zugunsten eines Ausgleichs und einer Konvergenz zwischen der Sowjetunion und den im politischen Sinne liberalen Kräften des Westens an«.

ziehungsdiktatur an diesem realgeschichtlichen Widerspruch ansetzen und die sozialistischen Traditionen, Werte und Bewegungen gründlich ad absurdum führen.

Immerhin lässt sich die Canfora-»Debatte« als ein kurios entlarvendes Postskriptum zu Canforas Buch lesen: In den Antinomien seines stalinistischen Geschichtsbildes gefangen, provoziert der auf ein politisch-historisches Bündnis mit den Liberalen setzende Volksfrontkommunismus gerade diese linken Liberalen zu heftigen antistalinistischen Reflexen und reagiert wiederum darauf, indem er sie zu in der Wolle gefärbten Neofaschisten stempelt.

V. Canfora und die deutsche Linke

Was ist also, abschließend, von jenen wagemutigen deutschen Verteidigern Canforas zu halten, die nicht müde werden, Canforas Kritiker ohne Differenzierung als »Verleumder (denn darum handelt es sich)« (Fülberth im Vorwort zu *Das Auge des Zeus*) anzugreifen; die nicht müde werden, ihn von allen Anklagen und Vorbehalten freizusprechen und seine Person wie sein Werk in einer Weise zu überhöhen, die schlicht peinlich ist? Und was ist von einer Linken zu halten, die hier weder laut lacht noch vehement protestiert, sondern vielmehr fleißig kauft und begeistert liest?

Während sich das Buch seinen öffentlichkeitswirksamen Weg selbst in die großen etablierten Buchhandlungen bahnte, wo es mittlerweile (Stand: Sommer 2007) in vierter Auflage vorliegt, höhnte *Konkret* in zwei Editorials im Herbst 2006 über das »Schweigen«, das das Feuilleton nach der Veröffentlichung der beiden Canfora-Werke befallen habe. Als dann jedoch, im Dezember 2006, zwei umfangreiche Auseinandersetzungen die gleichsam dritte Runde der Auseinandersetzung einläuteten, reagierte dieselbe Zeitschrift mit beredtem Schweigen. In der renommierten (»bürgerlichen«) Historikerzeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* (Nr. 32/2006) hatte Jörg Baberowski Canforas stalinistische Sichtweise verrissen und in den (linken) *Sozialistischen Heften für Theorie und Praxis* (Nr. 12, Dezember 2006) hatte ich meine nicht minder umfangreiche – und hier erweitert vorliegende – Auseinandersetzung veröffentlicht.

Auf meine Anfrage, ob nicht die *junge Welt* (die immerhin eine prominente Rolle in der Debatte gespielt hatte) meinen Diskussionsbeitrag parallel veröffentlichen wolle, antwortete mir ihr Chefredakteur Arnold Schölzel im Dezember, er wisse nicht, »ob eine Canfora-Diskussion jetzt so wichtig ist, dass sie in der Tageszeitung stattfinden muss«. Keine zwei Wochen später begann jedoch die Wochenzeitung *Freitag* (1/07) eine solche Diskussion, als sie zuerst eine verhaltene Kritik des Canfora-Buches von Rudolf Walther publizierte und dann eine Kritik Walthers (und entsprechende Apologie Canforas) durch Sabine Kebir und Andreas Wehr (*Freitag* 3/07). Als drittes wurde ich eingeladen, meine Kritik Canforas kurz zusammenzufassen und aufzuzeigen, warum ich das Buch für ein sachlich schlechtes und politisch kontraproduktives, ja geradezu ärgerliches Buch halte (*Freitag* 5/07). Explizit unterstützt

wurde ich dabei von Thomas Wagner, der ebenfalls Canforas autoritären Demokratiebegriff angriff und dessen Ideologiekritik zur stumpfen Waffe erklärte, »geeignet, jene zu entmutigen, die sich heute für eine Veränderung der Verhältnisse engagieren« (*Freitag* 8/07). Über mehrere Wochen hinweg meldeten sich während dieser Kontroverse ungewöhnlich viele Leserinnen und Leser des *Freitag* emotionsgeladen und weitgehend einhellig zu Wort. Von »Jünkes Demokratie-Utopie« (7/07) war dort die Rede und vom »längst verschlissenen Stück ›Trotzkisten entlarven Stalinisten« (ebd.), von »ideologischer Einseitigkeit und Verbohrtheit« eines Verteidigers westlicher Demokratie (8/07) – meiner Wenigkeit natürlich –, der »mit der großen Stalinismus-Keule als ultima ratio« zuschlage (ebd.), von dem »unerträglichen« Stalinismusvorwurf »an Leute, die die ökonomische Seite eines linken Demokratiebegriffs betonen« (10/07). »Fordern«, fragt ein anderer Leser, »die neuen Herausgeber [des *Freitag*; CJ] einen Schwenk auf die Generallinie der bürgerlichen Presse?« (8/07) Und ein anderer bekundete, er habe »gleichermaßen beobachtet, wie Freunde von mir auch, dass es zunehmend Artikel gibt, die geprägt sind von primitivem Kalten-Kriegs-Niveau. Ich habe sogar schon in Erwägung gezogen, das Abonnement zu kündigen. Westzeitungen gibt es genug.« (10/07)

Den kuriosen Höhepunkt dieser Diskussionsverweigerung bot schließlich Georg Fülberth, der sich als einziger der von Walther, Jünke, Wagner u. a. Angegriffenen zu einer abschließenden Meinungsbekundung im *Freitag* (10/07) überreden ließ.²⁰ Hatte er noch im Sommer 2006 die Einseitigkeit der Debatte großspurig beklagt und mehrfach kundgetan, dass dieselbe erst mit der deutschen Veröffentlichung des Buches richtig eröffnet sei, lamentierte er nun dagegen, gleich zu Beginn seiner »Antwort«, dass die Canfora-Diskussion »in der Bundesrepublik nun schon seit November 2005 statt(findet) (...) Nach bald eineinhalb Jahren sollte man annehmen, alle Argumente seien vorgebracht«. Nach dieser verblüffenden Wendung fährt er unmittelbar fort: »Vielleicht sollte man jetzt etwas ganz Konventionelles tun: erzählen, was in dem Buch drinsteht.« Das tat er dann auch und man konnte die x-te Version

20 Einer der Leserbrief-Schreiber allerdings – jener, der mich das »längst verschlissene Stück ›Trotzkisten entlarven Stalinisten« aufführen sah, um »endlich die Schlacht gegen den Stalinismus zu schlagen« – war Martin Hantke, seines Zeichens Mitarbeiter der europäischen Linksfraktion der PDS, in der auch Andreas Wehr sein Lohn und Brot verdient. Wehr hatte nicht nur Canfora in seiner Walther-Kritik im *Freitag* offen verteidigt, sondern sich bereits 2002 als besonderer Fan von Domenico Losurdo geoutet und meine damalige Losurdo-Kritik »vorgeführt« (vgl. Kapitel 6). Hantkes Leserbrief nun »erinnerte« an diese alte Kritik und kröpfte sich just an meiner *Freitag*-Nebenbemerkung zu Losurdo als Canforas Bruder im neostalinistischen Geiste auf – ebenso wie Wehr später selbst, als er in der Zeitschrift Z (zusammen mit Sabine Kebir) ein umfangreiches apologetisches »Gespräch« mit Losurdo veröffentlichte und dabei auf dieselbe Bemerkung rekurrierte (natürlich ohne Namen zu nennen). Ein böser Schelm, der hierin mehr als Zufall sieht.

dessen lesen, was Fülberth aus dem Canfora-Buch herausgelesen hat. Alle vorgebrachten Gegenargumente beantwortete er dagegen schlicht mit Schweigen!

Zur gleichen Zeit stieg schließlich auch die Zeitschrift *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung* in die Canfora-Debatte groß und parteilich ein. In ihrer Märzausgabe veröffentlichte sie einen nichtssagenden Originalbeitrag von Canfora selbst und einen Beitrag von Uwe-Jens Heuer, in dem dieser über »Luciano Canfora und der Fortschritt [sic] der Demokratietheorie« meinte philosophieren und theoretisch begründen zu müssen, warum man als Linker von Demokratie nicht mehr reden sollte, allenfalls von »Demokratisierung«. Seiner Weisheit letzter Schluss – Canfora sei Dank: »Im Interesse der Demokratisierung kann es auch liegen, Gewalt anzuwenden, Freiheiten einzuschränken. Die Behauptung, dass jeder Schritt allseitig demokratisch sein muss, ist eben nichts anderes als eine Phrase. Aber totale Freiheit aller auf jeder Entwicklungsstufe dürfte für absehbare Zeit unmöglich sein.« Explizit verweist Heuer dabei auf Georg Lukács' (in Kapitel 2 behandelte) Demokratisierungsschrift – nicht jedoch auf den Lukács des radikaldemokratischen Bruchs, sondern den der stalinistischen Befangenheit. Und unausgesprochen, aber deutlich bezieht er sich hier auch auf Werner Hofmanns (in Kapitel 1 vorgeführte) Stalinismustheorie, wenn er sich ganz im Hofmannschen Duktus über die »über die Erfordernisse einer Erziehungsdiktatur hinausgehende(n) exzessiv diktatorische(n), ja barbarische(n) Züge« des einstmals real existierenden Sozialismus meint beklagen zu müssen.²¹ Eine Ausgabe später, in der Juni-Ausgabe 2007 von *Z*, folgten ein ausführliches, von Andreas Wehr und Sabine Kebir geführtes Gespräch mit Domenico Losurdo – Canforas italienischer Genossen-Kollege und zusammen mit Hans Heinz Holz Herausgeber der »kommunistischen« Theoriezeitschrift *Topos* –, in welchem der politisch-theoretische Bogen zwischen den beiden Denkern explizit hergestellt und der stalinistische Kommunismus zum Geburtshelfer nicht zuletzt der modernen westlichen Demokratie verklärt wird, sowie ein von Sabine Kebir verfasster Aufsatz über die geschichtsphilosophischen Verdienste Losurdos.²²

21 Niemand geringeres als der Linksparteichef Lothar Bisky lobte im Juli 2007, in einer Rede zum 80. Geburtstag Heuers, dessen Canfora-Artikel ob dessen »aufklärerischen Qualität« und »Fortschreibung der Demokratietheorie« und gab sich kryptisch: »Man muss nicht die Schlussfolgerungen teilen, doch die Sprengkraft ist unübersehbar.« Mindestens im Letzten hat Bisky Recht.

22 Als ob all dies noch nicht genügen würde, gab sich auch niemand geringeres als der neue Linksparteichef Oskar Lafontaine dafür her, der nun immerhin vierten Auflage des Canfora-Werkes ein Nachwort zu gewähren. Er geht in diesem aber nicht auf die medialen Auseinandersetzungen um das Buch ein und missversteht Canforas Werk immerhin als Plädoyer für mehr direkte Demokratie – ein schönes Beispiel für den Missverständnisse provozierenden feuilletonistisch-impressionistischen Stil Canforas.

So schließen sich die vielen Kreise (auch meines Buches). Vergleicht man diesen neuen Philo- und Neostalinismus mit dem alten, zu Beginn der 1990er Jahre seine Kreise ziehenden (vgl. Kapitel 5), so fällt vor allem auf, dass er nicht mehr als altbackene ostdeutsche Nostalgie abgetan werden kann. Die politisch-intellektuelle Marginalität auf der Linken ist durchbrochen worden. In der Canfora-»Debatte« sind es nicht zuletzt die alten Westlinken, deren Presse- und Verlagsorgane und politisch-journalistischen Meinungsmacher den politisch-intellektuellen Ton angeben. Und es sind nicht mehr nur die alten ewig Unbelehrbaren, die sich an solcherart Denken begeistern, sondern gerade jene »liberale« volksfrontkommunistische Tradition, die sich in den Nachkriegsjahrzehnten in der alten DKP, der alten SED wie auch der alten SPD (und um all diese herum) politisch verstreut fand. Hier wächst zusammen, was zusammen zu gehören scheint.

Und wenn sich ein Georg Fülberth mehrfach beklagt, dass wir es bei der deutschen Canfora-»Debatte« mit der Wiederkehr eines deutschen Sonderwegs zu tun haben, so hat er wie so oft gleichermaßen Recht wie Unrecht, denn es handelt sich hier nicht um einen Sonderweg der Herrschenden, sondern um einen der in großen Teilen nie wirklich entstalinisierten deutschen Linken. Was im Falle des deutschen Ostens offensichtlich ist, gilt nämlich – nicht ausschließlich, aber überwiegend – auch für das alte Westdeutschland: Das politisch-ideologische Denken der Linken hat sich hier nie wirklich aus der alten Blockkonfrontation lösen können. Wie nirgendwo sonst in Westeuropa wollte man im Frontstaat des Kalten Krieges kein Feuer ins Öl des herrschenden Antikommunismus schütten – tat es aber gerade deswegen umso mehr und hat so nie gelernt, auf eigenen Füßen zu stehen und aufrecht zu gehen (Rudi Dutschke). Dieser alte Schoß ist fruchtbar noch – und mit ihm auch die alten Reflexe. Das gerade verdeutlicht sich in der unkritischen Apologie und theoretischen Überhöhung Canforas und der daraus fast zwangsläufig folgenden Diskussionsverweigerung.

Zusammengehalten von der notorischen Unfähigkeit, das sich im Epochenbruch von 1989ff. niederschlagende Erbe des historischen Stalinismus und den sich in diesem verkörpernden politisch-theoretischen wie politisch-praktischen Substitutionismus emanzipativ zu überwinden, ist dieser Philo- und Neostalinismus allerdings weniger denn je rückwärtsgerichtet. Im Angesicht der in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft vorherrschenden Demokratieaushöhlung in Theorie und Praxis und einer zumeist im bürgerlich-liberalen Geiste vorgetragenen Stalinismuskritik von Seiten der gewendeten PDS, sowie als Reflex auf deren zunehmende Integration in die Institutionen bürgerlicher Demokratie, formiert sich ein Teil der deutschen Restlinken, gleichsam als »Kraft der Negation«, neu und meint, den ehemals realen Sozialismus sowohl historisch wie auch politisch-strategisch verteidigen zu müssen. Sie verliert damit jedoch nicht nur die Kommunikationsfähigkeit, sondern auch den Schlüssel zu ihrer politisch-intellektuellen Erneuerung.

Denn glaubwürdig neu beginnen kann die deutsche Linke nur, wenn sie die schwierige, aber notwendige Dialektik von Demokratie und Sozialismus erneuert. Die Halbheiten der bürgerlichen politischen Emanzipation überwindet man nicht mit den Halbheiten realsozialistischer Emanzipation.

9. Vom Willen zum Kampf

Boris Kagarlitzkis Plädoyer für eine neue sozialistische Linke

Die zweite Hälfte der 1990er Jahre war nicht nur eine unter dem Einfluss von französischen Streikbewegungen, mexikanischen Zapatistas und dem Aufstieg der so genannten globalisierungskritischen Bewegungen stehende Zeit der internationalen Repolitisierung. Es war auch abermals eine Zeit der linken Schärfung politisch-theoretischer Sinne. Beherrschten die Arbeiten und Aktivitäten eines Pierre Bourdieu oder einer Naomi Klein die Diskussionen jener Zeit, sollten schon bald Antonio Negri und Michael Hardt sowie ein John Holloway folgen. Nicht zuletzt Denker aus dem angelsächsischen Sprachraum – seit den 1980ern das Zentrum der internationalen marxistischen Debatte – wurden mit der Jahrhundertwende zunehmend auch in Deutschland bekannt: Ellen Meiksins Wood und John Bellamy Foster, David Harvey und Leo Panitch, Alex Callinicos und andere. Eine der originellsten Herausforderungen jedoch kam, unerwarteter Weise und auch weitgehend ignoriert (vor allem in Deutschland), ausgerechnet aus Russland. Der Moskauer Linksoppositionelle Boris Kagarlitzki legte 1999/2000 ein im Englischen dreibändiges Werk vor. *Recasting Marxism*¹ versucht, die sozialistische Theorie in der Ära der neoliberalen Globalisierung zu erneuern, Licht ins Dunkel der Vorgänge und die weltweite Linke auf Vordermann zu bringen, und es ist noch heute, gerade in seinem ganzheitlichen Ansatz und in seinem politischen Zugriff, herausragend und mit politisch-intellektuellem Gewinn zu lesen.

Kagarlitzkis Ausgangspunkt ist eine doppelte Krise, die Krise des nun weltweiten Kapitalismus einerseits und die Krise der Linken andererseits. Wenn auch die Krise der letzteren objektive Grundlagen habe, so ist sie für ihn vor allem eine moralische und ideologische Krise – und das entscheidende Hindernis, den Neoliberalismus mit der einzigen Alternative zu konfrontieren, die »realistisch« ist, mit dem Sozialismus.

1 Boris Kagarlitsky: *New Realism, New Barbarism. Socialist Theory in the Era of Globalisation* (Recasting Marxism I), London 1999 [im Folgenden als NRNB zitiert]; ders.: *The Twilight of Globalization. Property, State and Capitalism* (Recasting Marxism II), London 2000 [im Folgenden als ToG zitiert]; ders.: *The Return of Radicalism. Reshaping the Left Institutions* (Recasting Marxism III), London 2000 [im Folgenden als RoR zitiert].

Mit einer detaillierten Kritik des herrschenden Neoliberalismus gibt sich Kagarlitzki deswegen gar nicht erst ab. Für ihn sind der Völkermord in Ruanda, die Kriege in Ex-Jugoslawien und Tschetschenien Zeichen einer neuen Barbarei, die auf Massenarmut, Wirtschafts- und Finanzkrisen, auf Mafia-Ökonomie, Rassismus und Neofaschismus, auf Katastrophen und Enttäuschungen aufbaut. Die Zivilisation gebärt Barbaren, die wiederum die Zivilisation zerstören, weil die Linke aufgrund ihres Zustandes nicht in der Lage ist, Alternativen zu beiden anzubieten. »Die dunklen Jahre beginnen« (»The dark ages begin«), schreibt er voll pathetischem Schrecken (NRNB, S. 14) und mahnt uns, dass solche Zeiten Radikalismus verlangen und nicht Mäßigung, dass erneut die Alternative steht: Sozialismus oder Barbarei.

Ein Teil der Linken sei jedoch neurotisch gefangen, fühle sich nicht nur machtlos, sondern auch mitschuldig an den Verbrechen anderer, an Verbrechen, die in ihrem Namen verübt wurden. Voller Scham und ideologischer Verunsicherung haben diese Linken ihren Widerstandswillen, ihren Willen zum Kampf verloren und überlassen das Feld jenen anderen Linken, die sich den vermeintlichen Siegern der Geschichte bis zur Selbstpreisgabe anpassen. Solcherart »Neue Realisten« stellen die Marktwirtschaft grundsätzlich nicht mehr in Frage, versuchen bestenfalls, sie zu humanisieren und zu erneuern. Dass diese Sozialdemokraten und Ex-Kommunisten den herrschenden Kräften hoffnungslos unterlegen sind und in der Regel auch nicht lange an der Regierungsmacht bleiben (was Kagarlitzki am osteuropäischen Beispiel aufzeigt), hänge eben damit zusammen, dass eine wirklich reformistische Bewegung mit der Feststellung beginne, dass das System schlecht sei und sich auch nicht scheue, die Herrschenden politisch herauszufordern. »Ohne Klassenhass gäbe es weder soziale Reformen noch soziale Partnerschaft«, schreibt er (NRNB, S. 38) und: »Das Gegengewicht zur Sabotage der Eliten war immer die Mobilisierung der Massen. Dies jedoch ist das Letzte, was die neuen Eliten auf ihren Plänen haben. (...) An einem bestimmten Punkt sieht sich jedes reformistische Projekt vor die Wahl zwischen Radikalisierung und Rückzug gestellt. Im späten 20. Jahrhundert typischerweise bereits auf einer sehr frühen Stufe, noch bevor echte Reformen überhaupt begonnen haben.« (NRNB, S. 40f.)

Doch was wird kommen, wenn die »Neuen Realisten« abgewirtschaftet haben und die Restlinke ihre »kollektive Neurose« (NRNB, S. VIII) nicht überwunden haben wird? Der Aufstieg der militanten Rechten ist für Kagarlitzki nur ein weiteres Anzeichen, dass die Barbarei an die Tür klopft. Die Schwäche der Linken gebietet deshalb, dass ein zeitgenössischer Antikapitalismus wesentlich defensiven Charakter trage. Ein solcher Widerstand gegen die Offensive des Kapitals sei nicht nur die aktuell anstehende Aufgabe, er könne auch nicht sinnvoll in Angriff genommen werden, wenn sich die Linke gleich wieder und hauptsächlich nach einem neuen sozialen Kompromiss auf die Suche mache. Beim gegebenen Kräfteverhältnis könne es keinen neuen Konsens geben. »Jeder, der von Reformen träumt, muss zuerst kämpfen, um

das Kräfteverhältnis zu ändern. Und das bedeutet, ein Revolutionär und Radikaler im traditionellen Sinne zu werden.« (NRNB, S. 74) Nur so, nur mit den klassischen Mitteln des Klassen- und Massenkampfes, mit einem gehörigen Maß an »Traditionalismus« könne der defensive Charakter des anstehenden Kampfes offensiv gewendet werden. Doch gerade der Traditionalismus ist eines der effektivsten Feindbilder der heutigen Linken.

Zurück in die Zukunft

Karl Marx ist tot, hieß es mindestens zwei Jahrzehnte lang, bevor Ende der 90er Jahre, anlässlich des 150-jährigen Jubiläums des *Kommunistischen Manifestes* von einer Renaissance desselben selbst in der bürgerlichen Öffentlichkeit geredet wurde.² Kagarlitzki sieht hier einen klassischen Fall von gescheiterter Geisteraustreibung, die nur deswegen nötig schien, weil Marx noch sehr lebendig ist. Treffend bemerkt er, dass auch niemand Hegel oder Voltaire beerdigen wolle. Zu offensichtlich gehören die beiden der Vergangenheit an, zu offensichtlich sind sie im herrschenden Diskurs integriert. Doch solange der Kapitalismus existiert, solange lebt eben auch derjenige, der diesen Kapitalismus wie kein anderer analysiert, kritisiert und sich für dessen grundlegende Veränderung wie viele andere engagiert hat. So schlicht diese Antwort auch sein mag, sie trifft ins Schwarze. Und richtig ist auch, wenn Kagarlitzki darauf hinweist, dass die historische Krise des Marxismus sehr viel älter ist als der Verweis auf das Epochenjahr 1989 suggeriert. Man muss schon in die 1920er und 1930er Jahre zurückgehen, zur Entstehung des stalinistischen Marxismus-Leninismus im Osten und zur Herausbildung des »westlichen Marxismus« im Westen. Hier, so Kagarlitzki, hätten sich Theorie und Bewegung nachhaltig zu lösen begonnen. Hier begann eine Entwicklung, in deren Verlauf westliche Linksintellektuelle zu einer neuen, esoterischen Sprache Zuflucht nahmen, zu einer Sprache, die nicht mehr die des klassischen Marxismus gewesen sei und die »die einfachen Leute« nicht mehr verstehen.

Kagarlitzki will zurück zu den Stärken dieser alten Zeit, hält nichts von den neuen Intellektuellen der 1980er und 1990er Jahre, die vom Ende der Arbeiterbewegung sprechen und von einem nachhaltig veränderten Kapitalismus. All diese neuen Revisionisten unterschätzten sowohl die Bedeutung als auch die Reichweite des zeitgenössischen neoliberalen Umbruchs, hielten und halten ihn für marginal, sahen und sehen auch weiterhin genügend Spielraum für systemimmanente Reformen, während doch vielmehr alle Reformen auf den Druck von außen hin zustande gekommen seien.

Eine Rückkehr zu Marx sei jedoch nicht nur eine Rückkehr zur marxistischen Kapitalismuskritik. Sie ist auch eine Rückkehr zur Marxschen Zentrali-

2 Zur linken Aktualisierung vgl. vor allem Eric Hobsbawm u. a.: *Das Manifest – heute. 150 Jahre Kapitalismuskritik*, Hamburg 1998, in der neben vielen anderen führenden linken Intellektuellen auch ein Beitrag Kagarlitzkis enthalten ist, der mit dem entsprechenden Marx-Kapitel von NRNB identisch ist.

tät des Klassenkampfes. Es gehe ihm dabei, betont er, nicht um eine Nostalgie des Goldenen Zeitalters der klassischen Arbeiterbewegung, doch auch weiterhin gebe es den zentralen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Wenn dieser nicht gelöst werde, könnten auch andere Probleme und Widersprüche nicht gelöst werden. »Neben«widersprüche seien nicht weniger real als »Haupt«widersprüche. Trotzdem zeichne sich die kapitalistische Gesellschaft durch eine spezifische Strukturierung aus, die auch linke Politik zentral strukturieren sollte. Die alte, weit verbreitete These vom Ende der Arbeiterklasse und ihren Potenzen lehnt er entsprechend rigoros ab. Von einem Verschwinden sei nicht zu reden, wohl aber von einer nachhaltigen Neustrukturierung, in deren Folge es sogar zu einer Intensivierung der Ausbeutung, zur Rückkehr von struktureller Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und neuen Spaltungslinien innerhalb der heterogener gewordenen Klasse gekommen sei. Die Hoffnung mancher Linker auf die neue technologische Elite, auf die neue Intelligenz, habe getrogen, denn sie sei keine eigenständige soziale und politische Kraft und verliere dementsprechend mit der Verbindung zur sozialen Massenbasis auch ihre innovative Kraft. Auch wenn sich die Lohnarbeiterschaft zunehmend fragmentiere, aufs Ganze gesehen bleibe das industrielle Proletariat auch weiterhin das Herz des kapitalistischen Systems.

Eine neue sozialistische Linke dürfe sich allerdings nicht arbeitertümelnd auf die zentrale Industriearbeiterschaft beschränken, sondern müsse den sich im Schisma zwischen »alter« und »neuer« Linker spiegelnden Widerspruch zwischen traditioneller und postindustrieller Arbeiterbewegung überwinden. Während die alte Linke demoralisiert und ohne Selbstbewusstsein sei, sei die neue Linke desorientiert und ohne klare Strategie. Beide Kulturen müssen auf eine neue, gemeinsame Ebene gehoben werden, einen neuen historischen Block bilden, der sich weitgehend traditionellen Zielen verpflichtet sieht.

Von den neuen Klassenkämpfen zu neuen politischen Organisationsformen

In den neuen Klassenkämpfen der zweiten Hälfte der 1990er Jahre sah Kagarlitzki damals (nicht zu Unrecht) die Zeichen einer solchen, hoffnungsvollen Renaissance. Seien es der bewaffnete Aufstand der mexikanischen Zapatistas, die Bergarbeiterstreiks in Russland, die französischen Streikbewegungen oder die vielen anderen, weltweit aufflackernden sozialen und politischen Kämpfe, sie zeigen, dass der neoliberale Kapitalismus nicht nur Krisen und Armut, sondern eben auch Klassenkämpfe provoziert – eine Erkenntnis, die sich in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts durchaus verbreiterte.³

3 Vgl. Hierzu vor allem Kim Moody: *Workers in a Lean World. Unions in the International Economy*, London 1997, sowie das *Socialist Register 2001: Working Classes – Global Realities*.

Doch nicht nur die sogenannten subjektiven Voraussetzungen eines neuen sozialistischen Aufbruchs sah Kagarlitzki solcherart vorhanden, er machte auch neue objektive Grenzen des Kapitalismus aus. Auf der einen Seite seien die neuen Technologien ein Beispiel für das systemsprengende Potential heutiger Produktivkräfte. Sinnvollerweise funktioniere das Internet nicht nach Marktgesetzen, beruhe vielmehr auf kommunistischen Prinzipien, indem es bezeuge, dass intellektuelles Eigentum überholt sei. Entsprechend erzielten die Informationsprodukte keinen klassischen kommerziellen Profit mehr, allenfalls eine Art parasitärer Monopolrente. Auf der anderen Seite zeige die Herausbildung der neuen weltwirtschaftlichen Peripherie, dass eine nachhaltige kapitalistische Modernisierung dort nicht zu erwarten sei. Selbst wenn der Westen Osteuropa integrieren wollte, so Kagarlitzki, er könnte es nicht, denn das postkommunistische Osteuropa sei als abhängige Peripherie in die Arbeitsteilung des kapitalistischen Weltsystems integriert. Eine neue strukturelle Desintegration sei das unvermeidliche Ergebnis, ein mafiotischer Halbkapitalismus, dessen herrschende Schicht keine neue Bourgeoisie sei, sondern eine verbürgerlichte Nomenklatura – zu überwinden nur, wenn man gleichzeitig die Prinzipien des Privateigentums infrage stelle.⁴

Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen einer Erneuerung der sozialistischen Bewegung seien also gegeben. Doch mit welcher Strategie und Taktik sollen diese neuen Sozialisten auftreten? Jeder ernsthafte Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung beginne damit, dass man die nationalen Gesellschaften gegen die transnationalen Eliten verteidigen müsse. Das stelle die Linke vor das schwierige Problem, »patriotisch« zu werden, ohne sich mit den reaktionären Kräften gemein zu machen. Habe ein republikanisch-revolutionärer Patriotismus in Mexiko oder Frankreich eine gewisse Tradition, so fehle diese bekanntlich in Ländern wie Russland und Deutschland. Hier war der Nationalismus immer eine durch und durch reaktionäre Kraft. Doch dabei dürfe es nicht bleiben.

Kagarlitzki ist trotz dieses überraschenden und provozierenden Plädoyers für einen linken Patriotismus kein Freund des Nationalismus. Ganz im Gegenteil kritisiert er die zeitgenössischen nationalen Bewegungen stärker als viele andere Linke. Auch wenn der Kampf gegen nationale Unterdrückung weiterhin prinzipiell gerechtfertigt sei und auch der Kampf um nationale Selbstbestimmung noch immer ein demokratisches Potential habe, seit dem Durchstarten der neoliberalen Globalisierung zu Beginn der 1980er Jahre hat sich für ihn die Lage grundlegend verändert. Nationalistische, vermeintlich antiimperialistische und antikolonialistische Bewegungen wurden zunehmend zu Komplizen des Neoliberalismus. Im Schlepptau der großen Nationalismen USA, Russland und Deutschland wurden kleinbürgerlich-bürokratisch

4 Vgl. dazu ausführlich Boris Kagarlitsky: *Restoration in Russia. Why Capitalism failed*, London 1995 sowie ders.: *Russia under Yeltsin and Putin. Neo-liberal Autocracy*, London 2002.

tische Lokaleliten zu Instrumenten geographischer Zerstückelung und ökonomischer Deregulation. Sei der Kampf der Kurden und Tschetschenen die unterstützenswürdige Ausnahme, so erklärt sich Kagarlitzki in prominenten Fällen wie Ex-Jugoslawien und Kanada ausdrücklich *gegen* den Separatismus und fordert von Linken und Internationalisten, sich für multinationale und multikulturelle Staatsformen einzusetzen. Linker Patriotismus sei für ihn da möglich, wo dieser auf den Prinzipien von Bürgerschaft und Menschenrechten aufbaut und wo die Linke eine eigene Vision eines demokratischen und dezentralisierten Staates entwickle. Dezentralität und Föderalismus, gleiche Staatsbürger- und Menschenrechte, nationalkulturelle Autonomie im multikulturellen Staat und Arbeitersolidarität, damit beginne eine Demokratisierung der Gesellschaften, die vor der Expropriation der Expropriateure nicht halt macht.

Es gehe dabei jedoch nicht um eine bloße Verteidigung des Nationalstaates, es gehe um einen neuen Staat, der auf den nichtbourgeois Elementen des alten aufbaut, auf dessen sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Elementen: »Wenn Könige und Lords eine Verbindung zur vorkapitalistischen Vergangenheit herstellen, stellt der Wohlfahrtsstaat eine Verbindung zur Zukunft her.« (ToG, S. 8) Hart kritisiert er deshalb jene Linken, die den Staat aus ihrer Reformdiskussion heraus halten möchten. Der Staat als die wichtigste nichtmarktförmige Institution im kapitalistischen Gesellschaftssystem spiele eine Schlüsselrolle nicht nur im Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern auch im Kampf um neue Gesellschaftsformen. Von einem nachhaltigen Bedeutungsverlust des Staates sei auch im Neoliberalismus nicht zu sprechen, denn der Neoliberalismus greife nicht den Staat schlechthin an, sondern eben dessen nichtbourgeois Elemente.⁵

Im Mittelpunkt einer linken Übergangstrategie müsse deswegen die nachhaltige Vergesellschaftung kollektiver Konsumptionsbedürfnisse stehen. Gesundheit, Erziehung und Kultur, Umwelt, Transport und Energie – alle diese Aufgaben seien gesellschaftlicher Natur und müssten auf gesellschaftlicher Ebene geregelt werden. Und eine solche kollektive Konsumtion erfordere einen kommunalen Sozialismus sowohl auf Dienstleistungs- als auch Produktionsebene⁶, der jedoch nicht auf klassische Nationalisierungen verzichten könne, denn: »Nationalisierung ist keine Methode, die Industrie zu verwal-

5 Die Parallele zu Pierre Bourdieus Ansatz ist offensichtlich. Vgl. dessen *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998. Zur Rolle des Staates in der Globalisierung vgl. vor allem die Arbeiten von Leo Panitch und Sam Gindin, von Peter Gowan und Ellen Meiksins Wood (vor allem deren *Empire of Capital*, London 2003).

6 Vergleichbare Positionen vertrat in Deutschland damals die so genannte Crossover-Strömung, die jedoch im Zuge der »rot-grünen« Regierungübernahme zerfiel und sich heute in und um die neue Linkspartei herum wieder findet. Vgl. Crossover (Hrsg.): *Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal*, Münster 1997 und dies.: *Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive*, Münster 2000.

ten; sie ist primär ein Mittel der Veränderung sozialer und ökonomischer Gesellschaftsstrukturen. Das Problem ist, dass alle Mittel zu Zielen umfunktio- niert werden können.« (ToG, S. 53) Sanfte Formen der Sozialisierung privaten Eigentums, Selbstverwaltungsmodelle oder andere Formen des Kollektiv- eigentums wie beispielsweise Pensionsfondstrategien hält er solange für un- brauchbar, wie sie das Mittel des Staates und der durch ihn vermittelten Auf- hebung bürgerlicher Eigentumsformen, also die Nationalisierung, zu vermei- den suchen. Ihr vermeintlicher Vorteil, die Vermeidung einer direkten Kon- frontation mit den herrschenden Mächten, sei nur ein scheinbarer, denn auch solche moderaten Veränderungen verlangten heutzutage nach ebenso radika- len Methoden, wie die Nationalisierung eine sei. Statt einer Sozialisation des Marktes verlangt Kagarlitzki deswegen eine Sozialisierung und Demokrati- sierung der Planwirtschaft. Gesellschaft und Staat müssten grundlegend de- mokratisiert und erneuert werden, mit der Logik des Kapitals müsse gebro- chen werden. Doch dies könne nur eine sozialistische Linke in Gang bringen, die sich selbst grundlegend erneuert, indem sie sich auf ihre alten, in der mar- xistischen Arbeiterbewegung wurzelnden Prinzipien und Werte besinnt. Stattdessen bleibe die Linke »Gefangene ihrer Misserfolge und Neurosen. Sie ist nicht nur politisch schwach, ihr fehlt auch die Entschlossenheit und mora- lische Stärke, die sie zur Aktion braucht. Sie kann Wahlen gewinnen, aber keine Kämpfe. Solange sie nicht wagt, erneut über Klassensolidarität, Natio- nalisierung und Umverteilung zu sprechen, solange sie nicht das System des globalen Kapitals und ihre lokalen politischen Repräsentanten herausfordert, hat sie keine Chance, irgendetwas zu verändern.« (NRNB, S. 146)

Es gehe also darum »neue politische Mittel zur Verwirklichung traditio- neller Ziele zu finden«. (RoR, S.VII) Und was den einen Pfeiler traditionell linker Politikformen, die Gewerkschaftsbewegung angeht, denkt er sich dies in jener Form von »neuer sozialer Gewerkschaftsbewegung«, welche sich in den 1990er Jahren in Ländern wie Brasilien, Südafrika, Südkorea, Indonesien und auf den Philippinen, in Frankreich und anderswo herausgebildet habe. Wir haben es hier mit Bewegungen zu tun, die Kernbelegschaften genauso mobilisieren wie Erwerbslose und ImmigrantInnen, Familienangehörige ebenso wie Marginalisierte und Gettoisierte. Diese neuen sozialen Gewerk- schaftsbewegungen agieren vorwiegend lokal und regional und werden stär- ker von ihrer aktiven Basis als von ihrem Funktionärsapparat geprägt. Sie trennen weniger zwischen Betrieb und Lebensumfeld, sind sozial entspre- chend stark verankert und überwinden tendenziell die alte Spaltung in einen ökonomischen und einen politischen Flügel der Arbeiterbewegung.⁷ »Zeitge-

7 Der US-amerikanische Gewerkschaftslinke Kim Moody hat dieses Konzept in konsis- tenter Form in seinem Werk *Workers in a Lean World*, a.a.O., entwickelt. Ein kleiner Teil der Arbeit liegt auch auf Deutsch vor: Kim Moody: *Das neue Proletariat. Ge- werkschaften im »globalisierten« Kapitalismus*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 2/1999. Einen guten Überblick über die weitergehende Debatte bieten neuerdings Juri

nössische Arbeiter mögen Christen sein oder Moslems, Männer oder Frauen, weiß oder schwarz; sie mögen mit dem Computer arbeiten oder mit dem Spaten. Moderne Gewerkschaften müssen herausfinden, was diese Menschen vereinigt, müssen Organe einer Zusammenführung ihrer Interessen werden.« (RoR, S. 36f.) Nur so könne die organisatorische und ideologische Krise der verbürokratisierten Gewerkschaftsbewegung emanzipativ überwunden werden: »Es ist keine einfache Aufgabe, urbane Industriearbeiter, Spezialisten postindustrieller Produktion, Migranten, Marginale, Vertreter des Informationssektors und traditionelle Indianergemeinschaften in einer gemeinsamen Bewegung zu vereinigen und ihre Aktionen zu koordinieren. Bis diese Aufgabe nicht vollendet ist, wird es weder Sieg noch partielle Erfolge geben. Doch der moderne Kapitalismus hilft der Linken bei deren Anstrengung; auf seinem Entwicklungsweg führt er zu gleichartigen Interessen in allen obigen Gruppen.« (RoR, S. 106)

Auch was den anderen traditionellen Pfeiler linker Politik, die linken Parteien, angeht, macht Kagarlitzki in Phänomenen wie der brasilianischen Arbeiterpartei, dem italienischen *Rifondazione Comunista* und der damaligen deutschen PDS erste hoffnungsvolle Zeichen einer neuen Zeit aus. In Anknüpfung an die klassische Zeit müsse linke Politik einerseits wieder stärker in den sozialen Kämpfen selbst, vor allem in denen der lohnarbeitenden Klasse verankert werden. Andererseits dürfe sie jedoch nicht in den alten Monolithismus zurückverfallen. Mit viel Raum für Pluralität müsse sie eine neue demokratische Parteistruktur aufweisen und die abstrakte Trennung von Reform und Revolution auch in ihren Reihen überwinden. Und weil ein zeitgenössischer Reformismus revolutionäre Qualitäten verlange, erweise sich die Qualität der Revolutionäre in ihrer Fähigkeit, reformistische Projekte mitzutragen und weiter zu treiben.

Kritik der postmodernen Linken

Beide Politikfelder, Gewerkschaften und Parteien, waren jedoch nicht die vorherrschenden Felder, auf denen sich die Linke in den 1980er und 1990er Jahren tummelte. Es war vor allem die Kulturpolitik, die in diesen Jahren große Teile der linken Energie absorbierte und sich nicht selten mit einer umfassenden Abkehr von Marxismus und Arbeiterbewegung verband. Im seit den 1970er Jahren aufkommenden Postmodernismus wurden Klassenkampf, Aufklärung und Fortschrittsdenken zunehmend als hoffnungslos verwoben mit dem herrschenden System angesehen und Konzepte wie Totalität und Universalität, Subjekt und Identität, Macht und Hierarchie radikal infrage gestellt. Das System erschien als allmächtig, alternativlos und einer grundsätzlichen Veränderung nicht mehr zugänglich. Mit dem Abschied von den »großen Erzählungen« der Emanzipation wurde das vom System ausge-

Hälker und Claudius Vellay (Hrsg.): *Union Renewel – Gewerkschaften in Veränderung. Texte aus der internationalen Gewerkschaftsforschung*, Düsseldorf 2006.

grenzte und der potentiellen Vernichtung anheim gegebene Marginale und Minoritäre gesucht und verteidigt. Denn was fortan übrig bleibe, so der postmoderne Mainstream, sei die Subversion, das Herausarbeiten der negativen Wahrheit der Moderne und die Feier der Differenz.

Im Laufe der 1980er verbreitete sich dieses postmoderne Denken in den neuen sozialen Bewegungen, die sich der traditionellen sozialistischen Linken überlegen fühlten, und verband sich mit einer Identitätspolitik, die im Angesicht des aufkommenden neoliberalen Neorassismus auf der politischen und soziokulturellen Verteidigung diverser Minderheiten beruht und im Angesicht des Zusammenbruchs des östlichen Nominalsozialismus auf klassische linke Politik verzichtete. Kagarlitzki nun unterzieht in seiner Trilogie diese linke Identitätspolitik einer besonders scharfen und ausführlichen Kritik, weil sie für ihn der politisch-programmatische Ausdruck jener postmodernen Linken ist, von der es sich zu verabschieden gelte. Nicht die neuen Sozialdemokraten, die »Neuen Realisten« der Linken seien das Problem für einen sozialistischen Neuanfang, denn von ihnen könnten wir ernsthaft nicht mehr erwarten. Entscheidender sei die Ohnmacht der radikalen linken Kräfte, die sich als unfähig und unwillig erweisen, Mitte-Links unter ernsthaften Druck zu setzen. Und dass die linken Kräfte so ohnmächtig und unwillig seien, das habe eben etwas mit ihrer postmodernen Weltansicht zu tun.

»Diskriminierung von Minderheiten zu beenden, ist eine allgemeine demokratische Forderung und muss unterstützt werden«, schreibt er, »(a)ber sie kann nur in dem Maße mit dem linken Programm organisch verbunden werden, in dem die Unterdrückung einer bestimmten Minderheit eine notwendige Bedingung der Reproduktion des Kapitals ist.« (RoR, S. 48) Solange jedoch diese Verbindung von Identitätspolitik und Antikapitalismus nicht gesucht werde, solange verfallende der Kult der Vielfalt und Differenz den entsprechenden Mythen des Konsumkapitalismus, welcher genug Raum für einen belebenden Nonkonformismus biete. Und so werden ihm neue soziale Bewegungen wie der Feminismus und die Ökologie, wie Kulturpolitik und »affirmative action«, zu opportunistischen und konservativen Kräften, wenn sie sich vom Antikapitalismus abwenden und dem herrschenden System solcherart in die Hände spielen, wie Kagarlitzki besonders am Beispiel des Feminismus ausführt. Der Kampf gegen das System, das Rassismus, Sexismus und »Klassismus«⁸ produziert, werde zur paternalistischen Lobbyarbeit einer liberalen, akademischen Intelligenz entschärft, die sich bruchlos in den neuen neoliberalen Korporatismus einzufügen bereit sei.

Kagarlitzki betont durchaus, dass die feministische und postmoderne Kritik der alten Linken begründet und gerechtfertigt ist. Falsch sei sie allerdings da, wo sie mit dem Marxismus den Universalismus und die politische Hierarchie der Ziele verwerfe. Er lehnt solcherart Identitätspolitik deswegen nicht

8 Anja Meulenbelt: *Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus*, Reinbek bei Hamburg 1988.

prinzipiell ab, möchte sie jedoch im philosophischen Sinne auf einer höheren Ebene aufgehoben wissen. »Wir müssen unser ökologisches Projekt und die Bekräftigung der Rechte von Frauen und Minderheiten durch den und in dem Prozess des antikapitalistischen Kampfes verwirklichen, nicht als dessen Ersatz oder Alternative.« (RoR, S. 71) Nicht die politischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte seien aufzugeben, wohl aber deren postmoderne Ideologie und elitäre Politik.

Kagarlitzkis Kritik der postmodernen Linken ist erfrischend und bricht in ihrer Deutlichkeit viele Tabus. Eine Ökologienpolitik, die sich dem Antikapitalismus überlegen fühlt und die Umwelt vom Sozialen trennt, reduziert sich zwangsläufig auf Ökosteuern und endet als bloßer Geldbeschaffer für den neoliberalen Staatsapparat.⁹ Ein Feminismus, der die Einziehung von Frauen zum Militärdienst verteidigt, verwechselt bürgerliche Gleichheit mit Emanzipation und hält solcherart Gleichheit für wichtiger als menschliche Emanzipation.

Und doch wäre bei manchen seiner Formulierungen mehr Vorsicht geboten gewesen. Liberale Feministinnen sind nicht nur und schon gar nicht per se ein Hindernis für den Kampf um die Rechte arbeitender Frauen (RoR, S. 83). Sie können auch hilfreiche Stützen dieses Kampfes sein. Es stimmt leider auch nur dem Prinzip nach, nicht jedoch historisch, wenn Kagarlitzki schreibt, dass Sozialisten diejenigen waren, welche die Rechte von Minderheiten am ausdauerndsten verteidigt hätten (RoR, S. 57). Identitätspolitik ist auch, aber eben nicht nur »konservativ und opportunistisch«, wie er zuspitzt (RoR, S.65).¹⁰ Und dass die linken Kräfte so ohnmächtig und unwillig sind, hat zwar viel mit ihrer postmodernen Weltsicht zu tun, gilt aber auch umgekehrt: Dass der linke Postmodernismus so vorherrscht, hat auch etwas mit der Schwäche der radikalen Linken zu tun. Zum Schluss seiner heftigen Verbalattacke gesteht er dies auch selbst wieder ein: »Die Theoretiker der Differenzkultur sind nicht schuld an der schwierigen Situation, in welcher sich die linke Bewegung nun selbst befindet. Die wahre Schuld liegt bei den kommunistischen und demokratischen Bürokratien, bei den kapitulierenden Intellektuellen und bei der Arbeiterbewegung selbst und ihrer Tradition der Betriebsdisziplin. Aber der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise sollte nicht dort gesucht werden, wo sie Identitätspolitik, postmoderner Radikalismus und verspäteter Republikanismus suchen. In diesem Sinne sind solche Phänomene Hindernisse auf dem Weg in die Zukunft.« (RoR, S. 96)

9 Vgl. hierzu die Arbeiten von John Bellamy Foster (vor allem *Ecology against Capitalism*, New York 2002) und Mike Davis (vor allem *Ökologie der Angst. Los Angeles und das Leben mit der Katastrophe*, München 1999, und *Planet der Slums*, Berlin/Hamburg 2007) sowie das *Socialist Register 2007: Coming to Terms with Nature*.

10 Vgl. dazu Christoph Jünke: »Die Linke und die Identität. Zur Kritik der linken Identitätskritik der 90er Jahre«, in *Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis*, Nr. 2, Oktober 2002, S. 34-41.

Umso unverständlicher ist hier jedoch, dass Kagarlitzki in seiner Trilogie der Kritik der kommunistischen und demokratischen Bürokratien keine eigene Beschäftigung widmet. Er registriert zwar, dass die Herrschaft des neoliberalen Großen Bruders dazu führe, dass sich Linke weltweit in konservativer Nostalgie für diese alte Zeiten einrichten und auch politisch auf deren Mythen und Denktraditionen aufbauen. Und er betont ganz zu Recht, dass die neoliberalen Eliten alles andere als Angst vor dieser Strömung haben (ToG, S. 127): »Die sozialistischen Alt-Gläubigen werden so effektive Komplizen der neuen Realisten, zeigen fortwährend die Impotenz ihres revolutionären Denkens und ihrer politischen Praxis. Aktionen werden von Deklarationen ersetzt, Ideen von Symbolen und Programme vom Aufsagen von Prinzipien. Moralisch betrachtet ist die Position einfacher Negation ebenso dubios wie die der Anpassung an die Realität. Das Ergebnis ist in beiden Fällen dasselbe: alles bleibt so wie es ist.« (NRNB, S. 61) Gerade weil er weiß, dass und wie ein gewisser Neostalinismus erneut in Millionen Köpfe eingedrungen ist, und dass im historischen Stalinismus die Hauptverantwortung für den Niedergang der sozialistischen Linken und den Aufstieg des Postmodernismus liegt, wäre eine Kritik dieser neostalinistischen Linken notwendig und hilfreich gewesen. Eine Diskussion über die in Neurosen gefangene Linke, die nur beiläufig auf die Erbschaft des Stalinismus eingeht, ist fahrlässig – nicht zuletzt im Angesicht neostalinistischer Denker, die diese Neurosen in ihrem Sinne thematisieren (vgl. Kapitel 6).

Man mag hier das eine oder andere für in seiner Zuspitzung übertrieben und problematisch halten. Und manches rührt daher, dass er der postmodernen Linken eine Kohärenz zuschreibt, die sie nicht hat.¹¹ Viel erklärt sich dagegen aus jenem politischen Problemdruck, unter dem er sich zu schreiben gezwungen sieht. Es tue sich nämlich, so Kagarlitzki, ein Graben auf zwi-

11 Es gibt nicht *die* politische Formation, die man als postmodern treffend fassen könnte. Es gibt einzelne Individuen und intellektuelle Milieus und bei vielen anderen mischen sich postmoderne mit mal mehr, mal weniger traditionellen Elementen. *Die postmoderne Linke* ist nur als interpretierende Zuschreibung ein identifizierbares Subjekt, sie ist mehr eine hegemoniale Mentalität. Und es ist deswegen kein Zufall, dass die marxistische Kritik am Postmodernismus dort am stärksten sich entfalten kann, wo sie, wie bei Terry Eagleton, weniger bestimmte Personen angreift, »weniger den ›gelehrten‹ Formulierungen postmoderner Philosophie als der Kultur, dem Milieu oder gar dem Gefühl für die Postmoderne als Ganzem (gilt)«. (Terry Eagleton: *Die Illusionen der Postmoderne. Ein Essay*, Stuttgart/Weimar 1997, S. VIII) Zur linken Kritik des Postmodernismus vgl. vor allem auch Ellen Meiksins Wood und John Bellamy Foster (Hrsg.): *In Defense of History. Marxism and the Postmodern Agenda*, New York 1997, von dem ein Teil der Beiträge auf Deutsch erschienen sind in *Zur Verteidigung der Geschichte. Marxismus und die postmoderne Tagesordnung* (Beiträge von E. M. Wood, D. McNally, F. Mulhern, J. B. Foster & T. Eagleton), *Bibliothek der 90er Jahre. Beilage zur Sozialistischen Zeitung*, 27.6.1996. Vgl. außerdem Perry Anderson: *The Origins of Postmodernity*, London 1998, sowie Werner Seppmann: *Das Ende der Gesellschaftskritik? Die »Postmoderne« als Ideologie und Realität*, Köln 2000.

schen jenen linksgerichteten Politikern, die noch immer von ihrer linken Vergangenheit zehren (obwohl sie lange nicht mehr an dieselbe glauben) und jenen Millionen Menschen, die »bereit (sind) zu kämpfen und zu gewinnen« (RoR, S. 11). In dieser historischen Umbruchs- und Erneuerungszeit hänge alles vom praktischen Kampf gegen den neoliberalen Großen Bruder ab. Auch die Antworten auf die Fragen der Theorie würden wir nur durch die Praxis finden. Und er bringt sein voluntaristisches Credo auf den Punkt: »Es ist Zeit, die Trompeten zu blasen und zur Attacke überzugehen.« (RoR, S. 12)

Boris Kagarlitzki schwamm in seiner Trilogie zur Jahrhundertwende in der Tat mit Verve gegen den Strom und antizipierte spätere Entwicklungen. Seine Kritik des linken Revisionismus und Reformismus, seine Kritik der sozialdemokratischen »Neuen Realisten«, sein Insistieren darauf, dass ein heutiger Reformismus im Angesicht um sich greifender Barbarei nicht vor revolutionären Mitteln zurückschrecken dürfe und könne, will er konsequent sein, ist absolut treffend – nicht zuletzt im Falle Deutschlands. Sie war damals aktuell, als es die damalige parlamentarische und »Crossover«-Linke auf ihrer Suche nach den Inhalten eines neuen ökologisch-solidarischen New Deals versäumte, eine politisch mobilisierbare Gegenmacht aufzubauen, und als sich ein linkssozialdemokratischer Finanzminister wie Oskar Lafontaine 1999 unfähig zeigte, einen solchen Weg einzuschlagen und einfach zurücktrat.¹² Und sie ist auch ein knappes Jahrzehnt später noch aktuell, als just dieser Lafontaine zur Gründungs- und Führungsfigur einer neuen Linkspartei wurde, die noch immer mehr auf ihre bürgerliche Reputation schaut als auf den praktischen Widerstand gegen die anhaltende Vorherrschaft des Neoliberalismus.¹³ Das Problem der Linken liege weniger im Fehlen machbarer Theorien, so Kagarlitzki, als vielmehr »in der Schwäche der politischen Organisationen, die sich ihrer annehmen. Konzepte demokratischer Planung, einer erneuerten gemischten Wirtschaft und eines Markt- und Post-Marktsozialismus werden in der detailliertesten Weise in akademischen Zirkeln diskutiert und niemand hat bisher bewiesen, dass sie in ihrer reinen Form weniger seriös konstruiert seien als die Ideen der Neoliberalen. [...] Der soziale und politische Raum für Reformen ist sehr eng geworden. Das meint nicht, dass Reformen innerhalb des Kapitalismus prinzipiell unmöglich geworden sind, doch die Vorbedingungen für solche Veränderungen müssen erst aufs Neue geschaffen werden. [...] Entscheidend ist nicht, wie radikal das neue reformistische Projekt sein wird, sondern dass es solange prinzipiell unmöglich sein

12 Vgl. dazu Christoph Jünke: »Lafontaines Dilemma«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* Heft 11/1999, S. 1291ff.

13 Vgl. dazu Christoph Jünke: »Karl Heinz Roth und der Zustand der deutschen Linken«, in: Marcel van der Linden/Christoph Lieber (Hrsg.): *Kontroversen über den Zustand der Welt*, Hamburg 2007, S. 230-249.

wird, bis es nicht zu neuen revolutionären Aufständen kommt.« (RoR, S. 154 & 159)

Der Bogen des Voluntarismus

Vieles von dem, was Boris Kagarlitzki zur programmatischen Erneuerung einer sozialistischen Linken zu sagen hat, war bereits damals sicherlich nicht neu. Er hat dafür auch keine Originalität reklamiert. Seine Rückkehr zur Klassenpolitik und sein Insistieren auf der Zentralität der Arbeiterklasse im Emanzipationskampf ist 1997 umfassend und empirisch gesättigt vom US-Aktivisten Kim Moody formuliert worden (auf den sich Kagarlitzki auch bezieht). Seine Analyse der auch weiterhin tragenden Rolle des Staates im Globalisierungsdiskurs rekurriert auf die Arbeiten aus dem Umfeld des *Socialist Register* und der *Monthly Review*. Sein Plädoyer für einen offensiven Kampf zur Verteidigung und Erneuerung des Sozialstaates zeigt deutliche Parallelen zu den politischen Interventionen eines Pierre Bourdieu (auf den er sich jedoch bemerkenswerter Weise nicht beruft). Seine umfassende Kritik des linken Postmodernismus schließlich verdankt viel den hierzulande noch immer viel zu unbekanntem Arbeiten einer Ellen Meiksins Wood (der er den gebührenden Zoll entrichtet). Neu dagegen war, wie gesagt, vor allem Kagarlitzkis Zusammenfassung dieser verschiedenen Ansätze und deren politische Zuspitzung. Neu war vor allem auch, dass es gerade Kagarlitzki ist, der dies alles schreibt. Alles andere als des linken Traditionalismus verdächtig, haben wir es bei ihm eher mit dem klassischen Fall eines Neuen Linken zu tun, dessen partielle (und vorübergehende) Nähe zu postmodernen Positionen er sogar noch in den 1990er Jahren durch die Zusammenarbeit mit postmodernen Linken verdeutlichte. Und am originellsten schließlich war sein Voluntarismus.

Boris Kagarlitzkis Werk handelt vor allem vom Willen zum Kampf. Doch gibt es einen materialistischen Weg vom Willen zum Kampf? Eine alte Frage, bei der so mancher Marxist Nein antwortet oder andere Akzente setzt.

Um ein prominentes und aufschlussreiches Beispiel anzuführen, sei hier an einen anderen Denker erinnert, an Perry Anderson. Zur gleichen Zeit, als Kagarlitzki seine Trilogie veröffentlichte, hatte auch der britische Marxist und langjährige Herausgeber der *New Left Review*, dem seit über vier Jahrzehnten international führenden Aushängeschild eines aufgeklärten, kritischen emanzipativen Marxismus, eine seiner nicht selten kurzen, aber gewichtigen Lageanalysen zur herrschenden Weltpolitik und deren Konsequenzen für die linke Opposition vorgelegt.¹⁴

Es gäbe zwar, so auch Anderson damals, gewichtige Anzeichen für Optimismus, wenn man die Entwicklungen in einzelnen Ländern wie Südafrika, Indonesien, Venezuela und anderen betrachte, wenn man die feministischen

14 Perry Anderson. »Renewals«, in: *New Left Review* (II) 1, January/February 2000, S. 5-24.

und ökologischen Bewegungen und ihre progressiven Verdienste in Rechnung ziehe. Doch all diese Bewegungen hätten sich als durchaus kompatibel mit den Imperativen kapitalistischer Akkumulation erwiesen. Und auch die Arbeiterinnen und Arbeiter seien trotz vereinzelter Ausnahmen weiterhin in struktureller Defensive. Anderson geht in seinem Beitrag von der so nicht vorhergesehenen und eigentlich unbestrittenen Konsolidierung und weltweiten Ausbreitung des Neoliberalismus aus. Während das stärkste Glied des kapitalistischen Weltsystems, die USA, ihre führende Rolle ökonomisch, politisch, militärisch und kulturell erneuert habe, zeitige deren schwächstes Glied, die neue russische Ökonomie, trotz katastrophischer Regression keine breite Gegenbewegung. Der asiatische Kapitalismus suche sein ökonomisches Heil in einer Anpassung an das US-amerikanische Modell. Und auch die Regierungsübernahme der europäischen Sozialdemokratie ändere daran nichts Wesentliches. Die neuen Sozialdemokraten übernehmen vielmehr den harten Kern des politischen Vermächtnisses von Reagan und Thatcher, setzen neoliberale Politik in Feldern durch, in denen selbst ihre konservativen Vorgänger gescheitert sind und begleiten dies mit vereinzelt sozialen Konzessionen und einer sanfteren Rhetorik. So finde der vorherrschende neoliberale Konsens im sozialdemokratischen »Dritten Weg« eine neue unerwartete Stabilität, ideologisch hegemonialer denn je, seit der jüngste Balkankrieg mit seiner Menschenrechtsideologie die neuen weltpolitischen Verhältnisse zementiert habe.

Die neoliberalen Prinzipien herrschen für Anderson auch an der Jahrhundertwende nicht nur weltweit, sondern, erstmals seit der Reformation, ohne soziale und politische Systemalternative am Horizont. Der Sozialismus sei deswegen nur noch ein Ideal, aber keine reale Bewegung mehr. Arbeiterpolitik und Marxismus seien auf der Rest-Linken marginalisiert und »der einzige Ausgangspunkt für eine realistische Linke heute ist eine klare Feststellung der historischen Niederlage«. Anderson betont, dass er mit einer solchen Bilanz weder resignieren noch sich an den siegreichen Neoliberalismus anpassen wolle. Er lehne nur die Flucht in den Trost ab, die neue Macht des Neoliberalismus zu unter- und den Widerstand gegen denselben zu überschätzen. Für sich und seine Zeitschrift reklamierte er dagegen einen vierten Weg, den eines kompromisslosen Realismus: kompromisslos gegen jede Anpassung an das herrschende System wie gegen illusionäre Hoffnungen auf dessen unmittelbar bevorstehende Überwindung.

Trotz des sicherlich gleichen politischen und theoretischen Ausgangspunktes und Zieles von Anderson und Kagarlitzki könnte der Ton der beiden kaum verschiedener sein. Und es überrascht nicht, dass Kagarlitzki – sowohl in seiner Trilogie wie auch später¹⁵ – gegen Anderson polemisiert. Schreibt Perry Anderson ausgesprochen nüchtern und jedes Wort wohl abgewogen

15 Boris Kagarlitsky: »The suicide of New Left Review«, mehrfach veröffentlicht und im Internet verbreitet, u.a. in *International Socialism* 88, Autumn 2000, S. 127ff.

vom Aussichtsturm linker Intellektualität, so sehen wir Boris Kagarlitzki im Schlachtgetümmel am politischen Boden, wild, aber beherzt um sich schlagend und in »heiliger Wut« gegen eine Linke, die verlernt hat, gleichermaßen beherzt zu kämpfen. Während Kagarlitzki die Trompeten zum Sturmangriff blasen möchte, erklärt Anderson, dass es »eher der Geist der Aufklärung als der der Evangelisten ist, der heutzutage am meisten gebraucht wird«. Doch wer hat Recht? Beide und keiner.

Perry Andersons intellektuelle Vorsicht ist im Blick auf historische Strukturen sicherlich solider als das Schwanken Kagarlitzkis, der zuerst das aktuelle Scheitern des Neoliberalismus für unhinterfragbar erklärt, um eine Seite später einzugestehen, dass der ökonomische Misserfolg desselben nicht dessen ideologische Hegemonie in Frage stelle (NRNB, S. 2f.). In einer solch zentralen Frage ist aber Nüchternheit gefragt. Historisch-materialistisch betrachtet sind die Schwalben des Widerstandes noch keine ernsthafte Erschütterung jener geschichtlich einmaligen Hegemonie des zeitgenössischen Neoliberalismus, auf die uns Anderson hinweist. Entsprechend haben sich die europäischen und weltweiten Klassenkämpfe im letzten Jahrzehnt langsamer, bzw. widersprüchlicher entwickelt, als von so manchem Linken erhofft. Die globalisierungskritische Bewegung, die damals den Untergrund für den politischen Aufschwung der internationalen Linken abgegeben hat, scheint seit langem in einer strukturellen Krise gefangen und die großen machtvollen Antikriegsdemonstrationen gegen den Irakkrieg sind so schnell wieder zerfallen, wie sie sich entfalteten. Auf der anderen Seite führt von Andersons kompromisslosem Realismus und intellektuellem Skeptizismus leider keinerlei Weg zur politischen Aktion. Gerade den jedoch bietet Kagarlitzki.

Was in Perry Andersons Herangehensweise latent angelegt ist, ein um die tätige Seite verkürzter, bloß anschauend verstandener Materialismus, hatte sich zehn Jahre zuvor, bei einem ihm durchaus vergleichbaren Denker wie Jan Phillip Reemtsma zum postmodernen »anything goes« verwandelt (vgl. Kapitel 4). Dagegen formulierte Kagarlitzki ganz zu Recht, dass es »unsere Pflicht als Sozialisten (ist), dem Kapitalismus zu widerstehen und auch jene Kämpfe zu kämpfen, die besonders hoffnungslos erscheinen. Das ist der Kern unserer Aufgabe: Du kämpfst nicht nur, weil du gewinnen kannst, sondern weil du deine Prinzipien und Werte zu verteidigen hast.« (NRNB, S. IX) Das ist so wahr, wie es voluntaristisch ist. Es schaut nicht auf die geschichtsphilosophische Versicherung des eigenen Erfolgs, sondern ist beseelt vom Willen zum Kampf, vom Willen, den eigenen Stolz und die eigene Würde nicht ausgerechnet dann an der weltgeschichtlichen Garderobe abzugeben, wenn es mal besonders düster mit deren Perspektiven aussieht.

Dies ist der harte, geschichtsmaterialistische Kern eines marxistisch-sozialistischen Voluntarismus in der Linie eines Leo Trotzki oder Rudi Dutschke, einer Rosa Luxemburg oder eines Che Guevara. Ihn in dieser Form neu formuliert zu haben, ist die Stärke des Kagarlitzkischen Werkes. Nicht der Voluntarismus als solcher ist das Problem, denn ohne eine bewusste Setzung

von Zielen, ohne bewusste Tat ist keine Emanzipation, kein Fortschritt denkbar. Problematisch ist er vielmehr da, wo der »Bogen des Voluntarismus« (Wolfgang Fritz Haug) überspannt wird, wo er gegen machtvolle historische Trends ignorant anrennt und wo er dazu tendiert, sich sektiererisch gegen die Realität abzuschotten. Wenn auch beide Gefahren in seinem Werk sichtbar sind¹⁶, so bekommt sie Kagarlitzki doch immer wieder in den Griff. Er nimmt sich bspw. am Schluss auch im Ton selbst wieder zurück, wenn er ausführt: »Eine Epoche der Reaktion verlangt keinen Heroismus. Sie verlangt Standfestigkeit und Nüchternheit, sowie die Fähigkeit, gegen den Strom zu schwimmen.« (RoR, S. 150).

Der Pessimismus des Verstandes wiederum hat seine Tücken dort, wo er die tätige Rolle »vergisst«, wo er sich in anschauernder Kontemplation selbst gefällt. Im Reemtsmaschen Falle ist dies allzu offensichtlich, doch auch Anderson ist davor nicht gefeit. Der Geist der Aufklärung steht nicht im Widerspruch zum Geist der Evangelisten und ohne den letzten ist eine um Emanzipation bemühte Politik schlechterdings nicht denkbar. Kagarlitzkis Intervention erinnert uns zu Recht gerade daran. Sein dreibändiges Werk ist ein flamendes Plädoyer für eine Rückkehr zur Politik, die sich vor Traditionalismus nicht scheut, diesen aber auch nicht mit der Apologie alter Mächte verwechselt.

16 In seinem im Frühjahr 2000 publizierten Beitrag gegen die *New Left Review* polemisiert Kagarlitzki allzu scharf gegen Andersons Editorial und erklärte die *New Left Review* für politisch tot. Anderson und die NLR hätten sich dem neoliberalen Sieger gebeugt, vom sozialistischen Projekt verabschiedet und gleichsam Selbstmord begangen. Trotz sachlichem Kern war Kagarlitzkis Anklage kurzschlüssig und überzogen – die *New Left Review* gehört noch immer zum Besten, was die internationale sozialistische Linke zu bieten hat.

10. Von den neuen Kriegen zur sozialistischen Erneuerung

Neue und alte Kriege

Seit den 1950er Jahren schienen Hunger und Krieg aus den industriekapitalistischen Zentren verdrängt. Endgültig, wie uns die Ideologen weismachen wollten. Doch nachdem in den 80er Jahren zuerst der Hunger zurückkam, ist seit den 90ern auch der Krieg zurück in die Zentren gekehrt. So wie man damals zuerst von der »neuen Armut« sprach, sprach man in den letzten Jahren vor allem von den »neuen Kriegen«. Und so wie sich die Rede von der vermeintlich neuen Armut bald als problematisch erwies, erweist sich heute auch die Rede von den Neuen Kriegen als zwar nicht falsch, aber doch ebenso problematisch. Das Neue der neuen Kriege sind eher die neuen historischen Bedingungen, die ihnen ihren Charakter verleihen, die Tatsache, dass sie eine Begleiterscheinung der weltweiten Transformation der kapitalistischen Produktions- und Austauschverhältnisse sind.

Herfried Münkler zeigt in seinem 2002 erschienenen und unmittelbar zum neuen Klassiker mutierten Werk über *Die neuen Kriege* auf, dass sich diese Kriege vor allem durch die drei Stichpunkte der Entstaatlichung oder Privatisierung, der Asymmetrisierung und der Autonomisierung auszeichnen – alles zentrale Begriffe auch der ausgedehnten Studien zum ökonomischen Neoliberalismus. Münkler und viele andere Autoren zeigen die Funktionsweise der neuen Kriegsökonomie in der weltwirtschaftlichen Peripherie auf, zeigen auf, wie sich Arbeit und Gewalt durch diese Kriegsformen vermischen und durch ihre Einbindung in die globalisierte, sprich: neoliberale Weltwirtschaft am Leben halten. »Der Krieg wird zur Lebensform«, schreibt Münkler¹ und zwei andere Autoren, Tom Holert und Mark Terkessidis, zeigen in ihrer erfrischenden Kampfschrift über den *Krieg als Massenkultur im 21. Jahrhundert*, wie tief der Krieg bereits in die Eingeweide auch der bürgerlichen Massenkultur der kapitalistischen Zentren eingedrungen ist. Es ist der Neoliberalismus – die erfolgreich zur Pseudonatur erhobene Herrschaft des vermeintlich freien Marktes –, der Humanismus und soziales Denken Stück für Stück ausgehöhlt und an dessen Stelle eine zutiefst kriegerische, weil individualistische Ideologie gesetzt hat. Vollkommen zu Recht interpretieren die beiden Flexibilität, Effizienz, Mobilität und Selbstverwirklichung als »zutiefst krie-

1 Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 29.

gerische Normen« und die westliche Massenkultur als eine »Art Trainingslager für soldatische Verhaltensweisen«.²

Begann die neoliberale Globalisierung in den 70er Jahren mit dem Aufbrechen des Bretton Woods-System, mit Monetarismus und gezielter Verschuldung der Länder der Peripherie, so waren es die daraus abgeleiteten Strukturpassungsprogramme von Weltbank und IWF, die in den 80er Jahren zuerst die auf Importsubstitution setzenden Länder der sogenannten Dritten Welt und schließlich auch den realsozialistischen Ostblock zuerst in die Defensive und dann in die Knie zwangen. Parallel kam es unter Reagan und Thatcher zur neoliberalen Konterreform auch in den industriekapitalistischen Zentren selbst.³ Das gigantische neoliberale Zerstörungswerk wurde in den 80er Jahren vor allem durch die scheinbar neutralen internationalen Institutionen von Weltbank und IWF in Gang gesetzt und seit Beginn der 90er, seit der Implosion des Ostblocks mit einer ambivalenten Menschenrechts- und Freiheitsideologie versehen. Die Rückkehr des Krieges in die Weltpolitik fand genau dort statt, wo die neoliberale Zurichtung zum anarchischen Zerfall alter Ordnungen geführt hat. Zunehmend wurden die militärischen Interventionen ein Mittel ebenso wie eine Folge der neoliberalen Globalisierung, gleichsam ihre politisch-militärische Seite. Bereits mit dem Afghanistan-Feldzug von Ende 2001, endgültig jedoch durch den Irakkrieg ist der liberale Kosmopolitismus mit seinem humanitären Interventionismus vom kaum noch verhüllten Faustrecht des militärisch und ökonomisch Stärkeren abgelöst worden. Auch hier haben wir es mit einer politischen Begleiterscheinung der neuen Etappe des hegemonialen Neoliberalismus zu tun. Mit den zunehmenden Hungerrevolten und vor allem den auch in Europa wieder offen ausgebrochenen Klassenkämpfen von unten ist die bisherige, liberaldemokratische Form der Globalisierung in die Krise gekommen und wir erleben konsequent einen Umbau des weltweiten institutionellen Räderwerkes. Internationale Organisationen wie die NATO und die UNO sind ausgehöhlt und weitgehend privatisiert worden oder haben sich zum diplomatischen Anhängsel der US-Administration degradieren lassen. Die Asymmetrie der Macht, also die strukturelle Ungleichheit, ist, wie Münkler schreibt, »zur weltpolitischen Signatur« geworden. Dass auch das internationale Völkerrecht in diesem Prozess zwangsläufig ausgehöhlt und zerstört wurde, hat eben damit zu tun, dass bürgerliches Recht bekanntlich das Recht zwischen formal Gleichen ist, und dass, wo die Weltpolitik so offen auf Ungleichheit und Gewalt beruht, auch die Grundlage des bürgerlichen Rechtsverständnisses untergraben ist.

2 Tom Holert/Mark Terkessidis: *Entsichert. Krieg als Massenkultur im 21. Jahrhundert*, Köln 2002, S. 229 & 68.

3 Zur Geschichte und Analyse des Neoliberalismus vgl. Peter Gowan: *The Global Gamble. Washingtons Faustian Bid for World Dominance*, London 1999; David Harvey: *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, Zürich 2007; Christian Zeller (Hrsg.): *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster 2004.

In der Weltpolitik tobt sich nun jenes neoliberale Menschenbild, jene menschenverachtende Raubtierideologie aus, die wir innenpolitisch seit mindestens 25 Jahren aus den Diskursen des Neoliberalismus kennen. Der Krieg ist dabei bekanntlich die Fortsetzung der Politik mit anderen, mit militärischen Mitteln. Militärische Gewalt dient der Niederwerfung und Niederhaltung von Konkurrenten, realen wie eingebildeten. Es ist traditionell so, dass es kapitalistischen Kräften bzw. der kapitalistischen Logik weniger um imperiale Herrschaft und/oder rein kommerzielle Dominanz geht. Kapitalisten geht es vor allem um die Durchsetzung der Imperative des Marktes, »um die Ausdehnung der Logik und Gebote der heimischen Ökonomie und die Einbeziehung anderer in ihren Geltungsbereich« (Ellen Meiksins Wood⁴). Die Imperative des Marktes jedoch müssen mit außerökonomischen Zwangsmitteln durchgesetzt und gesichert werden, das galt für die Geburt des kapitalistischen Weltsystems und es gilt auch heute noch – mal mehr, mal weniger. Je krisengeschüttelter und empfindlicher das kapitalistische Weltsystem wird, desto wichtiger wird es, wer die Nationalstaaten gerade in den Krisenregionen regiert. Ökonomie und Politik bilden trotz aller von uns zu beachtenden Unterschiede eine Einheit.

Die dünne Haut der bürgerlichen Zivilisation und die Dialektik von Demokratie und Sozialismus

Im sogenannten »Krieg gegen den Terrorismus« offenbart die »Zivilisation« ihre dünne Haut, die bürgerliche Demokratie ihre strukturelle Labilität und die bürgerliche Klasse ihre antidemokratischen Neigungen. Die Grenze zwischen Krieg und Frieden ist verwischt, es herrscht der permanente Ausnahmezustand. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, sagte Bush unmittelbar nach dem 11. September, und aktualisierte damit das ur-reaktionäre Politikverständnis der Unterscheidung von Freund und Feind als Grundlage des Politischen. Wer so redet, ist nicht mit dem Endkampf zwischen Gut und Böse konfrontiert. Wer so redet, will ihn führen. Und wer, wie Schröder und Fischer, diesen Krieg zwar nicht mehr bedingungslos, aber immer noch prinzipiell unterstützt, der will sein Stück vom zu verteilenden Kuchen abhaben.

Der Krieg der one world gegen den sich mal in Bin Laden, mal in Hussein oder mal in den Palästinensern verkörpernden internationalen Terrorismus fördert nicht nur Militarisierung und Mord, er zerstört auch die Glaubwürdigkeit zentraler Grundwerte bürgerlicher Aufklärung. Demokratische Er rungenschaften werden von den Herrschenden bei der erstbesten Gelegenheit in Frage gestellt und abgebaut.⁵ Die alte Lehre der klassischen, sozialistischen

4 Ellen Meiksins Wood: »Unbegrenzter Krieg. Die neue Ideologie des Krieges aus historischer Sicht«, in: *Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis* Nr. 3, Februar 2003, S. 3ff. Ausführlich dies.: *The Empire of Capital*, London 2003.

5 Zu den USA vgl. Lotta Sutter: *Einzig und allein. Die USA im Ausnahmezustand*, Zürich 2003; zu Großbritannien Tariq Ali: *Rough Music: Blair/Bombs/Baghdad/Lon-*

Arbeiterbewegung wird aktualisiert: Das kapitalistische Bürgertum braucht und verteidigt die Demokratie als Form gesellschaftlicher Freiheit nur solange, solange sie ihrer eigenen Klassenherrschaft, der Herrschaft der freien Besitzrechte des Einzelnen, sowie dem alltäglichen Funktionieren des Kapitalismus nützlich ist. Ihr Demokratie- und Freiheitsverständnis ist entsprechend strukturell begrenzt – nur der ist ein vollwertiger Mensch, der auch ein Besitzbürger ist.⁶ Was sie aktiv durchsetzt und verteidigt, ist die formale Freiheit, die staatsbürgerlich-politische und individualrechtliche Freiheit des Einzelnen. Was sie »vergisst«, ist ihr ursprünglich formulierter allgemeinschlicher universaler Emanzipationsanspruch. Sobald es zur herrschenden Klasse geworden ist, schlägt sich das Bürgertum auf die Seite einer bloß negativ gefassten Freiheit, um an ihrem partikularen Besitzegoismus festhalten zu können. Ihr Klasseninteresse ist es, das auf soziale Freiheit pochende Nachdrängen der unteren Schichten zu bekämpfen.

»Die Internationale erkämpft das Menschenrecht«, das ist jene Erkenntnis der klassischen Arbeiterbewegung, die wir heute erneut bestätigt bekämen, wenn es denn eine solche Internationale noch gäbe. Genau dies ist leider nicht der Fall und das ist die Ursache der tiefen Unsicherheit und der weitreichenden Defensive, in der sich die sozialistische Linke auch und gerade bei uns in Deutschland befindet. Ich glaube aber, und damit komme ich zu meiner zentralen These, dass wir von der historischen Erfahrung der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegung alles notwendige, oder besser: fast alles notwendige lernen können, um als Sozialisten wieder in die gesellschaftliche Offensive zu kommen. Was wir aus dieser Geschichte lernen können und müssen, ist die sogenannte Dialektik von demokratischem und sozialistischem Kampf. Denn der Sozialismus als Idee und Bewegung ist nicht einfach vom Himmel auf die Erde gefallen. Er hat sich vielmehr aus den irdischen Kämpfen heraus entwickelt, und diese irdischen Kämpfe waren die ursprünglich bürgerlichen Kämpfe um Aufklärung und Demokratie.

Die sozialistische Bewegung hat sich sowohl historisch wie philosophisch gesehen aus der radikaldemokratischen entwickelt. Der klassische Sozialismus marxistischer Provenienz teilte die ursprünglichen Ziele und Impulse bürgerlicher Sozialphilosophie (d. h. Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, Kritik gesellschaftlicher Pseudonatur, Betonung des Gattungswesen Mensch, Ziel allseitiger Persönlichkeitsentfaltung). Und er ging darüber hinaus, indem er die herrschende Entfremdung historisch-gesellschaftlich konkretisierte, nicht nur individuell als persönliches Versagen verstand und mittels abstrakter Bildung zu bekämpfen versuchte. Unmündigkeit, so

don/Terror, London 2005; und zur BRD Rolf Gössner: *Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der ›Heimattfront‹*, Hamburg 2007.

6 Leo Kofler: *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, 2 Bände, Berlin 1992, sowie ders.: *Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus*, Ulm/Donaue 1960.

Marx, Engels und andere, ist ebenso gesellschaftlich verursacht wie individuell, hat etwas mit gesellschaftlichen Strukturen zu tun, die es zu verändern gilt. Das Vermögen zur Vernunft komme prinzipiell allen Menschen zu, denn in jedem Individuum ist prinzipiell das Allgemein-Menschliche vorhanden. Wir haben es hier mit einer egalitär-demokratischen Vorstellung von Gleichheit zu tun, ergänzt durch die Erkenntnis, dass die Erzieher selbst erzogen werden müssen, und zwar durch den kollektiven revolutionären Prozess des zeitgenössischen Proletariats, der kämpfenden lohnarbeitenden Klasse. »Bei Marx und Engels findet die Theorie, dass der Weg aus Entfremdung und Unmündigkeit in der wachsenden bewusstseinsmäßigen und praktischen Aneignung der Wirklichkeit besteht, eine notwendige Ergänzung in dem Gedanken, dass die Aneignung nur durch die Massen selbst vollzogen werden kann. Beides ist zusammengefasst in dem Konzept einer sozialistischen Revolution als notwendigerweise *Selbstbefreiung* des Proletariats.« (Peter Cardorff⁷) Emanzipation ist ein gleichzeitig individueller wie kollektiver Prozess. Individuelle Selbstveränderung und kollektive Änderung der gesellschaftlichen Umstände sind ein dialektisch vermittelter Prozess, fallen ihrem Wesen nach zusammen und machen das aus, was Karl Marx in seiner dritten Feuerbachthese unter revolutionärer Praxis verstand.

Marx, Engels und andere schätzten zwar die historischen Kämpfe und Erregenschaften der bürgerlichen Klasse sehr hoch ein. Sie knüpften auch an deren Zielvorstellungen an, d. h. am Ziel des Ausgangs aus individueller und gesellschaftlicher Unmündigkeit und Entfremdung mittels umfassender, sowohl bewusstseinsmäßiger wie praktischer Aneignung der Wirklichkeit. Sie erkannten jedoch, dass die Form kapitalistischer Marktvergesellschaftung, dass bürgerliches Privateigentum, kapitalistischer Konkurrenzkampf und Profitlogik ein Weitertreiben individueller Freiheit zu kollektiver Freiheit unmöglich machen. Dazu bedürfe es einer unterdrückten Klasse, die ein elementares Interesse an Aufklärung und Demokratie hat, weil sie sich nur unter diesen Bedingungen politisch entfalten kann, und die in ihren alltäglichen Kämpfen um Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage eine andere Qualität und Logik an den Tag zu legen potentiell imstande ist. Hier, im Kampf der Klassen gegeneinander, treibe die bürgerliche Gesellschaft über sich hinaus. Im originären Marxismus verknüpfen sich also humanistisches Ethos, Marx'sche Kapitalismuskritik und die daraus abgeleitete Analyse der Lage und Potenzen der lohnarbeitenden Klasse zu einer potentiell revolutionären Kraft.

Kapitalistische Marktvergesellschaftung beruht auf Privateigentum und Konkurrenzkampf, auf der sich selbst entfaltenden Logik des Profits. Es ist diese Profitlogik, die, wenn auch nicht automatisch, so doch dem Prinzip nach in Frage gestellt wird durch die alltäglichen Kämpfe der lohnarbeiten-

7 Peter Cardorff: *Studien über Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln*, Hamburg 1980, S. 20.

den Klasse zur Abwehr materieller und betriebspolitischer Verschlechterungen, und zur Erreichung von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und einer Humanisierung der Arbeitswelt. Des Einen Vorteil ist des Anderen Nachteil. Die Bedürfnisse der Produzenten sind den Bedürfnissen der sie Ausbeutenden prinzipiell entgegengesetzt und geraten immer wieder aneinander. Es ist dieser antagonistische Kern kapitalistischer Produktionsverhältnisse, auf den Sozialisten ihr Prinzip Hoffnung gründen, denn es erlaubt ihnen, das elementare Klassenbewusstsein unterdrückter und ausgebeuteter Produzenten zu politisieren. »Grundlage sozialistischer Tätigkeit ist ein der kapitalistischen Rationalität entgegenstehendes eigenes Bezugssystem der Rationalität. Es ist im sozialistischen Ziel eingeschlossen, das an die Stelle der Logik des Profits, die eine Unterordnung der Menschen unter ihre unbewusst produzierten und nicht kontrollierten dinghaft scheinenden Verhältnisse bedeutet, die Herrschaft der Menschen über die gesellschaftlichen Verhältnisse setzt.« (Peter Cardorff ⁸)

In ihrem eigenen Klassenkampf vertritt die proletarische Klasse gleichsam die Gebrauchswertlogik, die kollektive Solidarität, und hat ein elementares Interesse an Aufklärung und Demokratie: nur auf ihrem Boden kann sie zu sich selbst kommen und ihre Forderungen durchsetzen. Und es gibt, das kann man nicht oft genug betonen, in diesem klassenkämpferischen Prozess keinen sich fatalistisch durchsetzenden Automatismus. Es gibt zwar von Seiten der Arbeiterklasse eine permanente spontane Infragestellung des Kapitals, sie ist aber erstens unbeständig und zweitens reformistisch verdrehbar. Ein grundlegender Bruch mit dem Kapitalismus kann deswegen nur politisch, d.h. als bewusster und kollektiver Akt vonstatten gehen. Sozialistische Logik ist keine unmittelbar entstehende und wachsende. Sie muss vermittelt werden, in dem konkrete Individuen im elementaren Klassenkampf jene Momente herauschälen und unterstützen/propagieren, die über die unmittelbare Interessenvertretung hinaus weisen und den Keim einer neuen gesellschaftlichen Logik in sich tragen. Revolutionär-sozialistisch ist, wer es versteht, die spontanen und punktuellen Verstöße gegen die herrschende Rationalität zu verstetigen und weiter zu treiben. Als Leitwerte einer solchen anderen Logik haben wir es hier mit solidarischen Verhaltensweisen zu tun, mit der Überwindung von Ohnmacht und der Kräftigung des individuellen und kollektiven Selbstbewusstseins, mit der Förderung der Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus und der betrieblichen wie gesellschaftlichen Selbstverwaltung, mit der Förderung der allgemeinemenschlichen Emanzipation aller unterdrückter Schichten, Geschlechter und Völker, mit dem Geltendmachen des ökologischen Schutzes vor dem Profitprinzip.

Auf diesem Wege ist der Sozialismus eine objektive Möglichkeit, dem jedoch keine Zwangsläufigkeit anhaftet. Der Sozialismus knüpft zwar an Al-

8 Ebenda, S. 197.

tem, Bürgerlichem an, ist aber etwas prinzipiell Neues und kann als solches nur im Bruch mit dem Alten sich durchsetzen.

Die drei Stufen der Freiheit und das historische Versagen der sozialistischen Bewegung

Wenn wir diesen ganzen Sachverhalt kurz von einer anderen Perspektive aus betrachten, können wir auch verstehen, warum die sozialistische Linke historisch so versagt hat.

Der aus dem kollektiven Gedächtnis der deutschen Linken zu Unrecht weitgehend verdrängte Leo Kofler hat von den drei welthistorischen Stufen der Freiheit gesprochen.⁹ Die erste welthistorische Stufe der Freiheit sei die formale Freiheit, die staatsbürgerlich-politische und individual-rechtliche Freiheit des Bürgertums (also Koalitions-, Versammlungs-, Religions- und Meinungsfreiheit, allgemeines und gleiches Wahlrecht usw.). Das vor allem vom kämpfenden Proletariat eingeklagte Weitertreiben der politischen zur sozialen Freiheit ist ihm die zweite welthistorische Stufe der Freiheit, die ökonomisch-soziale Freiheit. Doch beide Stufen, so Kofler, sind wesentlich negativ gefasst – als »Freiheit von«, als Freiheit von den feudalen Fesseln, von politischer Bevormundung usw. auf der einen Seite, als Freiheit von materiellem Elend, von sozialer Unterdrückung und Entrechtung auf der anderen. Die dritte welthistorische Stufe der Freiheit, die eigentliche Idee der Freiheit ist jedoch eine positive. Nicht die »Freiheit von« steht hier im Vordergrund, sondern die »Freiheit zu«, die Freiheit zu allseitiger Entfaltung der Persönlichkeit. Diese dritte Stufe sei von den ersten beiden unterschieden, indem sie beide untrennbar auf höherer Ebene vereinigt. Kofler aktualisiert hier die humanistische Zielvorstellung für die sozialistische Bewegung und verbindet damit die Kritik bürgerlicher mit der Kritik realsozialistischer Freiheit im 20. Jahrhundert.

Die bürgerliche Freiheit zerstörte die persönliche Abhängigkeit, um an deren Stelle eine sachlich-materielle Abhängigkeit zu setzen. Die ehemals realsozialistische Freiheit befreite die Arbeiterklasse von materieller Unsicherheit und Verelendung um den Preis, ihr die individuelle, formale Freiheitsstufe zu nehmen. Die Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts beschränkte sich dagegen ebenfalls auf die erste, die bürgerliche Stufe der Freiheit, und gab sich damit zufrieden, die Arbeiterklasse zum formal gleichberechtigten Bestandteil bürgerlicher Herrschaft zu machen. So betrachtet verdeutlicht sich der im 20. Jahrhundert kontinuierlich zunehmende Verlust der ehemals sozialistischen Gegenrationalität. Die alte Sozialdemokratie sah sich zu Recht als Vorkämpferin der Demokratie, verwischte dabei jedoch die qualitativen Grenzen zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialismus und setzte auf graduelle

9 Leo Kofler: *Perspektiven des revolutionären Humanismus*, Reinbek bei Hamburg 1968, Kapitel XII (Neuaufgabe Köln 2007).

Demokratisierung. Die Dialektik von Kontinuität und Bruch wurde aufgelöst zugunsten der Kontinuität, der Integration. Man verblieb auf der ersten Stufe der Freiheit. Der realsozialistische Partei«kommunismus« verabsolutierte den Bruch, negierte die erste Stufe der Freiheit und »vergaß« die dritte. Beide Hauptströmungen der sozialistischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert reduzierten sich so auf das, was Kofler polemisch, aber treffend den »Wurstzipfelsozialismus« nannte.

Neu beginnen

Der britische Historiker und Marxist Edward P. Thompson schrieb Ende der 70er Jahre: »Nach jeder Niederlage sollte man sich jedoch aufrappeln, sich den Staub von den Knien bürsten und fröhlich und erhobenen Hauptes weitermarschieren.«¹⁰ Doch was heißt dies heute und in Bezug auf unser Thema?

Die beiden Hauptaufgaben jeder politischen Erneuerung sind Aufklärung und Aktion. Aufklärung und Aktion waren schon immer die beiden Pole sozialistischer Tätigkeit. Eine solche Arbeit an der Theorie und ihrer Vermittlung zur gesellschaftlichen Praxis ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die umfassende Teilnahme an Massen- und Klassenkämpfen vor Ort. Beide Seiten sind verschieden und gehören doch zusammen: Keine Aufklärung ohne Aktion, keine Aktion ohne Aufklärung. Ohne gemeinsame Selbstverständigung, worum es Sozialistinnen und Sozialisten eigentlich geht, welche gesellschaftlichen Ziele sie, d. h. wir anstreben und von welchen grundsätzlichen Werten wir uns dabei leiten lassen wollen, kann es keine produktive Aktion geben. Ohne Verständnis dafür, dass die theoretische und praktische Herausbildung eigener Werte nicht ohne Verankerung in sozialer und politischer Praxis funktioniert, kann es andererseits keine produktive Selbstverständigungsdebatte geben. Wir müssen also sowohl an einem neuen Bezugssystem sozialistischer Theorie und Praxis arbeiten als auch an deren praktischer Umsetzung. Ohne ein alternatives, positiv bestimmtes Bezugssystem wissen wir gar nicht, weswegen wir diese Gesellschaft ablehnen sollen und müssen. Und ohne praktisches Eingreifen wissen wir gar nicht, ob unser Bezugssystem ein mehrheitsfähiges oder autoritär-elitäres ist.

Eine Erneuerung der schwierigen Dialektik von Teilnahme an der Gesellschaft und Widerstand gegen dieselbe lässt sich sinnvoll nur als ein Zurück zu den beiden oben behandelten Quellen des Sozialismus fassen, d. h. als Aktualisierung eines Freiheitsbegriffs im umfassenden, emanzipatorischen Sinne und als Aktualisierung der klassisch-sozialistischen Erfahrung, dass ein solch frühbürgerlich-radikaldemokratischer Freiheitsbegriff nur mittels des antagonistischen Klassenkampfes zu realisieren sein wird.

Gegen den unpersönlichen Despotismus des globalisierten Kapitals hilft einzig die Logik der Solidarität, die Logik des Gebrauchswertes im Unter-

10 Edward P. Thompson: *Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung*, Frankfurt/M.-New York 1980; S. 257.

schied zum Tauschwert, die Logik der Gemeinschaftsproduktion und der kollektiv formulierten Bedürfnisse, die Logik der gesellschaftlichen und demokratischen Aneignung. Es ist dieselbe Logik, mit der wir gegen den globalisierten Kapitalismus ankämpfen müssen wie gegen dessen Kriege. Und es ist trotz aller Niederlagen, die die progressiven Kräfte immer wieder einstecken mussten und müssen, ein ermutigendes Zeichen, dass wir es an beiden Fronten, im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung wie im Kampf gegen den zurückgekehrten Krieg mit neuen Massenbewegungen zu tun haben, weltweit und bei uns hier in Deutschland. Es ist unsere Aufgabe als marxistische Sozialistinnen und Sozialisten, diesen offensichtlichen Zusammenhang zu denken, zu theoretisieren und zu politisieren. Annelie Buntenbach, die ehemalige linke Grüne (und heutige DGB-Bundesvorstandsfrau), hat in einem 2003 veröffentlichten Beitrag zum Thema »Globalisierung und Krieg« selbstkritisch und bildhaft geschrieben: »Wir haben über jeden einzelnen Baum diskutiert statt über den Wald.«¹¹ Unsere Aufgabe ist es in der Tat, endlich wieder den ganzen Wald zu sehen und zu diskutieren.

Denken wir gut marxistisch den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus, dann verstehen wir, wie die Bedürfnisse nach Demokratisierung auf einen sozialistischen Weg führen. Ich will dies an den drei zentralen Bereichen der Ökonomie, der Politik und der Kultur kurz aufzeigen.

1. Was ist Demokratisierung der Ökonomie?

Die Ausweitung der politisch-rechtlichen Freiheit auf die soziale Freiheit bedeutet die Aufhebung von Hierarchien und Ausbeutungsstrukturen in Betrieb und Büro. Das geht jedoch nicht ohne die Aufhebung von Profitlogik, Konkurrenzkampf und Eigentum an gesellschaftlichen Produktionsmitteln. Dies wiederum ist nichts anderes als die Überwindung der Marktwirtschaft, die Überwindung des mit dem bürgerlichen Privateigentum unlöslich verschränkten Vergesellschaftungsprinzips.

Es ist keine grundsätzlich andere Gesellschaft, keine solidarische Gesellschaft denkbar, wenn sie nicht mit den Imperativen der Marktwirtschaft bricht, wenn sie nicht auch die Trennung von Produktionsmitteln und Produzenten prinzipiell aufhebt und Produktions- und Konsumentendemokratie verwirklicht. Eine »sozialistische Marktwirtschaft« ist schon begrifflich Nonsens. Es geht stattdessen um die Sozialisierung des Marktes, um eine geplante Ökonomie, um die planvolle Vergesellschaftung kollektiver Konsumtionsbedürfnisse (Ernährung, Gesundheit und Wohnen, Umwelt, Transport und Energie, Kultur und Erziehung). Die traumatischen Erfahrungen mit der bürokratisch gelenkten Planwirtschaft stellen uns dabei vor das besondere Problem der Bürokratie und die institutionellen Möglichkeiten einer nachhaltigen Demokratisierung jeder Form von Planwirtschaft.

11 Annelie Buntenbach: »Globalisierung und neue Kriege«, in: *ATTAC-Reader: Kritik der Globalisierungskrieger*, Frankfurt/M. 2003, S. 7ff.

2. Was ist Demokratisierung der Politik?

Eine nachhaltige Demokratisierung der Politik beinhaltet mit der Überwindung sozialer Ungleichheit und Unfreiheit die Überwindung der rein politischen Emanzipation und den Abbau von Hierarchien und Privilegien. Diese Überwindung kann nur im klassischen Sinn einer Aufhebung vor sich gehen, d. h. beide Stufen der Freiheit, die politische wie die soziale sind auf der höheren Stufe effektiv enthalten. Es geht um die möglichst umfassende Durchsetzung direkter Demokratie und das Zerstören und Absterben rein politischer Herrschaftsformen. Zuerst muss es dabei um die Abschaffung der repressiven Elemente politischer Herrschaft wie Militär, Polizei, Geheimdienste usw. gehen, sodann um die Abschaffung von Bürokratie und Herrschaft überhaupt. Es geht um die alte Utopie einer freien Assoziation der Individuen.

Die Utopie einer herrschaftslosen Assoziation freier Individuen ist jedoch eine Zielvorstellung. Und unsere Erfahrungen mit dem ehemaligen »Realsozialismus« verdeutlichen, dass wir, selbst wenn wir jetzt mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen könnten, noch lange politische Repräsentations- und Verwaltungsorgane brauchen – und damit auch eine Form des Staates. Solange wir jedoch ein bestimmtes Maß an Macht und Entscheidungsbefugnis delegieren müssen, solange brauchen wir auch die Errungenschaften liberaldemokratischer Machtkontrolle.

3. Was ist Demokratisierung der Kultur?

Eine Demokratisierung der Kultur verlangt die Überwindung der ausgrenzenden Spaltung von Völkern, Klassen, Schichten, Geschlechtern und Ethnien. Demokratisierung der Kultur heißt Überwindung der herrschenden Marktkultur ebenso wie die Überwindung eines militanten Partikularismus als deren oppositionellem Reflex (Nationalismus, Fundamentalismus, Sexismus, aber auch die verschiedenen Formen von Identitätskulturen). Sie richtet sich gegen bürgerliche Atomisierung und Klassenspaltung wie gegen die »Überspanntheiten des neurotisierten Menschen der Gegenwartsgesellschaft« (Peter Cardorff). Es geht ihr um die »Veredelung« des Menschen, um eine Aufhebung des tendenziellen Widerspruchs zwischen Kultur und Leben, zwischen Universalität und Lokalität. Es geht, wie unlängst der britische Kulturtheoretiker und Marxist Terry Eagleton schrieb, um eine durch kollektive Praxis ständig veränderte »Ethik der gemeinsamen Verantwortung«, die auf »umfassende(r) demokratische(r) Teilhabe auf allen Ebenen des sozialen Lebens einschließlich der materiellen Produktion sowie gleichberechtigte(m) Zugang zum Prozess der Kulturerzeugung« beruht und »konzertiertes sozialistisches Handeln voraus(setzt)«. ¹²

12 Terry Eagleton: *Was ist Kultur? Eine Einführung*, München 2000, S. 166 & 170.

Mit diesen Leitwerten müssten wir nun an eine Konkretisierung der politischen Programmatik gehen. Klar ist jedoch, dass der antimilitaristische Kampf, der Kampf gegen die neuen Kriege ebenso wie der Kampf gegen die zunehmende Durchsetzung der Massenkultur mit einer kriegerischen Ideologie einen zentralen Platz einnehmen wird.

Diese Zeiten verlangen nicht nach Mäßigung, wie es der russische Linksoppositionelle Boris Kagarlitzki in einem wichtigen dreibändigen Beitrag zur sozialistischen Strategiedebatte zur Jahrhundertwende betont hat, sondern nach Radikalität (vgl. Kapitel 9). Das ändert aber nichts daran, dass wir uns in der gesellschaftlichen Defensive befinden und zuallererst einen Verteidigungskampf zu führen haben. Doch selbst wer »nur« halbwegs ernsthafte Reformen will, das hat Kagarlitzki treffend herausgearbeitet, muss heute zuerst um ein neues gesellschaftliches Kräfteverhältnis kämpfen und zwar radikal im klassischen Sinne. Nur mit den klassischen Mitteln des Massen- und Klassenkampfes, mit einem gerüttelten Maß an »Traditionalismus« also, kann das gesellschaftliche Kräfteverhältnis gedreht werden. Erst danach können wir, wie es v. a. die reformistische Linke fordert, über einen neuen gesellschaftlichen Konsens sprechen. Was der Bundesrepublik deswegen fehlt, ist eine antagonistische Linke, eine nicht auf Sozialpartnerschaft und Konsens, sondern auf Gegenmacht und Opposition setzende Linke. Die dazu nötige gesellschaftliche Basis ist zwar klein, aber durchaus vorhanden. Widerstand findet in unserer Gesellschaft zwar kaum noch organisiert statt (das war übrigens auch vor 1989 nicht der Fall), ist aber nichts desto trotz alltäglich. In Familie, Betrieb und Büro, in Schulen und Universitäten, sowie auf der Straße – überall ist Widerstand Alltag. Die Aufgabe von Sozialistinnen und Sozialisten wäre, ihn zu entfachen, wo sie sind und ihn zu unterstützen, wo sie können.

»Es ist unsere Pflicht als Sozialisten, dem Kapitalismus zu widerstehen und auch jene Kämpfe zu kämpfen, die besonders hoffnungslos erscheinen. Das ist der Kern unserer Aufgabe: Du kämpfst nicht nur, weil du gewinnen kannst, sondern weil du deine Prinzipien und Werte zu verteidigen hast.« (Kagarlitzki) Darum geht es – und um die Klärung, welchen Prinzipien und Werten wir uns verpflichtet fühlen.

Wer neue und alte Kriege bekämpfen will, wer die Militarisierung rückgängig machen, die Aufrüstung stoppen und sogar abrüsten will, wer die Lebensstandards verteidigen oder gar verbessern will, wer die Ungleichheit national und international reduzieren, die Jobs für die Individuen und Familien sicherer machen und befriedigender gestalten, Rassismus und Sexismus bekämpfen, die Städte schützen, das Klima retten und die Ökonomie ökologisieren will, der kann all dies nicht machen ohne ernsthafte Eingriffe in die Verfügungsmacht des herrschenden Kapitals, ohne Infragestellung des götzen Markt und seiner Profitlogik. Dies weist über unsere real existierende Gesellschaftsform hinaus und ist unmöglich ohne eine breite demokratische Selbsttätigkeit der Masse der Bevölkerung.